



# Landtag von Baden-Württemberg

96. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 30. Juni 2005 • Haus des Landtags

Beginn: 9:33 Uhr

Schluss: 18:10 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	6787	2. Aktuelle Debatte – <b>Die rot-grüne Bundesregierung vernachlässigt die Verkehrswege-Infrastruktur des Bundes in Baden-Württemberg</b> – beantragt von der Fraktion der CDU . . . . .	6799
Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen . . . . .	6787	Abg. Scheuermann CDU . . . . .	6799, 6811
Begrüßung des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Finanzministers der Slowakischen Republik, Herrn Ivan Miklos . . . . .	6826	Abg. Göschel SPD . . . . .	6801, 6812
Begrüßung des Schweizerischen Botschafters, Herrn Dr. Werner Baumann, und seiner Begleitung . . . . .	6851	Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP . . . . .	6802, 6814
1. a) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – <b>Abwerbung von Messen aus Sinsheim durch die Messe Stuttgart</b> – Drucksache 13/4390		Abg. Boris Palmer GRÜNE . . . . .	6804, 6815
b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – <b>Kooperation statt Konfrontation: Ein strategisches Konzept der Landesregierung für die baden-württembergischen Messen ist überfällig</b> – Drucksache 13/4409 . . . . .	6787	Staatssekretär Köberle . . . . .	6805
Abg. Kretschmann GRÜNE . . . . .	6787, 6797	3. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften</b> – Drucksache 13/4385 . . . . .	6817
Abg. Schmiedel SPD . . . . .	6788, 6798	Minister Rech . . . . .	6817
Abg. Dr. Birk CDU . . . . .	6790	Abg. Heinz CDU . . . . .	6820
Abg. Hofer FDP/DVP . . . . .	6791	Abg. Junginger SPD . . . . .	6821
Minister Pfister . . . . .	6793, 6799	Abg. Theurer FDP/DVP . . . . .	6823
Beschluss . . . . .	6799	Abg. Oelmayer GRÜNE . . . . .	6825
		Abg. Dr. Witzel GRÜNE . . . . .	6827
		Beschluss . . . . .	6827
		4. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz zur Ausführung des Staatsvertrages zum Lotteriewesen in Deutschland (Ausführungsgesetz zum Lotteriestaatsvertrag – AGLottStV)</b> – Drucksache 13/4410 . . . . .	6828
		Staatssekretär Köberle . . . . .	6828
		Abg. Heike Dederer CDU . . . . .	6829

Abg. Margot Queitsch SPD .....	6829	9. a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Sozialministeriums – <b>Existenzgefährdung für Waldkindergärten durch das neue Kindergartengesetz</b> – Drucksache 13/2791 (geänderte Fassung)	
Abg. Kleinmann FDP/DVP .....	6830		
Abg. Walter GRÜNE .....	6831		
Beschluss .....	6832		
<b>5. Fragestunde – Drucksache 13/4413</b>			
<b>5.1 Mündliche Anfrage des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD – Autobahnpolizeirevier Ilshofen ..</b>			
Abg. Sakellariou SPD .....	6827		
Staatssekretär Hillebrand .....	6827		
<b>5.2 Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Walter Witzel GRÜNE – Finanzamt Müllheim .....</b>			
Abg. Dr. Witzel GRÜNE .....	6828		
Staatssekretär Hillebrand .....	6828		
<b>6. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg, dem Freistaat Bayern und dem Freistaat Sachsen über die Bildung eines Gemeinsamen Prüfungsamtes zur Abnahme der Eignungsprüfung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft – Drucksache 13/4386 .....</b>			
Beschluss .....	6832		
<b>7. a) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE – Gesetz zur Einführung der tierschutzrechtlichen Verbandsklage in Baden-Württemberg – Drucksache 13/4418</b>			
<b>b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Möglichkeit der Verbandsklage für Tierschutzorganisationen – Drucksache 13/3440 .....</b>			
Abg. Renate Rastätter GRÜNE .....	6832		
Abg. Alfred Winkler SPD .....	6833, 6840		
Abg. Müller CDU .....	6834		
Abg. Renate Götting FDP/DVP .....	6836		
Minister Hauk .....	6837		
Beschluss .....	6840		
<b>8. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – So genannte „Brennpunkt-Hauptschulen“ – Drucksache 13/2762 .....</b>			
Abg. Käppeler SPD .....	6840		
Abg. Seimetz CDU .....	6843		
Abg. Kleinmann FDP/DVP .....	6845		
Abg. Renate Rastätter GRÜNE .....	6847		
Ministerin Dr. Annette Schavan .....	6849		
Beschluss .....	6851		
		b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Sozialministeriums – <b>Haltung der Landesregierung zu einem Rechtsgutachten über das neue Kindergartengesetz</b> – Drucksache 13/2899 .....	6851
		Abg. Marianne Wonnay SPD .....	6851, 6858
		Abg. Klenk CDU .....	6853
		Abg. Dr. Noll FDP/DVP .....	6854
		Abg. Brigitte Lösch GRÜNE .....	6855
		Staatssekretär Rau .....	6856
		Abg. Wieser CDU .....	6858
		Beschluss .....	6858
		Abg. Seimetz CDU (zur Geschäftsordnung) .....	6858
		Abg. Kretschmann GRÜNE (zur Geschäftsordnung) .....	6858
		Abg. Birzele SPD (zur Geschäftsordnung) .....	6859
		Abg. Marianne Wonnay SPD (zur Abstimmung) ..	6859
		Abg. Theresia Bauer GRÜNE (zur Abstimmung) ..	6860
<b>10. a) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Reform der Grundschule vor dem Hintergrund der Länderauswertung der Internationalen Grundschul-Leseuntersuchung (IGLU und IGLU-E) – Drucksache 13/2835 (geänderte Fassung)</b>			
<b>b) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Bildungsplanreform 2004: Einführung der neuen Bildungspläne im Schuljahr 2004/05 – Drucksache 13/3073</b>			
<b>c) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Bildungsstandards in Baden-Württemberg – alter Wein in neuen Schläuchen? – Drucksache 13/3133</b>			
<b>d) Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Schulübergang auf neuen Wegen – Drucksache 13/3552</b>			
<b>e) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Erziehungspartnerschaft statt verpflichtender „Grundschulempfehlung“ – Drucksache 13/4300 .....</b>			
		Abg. Wacker CDU .....	6860
		Abg. Christine Rudolf SPD .....	6861
		Abg. Kleinmann FDP/DVP .....	6863
		Abg. Renate Rastätter GRÜNE .....	6865
		Staatssekretär Rau .....	6867
		Beschluss .....	6868

- |  |   |
|--|---|
| <p>11. Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 17. Mai 2005 – <b>Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf eines Staatsvertrags zwischen den Ländern Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen zur Verbesserung der Kooperationsstrukturen im Rhein-Neckar-Gebiet</b> – Drucksachen 13/4346, 13/4387 ..... 6868</p> <p>Abg. Reichardt CDU ..... 6868<br/>         Abg. Junginger SPD ..... 6870<br/>         Abg. Drautz FDP/DVP ..... 6871<br/>         Abg. Theresia Bauer GRÜNE ..... 6872<br/>         Minister Pfister ..... 6873</p> <p>Beschluss ..... 6874</p> <p>12. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 28. April 2005 – <b>Offenburg, Verkauf des landeseigenen Anwesens Badstraße 20 a/b</b> – Drucksachen 13/4331, 13/4392 ..... 6875</p> <p>Beschluss ..... 6875</p> <p>13. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu der Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 17. Mai 2005 – <b>Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: 7. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft und der Europäi-</b></p> | <p><b>schen Atomgemeinschaft</b> – Drucksachen 13/4348, 13/4388 ..... 6875</p> <p>Beschluss ..... 6875</p> <p>14. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu der Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 17. Mai 2005 – <b>Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Rolle der Universitäten im Rahmen des Lissabon-Prozesses</b> – Drucksachen 13/4349, 13/4389 ..... 6875</p> <p>Beschluss ..... 6875</p> <p>15. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 13/4420, 13/4421, 13/4422, 13/4423 ..... 6875</p> <p>Beschluss ..... 6875</p> <p>16. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 13/4379 ..... 6875</p> <p>Beschluss ..... 6875</p> <p>Nächste Sitzung ..... 6875</p> <p>Anlage<br/>         Vorschlag der Fraktion der SPD – Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen ..... 6876</p> |
|--|---|

## Protokoll

über die 96. Sitzung vom 30. Juni 2005

Beginn: 9:33 Uhr

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 96. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich den Herren Abg. Dr. Döring und Kübler erteilt.

Dienstlich verhindert sind Herr Minister Stratthaus und Herr Minister Renner.

Meine Damen und Herren, infolge des Ausschlusses von Herrn Abg. Ulrich Maurer aus der SPD-Fraktion finden Sie auf Ihren Tischen eine Vorschlagsliste der Fraktion der SPD für Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen (*Anlage*). – Ich stelle fest, dass Sie den vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmen.

Im Übrigen wird sich das Präsidium in seiner nächsten Sitzung mit den weiteren Auswirkungen auf die Ausschussbesetzungen befassen.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

- a) **Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Abwerbung von Messen aus Sinsheim durch die Messe Stuttgart – Drucksache 13/4390**
- b) **Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Kooperation statt Konfrontation: Ein strategisches Konzept der Landesregierung für die baden-württembergischen Messen ist überfällig – Drucksache 13/4409**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung zu a und b je fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung des Antrags Drucksache 13/4390 erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

**Abg. Kretschmann GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

*Einer der Gründe, warum wir eine neue Stuttgarter Messe ablehnen, ist die Befürchtung, dass hier mit öffentlichen Mitteln, also mit Subventionen, Überkapazitäten auf dem Markt geschaffen werden, auf denen man dann sitzen bleibt, sodass sich die Geschichte insgesamt nicht lohnt.*

Das habe nicht ich gesagt, sondern mein Vorgänger hier im Landtag, Fritz Kuhn, schon vor sieben Jahren bei einer Aktuellen Debatte.

In der heutigen Debatte geht es um die gescheiterte Messe-subsventionspolitik des Landes. Dafür gibt es einen Anlass und eine Ursache. Der Anlass ist die Abwerbung der Messe Sinsheim nach Stuttgart. Die Ursache können Sie in dem obigen Zitat finden. Es ist der folgenschwere Eingriff in den Messemarkt mit Subventionen, den eine CDU-geführte Landesregierung nach der anderen in diesem Land macht. Beides ist skandalös.

(Beifall bei den Grünen)

Und bei beidem drückt sich die Landesregierung vor der Wahrheit.

Der Fall der Abwerbung der Messe Sinsheim ist wirklich ein Skandal. Sie wissen, dass ich dieses Wort nur selten und nicht leichtfertig verwende. Was ist geschehen? Der Messeveranstalter Paul Schall hat in Sinsheim den einzigen privaten Messestandort in Baden-Württemberg hochgezogen. Dafür gab es Zuschüsse der öffentlichen Hand: für den Bau der Hallen 2,1 Millionen € vom Land; die Stadt Sinsheim gibt ein zinsloses Darlehen von 1,7 Millionen € über 25 Jahre. 40 000 Quadratmeter Hallenfläche sind entstanden, fast so viel wie auf dem Killesberg.

Außerdem werden munter Straßen gebaut. Allein die von der Landesregierung auf unseren Antrag hin aufgezählten Projekte haben ein Volumen von 25 Millionen €. Dazu kommen die ganzen privaten Investitionen, die dem gefolgt sind. Noch vor sechs Wochen hat der Ministerpräsident dort ein Hotel und ein Tagungszentrum eingeweiht und den Messestandort Sinsheim gelobt.

Gleichzeitig hat die Landesregierung die Regionalmessen gefördert. Jede Kommune, die bis 2003 einen Antrag gestellt hat, hat einen Zuschuss bekommen. 65 Millionen € hat das Land dafür gegeben, von den Kommunen kamen rund 400 Millionen €. Viele Messen sind noch im Bau. Gleichzeitig wurde der Neubau der neuen Messe Stuttgart mit über 100 000 Quadratmeter Ausstellungsfläche und 800 Millionen € Kosten für die öffentliche Hand nach dem bisherigen Stand gegen den Widerstand der Bevölkerung dort oben, gegen den Widerstand der Kommune Leinfelden-Echterdingen durchgedrückt.

Jetzt ist klar, was „Landesmesse“ überhaupt bedeutet. Landesmesse heißt offensichtlich, dass die Landesregierung für den Erfolg ihres Prestigeobjekts noch tiefer in die Tasche,

(Kretschmann)

aber auch in die Taschen anderer Leute greifen will. Landesmesse heißt im Falle Sinsheim nicht nur „Messekannibalismus“ – um den Kollegen Birk zu zitieren –, sondern es heißt auch, dass mit Einverständnis und Förderung der Landesregierung der Messezentrismus in Baden-Württemberg ausgebrochen ist.

(Beifall bei den Grünen)

Vor drei Wochen hat die Öffentlichkeit erfahren, dass die Stuttgarter Messe- und Kongressgesellschaft Paul Schall mit all seinen Sinsheimer Messen ab dem Jahr 2007 auf die neue Messe auf den Fildern abgeworben hat. Dabei wird ein zweistelliger Millionenbetrag – genau wissen wir es noch nicht – fließen, weil sich die SMK offensichtlich verpflichtet hat, für Vertragsstrafen und Rückforderungen des Landes und anderer aufzukommen.

Das Land – und das ist der erste Teil des Sinsheim-Skandals – zahlt faktisch die Hälfte davon. Das Land wird in den nächsten Wochen rückwirkend zum 1. Januar dieses Jahres ordentlicher statt wie bisher stiller Gesellschafter der SMK. Das Land ist mit 50 % am Ergebnis des Geschäftsbereichs Messe und Ausstellungen der SMK beteiligt. Allein das Land hat nach eigenen Angaben eine Rückforderung an die Schall-Gruppe von 1,5 Millionen €, und das dürfte noch der kleinste Brocken sein. Denn es kommen Vertragsstrafen und Rückforderungen hinzu, wobei von jedenfalls einem zweistelligen Millionenbetrag – bis zu 50 Millionen € – die Rede ist.

Der zweite Teil des Skandals ist, dass Sie in die Verhandlungen über diese Abwerbung involviert waren und das auch noch leugnen. Sie behaupten auf unsere parlamentarische Anfrage hin, Sie seien daran nicht beteiligt gewesen, Sie seien nachrichtlich darüber unterrichtet worden, dass es Verhandlungen gebe. In der Aufsichtsratssitzung – Staatssekretär Mehrländer ist stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der SMK – hätten Sie dann dem ausgehandelten Vertrag zugestimmt.

Wer soll Ihnen das denn glauben? Wer soll denn glauben, dass die Vertreter der Landesregierung bei einer Angelegenheit von so großer finanzieller Dimension für die SMK und ihre Gesellschafter und von so großer landespolitischer Bedeutung einfach in die Aufsichtsratssitzung der SMK gehen und dort eine Tischvorlage abnicken, ohne ausreichend lange zuvor deren Inhalt zu kennen? Dies glaubt Ihnen niemand – gewiss nicht wir.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Fischer SPD  
– Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wenn es so wäre,  
wäre es noch schlimmer!)

Wir wissen, dass das Staatsministerium bereits vor der Veröffentlichung der Details manche Betroffene informiert hat.

Ich fordere Sie, Herr Ministerpräsident, und Sie, die Herren vom Wirtschaftsministerium, daher auf: Legen Sie die Karten auf den Tisch,

(Minister Pfister: Gern!)

und stehen Sie zu Ihrer Verantwortung!

(Minister Pfister: Mache ich!)

Legen Sie offen, wie Sie Einfluss auf die Verhandlungen über die Abwerbung der Messe Sinsheim genommen haben! Legen Sie endlich dar, welche finanziellen Verpflichtungen das Land als Gesellschafter der SMK durch diesen Vertrag eingegangen ist! Geben Sie Einsicht in diesen Vertrag, und sagen Sie am besten ehrlich vorher, welche Überraschungen uns da noch erwarten!

(Beifall bei den Grünen)

Und: Hören Sie sofort mit Ihrer zentralistischen Abwerbspolitik auf!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmiedel.

**Abg. Schmiedel SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Abwerbung der Sinsheimer Messen durch die Stuttgarter Messe ist das Ergebnis schwerer handwerklicher Fehler, einer fehlenden Messestrategie im Land und schwerwiegender Versäumnisse der Landesregierung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Bei dieser Abwerbung handelt es sich um ein Bubenstück mit allen Facetten von Tarnen und Täuschen, und der Ministerpräsident des Landes steht mittendrin.

(Abg. Capezzuto SPD: Oi!)

Herr Ministerpräsident Oettinger, Sie haben am 12. Mai in Sinsheim ein neu erstelltes Messehotel feierlich eröffnet. Sie haben dabei auf die Bedeutung der Messen für die Stadt und die Region hingewiesen. Sie haben das Engagement der Unternehmerfamilie Layher in den höchsten Tönen gelobt. Zwei Wochen später waren alle Messen aus Sinsheim weg – alle!

(Abg. Gaßmann SPD: Unglaublich!)

Als Sie Ihre feierliche Eröffnungsrede gehalten haben, hatte die Stuttgarter Messe mit Billigung der Landesregierung schon Monate mit dem Messeveranstalter Schall über die Verlegung der Messen verhandelt.

Jetzt gibt es nach Lage der Dinge doch nur zwei Möglichkeiten: Entweder Sie sind, bevor Sie nach Sinsheim gefahren sind, durch Ihre Minister nicht darüber informiert worden, dass eine Vertragsunterzeichnung bevorstehe,

(Abg. Stickelberger SPD: Das wäre peinlich!)

und Sie waren ahnungslos, als Sie Ihre feierliche Rede gehalten haben.

(Abg. Stickelberger SPD: Peinlich, peinlich!)

Oder Sie wussten, was läuft, und haben die Bevölkerung, die Stadt Sinsheim und die Region um Sinsheim absichtlich getäuscht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Stickelberger SPD: Noch peinlicher!)

(Schmiedel)

Die Landesregierung versucht, sich aus der Verantwortung zu stehlen, indem sie behauptet, die Verlegung der Messe Sinsheim sei das Ergebnis marktwirtschaftlicher Prozesse und eigener unternehmerischer Entscheidungen, auf die man keinen Einfluss habe und die man auch nicht habe verhindern können. Dazu werden zwei Argumente ins Feld geführt.

Das erste Argument ist: Herr Schall wollte auf jeden Fall aus Sinsheim weg. Er wäre mit all seinen Messen nach Frankfurt oder Nürnberg oder gar nach Hannover gezogen, weil es ihm in Sinsheim zu eng geworden wäre. Deshalb sei es doch gut, wenn er letztlich im Land bleibe. Das sei doch ein Erfolg. Das ist das erste Argument.

Das zweite Argument ist: Das Gelände in Sinsheim sei für die Messeveranstaltungen des Herrn Schall zu klein, und deshalb habe er größere Veranstaltungsräume gebraucht.

Beide Argumente sind falsch. Herr Schall hat im Jahr 2002 Verträge über eine Laufzeit von 25 Jahren abgeschlossen. Herr Schall hat sich selbst beim Bau einer neuen Halle mit vielen Millionen Euro aus seinem persönlichen Vermögen engagiert. Herr Schall hat noch im September des letzten Jahres einen neuen Mietvertrag über 18 000 Quadratmeter mit einer Laufzeit von zehn Jahren abgeschlossen. Dieser Mietvertrag beinhaltet die Klausel, dass er sich beim Bau einer neuen Halle automatisch an die Laufzeit der anderen Verträge anpasst, dann also auch bis 2027 läuft. Verhält sich so jemand, der ein paar Monate später sagt: „Mir wird das alles zu eng, ich muss jetzt in die Champions League“? Das ist doch völlig unglaubwürdig.

Vielmehr wurde Herr Schall durch Drängen und die Aussicht auf viel öffentliches Geld nach Stuttgart gelockt.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Das geschah mit Billigung der Landesregierung. Deshalb tragen Sie natürlich die Verantwortung dafür, dass es jetzt in Sinsheim ein Messehotel, aber keine Messen gibt und dass viele Privatleute im Vertrauen auf die langfristigen Verträge investiert haben – in Privatpensionen mit sechs, acht oder zehn Betten –, in der Erwartung, dass es weitergeht, dass auf diese Verträge Verlass ist, die mit aktiver Unterstützung des Landes gebrochen wurden.

(Abg. Gaßmann SPD: Alles Mittelständler!)

Das zweite Argument ist, das Gelände in Sinsheim sei zu klein geworden. Es stimmt, es gibt zwei Messen, bei denen man an die Grenze stößt. Nun wissen Sie aber auch, dass eine Option dafür besteht, die Flächen in Sinsheim sofort zu vergrößern. Aber man kann argumentieren, dass es sich dabei bereits um internationale Messen handelt, die in Stuttgart natürlich bessere Entwicklungsbedingungen haben, und es deshalb auch ökonomische Überlegungen gibt, die für eine Veränderung sprechen.

Natürlich sind die Kontakte der Stuttgarter Messe an den Eigentümern in Sinsheim nicht einfach vorbeigegangen. Man hat sich ja darauf eingestellt, dass die eine oder andere Messe dann verlegt wird. Aber dass der Prozess damit endet, dass man die gesamte Messe ausverkauft, damit hat überhaupt niemand gerechnet.

Welchen Sinn macht es denn, dass jetzt als Schaufenster der Wirtschaft des Landes solche Messen stattfinden wie die Traktorrama, bei der Landwirte mit ihren alten, gepflegten Traktoren kommen

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das passt doch auf die Filder!)

und sich diese gegenseitig vorstellen?

(Abg. Göschel SPD: Wunderschön!)

Beim Echtdampf-Hallentreffen kommen alte, dampfbetriebene Fahrzeuge aller Art und werden präsentiert.

(Zuruf des Abg. Moser SPD)

Welchen Sinn macht das denn, Herr Wirtschaftsminister?

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Wenn der das wüsste!)

Wenn Sie dann darauf reagieren und sagen, dass da doch jetzt eigentlich ein Haufen regionale Veranstaltungen in Stuttgart stattfinden, nachdem man da alles ausverkauft hat, und sagen: „Gut, dann soll die Messe jetzt halt einmal die Internationale Automobilausstellung holen“, dann zeigt das doch, dass hinten und vorne eine Konzeption für die Stuttgarter Messe fehlt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Zum gleichen Zeitpunkt, zu dem also die Traktorenausstellung nach Stuttgart verkauft wird, redet der Wirtschaftsminister von der Internationalen Automobilausstellung.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das ist die schwäbische Bandbreite!)

Was ist zu tun? Erstens: Wenn nicht rasch etwas passiert, ist die Messe Sinsheim 2008 tot. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, aktiv mitzuhelfen, ein Standortentwicklungskonzept für Sinsheim voranzubringen. Das ist schwierig, und niemand kann die Garantie dafür übernehmen, dass es gelingt; denn die Hallen sind nun einmal für Messen gebaut und nur für Messen zu verwenden. Aber man muss es probieren, und man darf die Stadt und die Region Sinsheim jetzt nicht im Stich lassen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Das Zweite: Wir erwarten jetzt endlich ein Landesmessekonzept, bei dem geregelt ist, wie man bei solchen Prozessen verfährt und mit den Verlagerungen umgeht. Denn natürlich gibt es auch weiterhin Wettbewerb, und der Wettbewerb im Land nimmt durch die neue Landesmesse noch zu. Aber wir brauchen Spielregeln, die sich an den Grundsätzen des ehrbaren Kaufmanns orientieren und nicht am Vertragsbruch – schon gar nicht begünstigt durch öffentliche Gelder.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

In Ihrer Stellungnahme schreiben Sie, Herr Kromer habe gesagt, er beabsichtige nicht, weitere Veranstaltungen aus anderen Messen nach Stuttgart zu ziehen.

(Abg. Capezzuto SPD: Warum nicht?)

(Schmiedel)

Das stimmt mit unseren Informationen nicht überein. Nach unseren Informationen geht es bereits um zwei weitere konkrete Messen,

(Abg. Gaßmann SPD: Was?)

eine in Karlsruhe und eine in Friedrichshafen.

Deshalb sage ich zum Schluss:

(Abg. Capezzuto SPD: Ui, ui, ui, der räumt aber ab!)

Stoppen Sie Herrn Kromer! Übernehmen Sie endlich die Verantwortung für den Betrieb der Messe in Stuttgart, und sorgen Sie dafür, dass es ein Konzept gibt, das nicht nur der Landesmesse in Stuttgart dient, sondern den Messen im ganzen Land Baden-Württemberg.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Birk.

**Abg. Dr. Birk** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion begrüßt es, dass diese beiden Anträge der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE heute hier und im Fortgang dann auch im Wirtschaftsausschuss beraten werden, weil auch wir Interesse daran haben, dass diese Vorgänge im Zusammenhang mit dem angekündigten Umzug der Messe Sinsheim nach Stuttgart vollständig aufgeklärt werden. Auch wir waren überrascht, dass der bisherige Betreiber vom Standort Sinsheim weggeht und nach Stuttgart wechselt.

Ich sage in aller Deutlichkeit: Wir von der CDU-Fraktion hätten uns auch gewünscht, dass er am Standort Sinsheim verbleibt, denn wir haben mit dem Standort Sinsheim einen erfolgreichen Messestandort, der, auch mit Unterstützung des Landes, in den letzten Jahren ausgebaut wurde. Wir wissen natürlich auch um den wichtigen Standortfaktor der Messe Sinsheim in der dortigen Region.

Ich denke, dass es deshalb auch ein Ausnahmefall bleiben muss, dass die Landesmesse, die SMK in Stuttgart, den Regionalmessen in Baden-Württemberg Konkurrenz macht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Schmiedel SPD – Abg. Stichelberger SPD: Und wie wollen Sie das verhindern?)

Wir müssen darauf achten

(Abg. Schmiedel SPD: „Wir“? Was heißt denn „wir“?)

– Herr Kollege Schmiedel, das verstehe ich unter den „Spielregeln“, die aufgestellt werden müssen –, dass wir einen deutschlandweit und europaweit profilierten Messestandort des Landes entwickeln, dass es aber nicht zu einem Verdrängungswettbewerb innerhalb des Landes kommt.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das ist immer so bei Überkapazität! Das hätten Sie auch vorher wissen können!)

Die CDU-Fraktion wird deshalb weiterhin

(Zuruf von der SPD: Mit wem reden Sie denn? – Abg. Capezzuto SPD: Nach rechts schauen!)

die Regionalmessen im Land unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Schmid SPD: Der wird schon ganz rot! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wieso kommt dann die Messe Sinsheim nach Stuttgart?)

Zweiter Punkt: Ein Regionalmessenkonzept gibt es.

(Zuruf von der SPD: Ja super!)

Ich erinnere daran – –

(Zurufe von der SPD – Unruhe)

– Jetzt lassen Sie mich doch einmal ausreden. Wollen Sie jetzt zuhören, oder wollen Sie dauernd dazwischenquatschen?

(Abg. Capezzuto SPD: Beides!)

Ich glaube, es dient niemandem, wenn wir uns hier gegenseitig mit Vorwürfen überhäufen.

(Zurufe von der SPD)

Wir müssen doch schauen, wie ein Zukunftskonzept für die Regionalmessen gemeinsam mit einem Landeskonzept für die Landesmesse in der Zukunft aufgestellt ist, damit der Messestandort Baden-Württemberg insgesamt profitiert. Das ist Ihr Interesse und unser Interesse.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Wir haben 64 Millionen € für die Regionalmessen ausgegeben. Wir haben das deshalb gemacht, weil wir es in einer Komplementärfinanzierung mit bis zu 15 % vereinbart haben. Das heißt zunächst einmal, dass die Regionalmessenbetreiber, auch die Kommunen vor Ort, ihre Standorte ertüchtigen wollten, um zusätzliche Kapazitäten zu bekommen. Diese Kapazitäten wurden in den letzten Jahren erfolgreich geschaffen. Es gab an diesen Regionalmessestandorten auch zusätzliche Messen, und vorhandene Messen konnten ausgebaut werden.

Jetzt ist zunächst einmal festzustellen, dass der Weggang der Schall-Gruppe von Sinsheim die Entscheidung eines freien Unternehmens war. Auch wir haben ein Interesse daran, aufzuklären, ob und inwieweit die Landesregierung an diesen Verhandlungen beteiligt war. Unseres Wissens zufolge ist es aber zunächst einmal so, dass dies von den entsprechenden Geschäftsleitungen verhandelt wurde – mit dem Ergebnis, dass spätestens ab dem Jahr 2008 die Messen der Schall-Gruppe am Messestandort Stuttgart stattfinden sollen.

Es ist sicherlich zu klären, welche Rolle ein der öffentlichen Hand zuzuordnendes Unternehmen wie die Stuttgarter Messe- und Kongress GmbH in diesem Zusammenhang gespielt hat. Auch wir seitens der CDU-Fraktion wollen, dass dies aufgeklärt wird.

Aber wir müssen auf der anderen Seite auch erkennen – ich denke, das wird auch von Ihnen respektiert –: Wenn es

(Dr. Birk)

wirklich zutrifft, dass Herr Schall in Sinsheim mit einer Reihe von Messen an Kapazitätsgrenzen gestoßen ist,

(Abg. Gaßmann SPD: Nur zwei!)

dann ist es aus Sicht der CDU-Fraktion allemal besser, dass wir diesen erfolgreichen Messebetreiber im Land halten können und er nicht nach Nürnberg, Frankfurt oder München abwandert.

Ein weiterer Punkt, der in diesem Zusammenhang anzuführen ist: Wir werden die Vertragsbestandteile sehr genau durchzugehen haben und werden prüfen, wo Freistellungen erfolgt sind und wo nicht. Klar ist auch: Wenn Schall mit seinen Messen abwandert, gibt es auch entsprechende Rückforderungsansprüche im Hinblick auf Landeszuschüsse, die gewährt wurden.

Für uns wäre es nicht akzeptabel – und damit wäre auch die Grenze überschritten –, wenn es seitens der Stuttgarter Messe- und Kongressgesellschaft eine Freistellung von eventuellen Vertragsstrafen oder Haftungsansprüchen geben würde. Ein Unternehmen, an dem die öffentliche Hand beteiligt ist,

(Abg. Schmiedel SPD: Nur öffentliche Hand!)

darf diesbezüglich keine Freistellungen vornehmen. Auch dahin gehend werden wir nochmals einfordern, dass die Verträge analysiert und natürlich auch dem Aufsichtsrat der SMK vorgelegt werden, um das überprüfen zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Was machen Sie, wenn es doch so ist?)

– Dann wird man darüber erneut zu verhandeln haben. Aber zunächst einmal ist da eine ganz klare, auch politisch gewollte Grenze gezogen – ich denke, Herr Kollege Palmer, das ist auch in Ihrem Sinne –, die nicht überschritten werden darf. Denn wenn ein Unternehmen des Landes mit Beteiligung der öffentlichen Hand von Vertragsstrafen freigestellt würde, wäre dies sicherlich ein schlechtes Beispiel für privatwirtschaftliches Handeln, dem wir nicht Vorschub leisten sollten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Aha!)

Lassen Sie uns aber auch in die Zukunft schauen. Jetzt geht es darum, den Messestandort Sinsheim zu profilieren. Das heißt, wir seitens der CDU-Fraktion wünschen und unterstützen dies und sichern auch unsere Mitarbeit zu, damit eine konzeptionelle Förderung und Begleitung von Sinsheim auch im Hinblick auf neue Chancen und Perspektiven für das vorhandene Messegelände stattfinden kann.

Immerhin befindet sich in Sinsheim das Technikmuseum, und immerhin ist eine Initiative „Messestandort Sinsheim“ in Gründung. Wir sichern der Stadt Sinsheim auch gerne zu – dies will auch die Landesregierung –, dass in den nächsten Jahren etwas dafür getan wird, dass die dort vorhandene Infrastruktur bestehen kann und dass eine entsprechende, sinnvolle Nutzung ermöglicht wird.

Wir sagen auch in aller Klarheit und Deutlichkeit – mit der Abwanderung von Schall aus Sinsheim haben wir einen Präzedenzfall –, dass wir die künftige Messepolitik der SMK mit Beteiligung des Landes sehr genau beobachten werden. Es kann – ich sage dies nochmals – nicht das Ziel sein, weitere Messen von gut funktionierenden Regionalmessestandorten aus Baden-Württemberg abzuziehen. Wir wollen, dass sich die Landesmesse mit all ihren Vorteilen im Bereich der Infrastruktur einen guten Ruf, einen guten Namen macht, und zwar in der Konkurrenz zu München, zu Frankfurt, zu Düsseldorf, zu Leipzig und darüber hinaus natürlich auch europaweit.

(Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Das wird der Maßstab für die künftige Beurteilung der Messepolitik des Landes als Gesellschafter, aber auch als Zuschussgeber sein. Dazu rufen wir die Landesregierung auf.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

**Abg. Hofer FDP/DVP:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Kein Zweifel, ich schließe mich dem an: Durch den Weggang der Schall-Gruppe nach Stuttgart ist für Sinsheim eine schwierige Situation entstanden. Deswegen begrüßen wir es, halten es aber auch für selbstverständlich, dass der Herr Ministerpräsident und der Herr Wirtschaftsminister bereits Gespräche mit der Stadt Sinsheim angekündigt haben. Auch mit der Familie Layher haben, wie ich gehört habe, schon Gespräche stattgefunden, um hier ein Entwicklungskonzept frühzeitig anzugehen, damit man sieht, wie man die dortigen Gegebenheiten – die Hallen und das Gelände – nutzen kann, damit die Region insgesamt von den Lasten dieses Weggangs befreit werden kann.

Bei aller Sorge und verständlichen Aufregung denke ich aber schon, dass es unsere Aufgabe ist, das, was nicht zueinander gehört und nichts miteinander zu tun hat, auch fein säuberlich zu trennen.

Zunächst einmal, Herr Kretschmann – wir wissen, dass Sie immer gegen die Messe Stuttgart waren –,

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Da ich Recht hatte!)

stelle ich an dieser Stelle ganz bewusst noch einmal fest – ich bin sicher, dass die überwältigende Mehrheit es parteiübergreifend genauso sieht –: Diese Landesmesse Stuttgart ist bei der Wirtschaftskraft des Landes und bei seiner Exportorientierung dringend notwendig.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es! – Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

und wir sind froh, dass nach Jahren der Planung und des Verhandeln hier endlich gebaut wird und, wie wir wissen, trotz aller Debatten auch zügig fertig gestellt wird.

(Beifall bei der CDU – Abg. Kretschmann GRÜNE: Sie lassen sich doch nicht einmal durch Fakten belehren! Sie sind so ein Marktwirtschaftler!)

(Hofer)

– Was wäre wohl, Herr Kretschmann, wenn es nicht zu dieser Landesmesse gekommen wäre? Das hätte ja aufgrund der Urteile der Gerichte sein können.

(Abg. Gaßmann SPD: Das ist doch nicht das Thema! Sprechen Sie doch zu Sinsheim!)

– Ich komme darauf.

(Abg. Capezzuto SPD: Wann?)

Und wenn Schall möglicherweise sogar noch woanders hingegangen wäre, hätte ich die Kommentare, das Lamento hören wollen. Ihnen traue ich zu, dass Sie da auch noch mit eingestimmt hätten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Kretschmann GRÜNE: Völlig daneben, was Sie da sagen! – Weitere Zurufe)

Jetzt der nächste Punkt. Die Messen, ob es die Landesmesse oder die Regionalmessen sind, müssen sich im Wettbewerb behaupten. Da gibt es übrigens nicht nur Win-win-Situationen, sondern Wettbewerb bedeutet Rangfolgen und Platzziffern. Wer das wegtäuscht, macht irgendetwas vor. Sie müssen sich im Wettbewerb behaupten.

Die Landesförderung hat sich niemals auf den Betrieb von Messen bezogen, sondern ausschließlich auf Grundstücke, auf Gebäude und auf Infrastruktur, und dies nicht nur für die Landesmesse, sondern auch, wie wir gehört haben, mit 65 Millionen € für die Regionalmessen. Das ist dringend notwendig, weil anderweitig überhaupt kein Wettbewerb entstehen könnte; denn überall in Deutschland geschieht das so, übrigens auch in den meisten Teilen von Europa. Wer das alles selber erwirtschaften muss, während es die anderen vorfinanziert bekommen, der braucht einen Wettbewerb gar nicht mehr zu bestreiten.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das ist ein deutsches Sonderphänomen! Nirgends gibt es solche Überkapazitäten!)

Das zum Wettbewerb.

So wurde dann zum Schluss auch noch die Schall-Messe gefördert. Die eigentliche Förderung mit 1,4 Millionen € für die letzte Halle ist ja deshalb erfolgt, weil Karlsruhe gefördert worden ist und Schall gesagt hat: Wenn Karlsruhe gefördert wird, möchte ich endlich als einziger Privater – es ist übrigens auch der Einzige, meine Damen und Herren, der komplett weggehen kann, denn die Stadt Friedrichshafen verlässt Friedrichshafen nicht, und Karlsruhe verlässt nicht Karlsruhe, das muss man an dieser Stelle einmal sehen – auch diese Förderung bekommen.

Nun zu dem Thema, das uns beschäftigt: Geschäftspolitik der Landesmesse. Sie von der SPD-Fraktion haben völlig Recht

(Abg. Gaßmann SPD: Meistens!)

– nicht meistens –, wenn Sie sagen: Das wird privatwirtschaftlich betrieben, also muss die Vereinbarung mit der Schall-Gruppe nach der Marktüblichkeit nachgefragt werden. So steht es in Ihrem Antrag drin.

Das heißt, es muss gefragt werden: Macht die Vereinbarung wirtschaftlich Sinn? Sind die Erträge dieser Vereinbarung höher als die Aufwendungen? Das ist die Frage, die gestellt ist. Ich darf an dieser Stelle sagen: Wir warten natürlich auf die offiziöse Auskunft; aber das, was ich weiß, ist eindeutig: dass der Ertrag die Aufwendungen überschreitet. Wäre es bewusst anders, wäre das eine Untreue. Ich darf einfach einmal darauf hinweisen, wenn Sie schon von Geschäftsbaren sprechen: Der Ertrag muss höher sein, und er ist höher als die Aufwendungen.

Ich darf in diesem Zusammenhang auch sagen: Ich könnte mir vorstellen, wie hoch der Betrag ist. Schauen Sie doch einfach in den Rahmenvertrag zur Messe. Die Stuttgarter Messe- und Kongressgesellschaft hat dort vereinbart – das sind ihre Messemittel –, dass eine Nettoliquidität bereitgestellt wird, um Vorlaufarbeiten für die Messe zu machen. Da steht ausdrücklich drin: frühzeitige Akquisition von Landesmessen 7,5 Millionen €. Ich bin eigentlich ziemlich sicher: Der Betrag, der insgesamt ausgegeben wird, wird dem in etwa entsprechen.

Deshalb ist der Vorwurf der Grünen plakativ, und alles schreit Hurra. Aber wenn Sie sagen, dass hier die Hälfte der Rückforderung der öffentlichen Förderung für Schall wieder refinanziert werde, weil das Land zu 50 % beteiligt ist, so ist das geradezu absurd, denn die Messförderung wird zurückgezahlt, und an 50 % nimmt das Land am Ertrag teil, der höher sein muss als die Aufwendungen. Also ist das weder unmittelbar noch mittelbar eine Kopplung.

Jetzt noch eine Anmerkung. Da, meine ich, müssen wir ansetzen.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Ich komme zum Ende; letzte Bemerkung.

Die Geschäftspolitik der Messe darf sich nicht allein auf den Nachweis der Wirtschaftlichkeit beschränken. Wirtschaftlichkeit ist notwendig und unverzichtbar; sonst brauche ich kein privatwirtschaftliches Unternehmen. Aber Wirtschaftlichkeit allein genügt nicht, denn die Landesmesse ist eine öffentliche Einrichtung im öffentlichen Interesse; sonst hätte es kein Landesmessegesetz geben dürfen. Deshalb muss gefragt werden: Was sind die öffentlichen Interessen? Wir haben über den Landesentwicklungsplan ein Messekonzept zur Förderung der Landesmesse und der Regionalmessen. Das muss in der Geschäftspolitik einer Landesmesse die Vorgabe sein, und das ist es auch gewesen. Denn nach meinen Informationen ist eben nicht abgeworben worden, sondern hier waren auch anderweitige Angebote da, und die Schall-Gruppe hat selber gesagt, sie könne diese Messe an Ort und Stelle nicht mehr halten. Worin der Sinn liegt, dass sie dann alles abzieht, kann man sich einmal unternehmerisch fragen. Ich könnte mir da sogar einen Sinn vorstellen.

Meine Damen und Herren – ich mache hier nicht diesen Vorwurf, aber ich weiß aus eigener Erfahrung von kommunalen Eigenbetrieben –, Geschäftsführer leben von Ertrag und Umsatz. Die Aufgabe des Gesellschafters – und deshalb hat das Land Wert darauf gelegt, frühzeitig, rückwirkend ab 1. Januar 2005, Gesellschafter zu sein – ist es, Ge-

(Hofer)

schäftspolitik zu machen und nicht nur auf Wirtschaftlichkeit zu achten. Dazu gehört mit Sicherheit nicht, primär im eigenen Land den Regionalmessen Konkurrenz zu machen.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD: Das ist aber passiert!)

Das ist meines Erachtens auch nicht geschehen, und das wird auch in Zukunft nicht so sein dürfen. Deshalb brauchen wir kein Konzept; das haben wir. Die Entscheidung über die Geschäftspolitik findet in der Gesellschafterversammlung statt. Da kommen die wirtschaftlichen Faktoren zusammen. Nichts ist dagegen einzuwenden, wenn das Land eine Moderationsrolle übernimmt und einmal die Vertreter der Messen einlädt – auch das ist meines Erachtens schon geschehen –, um zu schauen: Wie kann man Win-win-Situationen erreichen?

Bei aller Erregtheit sollte man, meine ich, diese Fakten nicht außer Acht lassen und etwas darauf achten, dass das Blut nicht nur in den Bauch, sondern auch ein kleines bisschen in den Kopf geht.

Danke.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Wirtschaftsminister Pfister.

**Wirtschaftsminister Pfister:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will zunächst einmal festhalten: In der Vergangenheit und bis zum heutigen Tag herrschte zumindest bei 90 % der Mitglieder dieses Landtags Einigkeit darüber, dass dieses Land Baden-Württemberg als starkes Wirtschaftsland, als Exportland Nummer 1 eine starke Messelandschaft braucht. Mindestens 90 % der Mitglieder dieses Hauses haben in verschiedener Form – eigentlich auch heute – immer wieder darauf hingewiesen, dass genau aus diesem Grund eine aktive Messepolitik des Landes Baden-Württemberg notwendig ist und dass es daher darauf ankommt, nicht nur eine starke Landesmesse zu haben, sondern um diese starke Landesmesse herum auch noch starke Regionalmessen zu haben, weil beides zusammengehört und weil diese Form der Messepolitik eigentlich auch eine hervorragende Form der Wirtschaftsförderung für dieses Land Baden-Württemberg ist. Ich will noch einmal festhalten: In der Vergangenheit haben 90 % der Mitglieder dieses hohen Hauses an diesem Grundgedanken festgehalten.

(Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Sie, Kollege Kretschmann, waren immer gegen eine aktive Messepolitik. Sie waren immer dagegen, dass es eine Landesmesse gibt, in welcher Form auch immer. Sie waren immer auch gegen die Regionalmessen. Das ist bekannt. Ich respektiere diese Meinung, aber halte sie für grottenfalsch und sage nur:

(Boris Palmer GRÜNE: Sie wollen doch Subventionsabbau!)

Hätte sich Ihre Messepolitik in der Vergangenheit, Herr Kollege, durchgesetzt,

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Dann stünden wir jetzt bestens da!)

dann brauchten wir uns um die Wettbewerbsfähigkeit des Messelandes Baden-Württemberg überhaupt keine Gedanken mehr zu machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Weil dies eben so ist, weil eine starke Landesmesse und auch Regionalmessen in diesem Konzept zusammengehören, ist und bleibt es richtig, dass das Land Baden-Württemberg in der Vergangenheit neben der Landesmesse immer auch versucht hat, durch entsprechende Konzepte Regionalmessen auf den Weg zu bringen, aber nicht flächendeckend, nicht in dem Sinne, dass in jeder Ecke des Landes unbedingt eine solche Regionalmesse sein müsste. Wir haben bei der Entwicklung der Regionalmessen vielmehr immer darauf geachtet, dass die Identitäten, die Alleinstellungsmerkmale dieser Regionalmessen zum Ausdruck kommen können. Wir haben dies in den letzten Jahren mit rund 65 Millionen € gefördert; im Jahr 2008 wird dieser Prozess abgeschlossen sein.

Wir haben auf diese Art und Weise dafür gesorgt, dass diese Messen mit einem Investitionsvolumen von rund 400 Millionen € gefördert worden sind und jetzt auch ihre Rolle spielen. Ich halte das im Gegensatz zu Ihnen, Herr Kollege Kretschmann, für eine richtige Politik, und ich bin dankbar dafür,

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Jetzt kommen Sie doch einmal zum Thema!)

dass alle Redner zunächst einmal gesagt haben, dass diese Messepolitik des Landes Baden-Württemberg richtig angelegt war.

Ich glaube also, dass es darauf ankommt, in Zukunft insbesondere die Identitäten der Regionalmessen weiter zu fördern. Da ist schon viel geschehen. Beispielsweise ist die Ökomesse eng mit Freiburg verbunden und wird auch in Zukunft eng mit Freiburg verbunden sein. Das ist beispielsweise das Erfolgsgeheimnis dieser Messe in Freiburg.

(Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Oder nehmen Sie beispielsweise den Wassersport als Teil der Messe in Friedrichshafen. Er ist eng mit Friedrichshafen und auch mit der dortigen Raumschaft verbunden; das wird auch in Zukunft das Erfolgsgeheimnis sein. Oder dass Karlsruhe und Offenburg beispielsweise dafür stehen, dass sie eine grenzüberschreitende Messepolitik betreiben – einerseits in die angrenzenden Bundesländer hinein, andererseits aber auch in das Ausland, nach Frankreich hinüber –

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wofür steht eigentlich Sinsheim?)

– dazu komme ich gleich –, ist ein Alleinstellungsmerkmal. Das ist völlig klar.

Ich will das nur noch einmal sagen, damit hier nicht der Eindruck erweckt wird, in der Vergangenheit hätte es eine falsche Messepolitik gegeben. Ich behaupte – und glaube, das auch beweisen zu können –, dass die Messepolitik des

(Minister Pfister)

Landes Baden-Württemberg in der Vergangenheit richtig und auch erfolgreich war.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Jetzt zu Sinsheim:

(Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Die Sinsheimer Messe ist die einzige Messe mit einem privaten Messeanbieter, und für uns war natürlich völlig klar, dass wir diesen privaten Messeanbieter nicht benachteiligen wollen. Deshalb hat es ja auch nie eine Diskussion darüber gegeben, dass auch die Messe Sinsheim von der Landesregierung gefördert worden ist, und zwar seit 1998 in der Größenordnung von 2,2 Millionen €. Aber manchmal, meine Damen und Herren, frisst der Erfolg eben seine eigenen Kinder.

(Abg. Drexler SPD: Oh!)

Ich will Ihnen jetzt in aller Klarheit sagen, was gelaufen ist.

(Abg. Drexler SPD: In aller Ruhe!)

– Auch in aller Ruhe.

(Abg. Drexler SPD: Da sind wir dankbar!)

Zunächst einmal ist es richtig, dass Herr Schall – ich nenne Ihnen gleich noch die Zeitabläufe – auch die Landesregierung darauf hingewiesen hat, dass seine Messen am Standort Sinsheim an Wachstumsgrenzen stießen und dass übrigens auch der überwiegende Teil der Aussteller und der Messebeiräte von ihm eine entsprechende Verlagerung forderten.

Ich sage klar, dass die Entscheidung, die die Messegruppe Schall getroffen hat, zunächst eine unternehmerische Entscheidung war. Das muss man akzeptieren. Herr Schall hat allerdings diese unternehmerische Entscheidung, die er getroffen hat, Herrn Staatssekretär Böhmeler vom Staatsministerium im November 2004 mitgeteilt. Er hat ihn also darüber informiert.

(Abg. Göschel SPD: Aha!)

Es ist auch richtig, dass das Wirtschaftsministerium in Person von Herrn Staatssekretär Dr. Mehrländer im Februar 2005 darüber informiert worden ist.

(Abg. Drexler SPD: Nach einem halben Jahr!)

Dem Wirtschaftsministerium ist gleichzeitig ein Vertragsentwurf mitgeschickt worden.

Es ist weiter richtig, dass am 15. März dieses Jahres auch der damalige Staatssekretär im Finanzministerium, Herr Professor Reinhart, informiert worden ist.

Also sind die drei Mitglieder der Landesregierung, die im Aufsichtsrat saßen, informiert worden. Das ist absolut richtig, und daran gibt es überhaupt nichts zu vertuschen und zu verheimlichen.

Klar ist aber auch – das muss man auch sagen –, dass bei allen Verhandlungen, die zwischen der SMK auf der einen und der Schall-Gruppe auf der anderen Seite stattgefunden

haben, weder die Landesregierung noch ein Mitglied der Landesregierung oder ein Beamter aus den entsprechenden Häusern beteiligt waren. Auch das sollte man hier sagen.

(Abg. Zeller SPD: Das ist ja beschämend!)

Ich komme gleich noch einmal auf den Vertrag zurück.

Wichtig vom Ergebnis her ist, dass im Aufsichtsrat eine Entscheidung getroffen worden ist, die zu dem Vertrag geführt hat, auf den ich gleich zurückkomme. Aber ich darf Ihnen zuvor noch einmal sagen, meine Damen und Herren, dass bei dieser einstimmigen Entscheidung des Aufsichtsrats

(Abg. Gaßmann SPD: Wann war das? – Abg. Schmiedel SPD: Was heißt da „einstimmig“?)

am 6. Juni dieses Jahres, mit der dieser Vertrag beschlossen worden ist, zum Beispiel auch der Pressesprecher der Landes-SPD, Herr Reißig, zugestimmt hat.

(Abg. Drexler SPD: Das sagt ja nichts aus! – Gegenruf des Abg. Blenke CDU: Schöne Offenheit! – Abg. Schmiedel SPD: Das ist ja der Hammer!)

– Ich sage nur, dass von Herrn Reißig, dem Pressesprecher der Landes-SPD, zugestimmt worden ist.

(Abg. Schmiedel SPD: Der ist Stadtrat in dieser Funktion! Der Skandal ist, dass Sie zustimmen!)

Zum Beispiel hat auch Herr Wölfle – das ist meines Wissens der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Gemeinderat der Stadt Stuttgart – diesem Vertrag zugestimmt. Auch ein weiterer SPD-Stadtrat, Herr Baumstark, hat diesem Vertrag zugestimmt. Ich kritisiere das ja gar nicht.

(Abg. Drexler SPD: Die vertreten doch die Stadt Stuttgart! Das ist doch logisch, dass die zustimmen! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Es ist doch klar, dass die zustimmen! Alles andere wäre ja absurd! – Unruhe)

– Das ist doch völlig in Ordnung. Ich wollte nur sagen: Diesem Vertrag ist einstimmig – auch mit Stimmen von Vertretern der SPD und der Grünen – zugestimmt worden.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das sind doch Stadträte! – Abg. Zeller SPD: Die haben Stuttgarter Interessen wahrgenommen! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sollen sich die Stuttgarter für Sinsheim aussprechen? Wo leben Sie denn? – Weitere Zurufe von der SPD und den Grünen)

– Langsam! – Ich will Ihnen sagen, dass es für diese Zustimmung ein wichtiges Argument gegeben hat.

(Abg. Schmiedel SPD: Das ist ja die letzte Feigheit, dass Sie die Verantwortung auf ein paar Stuttgarter Stadträte schieben! Welche Rolle spielt denn die Landesregierung? Das ist ja unglaublich!)

– Das tue ich doch gar nicht.

(Widerspruch bei der SPD)

(Minister Pfister)

Ich habe doch gerade gesagt, dass die drei Vertreter der Landesregierung

(Abg. Schmiedel SPD: Welche Rolle spielt denn da die Landesregierung?)

im Aufsichtsrat diesem Vertrag zugestimmt haben. Das habe ich doch deutlich gesagt.

(Abg. Drexler SPD: Und jetzt reden wir über die drei! – Abg. Schmiedel SPD: Sagen Sie, dass die Landesregierung im Vorfeld keinen Einfluss genommen hat!)

Und jetzt reden wir über dieses Thema.

Sie sind im Vorfeld auch über den Vertragsentwurf informiert worden und haben zugestimmt. Im Wesentlichen haben sie deshalb zugestimmt, weil zwei Punkte wichtig waren: Der erste Punkt war, dass auf diese Art und Weise natürlich erreicht werden konnte, dass die Sinsheimer Messe nicht nach München, nach Nürnberg oder sonst wohin außerhalb Baden-Württembergs geht,

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das kann doch jeder behaupten! Das kann doch jeder behaupten! Das ist doch ein reines Erpressungsargument!)

sondern in Baden-Württemberg bleibt. Ich halte es für einen wichtigen Erfolg, dass die Sinsheimer Messe nicht nach außerhalb Baden-Württembergs gegangen ist, sondern hier im Land gehalten werden konnte. Das ist der erste Punkt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich möchte auch einmal wissen, Herr Kollege Palmer, was eigentlich los gewesen wäre, wenn es dazu gekommen wäre, dass die Messe Sinsheim mit ihrer Begründung „Wir müssen von Sinsheim weg“ tatsächlich weggegangen wäre, aber nicht an einen Standort in Baden-Württemberg, sondern in ein anderes Bundesland gegangen wäre. Die Empörung wäre groß gewesen.

(Abg. Drexler SPD: Wäre! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wäre, wäre, wäre! Sie sagen immer nur „wäre“!)

Deshalb noch einmal: Es war richtig und gut, dass die Messe Sinsheim hier in Baden-Württemberg geblieben ist.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Das ist ein Erfolg für die Messepolitik dieses Landes.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Das ist der erste Punkt.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Wirtschaftsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Palmer?

**Wirtschaftsminister Pfister:** Gerne.

**Präsident Straub:** Bitte schön, Herr Palmer.

**Abg. Boris Palmer GRÜNE:** Herr Wirtschaftsminister, hätte die Landesregierung, deren Vertreter offenbar frühzeitig über das Vorhaben informiert waren und im Aufsichtsrat zugestimmt haben, die Möglichkeit gehabt, Einfluss zu nehmen, dass nur die Messen, die an die Kapazitätsgrenze stoßen, nach Stuttgart gehen? Hätte die Landesregierung die Möglichkeit gehabt, diesen Komplettabzug nach Stuttgart, den der Kollege Birk ja offenbar für einen Fehler hält, zu verhindern?

**Wirtschaftsminister Pfister:** Ich wünsche mir auch für die Zukunft – gar keine Frage –, dass solche Dinge einmalig bleiben. Das ist richtig so.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Kretschmann GRÜNE: Wie soll denn das funktionieren?)

Aber dies wird insofern ein einmaliger Vorgang sein – der Kollege Hofer hat darauf hingewiesen –,

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

als keine Kommune, beispielsweise Friedrichshafen oder Freiburg, auf die Idee kommen wird, ihre Messe zu verlegen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das stimmt, aber das war nicht die Frage!)

Insofern ist das ein einmaliger Vorgang; das muss man schon einmal sagen.

Sie müssen doch sehen, was die Gründe für die Verlagerung der Messe Sinsheim waren. Einen Grund habe ich Ihnen schon genannt. Es gibt noch einen zweiten Grund. Sie erheben im Grunde den Vorwurf, dass dieser beschlossene Vertrag in dem Sinne unwirtschaftlich sei, dass er zulasten des Landes Baden-Württemberg gehe.

(Abg. Drexler SPD: Für Sinsheim!)

Dem ist nicht so. Ich will Ihnen sagen – das ist kein Geheimnis –, dass in diesem Vertrag unter anderem geregelt ist, dass die Schall-Gruppe von der Stuttgarter Messe- und Kongressgesellschaft mbH pauschale Finanzdienstleistungen in der Größenordnung von 7 Millionen € erhält.

(Abg. Göschel SPD: Aha!)

Damit sollen bestimmte Verpflichtungen abgedeckt werden.

(Unruhe bei der SPD)

– Ja, das kann man sagen. – Gleichzeitig ist aber auch klar, dass durch dieses Geschäft natürlich Ergebnisverbesserungen bei der SMK dadurch stattfinden, dass die Schall-Gruppe in Zukunft in Stuttgart angesiedelt ist. Der entscheidende Punkt, wenn es um die Wirtschaftlichkeit geht, ist doch, dass die Ergebnisverbesserungen höher sind als die Beträge, die von der SMK an die Schall-Gruppe gezahlt worden sind, sodass unter allen Umständen gewährleistet ist, dass dies ein Geschäft war, ein Abkommen war, das von der Wirtschaftlichkeit her nicht infrage gestellt werden kann. Das ist unumstritten.

(Minister Pfister)

(Abg. Fischer SPD: Vielleicht für die Messe Stuttgart! Aber was passiert denn in Sinsheim? Da gehen doch die Lichter aus!)

– Genau darauf will ich jetzt noch zurückkommen. – Jetzt bleibt noch eine Frage übrig: Was passiert mit Sinsheim? Sinsheim befindet sich in einer schwierigen Lage; das ist unbestritten.

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

Es hat erste Kontakte gegeben. Ich sage Ihnen für die Landesregierung auch zu, dass wir Sinsheim nicht hängen lassen wollen. Wir müssen Sinsheim in dieser Situation so gut es geht helfen. Das kann das Wirtschaftsministerium tun. Das kann das Landwirtschaftsministerium tun, wenn es beispielsweise darum geht, über die Städtebauförderung, über das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum zu helfen. Der Autobahnanschluss ist im Grunde in trockenen Tüchern. Das sind Maßnahmen, mit denen die Landesregierung versucht, zu helfen.

(Abg. Göschel SPD: Hat den das Land bezahlt? Wer zahlt denn den Autobahnanschluss? – Abg. Schmid SPD: Die Wirtschaftlichkeit wird aber beeinträchtigt! – Abg. Dr. Witzel GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Aber klar ist natürlich auch, Herr Kollege Witzel: Zunächst einmal müssen vor Ort die notwendigen Dinge besprochen werden, muss vor Ort ein Konzept entwickelt werden, wie man auf diese Situation reagiert. Ich sage noch einmal: Die Landesregierung wird hier das tun, was sie tun kann.

Ich will auf einen letzten Punkt eingehen.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Minister, gestatten Sie – –

**Wirtschaftsminister Pfister:** Lassen Sie mich das noch schnell zu Ende führen.

Ich will auf einen letzten Punkt eingehen: Ich habe gesagt – da teile ich die Meinung des Kollegen Birk –: Es kann auch zukünftig nicht die Geschäftspolitik sein, Abwerbpolitik in Baden-Württemberg zu betreiben. Dazu bekenne ich mich. Ich behaupte, dass eine Abwerbpolitik auch im Fall Sinsheim nicht gemacht worden ist. Sie soll auch in Zukunft nicht gemacht werden. Die Betreibergesellschaft der neuen Messe darf eine solche aggressive Abwerbpolitik nicht machen, und sie wird es tatsächlich auch nicht tun.

Voraussetzung dafür ist natürlich, dass es ein abgestimmtes Verhalten zwischen allen Teilnehmern der Messepolitik gibt. Da gebe ich der SPD in einem Punkt Recht. Das Prinzip darf nicht die Konfrontation sein,

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

sondern das Prinzip muss die Kooperation sein.

(Abg. Drexler SPD: Aber wir brauchen eine Konzeption!)

Aus diesem Grund habe ich schon vor einiger Zeit eine Arbeitsgruppe eingerichtet, Herr Kollege Drexler, in der nicht nur die Regionalmessen, nicht nur die SMK, sondern auch Baden-Württemberg International, auch die Tourismus-Marketing GmbH mit ihren Vertretern beieinander sind. Sie haben die Aufgabe, in dieser Arbeitsgemeinschaft ein abgestimmtes Messeverhalten, eine abgestimmte Messepolitik vorzuschlagen, das heißt die Dachmarke Messelandschaft Baden-Württemberg zu verbessern und nach außen so gut wie möglich zu verkaufen.

(Glocke des Präsidenten)

Ich halte dies für einen guten Weg, dem Prinzip der Kooperation zum Erfolg zu verhelfen und die Konfrontation so weit wie möglich zurückzudrängen.

**Präsident Straub:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Witzel?

**Wirtschaftsminister Pfister:** Gerne.

**Abg. Dr. Witzel GRÜNE:** Herr Minister, wären Sie bereit, die Frage des Kollegen Palmer zu beantworten, die ja wie folgt lautete: Hätte es die Chance gegeben, nur einen Teil der Messen von Sinsheim nach Stuttgart zu holen, und was hat die Landesregierung bezüglich dieser Möglichkeit getan?

**Wirtschaftsminister Pfister:** Ich sage Ihnen noch einmal,

(Abg. Capezzuto SPD: Nicht sagen, beantworten!)

die Landesregierung war bei den Verhandlungen nicht vertreten. Insofern dürfen Sie mir diese Frage nicht stellen.

(Abg. Zeller SPD: Aber zugestimmt haben Sie doch!)

Die Landesregierung war darüber informiert, dass es zwischen der SMK und der Schall-Gruppe Gespräche gibt. Das ist wahr.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Sie hat dann einen Vertragsentwurf bekommen, über den ihre Vertreter in der Aufsichtsratssitzung mit beraten haben, und am 6. Juni hat der Aufsichtsrat diesem Entwurf vollständig zugestimmt. Die Landesregierung war aber an den Verhandlungen nicht beteiligt.

(Glocke des Präsidenten)

– Im Augenblick keine Zwischenfrage mehr. Danke.

Ich möchte noch einen letzten Punkt nennen, weil das der Kollege auch angesprochen hatte. Ich glaube nicht, dass der Messekuchen – das war ja insbesondere Ihr Argument, Herr Kollege Kretschmann – in Deutschland in der Zukunft kleiner wird. Ich glaube, dass der Messekuchen eher größer wird.

(Abg. Fischer SPD: Das wird überall erzählt!)

Darauf gibt es auch deutliche Hinweise, und zwar nicht von mir, sondern von den entsprechenden

(Abg. Fischer SPD: Gutachtern!)

(Minister Pfister)

Messegesellschaften, von den entsprechenden Messeverbänden, die eindeutig sagen, dass im Augenblick mindestens 40 000 Unternehmer in Baden-Württemberg als potenzielle Messeeteilnehmer, die noch nicht auf der Messe sind, interessiert und auf dem Sprung seien, auf die Messen in Deutschland insgesamt zu gehen.

(Abg. Fischer SPD: Herr Pfister, das sagen Gutachter, die ihr Geld damit verdienen!)

Insofern glaube ich schon, dass der Messekuchen noch nicht endgültig verteilt ist und dass es deshalb von dieser Seite her Möglichkeiten gibt, Baden-Württemberg auch in der Zukunft gut zu positionieren.

Ich will aber auf eines hinweisen. Wenn ich sage, dass ich nicht eine Abwerbepolitik will, die innerhalb des Landes Baden-Württemberg stattfindet, Herr Schmiedel, dann bedeutet das nicht, dass wir uns außerhalb des Landes Baden-Württemberg nicht bemühen sollten, das eine oder andere, was im Augenblick noch zu dieser Messe in Baden-Württemberg gehört, zu holen.

(Abg. Drexler SPD: Das ist ja okay!)

Ich sage Ihnen: Ein Land wie Baden-Württemberg, das das Automobilland Nummer 1 ist, in dem das Thema Mobilität eine große Rolle spielt, muss auch auf einer Landesmesse mit dem Thema „Automobil und Mobilität“ in der Zukunft vertreten sein.

(Abg. Zeller SPD: Wie machen Sie das?)

Ich schlage Ihnen vor, wir überlegen uns gemeinsam, wie dies gewährleistet werden kann. Aber von der Sache her kann doch kein Zweifel bestehen, dass ein solcher Anspruch richtig ist.

Deshalb, meine Damen und Herren, sind für mich unter dem Strich abschließend zwei Dinge festzuhalten:

Erstens: Es führt kein Weg daran vorbei, dass wir, wenn Baden-Württemberg auch weiterhin wirtschaftspolitisch, exportpolitisch eine Rolle spielen will, eine starke Messelandschaft brauchen.

Das Zweite ist: Wir sollten alles tun, damit die Messen, die wir im Augenblick in Baden-Württemberg haben, auf jeden Fall im Land bleiben. Wir müssen alles tun, damit Messen nicht aus Baden-Württemberg abwandern,

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Zeller: Was tun Sie denn?)

und wir müssen alles tun, dass Baden-Württemberg auch in der Zukunft ein starker Messestandort ist.

(Abg. Fischer SPD: Da hätten Sie Karlsruhe auch 5 Millionen € mehr geben müssen!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

**Abg. Kretschmann GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Wirtschaftsminister, es geht hier nur um eines: um den Subventionswettbewerb bei der Messförderung. Es geht überhaupt nicht darum, Baden-Württemberg brauche keine Messen. Das ist völlig am Thema vorbeigeredet.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Ministers Pfister)

Noch einmal: Wie stellt sich die Situation dar? Die ganze Messebranche läuft in einen Verdrängungswettbewerb hinein, weil Überkapazitäten herrschen. So lautete eine Überschrift in einer Ausgabe der „Financial Times Deutschland“ vom Januar dieses Jahres.

Jeder weiß, dass in Deutschland seit dem Jahr 2000 200 000 Quadratmeter neue Messekapazitäten aufgebaut worden sind, und dies in einem Subventionswettbewerb, dessen Folgen wir jetzt sehen und den Sie jetzt beklagen, ein Subventionswettbewerb, bei dem wir mit Geld, das wir nicht haben – wir sind bekanntlich in der Schuldenfalle –, Messen staatlich subventionieren. Die erste Folge haben wir schon jetzt, nämlich Verdrängungswettbewerb Sinsheim nach Stuttgart.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: So ist es!)

Ihr Argument war, man habe im Aufsichtsrat dafür stimmen müssen, weil die Messeveranstalter sonst gedroht hätten, in ein anderes Bundesland zu gehen.

(Abg. Drexler SPD: Klasse! – Zuruf des Abg. Göschel SPD)

Was machen Sie, wenn der nächste Messeveranstalter irgendwo anders mit demselben Argument kommt?

(Abg. Zeller SPD: Genau! Erpressbar! – Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Das ist nur der Persilschein, den Sie sich selbst ausgestellt haben, indem Sie die Fakten, dass wir weiter in einen solchen Verdrängungswettbewerb hineinlaufen, einfach nicht wahrhaben wollen.

Der Kollege Birk hat sehr deutlich gesagt: „Es kann nicht Aufgabe des Landes sein, für Vertragsstrafen und Rückstellungen einzuspringen.“ Sie haben bestätigt, dass mit der Dienstleistungspauschale von 7 Millionen € genau dies gemacht werden soll.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Drexler SPD: Wenn das alles ist!)

Das ist genau der Punkt, um den es geht: Die öffentliche Hand subventioniert Messen in einer Konkurrenzlandschaft, und jetzt konkurrieren wir uns mit öffentlichen Mitteln, die wir gar nicht haben, selbst nieder. Das ist doch absurd.

Auf der nächsten Ebene, der des Bundesstaates, findet genau das Gleiche statt. Alle Länder betreiben für ihre Messen – sei es in Leipzig oder in Düsseldorf – genau die gleiche Subventionspolitik. Das heißt, der Subventionswettbewerb wird auf eine höhere Stufe gehoben, mit Ländern, die nicht mehr in der Lage sind, verfassungsmäßige Haushalte aufzustellen. Dazu sind auch Sie nicht in der Lage; Sie haben dies nur durch Tricks erreicht. Darum geht es hier.

(Kretschmann)

Die FDP/DVP hat wirklich ein Paradebeispiel dafür abgeliefert, was sie für ein Haufen ist: Einmal ist sie für Markt-  
radikalismus, ein anderes Mal ist sie für Staatsinterventio-  
nismus, gerade so, wie es ihr passt.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Klein-  
mann FDP/DVP)

Wir müssen aus diesem Subventionswettbewerb heraus. Das ist  
das Gebot der Stunde. Die Folgen des Subventionswettlaufs  
sehen Sie jetzt beim zweiten Aufschlag.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Gilt das auch für Öko-  
projekte?)

Man hat die Messe in Sinsheim erst mit riesigen Infrastruk-  
turmaßnahmen möglich gemacht und aufgebaut. Ich verwei-  
se allein noch einmal auf Straßenbauprojekte in der Grö-  
ßenordnung von 20 Millionen €. Jetzt wird die Messe von  
einer landeseigenen Messe abgeworben, und Sie wollen das  
Füllhorn sofort wieder für neue Infrastrukturmaßnahmen in  
Sinsheim öffnen, um den Verlust durch die Messe wieder  
durch irgendeine andere Subvention auszugleichen, für die  
wir das Geld bekanntlich auch nicht haben. Woher wollen  
Sie das Geld nehmen, um jetzt Alternativen in Sinsheim zu  
finanzieren? Das möchte ich gern einmal wissen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist richtig! –  
Abg. Drexler SPD: Ist doch klar! Stimmt genau!)

Den Stuttgarter Stadträten vorzuwerfen, sie optierten für  
Stuttgart, ist doch wohl das Allerletzte. Soll nun der Stutt-  
garter Stadtrat Wölfe für Sinsheim eintreten? Ist das seine  
Aufgabe? Das sind doch wirklich absurde Vorwürfe.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das ist kein Vorwurf ge-  
wesen! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD)

Ich sage Ihnen noch einmal, kein Mensch glaubt Ihnen, dass  
Sie nicht mit dem Messechef der SMK telefoniert haben,  
dass Sie nicht wussten, was alles auf Sie zukam, und Ihre  
Aufsichtsratsmitglieder völlig unwissend in den Aufsichts-  
rat gehen und warten, was da für Tischvorlagen kommen.  
Das ist doch absurd. Sie haben diese Politik selbstverständ-  
lich mitgemacht, und dafür tragen Sie die Verantwortung.  
Sie haben dargelegt, in welchen Stufen Sie von dem Vor-  
gang gewusst haben. Es ist überhaupt nicht glaubwürdig,  
dass Sie diesen Abzug der Messe von Sinsheim nicht ver-  
hindern konnten.

(Abg. Theurer FDP/DVP meldet sich zu einer Zwi-  
schenfrage und stellt sich an ein Saalmikrofon. –  
Glocke des Präsidenten)

Übernehmen Sie dafür bitte hier die Verantwortung, und  
mogeln Sie sich nicht damit heraus, dass Sie sagen, Sie hät-  
ten da nichts machen können. Ihre Aufsichtsräte hätten die  
Pflicht gehabt, dagegen zu stimmen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Und den Schall nach  
Nürnberg zu lassen!)

Es kann nicht Aufgabe des Landes und seiner eigenen Ge-  
sellschaften sein, dafür zu sorgen, dass hier weiter zentrali-  
siert wird mit den Folgen, die wir immer genannt haben. Al-  
lein die Verkehrsproblematik bei der neuen Messe ist nicht

zu bewältigen. Wir hatten jetzt schon einen Einwand vom  
Flughafenchef – der Flughafen gehört bekanntlich auch zur  
Hälfte dem Land –, der gesagt hat, dass es in Spitzenzeiten  
gar nicht mehr möglich sei, das alles verkehrstechnisch zu  
bewältigen, und dass die Leute ihre Flugzeuge zu spät er-  
reichen und dadurch ein wirtschaftlicher Schaden für den  
Flughafen entstehe.

Dort, wo die Leute wirtschaftliche Infrastrukturen brauchen  
– in Regionen wie Sinsheim –, werden die Infrastrukturen  
abgezogen. Die Menschen dort brauchen sie. Die Struktu-  
ren kommen aber hierher, ohne dass dabei ein Gesamtge-  
winn für das Land Baden-Württemberg entsteht, mit Ne-  
benfolgen, für deren Bewältigung Sie weder die Möglich-  
keiten noch die Finanzen haben. Ich finde, das ist eine  
Bankrotterklärung der Wirtschaftspolitik.

(Zuruf des Abg. Behringer CDU)

Ich kann mich nur wundern, dass man Parteien Wirtschafts-  
kompetenz zuweist,

(Beifall bei den Grünen – Glocke des Präsidenten)

die hier einen solchen Subventionswettbewerb veranstalten, der  
– wie alle Subventionswettläufe – in einer Sackgasse endet.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der  
SPD – Abg. Theurer FDP/DVP setzt sich wieder  
auf seinen Platz. – Heiterkeit bei der SPD und den  
Grünen – Zuruf von der SPD: Er traut sich gar  
nicht, eine Zwischenfrage zu stellen!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg.  
Schmiedel.

**Abg. Schmiedel SPD:** Herr Minister, Sie haben ausgeführt,  
die Regierung sei frühzeitig über die Vertragsverhandlun-  
gen zwischen der Stuttgarter Messe und Herrn Schall infor-  
miert gewesen und dann seien Sie nicht mehr beteiligt ge-  
wesen, sondern hätten nur das Ergebnis erfahren. Jetzt frage  
ich Sie: Wer hat denn die Landesregierung daran gehindert,  
auf Herrn Schall Einfluss zu nehmen vor dem Hintergrund,  
dass es langfristige Verträge gab, die die Voraussetzung  
dafür waren, dass das Land überhaupt seine Subvention  
gibt?

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Das waren langfristige Verträge, von denen nicht nur die  
Investoren der Messe erwarten konnten, dass sie eingehal-  
ten werden, sondern auch unzählige Gastronomen in der  
ganzen Region,

(Abg. Fischer SPD: Mittelstandsförderung der  
FDP/DVP!)

die vor dem Hintergrund, dass die Landesregierung diese  
langfristigen Verträge durch Subventionen unterstützt, na-  
türlich erwartet haben, dass die eigene Landesregierung  
nicht Vorschub dafür leistet, dass diese Verträge gebrochen  
werden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Flei-  
scher CDU: Wieso denn „Vorschub leistet“?)

(Schmiedel)

Jetzt kommen Sie daher und sagen, sogar Stuttgarter Stadträte hätten zugestimmt. Was soll denn ein Stuttgarter Stadtrat machen, wenn er sieht, dass die Vertreter des Landes zustimmen, dass eine Regionalmesse komplett ausverkauft wird? Sollen die Stuttgarter Stadträte dann sagen: „Wir vertreten Sinsheimer Interessen“?

(Abg. Braun SPD: Unglaublich!)

Sie haben gesagt, er wäre gegangen.

(Abg. Fischer SPD: Wer weiß das? – Zurufe von der CDU: Wer? – Maurer? – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Maurer auch!)

– Nein, Schall.

(Heiterkeit bei der CDU)

Vor dem Hintergrund, dass viele mittelständische Betriebe im Kraichgau und in der Region jetzt vor einem Fiasko stehen, finde ich es schäbig, dass Sie sich darüber lustig machen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Birk CDU: Weniger Theatralik, Kollege! Das ist ja reif für die Volksschaubühne! – Abg. Fleischer CDU: Eine männliche Inge Meysel spricht! – Abg. Capezzuto SPD: Das ist die liberale Wahrheit!)

Sie haben gesagt, die Messe in Sinsheim sei zu klein geworden. Dabei geht es um zwei Messen, nämlich um die Motek und die Control. Sie hätten die Chance gehabt – wenn Sie aktive Politik betrieben hätten –, zu sagen: Wir reden mit Schall, mit Layher und mit der Regierung, wie wir das Problem lösen, dass die auch in der neuen Landesmesse Entwicklungsmöglichkeiten bekommen. Aber Sie hätten in Sinsheim eine Grundlage dafür lassen müssen, dass sich die Messe dort weiterentwickelt, und dafür sorgen müssen, dass man über die zeitlichen Abläufe spricht und dass dieser Prozess kontrolliert und fair vonstatten geht. Stattdessen haben Sie dem Vorschub geleistet, dass vorsätzlich Verträge gebrochen werden, die auch unter Mitwirkung des Landes zustande gekommen sind.

Mit dem Kriterium „Wirtschaftlichkeit“ können Sie natürlich

(Abg. Drexler SPD: Alles begründen!)

jede Messe aus Karlsruhe oder Friedrichshafen nach Stuttgart holen.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Und was das Argument angeht, er wollte weg: Es lässt sich ja nie kontrollieren, ob das ernst gemeint war oder nicht.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wäre, wäre, wenn, wenn!)

Deshalb fragen wir Sie jetzt noch einmal ganz konkret:

(Abg. Capezzuto SPD: Das riecht ja nach Erpressung!)

Wirken Sie jetzt auf die Geschäftsführung ein, dass das aufgehört? Es gibt zwei konkrete Projekte, bei denen der Ge-

schäftsführer der Stuttgarter Messe schon wieder mit Bündeln von Geldscheinen aus Steuermitteln nach Karlsruhe und nach Friedrichshafen die Angel ausgeworfen hat, um sie als neue Projekte hierherzuziehen. Kommen Sie bitte hierher, und sagen Sie, dass Sie das verhindern werden! Wir wollen keinen Ausverkauf der Regionalmessen durch die Landesmesse in Stuttgart.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Abg. Zeller SPD: Wo bleibt die Antwort des Ministers? – Gegenruf des Wirtschaftsministers Pfister: Ich habe es doch klar gesagt! – Abg. Fischer SPD: Er hat sich gerade gemeldet! – Zuruf von der SPD: Er muss die Angel abschneiden! – Abg. Capezzuto SPD: Im Interesse der anderen Messestandorte! – Weitere Zurufe von der SPD – Unruhe)

Das Wort hat Herr Wirtschaftsminister Pfister.

(Abg. Capezzuto SPD: Es geht um Sein oder Nichtsein!)

**Wirtschaftsminister Pfister:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie können es im Wortlaut meiner Rede nachher nachlesen: Ich habe hier klar gesagt und unterstrichen, was auch der Kollege Hofer und der Kollege Birk deutlich gemacht haben, nämlich, dass es aus meiner Sicht nicht Aufgabe einer Messepolitik und ebenso wenig Aufgabe der neuen Landesmesse sein kann, eine aggressive Wettbewerbpolitik zu betreiben. Dies ist eine klare Erklärung, und dabei bleibt es, meine Damen und Herren.

(Abg. Schmiedel SPD: Ja, verhindern Sie es! – Abg. Drexler SPD: Sie müssen es verhindern! Nicht: „Es ist nicht Aufgabe“!)

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Anträge. Ich gehe davon aus, dass beide Anträge an den Wirtschaftsausschuss überwiesen werden sollen. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Punkt 1 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Die rot-grüne Bundesregierung vernachlässigt die Verkehrswege-Infrastruktur des Bundes in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der CDU**

Das Präsidium hat die übliche Redezeit von fünf Minuten für die Redner in der ersten Runde und fünf Minuten für die anschließenden Erklärungen festgelegt.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Scheuermann.

**Abg. Scheuermann** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir alle wären mehr als überrascht, wenn es im September nicht zu Bundestagswahlen käme. Folglich stimmen wir alle darin überein, wenn ich

(Scheuermann)

sage: Unabhängig davon, wie die Wahlen ausgehen, bedeutet dieses Datum in der Bundespolitik eine Zäsur. Deswegen meine ich, es ist nicht mehr als recht und billig, dass wir uns in unmittelbarer zeitlicher Nähe zu dieser Zäsur einmal mit der Frage befassen, wie es denn mit den Infrastrukturmaßnahmen in Baden-Württemberg, für die der Bund zuständig ist und das Geld zur Verfügung zu stellen hat, aussieht.

Ich beginne bei den Bundesfernstraßen. Ich möchte jetzt gar nicht damit anfangen, Millionen oder gar Milliarden von Euro zu zählen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Wir bitten aber darum! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Da würden Sie auch alt aussehen, weil es mehr geworden ist! – Weitere Zurufe und Unruhe)

Noch einmal: Ich möchte jetzt gar nicht anfangen, Millionen oder Milliarden von Euro zu zählen.

(Abg. Göschel SPD: Das glauben wir! – Weitere Zurufe von der SPD)

Der Staatssekretär im Innenministerium wird Ihnen dies nachher darlegen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Nein, wir wollen das! – Abg. Capezzuto SPD: Der wird sich wundern! – Unruhe)

Ich möchte hier vielmehr ganz einfach etwas über den Zustand der Infrastrukturmaßnahmen erzählen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das ist eine Märchenstunde! – Zuruf von der SPD: Wir wollen die Zahlen hören!)

– Jetzt lassen Sie mich doch ausreden.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Da sollten Sie mal den Kohl einladen!)

Warum scheuen Sie diese Darstellung denn so?

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Dass der Zustand schlecht ist, wissen wir, aber das war doch unter Kohl nicht anders! – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Haben Sie nachher keine Redezeit?)

Können wir uns wenigstens darauf verständigen, dass eine Autobahn mit einer durchschnittlichen Verkehrsmenge von täglich 70 000 bis 80 000 Fahrzeugen für jede Fahrtrichtung, wenn wir vom heutigen Standard ausgehen, drei Fahrspuren und einen Standstreifen hat?

(Abg. Rückert CDU: Ja!)

Können wir uns weiter darauf verständigen, dass Baden-Württemberg zu den Bundesländern gehört, die den höchsten Anteil an Transitverkehr haben? Wenn Sie mir das alles zubilligen, dann sage ich ganz einfach: Baden-Württemberg hat nicht e i n e Ost-West-Verbindung, die diesem Standard entspricht – nicht eine einzige: weder die A 6 noch die A 8, noch die Bundesstraßen B 31 oder B 311.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Nun geht die A 8 teilweise durch meinen Wahlkreis. Sie sind seit sieben Jahren in Berlin an der Regierung. Der letzte zusammenhängende Abschnitt, der zwischen Karlsruhe und Stuttgart gebaut worden ist, war der Abschnitt Pforzheim-West bis Pforzheim-Nord. Initiator war noch Bundesverkehrsminister Wissmann.

(Abg. Dr. Christoph Palmer CDU: Hört, hört!)

Seit dieser Zeit sind auf dieser Strecke noch ein drei viertel Brücken gebaut worden.

(Abg. Dr. Christoph Palmer CDU: Unglaublich!)

Ich stelle das ganz einfach fest und frage – ohne die Frage zu beantworten, denn sie ist rhetorisch –, ob der Bund, der für diese Investitionen verantwortlich ist, eines der wirtschaftsstärksten Bundesländer so behandeln kann.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt komme ich zum Schienenverkehr. Im Schienenverkehr haben wir in den letzten Jahren in Plänen, in Planentwürfen, in fast bis zum Ende verhandelten Verhandlungen mit der Bahn und in Absichtserklärungen viel versprochen bekommen. Um es schnell im Telegrammstil aufzuzählen: eine neue Strecke von Frankfurt nach Mannheim – im Moment auf Eis gelegt –, den drei- und viergleisigen Ausbau der Oberrheinstalstrecke – dort erfolgt im Moment nur ein Tunnelbau, und niemand weiß, warum wir diesen Tunnel bauen; es wird sogar überlegt, ihn nach der Fertigstellung links und rechts wieder zu verschließen, weil man nicht weiß, wann er gebraucht wird. Wir reden seit Jahren über Stuttgart 21 und die Verlängerung der Neubaustrecke von Stuttgart nach Wendlingen. Für in einem Bundesverkehrswegeplan – dem Vor- oder sogar Vorvorgänger des jetzigen – vorgesehene Investitionen für Zulaufstrecken aus Baden-Württemberg für die neuen Alpentransversalen haben wir im Haushalt Mittel bereitgestellt – Funkstille bis heute. Das Land Baden-Württemberg stand in Verhandlungen mit der Bahn über die Elektrifizierung der Südbahn

(Abg. Zeller SPD: Das kündigen Sie immer nur an!)

und hat jahrelang 40 Millionen DM im Haushalt mit sich herumgeschleppt. Die Bahn war bis zum heutigen Tage nicht in der Lage, diese 40 Millionen DM abzurufen.

(Zuruf von der SPD)

Das Einzige, was in Baden-Württemberg an zusätzlichen Schienen gebaut worden ist, war zu Beginn der Neunzigerjahre die Neubaustrecke Mannheim–Stuttgart.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das stimmt nicht! Was ist mit Karlsruhe–Offenburg? Gerade erst ein viergleisiger Ausbau!)

– Gut.

(Zurufe von der SPD: Aha!)

Also, dann haben wir zwei Strecken.

(Abg. Dr. Birk CDU: Aber auf eine dritte kommen Sie nicht, Herr Kollege Palmer! – Zuruf von der CDU: Aller guten Dinge wären drei!)

(Scheuermann)

Dann haben wir Mannheim–Stuttgart und haben das noch nicht ganz fertige dritte und vierte Gleis zwischen Rastatt und Offenburg.

(Abg. Schmiedel SPD: Und die Rheinbrücke Mannheim–Ludwigshafen?)

Meine Damen und Herren, jetzt komme ich noch zum letzten Verkehrsweg, zur Wasserstraße. Für den Neckar ist ausschließlich der Bund zuständig. Wir alle haben schon von diesem Katheder aus gesagt: Wir müssen Güter auch auf alternativen Verkehrswegen befördern. Die Schleusen im Neckar sind so alt, so verlottert und so kurz,

(Abg. Schmiedel SPD: Seit 20 Jahren!)

dass moderne Schiffe nicht mehr durchkommen. Zuständig ist einzig und allein der Bund.

(Abg. Schmiedel SPD: Seit 20 Jahren!)

Strich drunter!

Wir sagen immer: Die Politik kann keine Arbeitsplätze schaffen. Sie schafft aber Rahmenbedingungen. In Baden-Württemberg sind diese Infrastrukturvorhaben, für die der Bund die Verantwortung trägt, nun einmal ganz wesentliche Rahmenbedingungen. Manchmal hat man schier den Eindruck, als werde bei diesen Investitionen für Baden-Württemberg bewusst gebremst, weil man vor der Wirtschaftskraft unseres Landes Angst hat.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD, u. a. des Abg. Dr. Caroli: Stimmt doch gar nicht! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Was für eine Fensterrede war das jetzt? – Abg. Wintruff SPD: Das war eine reine Bewerbungsrede! – Gegenruf des Abg. Scheuermann CDU: Für was?)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Göschel.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Jetzt kommen die Zahlen!)

**Abg. Göschel SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich begreife nicht, warum die CDU zum wiederholten Mal einen Antrag mit der falschen Behauptung stellt, Rot-Grün vernachlässige Baden-Württemberg bei der Verkehrswegeinfrastruktur.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Reine Zündelei!)

Ich habe das hier schon mehrfach mit Fakten widerlegt. Trotzdem, seit die Regierung Kohl abgelöst worden ist, kommen Sie immer wieder mit dieser alten Leier.

(Abg. Zeller SPD: Falsche Behauptungen!)

Ich weiß nicht, was Sie damit wollen. Ich glaube, Sie wollen damit von der ganz miserablen Verkehrswegeausstattung, bei der das Land Baden-Württemberg selbst zuständig ist, ablenken.

(Beifall bei der SPD)

Wenn einer die Verkehrswegeinfrastruktur in Baden-Württemberg vernachlässigt, dann ist es die schwarz-gelbe Landesregierung.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Die Bundesregierung hat trotz finanzieller Engpässe immer wieder die Mittel für die Verkehrswegeinfrastruktur erhöht, ausgeweitet, und dabei hat Baden-Württemberg einen steigenden Anteil zugebilligt bekommen,

(Abg. Zeller SPD: Jetzt, Herr Scheuermann, was sagen Sie dazu?)

auch deshalb, weil es in Baden-Württemberg einen anerkannten Nachholbedarf gibt, der in 16 Jahren der Kohl-Regierung entstanden ist, meine Damen und Herren.

(Abg. Mappus CDU: Das war ja klar! Jetzt ist Kohl wieder schuld, wie immer! – Abg. Scheuermann CDU: Da müssen Sie selber lachen!)

– Das ist doch ganz klar. Ich will Ihnen an ein paar Fakten belegen, dass es eine erhebliche Steigerung gegeben hat.

(Abg. Mappus CDU: „16 Jahre Kohl“!)

Gesamtinvestitionen des Bundes in Baden-Württemberg: 1998 – das war das letzte Jahr der Regierung Kohl – 763 Millionen €, 2004 1,034 Milliarden €, das heißt plus 271 Millionen €.

(Abg. Birzele SPD: Sehr richtig! – Beifall bei der SPD)

Prozentualer Anteil Baden-Württembergs an den Verkehrsinvestitionen des Bundes: 1998 7,9 %, 2004 9,8 %.

(Abg. Kaufmann SPD: Hört, hört!)

Straßenbaumittel: 1998 278 Millionen €, 2005 466 Millionen €, das heißt plus 188 Millionen € oder plus 67 %.

(Zurufe von der SPD: Aha! – Abg. Wintruff SPD: Was sagen Sie jetzt, Herr Scheuermann?)

Der Anteil an dem 2-Milliarden-€-Programm für Verkehrsinvestitionen des Bundes beim Straßenbau: insgesamt 900 Millionen €, davon Baden-Württemberg 138 Millionen € gleich 15,3 %. Baden-Württemberg hat auch einen Anteil am Schienenausbau, allerdings noch nicht im gewünschten Maß.

(Abg. Scheuermann CDU: Dann sind wir uns wenigstens in diesem Punkt einig! – Abg. Fischer SPD: Die anderen Zahlen stimmen auch, Herr Scheuermann!)

Aber die in Baden-Württemberg bevorstehenden großen Ausbaumaßnahmen sind ja noch gar nicht baureif, sodass in den nächsten Jahren mit einem erheblich höheren Anteil des Bundes auch beim Ausbau der Schienenwege zu rechnen sein wird.

(Abg. Fleischer CDU: Der Bund sagt: Das Geld ist nicht vorhanden! – Abg. Mappus CDU: Die Rheintalbahn ist baureif!)

Und der Katzenbergtunnel wird ja jetzt auch weitergebaut.

(Göschel)

(Abg. Mappus CDU: Der Rohbau ja, aber kein Ausbau!)

Außerdem sind Mittel für die Rheinbrücke zwischen Straßburg und Kehl bereitgestellt und für die Appenweierer Kurve,

(Abg. Mappus CDU: 20 Millionen! Wahnsinn!)

sodass die POS, die Schnellbahntrasse Paris–Ostfrankreich–Stuttgart zeitgerecht angebunden werden kann.

(Abg. Fleischer CDU: Wir haben anderthalb Jahre gebraucht, um die Planungsmittel endlich wieder flott zu kriegen!)

Die Investitionen des Bundes bei den Schienenwegen waren 1998 bei 2,96 Milliarden €, 2003 bei 4,13 Milliarden €, also auch da eine erhebliche Steigerung. Das ist zwar nicht der Schienenwegeausbau, aber in dem Zusammenhang muss es erwähnt werden: Die Regionalisierungsmittel insbesondere für den Schienenpersonennahverkehr, mit dem der großartige Baden-Württemberg-Takt bezahlt wird, sind von 1998 mit 648 Millionen € bis 2005 auf 736 Millionen € erhöht worden.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Alles Steigerungen!)

Also bei allen Investitionen, bei denen der Bund die Zuständigkeit hat, bekommt Baden-Württemberg mehr; wo allerdings das Land die Zuständigkeit hat, ist gekürzt worden bzw. wird gekürzt

(Abg. Capezzuto SPD: Nur negativ!)

und wird jetzt im Nachtrag bzw. bei der Kürzungsliste ohne Nachtrag noch einmal gekürzt, und dies, obwohl wir wiederholt gefordert haben, dass, weil die etatisierten Mittel zu wenig sind, zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Wenn man natürlich sieht, wie verkehrsbelastet unser Land ist, muss man sagen: Auch wenn sich der Bund noch so sehr anstrengt – auch er muss sich nach der Decke strecken –, ist es immer zu wenig, auch deshalb, weil es, wie ich schon sagte, einen Nachholbedarf gibt. Der Ministerpräsident hat, als er noch Fraktionsvorsitzender war, immer darauf hingewiesen; auch der ehemalige Umwelt- und Verkehrsminister Müller hat dies betont. Dieser Nachholbedarf ist, wie ich bereits sagte, nicht in sieben Jahren entstanden, sondern besteht schon sehr viel länger.

Ein Faktor, warum Baden-Württemberg bei der Mittelzuweisung nicht die volle Höhe aus dem Gesamtbetrag, den der Bund zur Verfügung stellt, erhalten hat, sind und bleiben die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit, die durch Vorentnahme aus dem Gesamtpf finanziert werden. Ich will diese nicht infrage stellen – abgesehen von ein, zwei Ausnahmen, bei denen man nach wie vor darüber nachdenken muss, ob diese Projekte wirklich notwendig sind. Aber nachdem sich herausgestellt hat, dass das nicht aus der Portokasse von Herrn Kohl bezahlt werden kann, sind eben erhebliche Mittel dafür in Anspruch genommen worden, und die Bundesregierung muss dies heute noch abarbeiten.

Auch das ist eine Vorbelastung, eine Altlast, für die Sie von der Union verantwortlich sind und ein bisschen auch noch die FDP.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wenigstens bei der Verantwortung denkt man an uns! Wie schön!)

Aber dies jetzt Rot-Grün in Berlin vorzuwerfen, das ist schon ein starkes Stück!

(Beifall bei der SPD und des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Abg. Dr. Caroli SPD: Heuchelei hoch zehn! – Abg. Wintruff SPD: Heuchelei! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Vielleicht sollten wir mal staubsaugen!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Anliegen und die Kritik der CDU-Fraktion an die Adresse des Bundes ist voll berechtigt, und wir tragen das mit.

(Abg. Fischer SPD: Das ist klar!)

Herr Göschel, da können Sie natürlich seitenweise Zahlen auflisten;

(Abg. Göschel SPD: Die können Sie mit dem Staubsauger nicht wegsaugen! – Weitere Zurufe von der SPD – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

das wird all die nicht beeindrucken, die überall im Land jeden Tag im Stau stecken.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Man kann Generale anschreien, aber Zahlen halt nicht!)

– Vielleicht hören Sie wenigstens mal einen Satz lang in Ruhe zu; sonst wird es etwas schwierig.

Sie brauchen doch bloß mit offenen Augen durchs Land zu gehen, um zu merken, dass ein gewaltiger Nachholbedarf an Verkehrsinfrastruktur besteht.

(Abg. Birzele SPD: Insbesondere bei Landesstraßen!)

Sprechen Sie doch mal mit den Kammern. – Nein, nicht bei Landesstraßen,

(Abg. Mappus CDU zur SPD: Ihr solltet mal ruhig sein! Da gibt es Kürzungsanträge von euch! Da wäre ich vorsichtig!)

sondern da, wo der Fernverkehr und der Mittelstreckenverkehr ist, und das sind nun halt einmal Bundesverkehrsverbindungen.

Das gilt ja auch – das wurde schon zu Recht gesagt – bei weitem nicht nur für die Straßen, sondern das gilt genauso für die Bahn. Ich darf bloß drei Strecken nennen: Der Ausbau der Rheinschiene ist stark in Verzug, obwohl wir da mit der Schweiz eine Vereinbarung zur Sicherung der Leistungsfähigkeit des Zulaufs zur NEAT haben. Die Gäubahn

(Heiderose Berroth)

lässt nach wie vor auf sich warten, obwohl sie dringend notwendig wäre und die Schweizer schon signalisieren: „Wenn ihr euch jetzt nicht auf den Weg macht, dann wird der Ast von uns auch gekappt.“ Malen Sie sich einmal aus, was das dann für Baden-Württemberg bedeutet. Und die Südbahn fehlt gleichermaßen. Das sind einfach gewaltige Bremsen auch für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes.

Deswegen meine ich, wir sollten nicht vorrechnen und auch nicht zurückschauen, sondern wir müssen nach vorne blicken.

(Beifall bei der FDP/DVP – Lachen des Abg. Wintruff SPD – Abg. Wintruff SPD: Da lacht doch das Huhn!)

Nach vorne zu blicken bedeutet natürlich, auch einmal nachzuschauen – darum habe ich mich bemüht –, wie denn eigentlich das zustande kommt, was das Land bekommt. Das ist erstaunlicherweise, wenn man nachfragt, häufig geheime Kommandosache. Keiner weiß so richtig, wie und was, und man muss ganz schön forschen. Es gibt einen Königsteiner Schlüssel. Der wird vor allem für die Verteilung von Bildungsaufwendungen verwendet. Da hat Baden-Württemberg immerhin einen Anteil von über 12,8 %. Beim Straßenbau ist die SPD jetzt stolz darauf, dass wir von 11,3 auf 12,0 % gelangt sind. Da sind wir aber zum Beispiel schon hinter diesem Königsteiner Schlüssel zurück. Es ist auch in keiner Weise berücksichtigt, dass es eben in Baden-Württemberg wesentlich teurer ist, Straßen und Schienen zu bauen, weil wir topografisch andere Voraussetzungen haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Da hilft auch nicht der Hinweis, dass es in Bayern viel höhere Berge gibt. Jawohl, das stimmt. Bloß haben die Bayern ihre großen Ansiedlungen nicht dort, wo es buckelig ist. Bei uns ist die Hauptstadt zwischen Berg und Tal – zwischen Wald und Reben, wie zu Recht gesagt wird – aus topografischen Gründen verkehrsmäßig schlecht zu erschließen.

(Abg. Braun SPD: Jetzt kommen mir aber die Tränen!)

Ich denke, wir berücksichtigen bei sonstigen Aufteilungen im Bund sehr viele persönliche Befindlichkeiten. Das Saarland bekommt extra Aufwendungen, weil es so klein ist

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

und weil deshalb zum Beispiel der Landtag und die Landesregierung so schwierig zu finanzieren sind. Dann müssten wir doch bitte wenigstens einen Ausgleich dafür bekommen, dass wir eine ordentliche Infrastruktur herstellen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Herr Scheuermann hat natürlich Recht: Es drängt sich durchaus der Eindruck auf, dass man in den anderen Ländern Angst hat vor der Wirtschaftskraft Baden-Württembergs.

(Zurufe von der SPD: Ach! – Abg. Fischer SPD: Also, Frau Berroth!)

– Ja, doch! Das ist der pure Neid, so nach dem Motto „Die sollen sich das selber zahlen“.

(Abg. Fischer SPD: Ihnen kann man nicht mehr zuhören!)

– Ja, dann machen Sie die Ohren zu, aber seien Sie ruhig, Herr Fischer!

(Unruhe – Zuruf des Abg. Fischer SPD – Weitere Zurufe)

– Nein, es ist der Neid und ist die Missgunst, die vor allem die rot-grüne Bundesregierung seit 1998 massiv betreibt! Das wirkt sich auch da aus.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Fischer SPD: Frau Berroth, tiefer als das, was Sie hier abliefern, geht es nicht mehr! – Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Sie haben eine Misstrauensgesellschaft etabliert; Sie streuen Neid und Missgunst.

(Unruhe)

Überlegen Sie jetzt einmal allen Ernstes – und das sollten sich auch die anderen Länder überlegen –, was der Rest von Deutschland denn davon hat, wenn es jetzt auch noch Baden-Württemberg schlecht geht.

(Unruhe)

Die allererste Konsequenz ist die, dass wir dann nicht mehr in den Länderfinanzausgleich einzahlen. Ob das für die anderen Länder wirklich so interessant wäre, ist eine Frage, die man sich stellen muss.

(Abg. Braun SPD: Was soll das denn jetzt?)

Natürlich wurde zu Recht erwähnt, dass in den Neunzigerjahren die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit vorgezogen wurden. Dazu stehen wir auch. Bloß muss ich sagen: Irgendwann muss das auch einmal ein Ende finden.

(Lachen des Abg. Fischer SPD)

– Ja, wir müssen schauen, dass wir insgesamt bundesweit eine vernünftige Struktur hinbekommen, und dazu gehört, dass Baden-Württemberg bei den Mitteln für die Verkehrsinfrastruktur adäquat bedient wird.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Birzele SPD: Wie viel Prozent?)

Ich freue mich durchaus,

(Abg. Birzele SPD: Wie viel Prozent?)

dass die CDU – zwar ist ja gerade die Frage, ob wir Neuwahlen bekommen und, wenn ja, wann; aber spätestens im September des nächsten Jahres gibt es Wahlen – hier und heute den ersten Teil ihres Bundestagswahlprogramms vorgelegt hat. Ich gehe davon aus, dass wir sie dabei, was diesen Punkt betrifft, kräftig unterstützen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Fischer SPD: Sie haben also kein eigenes Programm mehr? – Abg. Birzele SPD: Wie viel Prozent, Frau Berroth?)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Palmer.

**Abg. Boris Palmer GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Scheuermann hat gestern den Kollegen Caroli gefragt, auf welcher Schauspielschule er gewesen sei.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Mein Eindruck nach Ihrer Rede, Herr Scheuermann, ist: Er war auf jeden Fall auf einer besseren als Sie.

(Abg. Teßmer SPD: Sehr richtig!)

Sie haben sich heute für diese Rede sehr verstellen müssen; es ist aufgefallen, dass Ihnen das schwer gefallen ist. Sie sagten schon im ersten Satz: „Ich will nicht über Zahlen reden.“ Warum? Weil alle Zahlen gegen Sie sprechen.

(Abg. Scheuermann CDU schüttelt den Kopf.)

– Natürlich! – In dieser Rede haben Sie sich damit zufrieden gegeben, darzustellen, dass es einen Nachholbedarf an Infrastruktur in Baden-Württemberg gibt.

(Abg. Scheuermann CDU: Aha!)

Glauben Sie, dass diese Rede in irgendeinem anderen Bundesland anders ausfallen würde? In Nordrhein-Westfalen werden die CDU-Verkehrspolitiker selbstverständlich die gleiche Rede halten. Da heißt es dann, der Ruhrschnellweg sei der Ruhrschleichweg. Die gleiche Rede könnten Sie in Hessen halten und überall dort, wo Sie hinkommen – vielleicht nicht in den neuen Bundesländern; denn dort hat man auch in Gegenden, wo man nichts braucht, sechsspurige Straßen hingebrettet, die kein Mensch benutzen will.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Was haben die Grünen im Bund dagegen gemacht?)

Da nicht. Aber in den westlichen Bundesländern herrscht überall die gleiche Situation. Deswegen ist diese Beschreibung von Wünschen – es ist ja nicht Weihnachten, sondern Bundestagswahl – einfach nur abstrus

(Zuruf des Abg. Mappus CDU)

und belegt in keiner Weise eine Benachteiligung des Landes.

Gehen wir das doch einmal durch: Wenn Sie hier schon von einer Benachteiligung des Landes sprechen, dann muss ein Maßstab geliefert werden. Der Maßstab kann nicht das sein, was wir uns an Infrastrukturausstattung für unser Land wünschen, sondern der Maßstab ist der Vergleich mit anderen, wenn Sie von Benachteiligung sprechen.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Da ist nun einfach einmal die Frage – wenn Sie das als Vergleichsmaßstab nehmen –, wie es vor der rot-grünen Regierungszeit aussah und wie es jetzt nach sieben Jahren aussieht.

(Der Redner hält ein Säulendiagramm hoch.)

Dazu darf ich Ihnen nur einmal diese Tabelle zeigen. Da muss ich nicht so viele Zahlen vorlesen. Sie sehen hier die Straßenbauinvestitionen – weil Ihnen das wichtiger ist, sind nur diese enthalten – in den letzten vier Jahren der Regierung Kohl. Sie sehen: Diese Säulen hier, die die letzten vier Jahre der Regierung Kohl betreffen, sind allesamt niedriger als die, die zur Zeit der rot-grünen Regierung gehören.

(Abg. Fischer SPD zur CDU: Das sind Zahlen, die man nachlesen kann!)

Wenn ich als Grüner das sage, ist das ja gar kein Selbstlob, denn wir sind noch nie für mehr Straßenbauinvestitionen gewählt worden. Das sind einfach Fakten! Die Investitionen in Bundesstraßen in Baden-Württemberg waren seit 1999 in jedem Jahr höher als in den letzten vier Jahren der Regierungszeit von Helmut Kohl.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Jetzt sage ich etwas, wofür auch ich als Grüner einstehen kann:

(Der Redner weist wiederum auf das Säulendiagramm.)

Viel wichtiger als die Gesamthöhe ist die Höhe dieser oberen Balken. Und da stellt man fest: Gegenüber der Endzeit der Regierung Kohl sind die Investitionen in den Erhalt der Bundesautobahnen und des Bundesstraßennetzes annähernd verdoppelt worden. Denn ich sage Ihnen: Wir sollten davon wegkommen, immer neue Infrastruktur zu finanzieren, die die nächsten Generationen nicht mehr bezahlen können. Wir müssen uns, weil die Brücken und Tunnel immer älter werden, vielmehr darauf konzentrieren, das, was in den Sechziger- und Siebzigerjahren vor allem bei den Autobahnen neu gebaut worden ist, zu ersetzen und zu erneuern.

Diese Regierung hat diese Verantwortung übernommen. Sie schichtet um. Jetzt wird mehr für den Erhalt ausgegeben. Dazu kommt, dass Sie vielfach Projekte vorfinanziert haben. Exminister Müller hat dies einmal eine Sünde genannt, jedenfalls einen Fehler, eines von beidem. Ich bin nicht katholisch genug, um den Unterschied zu begreifen.

(Heiterkeit – Zuruf des Abg. Müller CDU)

Jedenfalls ist klar: Diese Vorfinanzierungskosten drücken uns, und wir brauchen mehr für den Erhalt. Deswegen gibt es jetzt weniger für Straßenneubau. Das ist wahr. Aus diesen beiden Gründen gibt es weniger für Straßenneubau. Aber ich sage Ihnen aus den genannten Gründen:

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Wenn es zwar insgesamt mehr Geld gibt, ich aber mehr Geld für den Erhalt und dafür brauche, für Ihre Sünden der Vergangenheit Ablass zu leisten

(Abg. Mappus CDU: Ablass?)

– das war jetzt die katholische Formulierung –, dann bleibt weniger für den Neubau übrig.

Jetzt rennen Sie überall im Land herum und sagen,

(Boris Palmer)

(Abg. Fleischer CDU: Das Geld fehlt doch gerade!)

wir würden benachteiligt, weil weniger neue Straßen gebaut werden könnten.

Die Gründe dafür, dass weniger neue Straßen gebaut werden können, sind aber andere: Insgesamt gibt es zwar mehr Geld, aber wir brauchen mehr Geld für den Erhalt, wir brauchen mehr Geld für die alten Schulden. Da gibt es keine Benachteiligung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Scheuermann CDU: Ich habe gar nicht von Benachteiligung gesprochen! – Zuruf von der SPD: Das sind die Fakten!)

– Herr Kollege Scheuermann, ich habe mir erlaubt, mich auf den Titel der von Ihnen beantragten Aktuellen Debatte zu beziehen.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Dort heißt es „Benachteiligung des Landes Baden-Württemberg“.

(Abg. Drexler SPD: Wo? Wo?)

Sie haben natürlich gut daran getan, diesen Titel nicht mehr zu erwähnen, weil er peinlich ist.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Drexler SPD: Peinlich! – Zuruf der Abg. Heiderose Berthold FDP/DVP)

Es gibt auch noch eine zweite Runde. Lassen Sie uns jetzt noch über die anderen Verkehrsträger reden.

Bei der Schiene gibt es nun einmal keine Länderquote, weil es da große Projekte gibt wie die Strecke Köln–Frankfurt. Ein Großteil der Mittel des Bundes – fast die Hälfte – fließen deshalb ein paar Jahre lang in ein solches Projekt. Daraus kann man aber nicht ableiten, dass die anderen Länder benachteiligt würden.

Würden Sie es endlich einmal schaffen, sich auf die wichtigsten Projekte zu konzentrieren und zu sagen: „Für uns ist es das Wichtigste, die Strecke Mannheim–Frankfurt zu bauen, weil dort ein Kapazitätsengpass besteht, weil der ganze Verkehr aus Baden-Württemberg über diese Achse in den Rest der Republik läuft“, statt immer alles zu fordern, dann würden wir dort vielleicht einmal zu einem Baubeginn kommen.

(Abg. Fleischer CDU: Sie in Berlin haben doch die Rheintalbahn gestoppt, wo jahrelang überhaupt nichts passiert ist!)

Stattdessen rennen Sie überall herum und erzählen: „Wir wollen alles.“ Ohne Priorisierung bekommen wir für solche Projekte keinen Baubeginn. Darüber brauchen wir gar nicht zu reden. Wir bekommen dann keinen Baubeginn. Und wenn kein großes Projekt begonnen wird, bekommt man natürlich nicht diese Mengen. Eine Benachteiligung gibt es dabei nicht.

Im Bundesverkehrswegeplan – dazu komme ich dann in der zweiten Runde – gibt es einen deutlich höheren Anteil Ba-

den-Württembergs für Schienenprojekte als die 11 % beim Straßenbau. Wenn man anschaut, was dort im Vordringlichen Bedarf steht: Da sind wir bei 16, 17 %.

(Abg. Fleischer CDU: Das haben Sie doch gestoppt! Das stimmt doch gar nicht! – Abg. Mappus CDU: Vordringlicher Bedarf sagt doch nichts über Investitionen aus!)

Also auch da ist Baden-Württemberg gut berücksichtigt.

Noch etwas, meine Damen und Herren – der Rest in der zweiten Runde –: Sie übersehen, dass diese Bundesregierung die Anzahl der Langsamfahrstellen in Baden-Württemberg – Erhalt des Schienennetzes – gegenüber dem Zeitpunkt der Endphase der Regierung Kohl um 80 % zurückgenommen hat.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Herr Fleischer, was Sie sagen, stimmt doch gar nicht! – Gegenruf des Abg. Fleischer CDU)

Der Schienenverkehr im Land ist deswegen wieder pünktlicher geworden.

(Abg. Seimetz CDU: Wer ist pünktlicher? Das ist ein Märchen!)

Strich darunter: Es gibt diese Benachteiligung nicht. Es gibt natürlich weiterhin Bedarf, über die Infrastruktur zu reden und sie zu verbessern. Aber hören Sie auf mit diesen Schaufechten und Rot-Grün-Diffamierungen!

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Köberle.

**Staatssekretär Köberle:** Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir sind hier bei einer Aktuellen Debatte. Was ist denn momentan in Deutschland und in Baden-Württemberg das aktuellste Thema?

(Abg. Haller SPD: Neuwahlen! – Heiterkeit)

– Bei Ihnen vielleicht! – Das Thema, das die Bevölkerung am meisten interessiert und das die Hauptaufgabe der Politik ist und jeden Tag sein muss, ist die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Was kann die Politik tun, damit die Wirtschaft wieder in Schwung kommt? Sie muss einer guten Bildung und Ausbildung Priorität einräumen. Das tun wir in Baden-Württemberg, wie dies sonst nirgends in der ganzen Bundesrepublik geschieht.

Aber dann kommen schon die Themen, bei denen der Bund in der Hauptverantwortung steht: die Senkung der Lohnnebenkosten, ein einfaches und als gerecht empfundenes Steuersystem,

(Abg. Drexler SPD: Merz!)

die Eindämmung der Bürokratie und vor allem auch Investitionen in unser Verkehrssystem,

(Staatssekretär Köberle)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Wissen Sie, wie viel Geld der Merz-Vorschlag kostet?)

in ein leistungsstarkes und umweltfreundliches Verkehrssystem. Wir wissen alle: Wer keine Verbindungen hat, keine Anschlüsse hat, der wird abgehängt, der wird auf das Nebengleis geraten.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Bei welchem Tagesordnungspunkt sind Sie? – Abg. Dr. Caroli SPD: Wir sind beim Tagesordnungspunkt 2, Herr Staatssekretär!)

Deshalb ist es gut, dass wir heute über das Thema Verkehrsinfrastruktur in Deutschland und vor allem in Baden-Württemberg diskutieren.

Man kann Zahlen drehen, wenden, interpretieren, wie man will: Man wird in der Regel immer zum gleichen Ergebnis kommen: Der Bund investiert zu wenig in die Infrastruktur,

(Abg. Alfred Winkler SPD: Und das Land zu viel?)

und Baden-Württemberg wird vernachlässigt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Aber immer noch mehr als bis 98! Das ist völlig irre! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wenn das stimmt, wird Baden-Württemberg seit 20 Jahren vernachlässigt! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Nicht bloß 20!)

– Ich komme noch auf die Zahlen. Ich schlage vor – nur das bringt uns weiter nach vorne –, dass wir in aller Sachlichkeit über die Zahlen diskutieren.

(Abg. Teßmer SPD: So viel beten kann der gar nicht, dass das besser wird! – Gegenruf des Abg. Dr. Caroli SPD: Er müsste den ganzen Tag in den Beichtstuhl!)

Ich selber habe überhaupt kein Problem, Entscheidungen der Bundesregierung, auch einer rot-grünen Bundesregierung, zu loben, die gut sind für unser Land.

(Abg. Drexler SPD: Das ist aber ein neuer Stil in der Landesregierung!)

Ich glaube, wir alle tun gut daran, wenn wir über Fraktionsgrenzen hinweg Interessen des Landes Baden-Württemberg gegenüber dem Bund vertreten.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Teßmer: Das gilt aber für beide Seiten!)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Verkehrsentwicklung in Baden-Württemberg stößt immer mehr an infrastrukturelle Kapazitätsgrenzen. Dies gilt nicht nur für den Straßenverkehr, sondern auch, wenn auch mit weniger deutlichen Zuwachszahlen, für die Hauptstrecken der Eisenbahn. Betroffen sind insbesondere die Verkehrsverbindungen zu den nationalen und den europäischen Wirtschaftszentren. Hier gibt es inzwischen in allen Bereichen einen ganz erheblichen Ausbaubedarf.

Wenn wir die Verkehrsprognosen nehmen, die der Bund selber für den Bundesverkehrswegeplan zugrunde gelegt hat,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Die alle überholt sind!)

dann haben wir bis 2015 Zuwachsraten von über 40 % im Straßenverkehr

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber das wissen Sie, dass das alles überholt ist?)

– ich komme zu allem –

(Abg. Drexler SPD: Oje! Das wird aber lang!)

und 15 % im Personenverkehr zu erwarten. Der Fernverkehr – weil wir immer wieder auch über Landesstraßenbau diskutieren – wächst wesentlich schneller als der Nahverkehr. Die höchsten Zuwachsraten sind beim grenzüberschreitenden Verkehr und beim Transitverkehr zu verzeichnen.

Der Bund hat im Bundesverkehrswegeplan des Jahres 2003 bundesweit zur Erhaltung und für vordringliche Aus- und Neubaumaßnahmen von Bundesschienenwegen, Bundesfernstraßen und Bundeswasserstraßen für den Zeitraum bis 2015 einen Investitionsbedarf von 173 Milliarden € ermittelt. Das ist nur der Vordringliche Bedarf. Fast jeder von uns kennt Projekte aus seinem Wahlkreis, die nicht im Vordringlichen Bedarf sind, aber trotzdem als äußerst dringend empfunden werden, deren Realisierung gefordert wird, die aber erst in 20 Jahren oder später eine Realisierungschance haben.

Um den festgestellten vordringlichen Bedarf zeitgerecht abarbeiten zu können, würden jährlich knapp 12 Milliarden € benötigt. Der vom Bund vorgesehene Finanzierungsrahmen liegt allerdings nicht bei 12 Milliarden €, sondern bei knapp 10 Milliarden €. Der tatsächliche Haushaltsansatz des Jahres 2005 liegt bei 9 Milliarden €. Er ist dennoch so gering, obwohl zum ersten Mal über 2 Milliarden €, vielleicht bis zu 3 Milliarden € Einnahmen aus der Maut in die Bundeskasse fließen.

Jetzt schauen wir einmal, wie es nach dem Jahr 2005 in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2008 weitergeht: Dann sind nur noch 8,2 Milliarden € pro Jahr vorgesehen.

Das Fazit lautet: Es besteht eine Unterfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur, die bedrohliche Ausmaße annimmt. Grundsätzlich kann daran auch das Investitionsprogramm von 2 Milliarden € für die Jahre 2005 bis 2008, so sehr wir es begrüßen, nichts ändern.

Nach der mittelfristigen Finanzplanung sinkt das Finanztableau unter den Betrag, der nach dem Bundesverkehrswegeplan 2003 zur Erhaltung und für laufende Vorhaben benötigt würde. Wenn dieses Zukunftsszenario Realität wird, können in absehbarer Zeit keine neuen Baumaßnahmen begonnen werden.

Während auf der einen Seite die Verkehrsprognosen steigen, meine Damen und Herren, läuft die Kurve bei der Mittelausstattung in eine andere Richtung, und die Schere geht

*(Staatssekretär Köberle)*

immer weiter auseinander. Die Auswirkungen auf Baden-Württemberg in den Bereichen Bundesfernstraßen, Bundes-schiene- und Bundeswasserstraßen sind außerordentlich problematisch. Der neue Bundesverkehrswegeplan gilt für die Jahre 2001 bis 2015. Der Bund hat in diesem Zeitraum einen Bedarf von rund 3,8 Milliarden € für Neu- und Ausbaumaßnahmen für Bundesfernstraßen in Baden-Württemberg ausgewiesen. Somit ergeben sich notwendige Jahresraten zum Bau des Vordringlichen Bedarfs von 300 Millionen €. Diese Zahl sollten wir uns als Orientierungszahl gemeinsam merken. Wenn wir die Ziele des Bundesverkehrswegeplans in Baden-Württemberg nur einigermaßen erreichen wollen, brauchen wir mindestens 300 Millionen € pro Jahr.

(Abg. Müller CDU: Meine Wette mit dem Herrn Drexler!)

Richtig ist, dass der Bund das ebenfalls im Bundesverkehrswegeplan 2003 festgelegte Ziel, die Mittelansätze – Herr Palmer, das war vorhin Ihr Thema – für die Erhaltung des bestehenden Netzes deutlich zu erhöhen, weiterverfolgt. Das begrüßen wir sehr. Da steigen die Zahlen von Jahr zu Jahr bis zum Jahr 2008 auf 280/290 Millionen €. In einem Transitland, in dem die vorhandenen, zu wenigen Fernstraßen massiv vom Lkw-Verkehr belastet sind, ist die Verschleißquote außerordentlich hoch, und deshalb sind die Erneuerungsmittel besonders notwendig und wichtig.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Ich erkenne an, dass das die völlig richtige Richtung ist. Wir brauchen das Geld und brauchen es ganz dringend.

Zurück zum Thema Neu- und Ausbau. Die Schwerpunkte im Bundesfernstraßenbau liegen in unserem Land bei notwendigen Kapazitätserweiterungen. Nehmen wir uns eine aktuelle Landkarte vor: Da sehen wir, wie die Hauptverkehrsströme fließen, wie die Straßen liegen und wie viele Lücken wir in Baden-Württemberg haben – über viele Jahre hinweg, das will ich überhaupt nicht bestreiten. Aber 1998 ist die Bundesregierung doch auch mit dem Anspruch angetreten, vieles besser zu machen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Sie hat nachweislich vieles besser gemacht! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist gewaltig misslungen!)

Deswegen sollte man sie an dem messen, was sie in ihrem eigenen Bundesverkehrswegeplan aufstellt. Wir brauchen Kapazitätserweiterungen an der A 5, der A 6, der A 8 und der A 81, und wir brauchen weitere Baumaßnahmen, Lückenschlüsse an der A 96 und der A 98, vierstreifige Ausbaumaßnahmen überregionaler Verkehrsachsen und den Bau von Ortsumgehungen. Meine Damen und Herren, der Ausbaubedarf ist groß. Die Mittel reichen nicht aus. Die Folgen sind uns allen bekannt: Staus, Verspätungen, Stop-and-go-Verkehr und letztendlich auch eine Minderung der Attraktivität von Investitionsstandorten, von Wirtschaftsstandorten in Baden-Württemberg.

Wir brauchen uns gar nichts gegenseitig vorzuhalten. Hören wir auf unseren Bundesverkehrsminister, der gerade in den

letzten Tagen wieder gesagt hat, dass Baden-Württemberg einen außerordentlich großen Nachholbedarf hat. Arbeiten wir doch gemeinsam an dieser Ausgangslage. Es darf nicht nur bei der Situationsbeschreibung bleiben, dass ein großer Nachholbedarf besteht, sondern dieser richtigen Erkenntnis müssen jetzt auch Taten folgen. Deshalb kann man heute bei einer Aktuellen Debatte nicht nur in Friede, Freude und Dankbarkeit machen, sondern wir müssen gemeinsam darüber informieren, in welche Richtung es gehen muss, wenn schon ein Signal vom Bund kommt, dass wir einen Nachholbedarf haben.

Wir müssen längerfristig wieder dorthin kommen, dass Bundesverkehrswege in den Brennpunkten des Verkehrs gebaut werden und nicht dort – da stimme ich Ihnen völlig zu –, wo man mit großer Euphorie im Projekt Deutsche Einheit Straßen gebaut hat in der Hoffnung, dass dem wirtschaftliche Aktivitäten folgen. Das war nicht der Fall. Jetzt hat man angenehm freie Straßen in Bereichen, wo wir sie nicht brauchen. Deshalb müssen wir schnell wieder zurück und dort investieren, wo die Engpässe besonders massiv sind, wo das Verkehrsaufkommen besonders stark ist. Da gehört Baden-Württemberg mit seiner hohen Bevölkerungsdichte, mit seiner Wirtschaftsleistung, mit seinem hohen Anteil am Transitverkehr und seinen vielen Straßenlücken zweifelsohne ins Blickfeld.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Sie wissen, dass der Bundesrat ein Exekutivorgan ist, auf das wir gar keinen Einfluss haben!)

Meine Damen und Herren, zahlreiche bereits seit Jahren planfestgestellte Trassen liegen auf Eis, Wert 0,8 Milliarden €, 25 Projekte insgesamt. Ich verzichte darauf, all diese Straßen aufzuzählen, die Sie ja auch selber in Ihren Wünschen, wenn sie regional bedingt sind, vortragen.

Jetzt aber, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, in aller Sachlichkeit noch ein paar Sätze zu dem angeblichen, vielleicht auch wirklichen Spitzenjahr 2005, wie immer man es auch sieht und interpretiert.

Erfreulicherweise erhielt Baden-Württemberg 2005 eine verbesserte Finanzausstattung, und zwar für Neubaumaßnahmen insgesamt 238 Millionen €.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Diese Mittel teilen sich auf in 188 Millionen € aus dem Bundesverkehrswegeplan und 50 Millionen € aus dem 2-Milliarden-€-Programm

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

für die Ihnen bekannten fünf Projekte.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Gibt wie viel?)

Wie viel das Land aus diesem 2-Milliarden-€-Programm letztlich bekommen wird – über die erste Rate von 50 Millionen € im Jahr 2005 hinaus –, meine Damen und Herren, ist noch offen. Es wurde mündlich angekündigt, dass sich diese Mittel in den nächsten Jahren in der Summe auf 138 Millionen € belaufen werden. Wir begrüßen diese zusätzlichen Mittel natürlich.

(Staatssekretär Köberle)

Was wir im Bundesfernstraßenbau aber vermissen – das wird gerade jetzt deutlich, wenn wir zusätzlich 50 Millionen € aus einem Sonderprogramm bekommen –, sind Steigtigkeit und somit Planungssicherheit. Wir brauchen mehr Verlässlichkeit bei der Bereitstellung von Haushaltsmitteln durch den Bund.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

So erhalten wir einerseits im Juni dieses Jahres eine kurzfristige Mittelerhöhung. Andererseits sollen nach dem aktuellen Finanzierungsplan des Bundes die Mittel für die Bedarfsplanmaßnahmen für Baden-Württemberg in den nächsten Jahren wieder rasant fallen. Dann wird das Spitzenjahr 2005 schon zu einer Spitze, wenn wir sehen, wie es sich aufgebaut hat, und wenn wir vor allem sehen, wie rasant die Mittel wieder fallen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Solche Grafiken haben Sie seit dem Jahr 2000 jedes Jahr veröffentlicht! Das war nie wahr! – Glocke des Präsidenten)

So sind es 2006 nur noch 121 Millionen €, 2007 70 Millionen €, 2008 60 Millionen €. Wir alle haben noch in Erinnerung, dass wir gesagt haben: Wenn wir die Ziele des Bundesverkehrswegeplans erreichen wollen, brauchen wir im Durchschnitt 300 Millionen € im Jahr. Nach der mittelfristigen Finanzplanung sind wir im Jahr 2008 bei 60 Millionen €.

**Präsident Straub:** Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Gustav-Adolf Haas?

**Staatssekretär Köberle:** Bitte, Herr Kollege Haas.

**Präsident Straub:** Bitte, Herr Haas.

**Abg. Gustav-Adolf Haas SPD:** Herr Staatssekretär, Sie rechnen es doch sicherlich nicht Rot-Grün in Berlin zu, dass es im Markgräflerland – ich spreche das extra an, weil Herr Scheuermann und Frau Berroth darauf eingegangen sind – eine Initiative, angeführt von CDU-Bürgermeistern, gibt, die gesamte Trasse dort in Tieflage, in Tunnel zu legen. Das hat der ehemalige Verkehrsminister Müller damals als unrichtig und finanziell nicht machbar bezeichnet. Jetzt gibt es eine neue Trassenplanung, angeführt von CDU-Bürgermeistern, die weit von dem Raumordnungsbeschluss von 1994 abweicht. Sind Sie mit mir einig, dass diese Alternativplanungen, die auf gültigen Raumordnungsbeschlüssen aufbauen, jetzt im Grunde Bremsen bei der Verwirklichung von Verkehrsmaßnahmen sind?

**Staatssekretär Köberle:** Lieber Herr Kollege Haas, ich komme gleich auf das Thema Bundesschienenwege. Das, was Sie sagen, wonach es örtlich Alternativvorschläge gibt, wonach sich Bürgerinitiativen, kommunale Vertreter und politische Vertreter zusammenschließen und Alternativvorschläge machen, gilt für viele, viele Großbaumaßnahmen. Das gehört bei der Realisierung eines Verkehrsprojekts zum Alltag. Das ist überhaupt nichts Besonderes.

Das Problem wäre aber dann groß, lieber Kollege, wenn der Bund in seinen Jahresraten eine konkrete Zahl für diesen Streckenabschnitt eingeplant hätte und die Realisierung

durch Gegenvorschläge aufgeschoben oder verhindert würde. Aber in dieser Situation sind wir gar nicht.

(Zuruf des Abg. Schebesta CDU)

Ich werde Ihnen gleich sagen, wie es beim Thema Bundesschienenwege aussieht.

Meine Damen und Herren, als bedeutende Wirtschaftsregion und als Drehscheibe des internationalen Transitverkehrs muss Baden-Württemberg in den Ausbau der nationalen und der transeuropäischen Hochgeschwindigkeitsnetze eingebunden werden. Die wichtigsten Bauvorhaben sind teilweise genannt worden. Im Zentrum unserer Bemühungen stehen natürlich die Neubaustrecke Stuttgart–Ulm und in diesem Zusammenhang der Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs vom Kopfbahnhof zum Durchgangsbahnhof, die Anbindung der Landesmesse und des Landesflughafens.

Im Blickfeld steht für uns die Neubaustrecke Frankfurt–Mannheim, aber auch – das ist das Thema, das Sie gerade angesprochen haben – der Ausbau der Neubaustrecke zwischen Karlsruhe und Basel.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber alles auf einmal kann man nicht zahlen!)

– Dazu kommen wir einmal ganz langsam, nacheinander.

Zu Stuttgart 21, meine Damen und Herren, bin ich außerordentlich dankbar, dass wir nach wie vor einen großen Konsens haben,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wo denn?)

dass der Bund mit im Boot ist, die Bahn mit im Boot ist sowie die Stadt und das Land,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Die Hälfte der Bürger sind dagegen! Was ist das für ein Konsens? – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU)

und dass das für uns eine Jahrhundertchance ist. Man kann die Jahrhundertchance entweder erreichen, indem man zusammenhält, oder man kann eine Jahrhundertchance verspielen. Aber ganz sicher ist in Bezug auf die Entscheidung, die jetzt ansteht, bei der in nächster Zeit, in absehbarer Zeit Klarheit herrschen muss: Wenn wir diese Chance verspielen, wird man uns dies 100 Jahre lang und länger vorhalten. Das ist ein ganz entscheidendes Thema für den Anschluss nicht nur von Stuttgart. Das ist nicht nur ein Thema der Stadt Stuttgart. Deshalb wäre es mir lieber, das Projekt würde „Baden-Württemberg 21“ heißen und nicht „Stuttgart 21“.

Ganz wichtig ist uns die Magistrale Paris–Stuttgart–München–Wien–Budapest.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Karlsruhe und Ulm nicht zu vergessen, die auch auf der Strecke liegen!)

– In dem Abschnitt liegt natürlich auch die Verbindung zwischen Stuttgart und Ulm.

Wichtig ist auch die Rheinstalstrecke Karlsruhe–Basel. Hier brauchen wir die notwendigen Kapazitäten, um nach der

(Staatssekretär Köberle)

Fertigstellung des Gotthard- und des Lötschberg-Basistunnels in der Schweiz mehr Güter zwischen Italien und seinen nördlichen Wirtschaftspartnern auf die Schiene zu verlagern und um die Fahrzeit zwischen Italien und Deutschland im Personenverkehr und im Güterverkehr deutlich verkürzen zu können. Die Strecke dient ja auch dem Anschluss des französischen TGV-Systems und unserem Zugang in Richtung Südfrankreich und in den Raum von Lyon.

Wir erwarten von der Bundesregierung bei diesem Thema, dass sie die mit der Schweiz getroffene Vereinbarung von Lugano einhält und den Ausbau der Rheinstalstrecke schrittweise mit der Realisierung der neuen Alpentransversalen in der Schweiz gewährleistet.

(Zuruf des Abg. Stichelberger SPD)

Das bedeutet, dass die Ausbaustrecke spätestens 2015/2016 in Betrieb gehen muss.

(Zuruf des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD)

Zur Entlastung der Rheinstalstrecke und um auch andere Landesteile an den transversalen Alpenverkehr anzubinden, müssen wir auch die Gäubahn Stuttgart–Singen–Zürich

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Dringend!)

und die Weiterführung der Südbahn Ulm–Ravensburg–Friedrichshafen–Lindau in die Schweiz und nach Österreich im Auge behalten.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Wunschkatalog und Bauchlandung!)

Nun will ich doch noch etwas sagen. Herr Kollege, vielleicht ist das dann die Antwort auf Ihre Frage. Wie sieht es denn jetzt aus mit der Finanzausstattung des Bundes für die genannten Projekte, für die wenigen und ganz wichtigen Projekte Baden-Württembergs? Die zeitgerechte Realisierung aller vorrangigen neuen Ausbaumaßnahmen erfordert laut Bundesverkehrswegeplan 2003 bundesweit die Bereitstellung von jährlich 1,7 Milliarden €. Dieser Betrag ist in keinsten Weise gewährleistet, ganz im Gegenteil. Es sieht auf der Schiene noch wesentlich schlechter aus als auf der Straße.

Die mittelfristige Finanzplanung des Bundes für den Zeitraum 2004 bis 2008 weist für Neu- und Ausbaumaßnahmen gerade einmal 0,6 Milliarden € pro Jahr anstatt der erforderlichen 1,7 Milliarden € aus. Dabei befinden sich elf Projekte bundesweit – davon zwei in Baden-Württemberg – als internationale Projekte in Kontakt mit dem jeweiligen Nachbarland noch in einer näheren Untersuchung. Für diese elf Projekte sind nur 10 % des Baubedarfs ausgewiesen. Herr Zeller, ich denke, unser gemeinsames Interesse – die Südbahn – steht hier auch auf dem Prüfstand, ob das als internationales Projekt akzeptiert wird. Wir würden uns gemeinsam freuen, wenn es so wäre. Dann kommen wir zur großen Problematik der Finanzierung, nachdem nur 10 % hierfür ausgewiesen sind.

(Abg. Zeller SPD: Aber Ihre Vorgänger haben immer schon angekündigt, dass sie den Ausbau vornehmen! – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Haas?

**Staatssekretär Köberle:** Herr Kollege Haas, bitte.

**Präsident Straub:** Bitte schön, Herr Haas.

(Abg. Schebesta CDU: Das ist ja schon eine Fragestunde! – Abg. Mappus CDU: Die Fragestunde ist heute Mittag!)

**Abg. Gustav-Adolf Haas SPD:** Herr Staatssekretär, ich möchte ganz konkret wissen: Wie bewerten Sie die Anspruchshaltung der Landräte in den Kreisen Breisgau-Hochschwarzwald und Lörrach – der CDU-Landräte – und der Bürgermeister, die dort eine Alternativtrasse anregen? Blockieren diese Alternativplanungen die Bemühungen der Bundesregierung, die Trasse zügig zu bauen, ja oder nein? Das hätte ich gern von Ihnen gewusst.

(Abg. Mappus CDU: Das ist keine Kreistagssitzung, Herr Kollege, sondern das ist ein Landtag! Falsche Baustelle! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

**Staatssekretär Köberle:** Lieber Herr Kollege, das habe ich Ihnen vorhin schon gesagt: Wenn in einem Planungsprozess Alternativen vorgeschlagen werden, wird über diese Alternativen gesprochen und wird geprüft, was realisierbar ist. Dann muss entschieden werden, was machbar ist.

(Abg. Stichelberger SPD: Das geht doch Jahre!)

Angesichts der vielen, vielen Abschnitte, die wir auf der Rheinstalstrecke haben und bei denen es vielfach Alternativvorschläge und auch Widerstand gibt, will ich hier vom Rednerpult des Landtags aus jetzt nicht entscheiden, ob nun die eine oder die andere Alternative die bessere ist.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Es geht ja nur darum, ob sie schneller oder langsamer ist!)

Die Alternativen müssen auf technische Machbarkeit und auf Finanzierbarkeit hin geprüft werden,

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

und dann muss man zu einem Konsens kommen. Ich bin sicher, dass das Interesse des südbadischen Raumes – –

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Nicht, dass es noch länger dauert!)

– Ich bin gerade dabei, Ihnen die Zahlen darzustellen. Wenn Sie mich hätten zum Ende kommen lassen, dann hätten Sie feststellen können, dass man bei dem jetzigen Mittelzulauf, den wir vom Bund haben, 100 Jahre brauchen würde, bis allein das Rheinstalprojekt verwirklicht wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb machen Sie hier eine Diskussion auf, die in eine völlig falsche Richtung geht.

(Abg. Drexler SPD: Ja, doch, weil diese Initiativen noch einmal 100 Jahre brauchen! Das ist der Punkt! Hier eine schöne Rede halten, aber unten einen Aufstand organisieren! – Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Das sind doch Kinderspiele! – Unruhe)

(Staatssekretär Köberle)

Ich komme jetzt zu der Frage: Wie sieht es bei der Ausstattung der Bundesschienenwege konkret in Baden-Württemberg aus? Meine Damen und Herren, für ganz Baden-Württemberg sind in der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2004 bis 2008 lediglich 229 Millionen € für Schienenprojekte vorgesehen. Dazu kommt natürlich auch hier – bleiben wir ganz ehrlich und sauber bei den Zahlen –, das, was wir über das 2-Milliarden-€-Programm des Bundes bekommen. 750 Millionen € davon gehen ja auf die Schiene.

Zugesagt sind uns von den 750 Millionen € jedoch nur sage und schreibe 33 Millionen €. Das ist zwar besser als nichts, aber natürlich – egal, ob wir jetzt eine Quote oder was auch immer zugrunde legen – angesichts der Dringlichkeit der Projekte viel zu wenig.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Man muss halt den Knoten Berlin fertig stellen! Was soll man machen?)

Nur 10 Millionen € sind für das dritte und vierte Gleis auf der Rheintalstrecke vorgesehen, und 23 Millionen € fließen in die Ausbaustrecke Kehl–Appenweier.

Im Zeitraum 2004 bis 2008 stehen für Schienenprojekte in Baden-Württemberg damit insgesamt einschließlich dieses Sonderprogramms 262 Millionen € zur Verfügung. Im Jahresdurchschnitt sind das indiskutable 54 Millionen €. Für das Projekt Rheintalbahn sind rund 4 Milliarden € notwendig; es kommen jedoch nur 54 Millionen €. Daran können wir erkennen, wie weit Anspruch und Wirklichkeit hier auseinander liegen.

(Zuruf des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD)

Ich könnte jetzt noch ein paar Sätze sagen, will aber nur bestätigen, was Winfried Scheuermann zum Thema Wasserstraßen gesagt hat, und betonen, dass wir die Bedeutung des Verkehrsträgers Wasserstraße massiv unterschätzen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So ist es!)

Die Wasserstraßen machen 80 bis 90 % des Gütertransports aus – von der Kapazität her, nicht vom Wert –, gemessen an dem, was auf der Schiene transportiert wird. Wir haben auf der Schiene überall Engpässe – das habe ich gerade dargestellt –, aber wir haben auf den Wasserstraßen mit überschaubaren Investitionen – nämlich dann, wenn wir die teilweise 70 Jahre alten Schleusen modernisieren – die Möglichkeit, weitere Kapazitäten zu schaffen. Deshalb kämpfen wir auch im dritten Bereich des Sonderprogramms dafür, dass es doch möglich wird, die eine oder andere Schleuse zwischen Stuttgart und Plochingen ins Programm aufzunehmen.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ich will jetzt zu Schlussfolgerungen kommen. Wir können natürlich noch viel länger Zahlen bewerten und – jeder aus seiner Sicht – interpretieren. Aber ich glaube, wir können gemeinsam feststellen: Das Geld reicht hinten und vorne nicht für das aus, was im Interesse des Landes Baden-Württemberg getan werden muss. Deshalb ziehe ich folgende Schlussfolgerungen:

Erstens: Wir brauchen eine Erhöhung der Investitionsmittel entsprechend den Vorgaben des Bundesverkehrswegeplans.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das habe ich vorhin bereits gesagt.

Zweitens: Wir brauchen vor allem Stetigkeit und Verlässlichkeit in der Verkehrsfinanzierung.

Drittens: Wir müssen und werden jedes neue Projekt daraufhin prüfen, ob es ein Projekt ist, das sich für eine private Finanzierungsform eignet. Ich mache mir da nicht zu viele Hoffnungen, aber geprüft werden sollte jedes Projekt. Wir wissen, dass technische Voraussetzungen fehlen; aber das wäre bei dem einen oder anderen Projekt sicher ein sinnvoller Weg.

Viertens – das halte ich für ganz wichtig – brauchen wir eine Umstellung von der Steuer- zur Nutzerfinanzierung.

In diesen Tagen hat der Bundesverkehrsminister eine erste Halbjahresbilanz der Maut vorgelegt. Diese Bilanz ist, nach allen Anlaufschwierigkeiten, erfreulich. Das befürchtete Chaos ist nicht eingetreten.

(Abg. Zeller SPD: Das von Ihnen befürchtete Chaos!)

Es gibt natürlich Probleme, wie etwa das der Verlagerung von Verkehren auf Bundesstraßen, die wir jetzt überall diskutieren. Auch da empfehle ich – ich habe manchen Pressebericht gelesen, auch von Kollegen aus dem Landtag, zum Beispiel von Herrn Zeller am Bodensee –: Lesen Sie genau, was Ihr Bundesverkehrsminister, unser Bundesverkehrsminister zu dem Thema sagt, was der richtige Zeitpunkt ist, um auf verlagerte Verkehre entsprechend zu reagieren.

Als politisch Verantwortlicher sollte man der Bevölkerung gegenüber die Erwartungen einmal wesentlich herunternehmen, die Auswertung der Zahlen abwarten und dann dort handeln, wo es wirklich möglich ist, zu handeln.

(Zuruf des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD)

Die Lkw-Maut, meine Damen und Herren, könnte ein Modell für eine Maut für leichte Lkws und für Pkws sein. Diese Fragen müssen wir vorurteilsfrei und ergebnisoffen aufarbeiten – allerdings immer, und das soll gleich vorweg gesagt werden und vor der Klammer stehen, unter zwei Bedingungen: Mit Einführung einer Pkw-Maut muss die Mineralölsteuer angemessen gesenkt oder die Kfz-Steuer abgeschafft werden. Das ist das eine. Das andere ist: Wir müssen garantieren, dass dann auch jeder eingenommene Euro wirklich dem Straßenbau zufließt.

Meine Damen und Herren, abschließend will ich nochmals an den Bund appellieren, Baden-Württemberg nicht weiter zu vernachlässigen. Dieser Appell geht natürlich – so lautet das Thema der heutigen Debatte – an die rot-grüne Bundesregierung, und er richtet sich auch an die Regierung, die nach dem 18. September in Deutschland die Verantwortung übernehmen wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Scheuermann.

(Zuruf des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – Abg. Capezzuto SPD zu Abg. Scheuermann CDU: Nicht aufregen!)

**Abg. Scheuermann** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe vorhin bewusst versucht, nicht rückwärts gewandt zu argumentieren und Geld zu zählen oder zu sagen, in diesem Jahr hätten wir von der rot-grünen Regierung mehr bekommen als von der Kohl-Regierung,

(Zuruf von der SPD: In jedem Jahr!)

weil uns das nicht weiterbringt.

(Abg. Capezzuto SPD: Aber was wahr ist, muss wahr bleiben!)

Vielleicht können wir uns nach der bisherigen Debatte wenigstens auf folgende Feststellung einigen: Ihre Zahlen unterstellt – die will ich jetzt einmal gar nicht bestreiten –,

(Abg. Kaufmann SPD: Kann man auch nicht!)

ist doch aber das Ergebnis, dass trotz der von Ihnen behaupteten höheren Anteile die Schere zwischen Investitionen und Bedarf von Jahr zu Jahr immer weiter auseinander geht. Können wir uns wenigstens darauf verständigen, ohne dass wir gleich wieder gegenseitig in die Höhe gehen?

Wenn das so ist, komme ich auf die letzten Ansätze in der Rede des Staatssekretärs zurück. Dann muss man doch einmal die Frage stellen dürfen: Sind denn unsere Instrumente, die wir im Bundesfernstraßenbau anwenden, noch zeitgemäß? Vor allem: Taugen sie, um die uns gestellten Aufgaben zu erledigen?

Da kommt man wohl eher zu der Antwort, dass sie dazu nicht mehr taugen, als zu der Aussage, man könne einfach so weitermachen. Wenn man so weit ist, muss man wirklich überlegen, ob man den Bundesfernstraßenbau nicht aus dem ganzen Konzept der Haushaltsfinanzierung herausnimmt, indem man die Maut, die bisher für Lkws funktioniert, auf alle Fahrzeuge ausdehnt und das Geld nicht mehr in den Bundeshaushalt fließen lässt, sondern in eine Extrakasse. Diese Extrakasse dient dann eben nur noch der Aufgabe, Straßeninvestitionen, Straßenerhalt und Straßenunterhalt zu finanzieren.

Selbst wenn ich Ihre Zahlen als richtig unterstelle, so kann ich auf jeden Fall einen Vorwurf erheben: Was an Mauteinnahmen zusätzlich eingegangen ist, ist nicht auf Euro und Cent genau zusätzlich draufgesattelt worden.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das war auch richtig!)

Ich stelle jetzt ganz einfach einmal fest: Bei meiner Aussage, dass wir andere Systeme für den Bundesfernstraßenbau brauchen, habe ich von niemandem Protest gehört. Das wäre schon einmal eine ganz wesentliche Feststellung in dieser Debatte.

Dann setze ich noch eines obendrauf. Wir haben ja ein wunderbares Beispiel, wie wir als Land eine Zuständigkeit

besser ausfüllen, als es die Bahn oder der Bund in der Vergangenheit getan haben. Der Bund hat uns eine bestimmte Summe an Regionalisierungsmitteln gegeben und gesagt: „Dafür habt ihr den Schienenpersonennahverkehr zu übernehmen.“ Diese Handhabung hat bedeutet, dass wir in Baden-Württemberg – da können wir jetzt lange darüber reden, ob es genug ist oder nicht – eine deutliche Verbesserung des ÖPNV und vor allem des SPNV erreicht haben.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Jawohl!)

Von einer Verlagerung der Finanzierung des Bundesfernstraßenbaus vom Haushalt auf eine gesonderte Kasse oder Gesellschaft, davon, dass wir uns einmal darüber streiten, wie hoch der einzelne Länderanteil an dieser Kasse sein kann, und davon, dass die Länder das Geld für den Bundesfernstraßenbau zur eigenen Verwaltung bekommen, verspreche ich mir, dass wir in Baden-Württemberg Straßen schneller und vor allem bedarfsgerechter bauen, als das bisher der Fall ist. Dessen bin ich mir sicher. Das ist aber überhaupt kein Vorwurf an Rot-Grün. Das haben wir doch früher auch so gemacht.

(Abg. Göschel SPD: Windhundprinzip!)

Es führt doch nicht weiter, wenn Sie hier auf der einen Seite sagen: „So viel Geld hat Baden-Württemberg noch nie bekommen“, auf der anderen Seite aber erklären: Wenn der Scheuermann sagt, der Bedarf sei noch lange nicht erfüllt, hat er doch Recht.

Ich gebe Ihnen noch eine Anregung. Sie sollten wenigstens in dem Umfang, wie Sie Ihre rot-grüne Bundesregierung verteidigen, auch baden-württembergische Interessen im Auge haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Mappus CDU: Sehr gut! – Abg. Stichelberger SPD: Sagen Sie das einmal Ihren Bürgermeistern und CDU-Landräten im Markgräfler Land!)

Nun, meine Damen und Herren, noch drei oder vier Sätze zum Schienenverkehr. Beim Schienenverkehr ist es eben so, dass die Bahn durch ihre Verkehre – also Güterverkehr und Personenverkehr – gerade so viel einnimmt, dass sie ihren Aufwand decken kann und kaum etwas für Investitionen erwirtschaftet. Das heißt, wenn wir Anliegen und Ansprüche an die Bahn haben, sind es wirklich Ansprüche an den Bundeshaushalt.

Da kann man nur sagen: Nach dem, was der Staatssekretär hier aufgezählt hat, kommen wir in Baden-Württemberg um die baldige Realisierung von zwei Vorhaben sicherlich nicht herum, nämlich um die Verlängerung der Neubaustrecke – plus Bahnhof in Stuttgart – und um unsere Zulaufstrecken zu den Alpentransversalen in der Schweiz. Es wäre doch schier ein Treppenwitz der Geschichte, wenn die da unten fertig wären und wir sagen würden: Die Lkws fahren halt bis an die Grenze in der Schweiz, und dort

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Werden sie umgeladen!)

kommen sie auf die Bahn.

(Scheuermann)

(Abg. Göschel SPD: Und die CDU-Bürgermeister blockieren wieder!)

Etwas Dümmeres könnten wir ja nicht machen.

Jetzt rede ich doch gar nicht rückwärts gewandt, sondern ich sage: Lasst uns – wir wissen ja gar nicht, wie die neue Bundesregierung aussieht – zusammenstehen und gegenüber der neuen Bundesregierung sagen: So, wie Verkehrsinvestitionen bisher vorgenommen worden sind, kann es nicht weitergehen; denn das führt nur zum Chaos und zum Kollaps.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Mappus CDU: Sehr gut!)

**Stelly. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Göschel.

**Abg. Göschel SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Staatssekretär Köberle ist mir eben schon ein bisschen wie der Gutenachtonkel vorgekommen,

(Abg. Seimetz CDU: Na, na, na! – Abg. Fleischer CDU: Sie sind doch weit älter!)

nicht nur, weil er nach fast einer halben Stunde für eine gewisse Müdigkeit gesorgt hat, sondern auch, weil er wie jemand begonnen hat, der eine Geschichte mit den Worten „Als das Wünschen noch geholfen hat“ anfängt. So fangen Märchen an, aber ein realitätsbezogener Verkehrspolitiker beginnt so doch nicht.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Manchmal werden auch Märchen wahr, wenn man es richtig anpackt!)

Sie müssen schon die Realität zur Kenntnis nehmen.

Ich will, meine Damen und Herren, weil die meisten Menschen besser sehen als hören können, eine Grafik zeigen.

(Abg. Heinz CDU: Noch eine Grafik!)

– Noch eine Grafik, aber etwas größer. Weil ich mit der Kurzsichtigkeit der Unionsabgeordneten gerechnet habe, habe ich sie etwas vergrößert.

(Beifall bei der SPD – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Die haben wir schon einmal gesehen! Der Kollege Palmer hat sie schon gezeigt!)

– Der Kollege Palmer hat sie leider zu klein gezeigt. Ich möchte, dass auch die Damen und Herren Abgeordneten in den hinteren Reihen zur Kenntnis nehmen können, dass im Jahr 2005 die Säule der Verkehrsinvestitionen, die der Bund in Baden-Württemberg vornimmt, eine Höhe erreicht hat wie nie zuvor:

(Abg. Capezzuto SPD: Lasst es einmal durchlaufen, damit es jeder sieht!)

466 Millionen €. Davon sind Gott sei Dank 169 Millionen € für den Erhalt vorgesehen.

(Abg. Schmiedel SPD: Scheuermann, nach vorne gucken! – Abg. Wieser CDU: Können Sie uns die Liste geben, damit wir es hinten auch sehen?)

– Bitte sehr, der Herr.

(Abg. Capezzuto SPD: Jawohl! – Heiterkeit)

169 Millionen € sind für den Erhalt vorgesehen. Wenn die Substanz verrottet, ist das Gesamtnetz nichts mehr wert.

(Abg. Capezzuto SPD: Bei der Liste gibt es ein Copyright!)

Damit unser Minister in Berlin auch dort die entsprechenden Informationen hat:

(Abg. Stickelberger SPD: Sehen heißt noch nicht verstehen!)

169 Millionen € für den Erhalt und 297 Millionen € Bedarfsmittel. 300 Millionen € hat Herr Staatssekretär Köberle eben gefordert. 297 Millionen € sind 1 % weniger. Wegen eines Prozents sollte man hier eigentlich keine Schau abziehen.

(Abg. Wieser CDU: Sie haben schon für weniger gesprochen!)

Allerdings ist ein Pferdefuß festzustellen: 67 Millionen € davon sind bereits ververspert durch private Vorfinanzierungen, die uns noch einige Zeit als Klotz am Bein hängen werden.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Aber das ist eine schwarz-gelbe Altlast. Ich muss das nicht weiter betonen. Das ist Ihnen selbst bekannt. Sie müssen sich dafür auch nicht mehr schämen; das ist nicht notwendig.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wir schämen uns überhaupt nicht! Wir sind froh, dass der Verkehr dort wenigstens jetzt läuft!)

Aber klar ist: Die Benachteiligungsthese – Herr Kollege Scheuermann, diese Behauptung ist doch ein bisschen rückwärts gewandt – ist eindeutig widerlegt. Daher sind Sie auch unglaublich, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen hier im Hause. Denn wenn man einmal sieht, wie jämmerlich die Mittelausstattung im Landeshaushalt für die Landesstraßen ist

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist nicht Thema der heutigen Debatte!)

oder was das Land überhaupt noch an Verkehrsmitteln aus dem eigenen Haushalt bereitstellt,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das steht nicht auf der Tagesordnung!)

dann muss man sagen: Ablenkungsmanöver schief gegangen. Wir haben für das fast doppelt so lange Landesstraßennetz im Jahr nur noch knapp 15 Millionen € für den Erhalt – 169 Millionen € vom Bund, nur zum Vergleich –, das heißt, diese Mittel reichen nicht einmal mehr, um die Landesstraßen, die im Vergleich zu den Kreisstraßen und den Bundesstraßen im Land in jämmerlichem Zustand sind, noch zu erhalten.

(Beifall bei der SPD)

(Göschel)

Die Schlaglöcher hier im Land sind fast ausschließlich „schwarze“ Schlaglöcher; das muss man noch einmal betonen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: So etwas ist unglaublich!)

Und dann stellen Sie sich hier hin und fordern: Bund, gib uns Geld!

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Wenn man den Landeshaushalt durchforstet, dann muss man feststellen: Eigene Mittel gibt das Land im Verkehrsbereich fast nicht mehr aus. Lächerliche null Cent oder null Euro – Sie können es drehen, wie Sie wollen – sind im ordentlichen Landeshaushalt für den Landesstraßenbau noch enthalten.

(Abg. Mappus CDU: Wie viel? – Abg. Wieser CDU: Wie viel? Entschuldigung, dass wir es richtig verstehen!)

– Null. Im Jahr 2005 sind lediglich Mittel aus den beiden Sonderbauprogrammen im Haushalt.

(Abg. Mappus CDU: Was heißt „lediglich“? Können Sie uns die Summe sagen? – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Damit unterschreiten Sie die selbst gesteckte Messlatte im Generalverkehrsplan des Landes locker.

(Abg. Seimetz CDU: Ist das Geld oder ist das keines, und wie viel ist es? – Abg. Fleischer CDU: Wie hoch ist denn der Betrag?)

Also Sie haben sich die Messlatte so hoch gesteckt, dass Sie jetzt locker unten durchkommen, ohne sich bücken zu müssen.

(Abg. Mappus CDU: Sagen Sie uns doch mal den Betrag für den Landesstraßenbau!)

– Das sind 120 Millionen €.

(Zurufe von der CDU: Aha!)

Gut. Aber Sie wissen ja, der Bund gibt ein Mehrfaches dafür aus. Insofern können Sie sich damit nicht brüsten. Im übrigen Bereich, im SPNV, im ÖPNV, vervespern Sie doch nur noch Mittel, die der Bund dem Land zur Verfügung stellt. Ich habe hier schon mehrfach gesagt: Eigentlich könnten wir das Landesverkehrsministerium auflösen.

(Abg. Mappus CDU: Das ist doch geschehen! – Abg. Fleischer CDU: Das ist längst geschehen!)

Insofern war die Union konsequent. Diesen Wunsch haben Sie mir erfüllt. Inzwischen ist es nur noch ein Teilbereich des Innenministeriums.

(Abg. Wieser CDU: Das Königsministerium!)

Damit haben Sie eigentlich Ihren eigenen Ansprüchen genügt, weil Sie für den Verkehrsbereich ohnehin kein Geld mehr zur Verfügung stellen. Dies ist eine Tatsache, die belegt, dass Sie eigentlich sehr unglaubwürdig sind.

(Abg. Fleischer CDU: Das hätten Sie jetzt nicht sagen sollen!)

Wir sind hier im Landtag von Baden-Württemberg, und Sie wären dann glaubwürdig, wenn Sie Ihre eigenen Hausaufgaben endlich einmal machen würden und die Mittel nicht ständig immer weiter kürzen würden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Fleischer CDU: Was ist mit den 120 Millionen €?)

Es ist schon ein Treppenwitz der Geschichte, dass Rot-Grün die Mittel für den Straßenbau im Land erheblich steigert, während Schwarz-Gelb sie immer weiter in den Keller fährt. Wenn man den Kollegen Palmer hört, muss man allerdings sagen: In Berlin erhöht Rot trotz Grün die Straßenbaumittel entsprechend.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ich will nicht immer mehr Geld für neue Straßen! Das ist ja wohl natürlich!)

– Das gibt er zu. Trotzdem ist die Wahrheit, dass auch da die Mittel erheblich gesteigert worden sind, während Sie permanent weiter kürzen.

Deswegen ist es auch bezeichnend, dass die CDU-Fraktion ihren Antrag Drucksache 13/3422, der schon zweimal auf der vorläufigen Tagesordnung des Landtags war, zweimal wieder verschämt zurückgezogen hat, weil in der Stellungnahme zu diesem Antrag nämlich die Daten und Fakten drinstehen, die gegen Ihre falsche Behauptung sprechen.

Also: Werden Sie glaubwürdig,

(Abg. Dr. Caroli SPD zur CDU: Schämen Sie sich! Entschuldigen Sie sich!)

indem Sie Ihre eigenen Hausaufgaben machen, und fordern Sie nicht immer nur in Richtung Berlin. Sonst bleiben Sie im Pharisäerhaften verhaftet und können dieses Land nicht angemessen mit Verkehrsinfrastruktur ausstatten.

(Zuruf des Abg. Mappus CDU)

Allerdings – das will ich zum Schluss noch sagen – sollten Sie mit Ihrer Messlatte etwas vorsichtig sein. Es könnte ja sein, dass Sie den damit verbundenen Anspruch nach dem 18. September selber erfüllen müssen. Da bin ich einmal gespannt, wenn es so weit kommen sollte.

(Lachen des Abg. Mappus CDU – Abg. Drexler SPD: Da geht es dramatisch herunter! Da kommt der Staubsauger, Frau Berroth! – Weitere Zurufe)

– Wenn es so weit kommen sollte!

(Unruhe)

Abschließend darf ich mich bei Herrn Mappus und der CDU-Fraktion dafür bedanken, dass sie diese Aktuelle Debatte beantragt haben. Das hat mir erneut die Gelegenheit gegeben, zu widerlegen, dass Baden-Württemberg bei den Verkehrsinfrastrukturinvestitionen benachteiligt würde.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Frau Abg. Berroth.

(Abg. Wieser CDU: Jetzt kommt die Heiderose! – Abg. Schmiedel SPD: Oh ja, die wollen wir zu diesem Thema noch einmal hören! – Abg. Stickelberger SPD: Gibt es einen neuen Staubsauger? – Weitere Zurufe)

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jetzt freut sich die SPD; jetzt kann sie wieder ein bisschen Stimmung machen. Wie schön!

(Abg. Drexler SPD: Haben Sie Ihren Staubsauger dabei?)

– Heute brauche ich den Ventilator, der wirklich etwas aufwirbelt; da haben Sie Recht.

(Unruhe)

Herr Palmer, am allerbesten hat mir Ihr Schlusssatz gefallen: Hören Sie auf mit Rot-Grün-Diffamierung! Das ist wirklich etwas zum Sich-auf-der-Zunge-zergehen-Lassen.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Geht bei Ihnen die Heiligenverehrung inzwischen schon so weit, dass man am Lack der grünen Gutmenschen

(Abg. Drexler SPD: Was ist denn das?)

nicht einmal mehr kratzen darf? Daraus wird nichts! Ich bin da für einen sportlich fairen Wettkampf, und wenn Sie am laufenden Band austeilen, dann keilen wir auch zurück.

(Unruhe)

Auch mir wäre es lieber, wenn man hier in Ruhe über die Sache reden könnte. Aber hören Sie sich einmal an, welcher Lärmpegel hier schon wieder herrscht. Dann wissen Sie, was hier eigentlich abgeht.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Sie verteilen doch nur Knallfrösche! – Gegenruf des Abg. Mappus CDU)

Herr Göschel hat auch bloß wieder Zahlen vorgetragen, die wir eigentlich schon gekannt haben, weil Herr Palmer sie zuvor schon alle erläutert hatte.

Jetzt noch einmal zu Ihrem Argument Landesstraßen: Haben Sie sich eigentlich schon einmal überlegt, dass unsere Landesstraßen auch deshalb so ausgefahren sind, weil auf den Bundesverkehrswegen laufend Stau ist und die Lkws dann ausweichen,

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Lachen bei der SPD und den Grünen – Abg. Drexler SPD: Das ist das Staubsaugerargument! – Weitere Zurufe – Große Unruhe)

weil die Lkws mit einem Gewicht auf Straßen kommen, für das diese überhaupt nicht ausgelegt sind?

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Capezuto SPD: Jesses! – Anhaltende Unruhe)

Auch das ist ein wichtiger Punkt.

Ich hätte eigentlich gedacht, Herr Göschel, dass Sie mir eine Antwort auf meine Frage, wie sich der Länderanteil bei den Mitteln für die Bundesverkehrswege berechnet, geben.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, ich bitte um mehr Ruhe.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP zu Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Du sorgst immer für Belebung!)

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Ja, da ist wenigstens wieder etwas los hier.

Es gibt eine logisch erscheinende Begründung für den Finanzanteil, der auf die Länder entfällt, und zwar ist das ein schwierig zu berechnender Quotient, der sich auch mit dem landesspezifischen Projektvolumen und mit der Bewertung für den Vordringlichen Bedarf beschäftigt. Das klingt unwahrscheinlich logisch und schön und wäre ja auch recht, wenn in dieser Bewertung nicht so viele – –

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Reden Sie doch einfach einmal über das Geld!)

– Das haben doch andere schon gemacht! Herr Göschel hat es uns doch dargestellt.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Die Steuersenkungspartei sollte einmal erzählen, wie sie das finanziert!)

– Ja, ich erfülle Ihre Erwartungen nicht. Aber das habe ich heute auch nicht vor.

(Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

In dieser Bewertung des Bundesverkehrswegeplans – –

(Unruhe)

– Ich weiß genau, warum Sie mich jetzt ablenken wollen, nämlich genau deshalb, weil da eine Menge Mist hineingelaufen ist; ich sage es einmal so deutlich. Wir haben das an dieser Stelle schon mehrfach erörtert.

Ich habe mehrere Fälle gefunden, bei denen man für die Bewertung der Bundesfernstraßen zum Beispiel beim Verkehrsaufkommen einfach Verkehre herausgerechnet hat, weil man gesagt hat, das sei örtlicher Verkehr. Jetzt frage ich Sie: Soll jemand, der aus Leinfelden nach Feuerbach will, denn quer durch Stuttgart fahren, wobei der Weg übrigens auch noch über eine Bundesstraße führte? Soll der nur Regionalsträßchen fahren dürfen, oder ist es nicht ganz selbstverständlich, dass er auf die Autobahn fährt? Dann aber kann ich doch, wenn ich den Bedarf ermittle, wenn ich die Autobahn ausbauen will und muss, nicht von einem verringerten Verkehrsvolumen ausgehen!

In ähnlicher Weise ist durch die Raumordnungswirkung in einem Projekt im Allgäu eine Raumordnungswirkung für Saarbrücken drin, und so hat man munter gestaltet und geschaut, dass man die baden-württembergischen Projekte nach unten rechnet, sodass wir auch mit einem scheinbar logischen Verfahren nicht nach vorn kommen.

(Heiderose Berroth)

Aber die wichtige Frage wurde gestellt: Was können wir tun, damit die Wirtschaft wieder richtig in Schwung kommt, damit wir Arbeitsplätze hier sichern und weitere wieder aufbauen können? Dazu brauchen wir eine vernünftige Verkehrsinfrastruktur.

Herr Fischer, Sie haben die Frage gestellt, ob wir kein eigenes Programm hätten. Natürlich haben wir ein eigenes Programm. Das haben wir im letzten Herbst in Ludwigsburg bei unserem Landeshauptausschuss zum Thema Verkehr beschlossen. Das können Sie auf der Homepage unseres FDP-Landesverbands nachlesen.

Ich möchte mich besonders bei Herrn Staatssekretär Köberle bedanken, der zum einen meine kürzlich zur Binnenschifffahrt gegebene Anregung aufgegriffen hat. Ich freue mich, dass sie jetzt im Ministerium verfolgt wird.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Zum anderen hat Staatssekretär Köberle vieles von dem vorgetragen, was wir im Herbst letzten Jahres als unser Programm beschlossen haben. Das ist offensichtlich so richtig, dass es jetzt auch von weiten Teilen der CDU mitgetragen wird.

(Unruhe)

Herr Scheuermann, ich stehe zu Ihrem Vorschlag. Auch wir wollen in guter Subsidiarität viel mehr Zuständigkeit und Finanzhoheit auf die Länder übertragen. Ähnlich wie beim öffentlichen Personennahverkehr können wir auch da versprechen: Wir machen mehr daraus, als wenn es von Bundesebene kommt.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kretschmann GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

Was aber das ganz Wichtige in unserem Programm ist, wurde am Rande schon angesprochen.

**Stellv. Präsident Birzele:** Frau Kollegin Berroth, gestatten Sie – –

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Nein, ich bin jetzt kurz vor dem Ende meines Beitrags.

(Unruhe – Abg. Wieser CDU: Es wird doch nichts Gescheites sein! – Abg. Fleischer CDU: So schlimm wird es nicht sein!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Sie bekommen die Zeit zusätzlich.

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Wir brauchen neue Wege der Verkehrsfinanzierung. Diese Woche stand schon in der „Stuttgarter Zeitung“, die Franzosen wollten deutsche Autobahnen bauen. Der ADAC sagt in seinem ganz aktuellen Heft: „Wir brauchen eine nutzerorientierte Finanzierung der Bundesverkehrswege.“ Das ist seit langem unser Petition. Daran müssen wir weiterarbeiten. Wenn wir nämlich warten, bis vom Bund Geld aus dem Steuersäckel kommt, werden wir schwarz.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Boris Palmer.

**Abg. Boris Palmer** GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will jetzt nicht weiter auf die staubsaugerpolitische Sprecherin der FDP/DVP-Fraktion eingehen,

(Abg. Wieser CDU: Unerhört!)

sondern mich noch einmal ganz ernsthaft, Herr Kollege Wieser – –

(Abg. Wieser CDU: Haben Sie gestern nicht das gleiche Hemd angehabt? – Heiterkeit)

– Nein, Herr Kollege Wieser, das ist dunkelgrün. Das gestrige Hemd war hellgrün.

Herr Kollege Wieser, ich will noch einmal auf das eingehen, was Herr Staatssekretär Köberle eine halbe Stunde lang vorgetragen hat.

(Zuruf von der SPD: Vorgelesen! – Unruhe)

Ich will auch noch einmal ausdrücklich auf den Gedanken des Kollegen Göschel eingehen. Es besteht eine gewisse Gefahr, dass Sie nach dem 18. September die Bundesregierung stellen.

(Unruhe – Abg. Dr. Scheffold CDU: Wählerbeschimpfung! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Glauben Sie denn, dass am 18. September Wahl ist?)

Diese Gefahr besteht. Deswegen möchte ich schon an Sie appellieren, vor den Wahlen ehrlich mit den Leuten umzugehen.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Das müssen gerade Sie sagen!)

Deswegen möchte ich das schon einmal tun.

Wenn ich das nehme, was Herr Köberle hier alles aufgezählt hat, diese Milliarden-Wunschliste, dann ist doch völlig klar:

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist kein Wunsch, das ist Bedarf, aktueller Bedarf!)

Wenn Sie jetzt Hoffnungen wecken, dies könnte von der Regierung alles schnell finanziert werden, werden Sie in wenigen Jahren die gleiche Enttäuschung erleben, die Sie uns unterstellen. Es ist völlig ausgeschlossen, dass Sie dies finanzieren können.

Wenn wir so in Wahlkämpfe gehen und den Leuten etwas versprechen, was die Politik nicht halten kann – und zwar unabhängig davon, welche Farbe regiert –, dann sorgen wir selbst für Politikverdrossenheit. Sie kennen das doch.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Was versprechen Sie denn alles?)

Sie gehen überall im Land herum, und dann kommt eine Bürgerinitiative und sagt: Seit 30 Jahren verspricht man uns diese oder jene Straße, und immer noch ist sie nicht gebaut.

(Boris Palmer)

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Die Bürgerinitiativen kommen zu Ihnen, nicht zu uns!)

Da muss man doch irgendwann einmal klar machen, dass es ein Missverhältnis zwischen Versprechungslust und Finanzierungsmöglichkeiten gibt. Deswegen sollten wir einmal ehrlich sein und sagen: Viele von diesen Wünschen sind einfach nicht realisierbar.

(Abg. Fleischer CDU: Wenn wir einmal eine Straße bauen können wie am Batzenberg, kommen Sie und machen eine neue Trassenvariante!)

Sie sollten sagen: „Dies alles ist einfach nicht realisierbar, wir müssen Prioritäten setzen, und viele von den Wünschen können nicht realisiert werden.“ Wir müssen einmal klar machen, dass das nicht funktioniert.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Weil Sie in letzter Zeit dauernd dazwischen rumpfuschen!)

– Das hat doch mit unseren sieben Jahren Rot-Grün nichts zu tun.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das hat sehr wohl damit zu tun!)

In den 23 Jahren davor ist das doch auch nicht gebaut worden.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Gucken Sie es sich mal an! Die Liste kann ich Ihnen aufstellen!)

Herr Scheuermann, Sie haben einen Vorschlag zur Finanzierung gemacht, den ich konstruktiv finde. Sie sagen: „Dann gehen wir zur Nutzerfinanzierung über.“ Damit bin ich grundsätzlich durchaus einverstanden; ich halte das für richtig.

(Abg. Mappus CDU: Aber Ihr Koalitionspartner nicht!)

– Ich bin ja mit der SPD nicht verheiratet.

(Unruhe – Abg. Fleischer CDU: Auch nicht in sie verliebt!)

Ich halte es grundsätzlich für richtig, auf die Nutzerfinanzierung überzugehen. Aber dann müssen Sie auch eines dazusagen. Sie haben gesagt, dann werde die Mineralölsteuer angemessen gesenkt und die Kfz-Steuer abgeschafft.

(Abg. Mappus CDU: Ja!)

Herr Scheuermann, das haben Sie gesagt, vorgeschlagen. Sie sagten, so müsse das sein.

(Abg. Fleischer CDU, auf Abg. Drexler SPD deutend: Da steht die Braut! – Unruhe)

War es Herr Köberle? Das mag sein. Sie müssen an dieser Stelle schon ehrlich sein.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Wenn Sie sagen, Sie wollten mehr Geld für Infrastrukturinvestitionen,

(Abg. Drexler SPD: Wo soll mehr Geld herkommen, wo?)

können Sie nicht sagen: „Das, was über die Maut hereinkommt, geben wir gleich wieder über Steuerermäßigungen zurück.“ Dann müssen Sie ehrlich sein.

(Zuruf des Abg. Mappus CDU)

Wenn Sie mehr Geld für die Infrastruktur ausgeben wollen, bedeutet das, dass die Leute auch mehr dafür bezahlen müssen.

(Abg. Drexler SPD: Und zwar einen dramatisch höheren Beitrag!)

– Natürlich. Und das müssen Sie vor der Wahl sagen: Die Pkw-Maut bedeutet eine Mehrbelastung für die Autofahrer.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Aber nur für den Transitverkehr!)

Wenn Sie das Ganze als Nullsummenspiel konzipieren und das Mehraufkommen auf der anderen Seite über Steuerensenkungen zurückgeben, lohnt sich der Erhebungsaufwand nicht.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Stellen Sie sich also hin und sagen Sie: Die Pkw-Maut bedeutet eine Mehrbelastung für die Autofahrer.

(Abg. Drexler SPD: Für alle Pendler, und zwar erheblich! – Abg. Dr. Scheffold CDU: Aber dafür mehr Straßen, Herr Kollege! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Nur dann, wenn Sie mehr Geld haben!)

– Aber Sie sagen das nicht. – Dann wäre das seriös.

Ich sage Ihnen dazu auch noch: Ich bin der Auffassung, dass eine Nutzerfinanzierung nur so funktionieren kann wie bei der Lkw-Maut.

(Abg. Mappus CDU: Da funktioniert es gerade nicht! – Gegenruf des Abg. Fischer SPD: Doch! Jetzt funktioniert sie schon!)

Das heißt, Sie müssen die Einnahmen zu einem erheblichen Anteil auch für den Schienenverkehr und für die Wasserstraßen zur Verfügung stellen. Es geht nicht, dass Sie aus der Nutzerfinanzierung eine „Betonorgie“ machen und damit ausschließlich Ihre ganzen Straßenbauwünsche erfüllen mit dem Ergebnis, dass die Schienen irgendwann stillgelegt werden, weil sie niemand mehr benutzt.

Wenn Sie diese Randbedingungen erfüllen und den Leuten ehrlich sagen: „Es kostet in Zukunft mehr, ihr zahlt mehr“, und wenn die Einnahmen auch für ökologisch sinnvolle Investitionen verwendet werden – Sie wollen ja wohl auch noch zukünftig Klimaschutzziele erfüllen; das geht nicht mit immer mehr Straßen –,

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

dann kann man, finde ich, ernsthaft über eine Nutzerfinanzierung und die Einführung einer Pkw-Maut reden.

(Boris Palmer)

Herr Kollege Scheuermann, einen weiteren Vorschlag, den Sie gemacht haben, halte ich für außerordentlich richtig: dass wir, wenn wieder eine Föderalismuskommission eingesetzt wird, auch darüber reden, ob es sinnvoll ist, dass in Berlin beispielsweise darüber entschieden wird, ob eine Ortsumfahrung von Bad Saulgau gebaut wird.

(Abg. Capezzuto SPD: So ist es!)

Ich bin der Meinung, es ist nicht sinnvoll, dass dies in Berlin entschieden wird.

(Abg. Capezzuto SPD: Genau! – Abg. Mappus CDU: Es war bis 1998 schon so, dass das Land entschieden hat! – Gegenruf des Abg. Capezzuto SPD: Das ist ja nicht wahr! Herr Mappus, das stimmt ja nicht!)

– Nein, nein, nein. Es gab da ein Mitspracherecht, aber die Entscheidung fällt formal immer in Berlin.

Ich bin der Auffassung, dass es richtig wäre, eine Regionalisierung vorzunehmen, die so gestaltet ist, dass der Bund noch für die echten Bundesfernstraßen zuständig ist – das sind im Wesentlichen die Autobahnen und ein paar wenige vierspurige Bundesstraßen – und der Rest des Netzes in die Zuständigkeit der Länder geht, die dafür eine adäquate Mittelausstattung bekommen. Dann werden viele der Forderungen, die man nur stellt, weil man sagen kann: „Das zahlt ja alles der Bund“, ganz schnell erledigt sein. Dann werden wir auch ehrlicher im Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern. Ich würde Ihnen im Vorfeld einer Bundestagswahl, bei der Sie eine Chance haben, zu gewinnen, dringend raten, mit dieser Ehrlichkeit auch in den Wahlkampf zu gehen.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte unter Tagesordnungspunkt 2 erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften – Drucksache 13/4385**

Für die Aussprache nach der Begründung durch die Regierung hat das Präsidium eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort zur Begründung des Gesetzentwurfs erteile ich Herrn Innenminister Rech.

**Innenminister Rech:** Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen! Die Landesregierung hat dem Landtag Anfang des Monats den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften vorgelegt,

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Endlich!)

mit dem die Gemeindeordnung, die Landkreisordnung und das Kommunalwahlgesetz in einer Reihe wichtiger Punkte novelliert werden sollen.

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Zu diesen wichtigen Punkten, Herr Kollege Oelmayer, gehört auch die Weiterentwicklung von Bürgerentscheid und Bürgerbegehren. Dies ist sicherlich der Punkt – ich entnehme es Ihrer Reaktion –, der viele von Ihnen am meisten interessiert.

Der Gesetzentwurf sieht aber noch weitere Neuerungen im Kommunalrecht vor. Als Beispiel möchte ich das Thema „Anschluss- und Benutzungszwang“ nennen, bei dem es um die Einbeziehung des Klima- und des Ressourcenschutzes geht. Des Weiteren verweise ich auf die neue Regelung über die Beteiligung von Jugendlichen, mit der wir über den Jugendgemeinderat hinaus weitere, offene Formen der Jugendvertretung anstreben. Jede einzelne dieser Neuerungen ist von erheblicher Bedeutung und besitzt ein durchaus eigenständiges Gewicht,

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

sodass es schade und der Bedeutung der Sache nicht angemessen wäre, wenn diese Punkte neben der Thematik „Bürgerentscheid und Bürgerbegehren“ aus dem Blickfeld geraten würden. Ich bin Ihnen, Herr Kollege Noll, dankbar, dass Sie das ebenso sehen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Darum habe ich geklatscht!)

Denn wir dürfen es nicht fokussiert auf Bürgerentscheide sehen, sondern es gibt noch andere Punkte, die wir zu berücksichtigen haben und die nicht weniger wichtig sind.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Zum Beispiel das Gemeindefinanzierungsrecht!)

Ich betone dies deshalb, weil ich mich in der Vergangenheit immer wieder dafür ausgesprochen habe, die anstehenden Änderungen der Gemeindeordnung, der Landkreisordnung und des Kommunalwahlgesetzes in einem Gesamtpaket zusammenzufassen. Deswegen kriegen wir die Novelle halt erst heute auf den Tisch und nicht schon ein paar Wochen früher, wie Sie es gerne gehabt hätten.

(Abg. Stickelberger SPD: Ein paar Jahre auf dem Sprung! – Abg. Gall SPD: Dafür, dass es ein paar Jahre gedauert hat, ist es ganz toll!)

– Die Pause an dieser Stelle habe ich einkalkuliert.

Meine Damen und Herren, es liegt bestimmt nicht im Interesse der Gemeinden und der Kreise, wenn die maßgeblichen Vorschriften des Kommunalwahlrechts immer wieder in einzelnen Punkten geändert werden.

(Abg. Stickelberger SPD: Bei Föll haben wir das auch gemacht!)

Die Kommunen brauchen gerade in einem zentralen Bereich wie der Kommunalverfassung ein gewisses Maß an Sicherheit, Verlässlichkeit und Kontinuität.

(Abg. Gall SPD: Sehr gut!)

Deshalb haben wir darauf bestanden, sämtliche anstehenden Änderungen in einem einzigen Gesetzespaket zusammenzufassen.

(Minister Rech)

(Abg. Oelmayer GRÜNE: So viel ist es ja nicht gewesen!)

Zu Beginn der Legislaturperiode ist in der Koalitionsvereinbarung festgelegt worden, dass die Regierungskoalition die Möglichkeiten der unmittelbaren Bürgerbeteiligung in unseren Städten und Gemeinden deutlich verstärkt – so steht es drin –, und mit dem vorliegenden Gesetzentwurf lösen wir diese Zusage ein, und zwar Punkt für Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Scheuermann CDU)

In der Koalitionsvereinbarung steht – –

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

– Wo der Anfang und wo das Ende ist und wo es hinführen kann, darüber unterhalten wir uns noch.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das machen wir! – Abg. Walter GRÜNE: Gern!)

Das wird die Nahtstelle. Da kommt es zum Schwur.

In der Koalitionsvereinbarung steht auch der weitere Satz:

*Wir werden ... in der Gemeindeordnung den so genannten Positivkatalog für die Zulassung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid ... aufheben.*

Genau dies ist in dem Gesetzentwurf vorgesehen. Bis auf den Negativkatalog wird es künftig also keine thematischen Einschränkungen für Bürgerentscheide mehr geben.

Die Hürden für die unmittelbare Bürgerbeteiligung werden damit entscheidend gesenkt. Mir ist bewusst, dass dies einigen von Ihnen noch nicht weit genug geht.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Anderen zu weit!)

Bitte berücksichtigen Sie aber auch, dass die Absenkung dieser Hürden, wie wir sie jetzt vorsehen, im kommunalen Raum durchaus kritisch gesehen wird.

Uns allen liegt die Stellungnahme des Gemeindetags wie auch der anderen kommunalen Landesverbände zu dem Gesetzentwurf vor. Ich will ausdrücklich sagen, dass ich die kritischen und mahnenden Worte, die der Gemeindegtag in diesem Zusammenhang gefunden hat, sehr gut nachvollziehen kann. Mit den Erleichterungen, die wir bei Bürgerentscheid und Bürgerbegehren vornehmen wollen, rühren wir an demokratischen Grundgedanken des Grundgesetzes und der Landesverfassung. Nach Artikel 28 des Grundgesetzes muss die kommunale Selbstverwaltung von Verfassungen wegen jedenfalls im Grundsatz eine repräsentativ-demokratische Struktur aufweisen. Die Einführung direkt-demokratischer Beteiligungsmodelle der Bevölkerung ist nur insoweit zulässig, als die freie und weisungsunabhängige Stellung der gewählten Gemeindeorgane nicht dergestalt ausgehöhlt wird, dass von einem funktionsfähigen Repräsentativorgan nicht mehr gesprochen werden kann. Der Gemeindegtag hat in seiner Stellungnahme ausdrücklich betont – ich sage: ausdrücklich –, dass die Bürgerbeteiligung die gewählten Gemeindeorgane, also Gemeinderat und Bürgermeister, nicht ersetzen kann und sie auch nicht auf eine reine Ausführungs- oder Vollzugsfunktion beschränken sollte.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das will doch auch niemand!)

Dieser Auffassung kann ich mich nur anschließen. Wir haben seit 1955 in unserer Gemeindeordnung einen Ausgleich zwischen repräsentativer und unmittelbarer Demokratie, der bis heute bundesweit vorbildlich ist. Wir haben einen Status gefunden, der starke Kommunen gewährleistet, der die starke Stellung des Gemeinderats und des Bürgermeisters in unseren Kommunen verankert und der ein wichtiger Baustein unserer bewährten Kommunalverfassung ist. Ich möchte mich deutlich dagegen aussprechen, dass die parlamentarisch-repräsentative Demokratie und die Formen der unmittelbaren Bürgerbeteiligung gegeneinander ausgespielt werden.

Nach meinem Verständnis sind sie auf eine wechselseitige Ergänzung ausgelegt,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

und das haben wir in Baden-Württemberg seit 1955 durchaus erfolgreich praktiziert.

Die Gewichte der beiden Elemente – also dem repräsentativen und dem unmittelbaren Element der Demokratie – kann man natürlich unterschiedlich setzen. Aber mit dem vorliegenden Gesetzentwurf nehmen wir diese Gewichtung jedenfalls neu vor und setzen einen deutlichen Akzent in Richtung unmittelbare Bürgerbeteiligung.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Richtig! – Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Ein sinnvolles, auf vernünftige Ergänzung angelegtes Verhältnis zwischen direkter und repräsentativer Demokratie muss auch die Frage beantworten, in welchen Bereichen es generell besser ist, die Entscheidung dem Gemeinderat vorzubehalten. Der vorgelegte Gesetzentwurf sieht deshalb grundsätzlich vor, den bewährten Negativkatalog beizubehalten.

An dieser Stelle gibt es allerdings ein Missverständnis. Diesem Missverständnis will ich gleich entgegenreten. Das Missverständnis hat sich nach meinem Eindruck um die neu eingefügte Nummer 6 des Negativkatalogs gebildet. Ich meine die darin aufgeführte Formulierung „Bauleitpläne und örtliche Bauvorschriften“. Hier soll nach Auffassung der Landesregierung, die sich hierbei auf die kommunalen Landesverbände berufen kann, kein Bürgerentscheid stattfinden.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: So!)

Das Missverständnis besteht darin, dass auch in den Gemeindeordnungen derjenigen Länder, in denen nichts Derartiges steht, das Baugesetzbuch gilt. Das Baugesetzbuch wiederum verlangt für das Bauleitplanverfahren jedoch zwingend einen umfassenden und abgestuften Abwägungsprozess, den ein Bürgerentscheid so überhaupt nicht leisten kann.

Auf der anderen Seite betrifft die neue Nummer 6 nur das förmliche Bauleitplanverfahren. Dagegen sind die Grundsatzentscheidungen zur Gemeindeentwicklung im Vorfeld

(Minister Rech)

eines bauplanungsrechtlichen Verfahrens von der neuen Nummer 6 nicht berührt.

(Beifall der Abg. Dr. Noll und Theurer FDP/DVP –  
Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Eben!)

Wir gehen hier also gerade nicht hinter das geltende Recht zurück,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wie auch immer wieder  
fälschlicherweise behauptet wird! – Gegenruf des  
Abg. Stickelberger SPD: Nicht von uns!)

sondern sagen klar und deutlich, wie die Rechtslage ist.

Der Gesetzentwurf sieht in Bezug auf Bürgerbegehren und Bürgerentscheid weiterhin vor, dass das erforderliche Zustimmungsquorum von 30 auf 25 % aller Stimmberechtigten gesenkt wird. Der oft sehr knappe Ausgang der in den letzten Jahren durchgeführten Bürgerentscheide zeigt, dass diese Senkung von erheblicher praktischer Auswirkung ist. Ich habe vor noch nicht einmal acht Tagen in meiner Nachbargemeinde explizit genau einen solchen Fall gehabt.

(Zuruf des Abg. Stickelberger SPD)

Die angesprochene Senkung von 30 auf 25 % hat sehr große Bedeutung.

Schließlich soll nach dem Gesetzentwurf die Frist für die Einreichung eines Bürgerbegehrens, das sich gegen einen Beschluss des Gemeinderats richtet, von vier auf sechs Wochen verlängert werden. Auf die weiteren Einzelheiten brauche ich an dieser Stelle nicht einzugehen, da bei den Ausschussberatungen sicherlich noch Gelegenheit sein wird, sich hierüber auszutauschen.

Mit der vorliegenden Regelung wird die unmittelbare Bürgerbeteiligung in unseren Städten und Gemeinden eine beträchtliche Weiterentwicklung erfahren – da bin ich mir ganz sicher – und damit der Tendenz zur Stärkung der unmittelbaren Demokratie Rechnung tragen.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, in der gebotenen Kürze auf die zu Beginn kurz angesprochenen weiteren Punkte eingehen.

Die Möglichkeit, einen Anschluss- und Benutzungszwang vorzusehen, soll im Hinblick auf die Staatszielbestimmung des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen im Rahmen des verfassungsrechtlich Zulässigen erweitert werden. Das betrifft in erster Linie die Versorgung mit Nah- und Fernwärme. Der vorgeschlagene Gesetzestext weist Ähnlichkeiten – darauf will ich in aller Bescheidenheit hinweisen – mit dem Regelungsvorschlag auf, den die Grünen bereits im letzten Jahr vorgelegt haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Das ist nicht verwunderlich, weil das Ziel des Ressourcen- und des Klimaschutzes

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

bei allen politischen Kräften im Land einen hohen Stellenwert besitzt. Wir wollen den Kommunen ermöglichen, zu

diesem globalen Ziel ihren örtlichen Beitrag zu leisten. Sämtliche kommunalen Landesverbände haben dies einheitlich begrüßt.

Auf der anderen Seite dürfen wir die Kompetenzen der Kommunen aber auch nicht überstrapazieren oder zu sehr strapazieren.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Nach der Behandlung des Gesetzesvorschlags der Grünen im zuständigen Ausschuss des Landtags hat das Innenministerium ein Papier vorgelegt, in dem es auf verschiedene verfassungsrechtliche Aspekte hingewiesen hat. Dies veranlasst mich, noch einmal zu betonen, dass die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen auf Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft beschränkt sind. Nur soweit dieser Handlungsrahmen reicht, können Kommunen zu dem globalen Ziel des Klimaschutzes einen Beitrag leisten.

Wir haben eine, wie ich finde, sehr offene Gesetzesregelung gefunden. Wo genau hier die Grenzen liegen, werden wir spätestens erfahren, wenn Gerichte damit befasst werden, womit ja immer zu rechnen ist. Auf den verfassungsrechtlichen Rahmen muss ich jedoch hinweisen, da wir es beim Anschluss- und Benutzungszwang schließlich mit einem ziemlich scharfen Schwert zu tun haben, mit dem in grundrechtlich geschützte Rechtspositionen der Eigentümer eingegriffen wird.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: So ist es, genau!)

Ich möchte zum Schluss noch auf einen Punkt zu sprechen kommen, der unmittelbar auch den weiteren Fahrplan des Gesetzgebungsverfahrens betrifft. Meine Damen und Herren, wir haben in dem Gesetzentwurf vorgesehen, dass Bürgermeisterwahlen innerhalb des gesetzlich vorgeschriebenen Zeitfensters künftig gleichzeitig mit anderen Wahlen durchgeführt werden können. Wir haben bei der Abfassung des Gesetzentwurfs die angestrebte vorgezogene Bundestagswahl noch nicht vorhersehen können.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Vielleicht findet sie ja  
auch gar nicht statt!)

Wie wir mittlerweile erfahren haben, planen verschiedene Gemeinden, die anstehende Bürgermeisterwahl mit der Bundestagswahl zu verbinden. Sie können sich sicherlich vorstellen, dass diese Gemeinden enttäuscht wären, wenn der Gesetzentwurf nicht rechtzeitig verabschiedet würde und in Kraft treten könnte. Deshalb möchte ich Sie herzlich bitten, im Interesse der Kommunen zu einer zügigen Beratung und Umsetzung des Gesetzentwurfs beizutragen, damit das Gesetz noch vor der Sommerpause verabschiedet und dem Anliegen dieser Gemeinden tatsächlich Rechnung getragen werden kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Heinz.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Oh! Der weiß doch auch  
nichts Neues!)

**Abg. Heinz CDU:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Eigentlich hätte ja der Kollege Scheuermann heute für die Fraktion hier stehen müssen, um den Gesetzentwurf einzubringen, weil schließlich er es war, der ihn angekündigt hat.

(Abg. Stickelberger SPD: Er hat es versprochen! –  
Abg. Oelmayer GRÜNE: Aber?)

– Versprochen. – Wir halten unsere Versprechen. Jetzt mache ich es für ihn. Es hat ein bisschen länger gedauert. Ein halbes Jahr ging ins Land. Der Minister sprach von Wochen. Wir addieren die Wochen zu einem halben Jahr, dann stimmt das wieder. Heute ist es so weit, und Sie können sich nun den Gesetzentwurf anschauen. Vieles von dem, was darin steht, wissen Sie und kennen Sie ja auch.

Ich denke, der Herr Minister hat die wesentlichen Inhalte alle vorgestellt. Deshalb möchte ich mir eigentlich nähere Ausführungen dazu sparen und nicht noch einmal darauf eingehen.

(Beifall des Abg. Oelmayer GRÜNE)

– Wenn Sie das nachher auch so machen, Herr Oelmayer, dann klatsche ich bei Ihnen auch.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Kein Problem! Das machen Sie aber nicht!)

Lassen Sie mich nur ein oder zwei Punkte herausgreifen, die mir und unserer Fraktion wichtig sind.

Baden-Württemberg – auch das klang beim Minister an – hat 1955 als erstes Bundesland in Deutschland mit der Bürgerbeteiligung und dem Bürgerbegehren Elemente der direkten Demokratie eingeführt.

(Abg. Gall SPD: Respekt!)

Wir haben damit ein Stück unmittelbare Demokratie verwirklicht, Herr Gall.

(Abg. Gall SPD: Respekt!)

Dann hat es vielleicht 40 Jahre gedauert, bis alle anderen Bundesländer nachgezogen haben.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Die sind vorbeigezogen, nicht nachgezogen!)

Uns ist auch klar, dass die Welt sich verändert.

(Abg. Stickelberger SPD: Da stimmen wir zu! –  
Beifall des Abg. Stickelberger SPD)

Vor diesem Hintergrund prüfen wir natürlich auch, ob wir unter Umständen unsere Regelungen, die ein gewisses Alter haben, anpassen können. Aber ich denke, Baden-Württemberg ist selbstbewusst genug, um feststellen zu können: Wir orientieren uns bei den Änderungen, die wir vorhaben, nicht unbedingt an den Ländern, die uns hinterhergelaufen sind,

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

sondern überlegen selbst, was für uns gemäß ist und was für Baden-Württemberg die richtige Lösung ist.

(Abg. Hillebrand CDU: So ist es, genau!)

Wir suchen ein ausgewogenes Verhältnis zwischen einer direkten Demokratie, die wir mit dem Gesetzentwurf jetzt ein bisschen stärken wollen, und der repräsentativen Demokratie. Schließlich wurden die Damen und Herren Gemeinderäte doch auch alle direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt.

(Abg. Hillebrand CDU: So ist es! – Abg. Teßmer SPD: Die Landräte nicht!)

Deshalb muss man hier ausgewogen vorgehen.

Mein und unser Ziel von der CDU-Fraktion sind ausgewogene Lösungen sowie starke, handlungsfähige Städte und Kommunen. Das zeichnet unser Land schon immer aus. Wir dürfen auch stolz sein. Wir haben, denke ich – das hat sich nicht zuletzt beim Finanzausgleich erwiesen –, die steuerstärksten Städte und Gemeinden in Deutschland. Deshalb mussten wir ja auch besonders viel in den Finanzausgleich einzahlen.

(Abg. Teßmer SPD: Trotz CDU!)

Ich will noch ein anderes Element der Gemeindeordnung ansprechen, das für die Stärke unserer Gemeinden ausschlaggebend ist: Das ist die Bürgermeisterverfassung. Auch dieses Element haben im Laufe der letzten Jahre und Jahrzehnte die anderen Länder abgekupfert und bei sich eingeführt.

Sicherlich kann man als weiteren Punkt sagen: Obwohl wir – und das gebe ich ja zu – in die Finanzmasse der Kommunen eingegriffen haben, haben unsere Kommunen im Vergleich zu anderen Ländern immer noch eine gute Finanzausstattung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Hillebrand CDU: Die beste! – Abg. Teßmer SPD: Immer noch besser als Burkina Faso!)

Man könnte auch einen Vergleich mit Bayern anstellen. Die bayerischen Gemeinden stehen viel schlechter da als unsere Kommunen hier in Baden-Württemberg.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Die haben eine bessere Bürgerbeteiligung!)

Nicht zuletzt – und jetzt komme ich noch einmal auf die Bürgerbeteiligung zurück – greifen wir mit diesem Vorschlag eine Initiative der Bürgermeistervereinigung auf, die gesagt hat: Wir wollen hier ein ausgewogenes Verhältnis zwischen direkter Demokratie und gewählten Gemeinderätinnen und Gemeinderäten.

Wir greifen aber nicht blind jeden Vorschlag des Gemeindetags auf. Der Gemeindetag hätte ja auch gerne noch Grundstücksgeschäfte in den Negativkatalog aufgenommen. Das wollen wir nicht; wir wollen diese ausdrücklich zulassen, und wir wollen auch das Einvernehmen, nämlich die Zustimmung zu einem Baugesuch nach § 36 des Baugesetzbuchs, nicht in den Negativkatalog aufnehmen.

Lassen Sie mich noch eine weitere Anregung des Gemeindetags ansprechen, die im Verfahren gemacht wurde, nämlich zum Thema „Spenden und Sponsoring“. In der Sache bin ich da sehr eng beim Gemeindetag. Ich halte es für drin-

(Heinz)

gend geboten, für die kommunalen Entscheidungsgremien, Bürgermeister und Gemeinderat, Landrat und Kreistag, Klarheit darüber zu schaffen, unter welchen Rahmenbedingungen Spenden entgegengenommen werden dürfen und wie ein Sponsoring organisiert werden kann und aussehen soll. Ich denke, gerade in Zeiten, in denen das Geld knapp ist, ist das für die Kommunen eine interessante Möglichkeit. Wenn es der vom Innenministerium einberufenen Kommission nicht gelingt, Handlungsempfehlungen für die kommunale Ebene zu verabschieden, die das Risiko der Vorteilsnahme nach § 331 des Strafgesetzbuchs minimieren oder ausschließen, dann könnte ich mir vorstellen, dass wir eine Regelung in der Gemeindeordnung anstreben. Mir würde aber auch schon ein Runderlass des Innenministeriums genügen, der für die Kommunen und die kommunale Ebene wenigstens etwas Sicherheit vor unnötigen staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen schafft.

Gerne will ich noch das Thema der Bürgermeisterwahlen ansprechen, das der Minister am Schluss angesprochen hat.

(Abg. Fischer SPD: Der wird gerade von Ihrem Kollegen abgelenkt! – Abg. Stickelberger SPD: Der muss gerade Mannheimer Probleme lösen!)

Auch ich finde es gut, dass man diese Wahlen nun gemeinsam mit anderen Wahlen durchführen kann, vor allen Dingen unter dem Aspekt, dass hier auch Geld gespart werden kann.

Die Begründung für die Absenkung der Einwohnergrenze von 20 000 auf 10 000 Einwohner überlasse ich gerne dem Kollegen Theurer oder der Kollegin, die für die FDP/DVP sprechen wird. Ich denke, das hätte man auch lassen können. Aber sei's drum; wir werden sicherlich gute Argumente von Herrn Theurer hören, weshalb wir das machen sollten. Das soll er dann einmal begründen.

(Zuruf des Abg. Theurer FDP/DVP)

– Haben Sie das gerade nicht verstanden? Es geht um die Frage nach den 20 000 oder den 10 000 Einwohnern, Herr Theurer.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das hat mit einem Kollegen zu tun, der leider nicht mehr unter uns ist! – Gegenruf des Abg. Fischer SPD: Dr. Glück war in dieser Sache immer sehr flexibel!)

Wie gesagt, ich will jetzt nicht auf alle Aspekte eingehen. Die Ausschussberatungen bieten hierfür noch ausreichend Gelegenheit. Die CDU-Fraktion trägt diesen Gesetzentwurf mit.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Junginger.

**Abg. Junginger SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Es gibt viele Gemeinsamkeiten. Die erste Auffälligkeit ist auf jeden Fall, dass etwas, was seit dem Jahr 2001 in einer Koalitionsvereinbarung steht, nun im fünften und letzten Jahr dieser Regierung schließlich zu einem Gesetzentwurf geführt hat. Man kann hier nur ironisch anmerken: Wenn alle Koalitionsvereinbarungen

darauf angelegt würden, dass sie erst im letzten Jahr der jeweiligen Regierung verwirklicht werden, bräuchte man eigentlich praktisch gar keine Koalitionsvereinbarungen mehr,

(Widerspruch des Abg. Scheuermann CDU)

weil die Politik damit nicht für die eigene Amtszeit, sondern allenfalls für die folgenden Amtszeiten gestaltet würde.

Lobend kann gesagt werden, dass eine Vielzahl von Routinevorgängen nunmehr klargestellt werden. Wenn ich mich recht entsinne, ist vor einigen Jahren die Umstellung von D-Mark auf Euro erfolgt. Wenn diese Umstellung jetzt auch in den einschlägigen Gesetzesvorschriften vorgenommen wird, so ist auch dies als überfällig zu bezeichnen. Wenn die Lebenspartnerschaft der Ehepartnerschaft bei der Wahrnehmung kommunaler Aufgaben gleichgestellt wird, so ist auch das eine Angelegenheit, die selbstverständlich von uns allen mitgetragen wird. Wenn das nun geplante Gesetz nicht der „ganz große Wurf“ hätte werden sollen, dann wäre das ein oder zwei Jahre zuvor auch mit Novellen, die dann einstimmig oder einmütig verabschiedet worden wären, möglich gewesen.

Es gibt weitere Regelungen, die wir ausdrücklich gut finden, etwa die Nah- und die Fernwärmeversorgung in den Nutzungs- und Anschlusszwang hineinzunehmen. Das hat uns in diesem Parlament schon einmal ausführlich beschäftigt. Damals hieß es dann, es seien verfassungsrechtliche Grundsätze zu bedenken. Die Regelung, die jetzt gilt, halten wir für ergänzungsbedürftig. Die Wahrung der natürlichen Lebensgrundlagen sollte neben den örtlichen Bedürfnissen ausdrücklich ebenfalls in die Regelung aufgenommen werden. Denn letztlich ist es der Gedanke der Ökologie, dass man lokal handeln muss, wenn man global etwas erreichen will.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Deswegen wäre es gut, dies nicht nur über das Staatsziel „Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen“ aufzunehmen, weil dann den Gemeinden verdeutlicht würde, dass das örtliche Bedürfnis auch aus den globalen Belangen des Klimaschutzes und der Erhaltung der Lebensgrundlagen hergeleitet werden kann.

Wir werden im Innenausschuss besprechen, mit welcher Formulierung auch den verfassungsrechtlichen Bedenken problemlos Rechnung getragen werden kann. Der Rechtsweg ist im Zusammenhang mit den Verfahren der Stadt Aalen noch nicht abgeschlossen.

Es gibt allerdings – darüber wurde schon am 1. Juni ausführlich debattiert – bei den wesentlichen Themen des Anliegens „Mehr Demokratie“ sehr unterschiedliche Auffassungen. Was jetzt vorgelegt wird und was wir über Jahre hinweg gehört haben, erkläre ich für meine Fraktion für kleinmütig, ängstlich, misstrauisch und zögerlich.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Schmiedel SPD: Sehr richtig!)

Ich möchte das wie folgt begründen: Wer sich einmal mit den in Bayern gemachten Erfahrungen – auch wenn diese

(Junginger)

Regelung erst viel später eingeführt worden ist – auseinander setzt, wird feststellen, dass man keine Angst zu haben braucht, dass überall unsinnige Entscheidungen von Leuten, die nur ihre eigenen Interessen vor Augen haben, getroffen würden. Die Geschichte der umfangreichen bayerischen Bürgerschaftsmitwirkungsbemühungen zeigt, dass bei Bürgerentscheiden sogar in Gebührenfragen sachgerechte Entscheidungen herausgekommen sind, weil die Verantwortung, die wir grundsätzlich jedem in der Demokratie als absolutes Grundelement zuweisen müssen, es auch rechtfertigt, zu sagen: In Angelegenheiten örtlichen Bezugs muss eine möglichst breite und weite Möglichkeit geschaffen werden, sich einzubringen, und zwar deshalb – das ist nicht etwa ein Wort von mir, sondern der frühere Ministerpräsident hat es wiederholt gebraucht –, weil ja immer zu beachten ist, dass Demokratie nicht vom Hinschauen und Zuschauen lebt, sondern vom Mitmachen.

Es gibt viele Möglichkeiten, sich einzubringen und Entscheidungen zu treffen: Fragen wie die, ob ein Gewerbegebiet ausgewiesen werden soll – ein schwieriger Abwägungsprozess – oder ob ein Naturschutzgebiet ausgewiesen oder ein Hotel gebaut werden soll, sind doch Fragen, die durchaus auch der bürgerschaftlichen Mitwirkung zugeführt werden können.

(Abg. Heinz CDU: Das entscheidet doch der Gemeinderat!)

– Der wird sich dann nach einem Bürgerentscheid durchaus an dieses Votum halten, wenn er den Willen seiner Bürgerschaft nicht nur alle fünf Jahre bei Wahlen ergründet,

(Lachen des Abg. Theurer FDP/DVP)

sondern auch in konkreten Vorgaben und Entscheidungen. Ich kann Ihnen eine ganze Zahl von positiven Beispielen nennen. Deswegen bitte ich darum, dieses Misstrauen einmal zurückzustellen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Richtig! – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das Grundanliegen lautet doch wirklich – wie in der ersten Debatte zu unserem gemeinsamen Gesetzentwurf gesagt wurde –, dass es wichtig ist, dass der Bürger die Möglichkeit hat, sich in seine eigene Angelegenheit mit Verstand und Energie einzubringen.

Deswegen halten wir es weiterhin für notwendig, das vorgesehene Quorum abzusenken. Wir halten es für erforderlich, noch einmal sorgfältig darüber nachzudenken, ob es denn irgendeinen vernünftigen Grund gibt, Bebauungspläne und die bauliche Gestaltung aus dem Negativkatalog herauszunehmen.

(Abg. Hillebrand CDU: Natürlich!)

Was wir heute gehört haben, soll den Eindruck vermitteln, als seien hier alle Möglichkeiten gegeben.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sie sind es!)

Uns erscheint in diesem Gesetzentwurf die Möglichkeit, die Bürger auch in diesem Bereich abstimmen zu lassen, nicht weitgehend genug.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Abwägungsprozesse!)

Ich darf Ihnen wirklich empfehlen, die in Bayern gemachten Erfahrungen einmal nachzuvollziehen und nachzulesen, in welchem Umfang gerade auch im baulichen Bereich sachgerechte Bürgerentscheide erfolgt sind.

Ich empfehle Ihnen auch, einmal darüber nachzudenken, was denn die deutliche Absenkung des Quorums bewirkt hat: doch nicht, dass man sich überall die Mühe macht, wegen Kleinigkeiten Bürgerentscheide einzubringen. Aber die Möglichkeit muss gegeben sein.

Ich glaube, wir alle haben überall die Agendaprozesse, dass sich Bürger ihrer örtlichen Probleme annehmen, gefördert und befürwortet. Dazu gehört auch, dass dann, wenn Ergebnisse und Empfehlungen erarbeitet werden, die Möglichkeit gegeben sein muss, dies nicht nur alle fünf Jahre über Entscheidungen in Gemeinderatswahlen umzusetzen. Auch vorher schon sollte die Chance bestehen, durch eine Mitwirkung der Bürgerschaft auf den Gemeinderat einzuwirken. Das halten wir für unverzichtbar und unbedingt notwendig, weil wir alle auch ständig darüber jammern, dass die Wahlbeteiligung zurückgeht und eine Politik- und Parteienverdrossenheit einsetzt.

Warum ist das der Fall? Weil die Politiker angeblich machen, was sie für richtig halten, und auf die Bürger und deren Probleme und Argumente keine Rücksicht nehmen. Deswegen ist es notwendig, auch breite Möglichkeiten zu schaffen, und zwar auf der Gemeinde- und auf der Landkreisebene. Auf der Landkreisebene gibt es wichtige Anliegen. Ich erinnere nur an ein Müllheizkraftwerk in meinem Bereich, das wirklich als Thema intensiv diskutiert worden ist und wo dann die Gremien darüber befunden haben und die konkreten Belange auf einer Ebene wahrgenommen haben, die nichts mehr mit der Betroffenheit der Bevölkerung in einem größeren Gebiet zu tun hatte.

Wenn ich das sehe, sage ich: Die Feststellung, in dieser Hauptfrage sei jetzt mit der vorgesehenen Änderung der Gemeindeordnung eine positive weitgehende Veränderung erreicht, können wir nicht bejahen. Wir meinen, es muss noch weiter gehen. Wir bleiben bei dem Gesetzentwurf, der ja gemeinsam im Innenausschuss behandelt wird, in der Frage von mehr Bürgerbeteiligung bei unserer Meinung. Was Jugendgemeinderat und Jugendmitwirkung betrifft, sind wir unverändert der Meinung, dass eine Sollvorschrift wirklich viel mehr Anreiz und Auftrag gäbe als die Regelung, dass man noch gewisse Gremien mit einbeziehen kann. Gerade im Bereich der jungen Menschen ist es wichtig – wir haben es bei der Frage der Herabsetzung des Wahlalters diskutiert –, dass sie die Möglichkeit haben, sich mit ihren Ideen und mit ihren Vorstellungen einzubringen. Wo Jugendgemeinderäte durch Wahlentscheidung gebildet worden sind, leisten sie wichtige Arbeit. Sie fördern insbesondere auch die Beteiligung der Jugendlichen an dem politischen Geschehen und den Wahlentscheidungen.

Auch wenn das zu beachten ist, bin ich trotzdem der Meinung, dass die Routinearbeit Lob verdient. Die ist jetzt mittlerweile geleistet. Zwar sind einige Vorschläge, die auch seit Ewigkeiten auf der Agenda standen, nicht aufgegriffen worden. Gerade im Gemeindefinanzrecht ist ja nun nicht erkennbar – –

(Junginger)

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das kommt noch! Gemeindefinanzierungsrecht ist etwas anderes! – Abg. Fischer SPD: Nächste Wahlperiode!)

– Kommt natürlich noch getrennt, obwohl ja der große Wurf als Einheitsentwurf seit vier Jahren angekündigt wurde.

Wir wollen in Einzelheiten im Innenausschuss sorgfältig besprechen, inwieweit die Regelungen auch allen, sage ich einmal, kritischen und konstruktiven Anmerkungen standhalten. Wesentliche Punkte werden von uns mitgetragen, weil sie wirklich ein Schritt in die richtige Richtung sind. Es geht auch ausnahmsweise nicht um Geld, sondern um Demokratie und die Landesverfassung. Wir, die wir darauf stolz sind, dass wir seit 1955 insoweit Vorreiter für alle deutschen Länder sind, sollten auch den Mut haben, konsequent das, was uns andere mit abgesenkten Quoren und erweiterten Mitwirkungsmöglichkeiten an positiven Ergebnissen geliefert haben, in der Gemeindeordnung dieses Landes umzusetzen.

(Abg. Heinz CDU: Wir haben es nicht nötig, anderen hinterherzurrennen!)

Da ist es natürlich wieder die CDU, die, wie es Herr Schneider am 1. Juni formulierte, grundsätzlich sagt: „Alles dummes Zeug! Was soll das denn? Alle sind zufrieden und glücklich. Wir brauchen doch nicht mit hohem Kostenaufwand irgendwelche erweiterten Regelungen.“ Auf dieser Grundlage werden wir mit Sicherheit der Demokratie nicht dienen, die ständig dadurch gefährdet ist, dass die Bürger nicht mehr wahrnehmen, dass ihre Mitwirkung auch von der Politik so hoch geschätzt wird, wie es eigentlich notwendig ist, wenn man etwas von Demokratie auch mit basisdemokratischen Ansätzen hält. Deswegen werden wir im Innenausschuss die Regelungen in Einzelheiten besprechen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Theurer.

**Abg. Theurer FDP/DVP:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir als FDP/DVP-Fraktion danken zunächst einmal dem Innenministerium mit Ihnen, Herr Innenminister, an der Spitze für die sehr gute Zusammenarbeit bei den Gesprächen im Vorfeld der Erarbeitung dieses Gesetzentwurfs, den wir für sehr gelungen halten. Sie haben das bereits angesprochen. Ich bin Ihnen auch dankbar für die Klarstellung, was die Bauleitplanung angeht. Selbstverständlich kann man bei jedem Gesetzentwurf und bei jeder gesetzlichen Regelung die Dinge noch einmal abwägend darstellen. Es gibt immer Menschen, die weiter gehen wollen, anderen geht es weit genug. Wir stellen jedenfalls heute nicht ohne einen Unterton der Zufriedenheit fest, dass sich die Beharrlichkeit der Liberalen bei der Durchsetzung von mehr Bürgerbeteiligung bei kommunalen Entscheidungen gelohnt hat.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Stichelberger SPD: Ein Akt der Selbstüberschätzung!)

Nicht ohne Grund, meine Damen und Herren,

(Abg. Fischer SPD: Oh!)

hat die FDP/DVP im Jahr 2001 dafür gesorgt, dass im Koalitionsvertrag die Absicht festgehalten wird, die Möglichkeiten der unmittelbaren Bürgerbeteiligung in unseren Städten und Gemeinden deutlich zu stärken. Ich bin der Meinung, dass die Absenkung der Unterschriftenquoren beim Zustandekommen eines Bürgerbegehrens, das in einem früheren Gesetzentwurf auch auf Initiative der FDP/DVP-Fraktion beschlossen worden ist, ein erster wichtiger Schritt war, um Bürgerbegehren zu erleichtern. 10 % der Unterschriften der Wahlberechtigten müssten machbar sein. Wer 10 % der Unterschriften der Wahlberechtigten nicht schafft, der wird auch später kaum erreichen, dass es eine Mehrheit für ein solches Bürgerbegehren gibt. Ich weiß, wovon ich spreche, weil ich sowohl ein Bürgerbegehren einmal selber initiiert habe als auch in meiner Amtszeit als Oberbürgermeister einen Bürgerentscheid hatte, der

(Abg. Fischer SPD: Abgelehnt wurde!)

auch zustande gekommen ist und der auch von mir persönlich unterstützt worden ist.

Jetzt haben wir eine Absenkung des Quorums für das Zustandekommen des Bürgerentscheids. Viele Bürgerentscheide – das zeigt die Statistik – sind an dem Quorum von 30 % der Wahlberechtigten gescheitert – man muss das sehen –, und zwar von 30 % der Wahlberechtigten, nicht derjenigen, die dann zur Abstimmung gegangen sind. Wir senken dieses Quorum jetzt auf 25 %. Sicherlich kann man – und das tun ja Organisationen wie „Mehr Demokratie“ – darüber sprechen, ob 25 % oder 20 % ausschlaggebend sind. Wir haben uns in der FDP/DVP-Landtagsfraktion davon leiten lassen, dass die Kritiker der direkten Demokratie, also die Anhänger der rein repräsentativen Demokratie,

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

darauf hinweisen, dass solche Bürgerentscheide auch eine gewisse Legitimation haben sollen. Wir sind der Meinung gewesen und haben uns davon leiten lassen, dass ein Quorum von 25 % doch eine Mindestuntergrenze darstellt, um zu rechtfertigen, dass hier auch tatsächlich die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger einer Gemeinde, einer Stadt hinter diesem Bürgerentscheid steht.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das ist das Hauptargument, weil Bürgerentscheide ja auch eine gewisse Befriedungsfunktion haben.

In welcher Situation kommt es zu Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden? Da geht es häufig um große, wichtige Gemeindeangelegenheiten, aber meistens vor allem um Fragen, bei denen es innerhalb des Gemeinderats, des Stadtrats Streit und Ärger gegeben hat, Themen, die die Bürgerinnen und Bürger stark beschäftigen und aufwühlen, wo oft auch Städte, vielleicht aufgrund von unterschiedlichen Stadtteilinteressen oder aufgrund unterschiedlicher Parteiinteressen, zerstritten oder uneins sind. Hier übernehmen Bürgerentscheide eine ganz wichtige Befriedungsfunktion. Auch wenn sie knapp ausgehen, kann man dann sagen, hier ist die

(Theurer)

Entscheidung vom Souverän, von den Bürgerinnen und Bürgern, getroffen worden. Deshalb, meine Damen und Herren, sind wir auch klar dafür, dass die Instrumente der direkten Demokratie in den Kommunen gestärkt werden sollen. Das wird mit diesem Gesetzentwurf erreicht, ohne dabei die gut funktionierende repräsentative Demokratie auszuhöhlen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Deshalb meine ich, dass wir einen sehr guten Gesetzentwurf hier zur Beratung vorliegen haben, der auch deutlich eine liberale Handschrift erkennen lässt.

(Lachen des Abg. Stickelberger SPD)

Es sind viele Punkte in gutem Einvernehmen mit dem Koalitionspartner aufgegriffen worden. Wir haben die einzelnen Punkte durchdiskutiert. Kollege Heinz hat den einen oder anderen Punkt angesprochen. Ich bin wie er und auch wie der Minister der Meinung, dass die Streichung des Positivkatalogs doch die Möglichkeiten für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide deutlich erweitert. Man kann sagen, dieser Gesetzentwurf, dieses Gesetz wird dafür sorgen, dass wesentlich mehr Fragen in der Kommune einem Bürgerbegehren oder einem Bürgerentscheid unterworfen werden können als früher. Es ist nicht mehr die Zustimmung des Gemeinderats erforderlich, sondern hier können die Bürgerinnen und Bürger direkt durch das Sammeln von Unterschriften eine Entscheidung herbeiführen.

Ich denke, das ist ein sehr scharfes Schwert, das die kommunalpolitische Diskussion schon präventiv beeinflussen wird. Jeder, der die Diskussion in einem Gemeinderat kennt, wird, wenn die Möglichkeit besteht, dass gegen einen unpopulären Beschluss im Gemeinderat sofort ein Bürgerbegehren auf den Weg gebracht werden kann, dafür sorgen, dass vorher die Bürgerbeteiligung da ist, dass vorher mit den Bürgerinnen und Bürgern möglichst ein Konsens in solchen grundlegenden Fragen der Stadtentwicklung, der Stadtpolitik gefunden wird.

Deshalb ist auch die Streichung des Positivkatalogs für die Zulassung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid ein wichtiger Meilenstein für wesentlich mehr direkte Demokratie in den Städten und Gemeinden Baden-Württembergs. Wir sind froh, meine Damen und Herren, dass es gelungen ist, dies in diesem Gesetz zu regeln und damit einen wichtigen Punkt unserer Koalitionsvereinbarung durchzusetzen. Dass da neuer Wind hineingekommen ist,

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

das ist, denke ich, auch ein Stück weit auf den Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten zurückzuführen. Wir sind jedenfalls froh, dass wir nach jahrelangen Diskussionen jetzt praktisch auf der Zielgeraden dieser Legislaturperiode dieses uns sehr wichtige Projekt zum Abschluss bringen können, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Stickelberger SPD: Haben Sie den Text auch durchgesetzt, Herr Theurer?)

Zum Punkt der Bauleitpläne kann man unterschiedlicher Meinung sein. Es ist eine schwierige rechtliche Abwägung.

Gerade die Fragen des Bauplanungsrechts unterliegen ja sehr oft der verwaltungsgerichtlichen Überprüfbarkeit. Hier sollte in jedem Fall vermieden werden, dass es zu Abwägungsfehlern kommt. Deshalb haben wir uns vor allem aus Rechtssicherheitsgründen dafür entschieden, dies nicht bürgerentscheidsfähig zu machen. Wir konnten in diesem Punkt den weiter gehenden Forderungen der kommunalen Landesverbände nicht folgen. Wir wollten uns hier eindeutig auf die Seite der Bürgerinnen und Bürger stellen – mit dieser einen Ausnahme.

(Zuruf des Abg. Heinz CDU)

Ich meine, das kann man auch rechtfertigen.

Die Absenkung der Grenze der Zahl der Einwohner, oberhalb derer ausgeschlossen wird, dass Personen in einem nahen verwandtschaftlichen Verhältnis gleichzeitig Gemeinderäte sind, ist angesprochen worden. Auch dies ist ein Punkt, bei dem man unterschiedlicher Auffassung sein kann.

(Zuruf des Abg. Heinz CDU)

Sie, Herr Kollege Heinz, haben nicht begründet, warum die Grenze bisher bei 20 000 Einwohnern liegt.

(Abg. Heinz CDU: Ich kann das schon begründen!)

Ich kann Ihnen auch nicht sagen, warum es jetzt gerade 10 000 Einwohner sind; wir hätten auch 8 000 oder 12 000 Einwohner wählen können. Irgendwo muss man die Grenze ziehen.

(Abg. Heinz CDU: Haben Sie schon einmal von einer Großen Kreisstadt gehört?)

Wir sind der Meinung, dass auch in Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern kein Grund ersichtlich war, warum hier nicht auch Geschwister zusammen in einem Gemeinderat arbeiten können sollen, wenn sie von den Bürgerinnen und Bürgern den entsprechenden Auftrag erhalten haben.

Meine Damen und Herren, wichtig ist auch die Staatszielbestimmung des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen, die den Gemeinden nun die Möglichkeit geben soll, für neue Baugebiete einen Anschluss- und Benutzungszwang vorzusehen. Es war natürlich für Liberale eine schwierige Abwägung, ob man hier so weit eingreifen sollte. Aber wir sehen hier einfach den Schutz der Umwelt im Vordergrund. Deshalb haben wir uns entschlossen, dies ebenfalls hier aufzunehmen.

Ein wichtiger Punkt, den ich noch ansprechen möchte, ist die Frist, innerhalb derer ein Bürgerbegehren gegen einen Beschluss des Gemeinderats eingeleitet werden kann. Diese Frist wird von vier auf sechs Wochen verlängert, wodurch ein Bürgerbegehren erleichtert wird, weil es in sechs Wochen leichter ist, die erforderlichen Unterschriften zu sammeln. Auch hier wird also eine Maßnahme umgesetzt, die auch vom Verband „Mehr Demokratie“ sehr begrüßt wird.

Über die Jugendgemeinderäte, meine Damen und Herren, haben wir ja hier an dieser Stelle schon oft diskutiert und gesprochen. Ich bin mit der FDP/DVP-Fraktion der Auffassung, dass wir die kommunale Selbstverwaltung in den Vor-

(Theurer)

dergrund stellen sollten. Die Städte und Gemeinden haben in den Gemeinderäten die Möglichkeit, selbst zu entscheiden, welches Instrument der Beteiligung Jugendlicher sie wählen. Wir spüren ja alle eine Veränderung der Verhaltensweisen der Menschen in unserem Land weg von permanentem Engagement in Gremien hin zu projekthafter Mitarbeit und sehen, dass auch andere Formen wie Jugendforen sehr gut ankommen. Wir sind der Meinung, dass die jetzt gefundenen Formen sehr gut sind, wobei wir durchaus der Auffassung sind: Wenn sich eine Gemeinde dazu entschließt, einen Jugendgemeinderat einzuführen, dann sollten sich die Gemeinderäte auch überlegen, ob man das nicht in der Geschäftsordnung regelt und diesen Jugendgemeinderäten dann Mitwirkungsrechte eingeräumt werden sollten. Aber wir sind der Auffassung, dass im Sinne der kommunalen Selbstverwaltung die Kannregelung völlig ausreicht, und lehnen deshalb weiter gehende Vorschriften durch den Landesgesetzgeber ab.

(Beifall der Abgeordneten der FDP/DVP)

Schlusspunkt, meine Damen und Herren: Die Zusammenlegung von Wahlterminen ist im Sinne der Effizienz vernünftig. Damit schließt sich auch der Kreis wieder: Bürgerentscheide und Bürgerbegehren sind aus unserer Sicht wichtige Elemente, sollen aber natürlich die Ausnahme bleiben, weil sie auch mit einem hohen Verwaltungsaufwand verbunden sind. Sie müssen nach den Grundsätzen der allgemeinen Wahlen stattfinden, und wenn wir in diesem Gesetz auch zulassen, dass Bürgermeisterwahlen zusammen mit anderen Wahlen stattfinden, ist das auch ein Beitrag zum Bürokratieabbau und zum Abbau von Verwaltungsaufwand. In diesem Sinne liegt hier ein sehr guter Gesetzentwurf zur Abstimmung vor.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Pauli CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Oelmayer.

**Abg. Oelmayer GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich könnte meinen Redebeitrag mit der Aussage „Und sie bewegt sich doch!“ beginnen. Aber dieses Zitat wäre dann vielleicht doch etwas zu weit gegriffen. Denn wenn man sich die Inhalte insbesondere des ersten Spiegelstrichs anschaut, was die Bürgerbeteiligung anlangt, ist ja eine Bewegung kaum erkennbar.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Ich will aber durchaus einmal positiv beginnen. Wir haben beim wesentlichen Inhalt des Gesetzentwurfs fünf Spiegelstriche. Ohne eine Gewichtung der Inhalte vorzunehmen, können wir vier dieser fünf Spiegelstriche prinzipiell zustimmen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Oh! Ein hoher Prozentsatz!)

Allerdings stellt der erste Spiegelstrich eigentlich den Kernbereich des Gesetzentwurfs dar, und bei diesem stehen sich zwei Konzepte gegenüber. Wir haben uns ja die Mühe gemacht, zusammen mit der sozialdemokratischen Fraktion

dieses Hauses unsere Konzeption in einen eigenen Gesetzentwurf zu gießen – unsere Konzeption einer Bürgerbeteiligung der Menschen in Baden-Württemberg. Im Übrigen ist das eine Kernkompetenz des Landtags von Baden-Württemberg, über die wir heute diskutieren.

Dazu will ich Ihnen doch etwas ins Stammbuch schreiben: Wir haben nicht vor, das repräsentative System, die repräsentative Demokratie in Baden-Württemberg abzuschaffen,

(Abg. Heinz CDU: Da sind wir aber froh!)

sondern wir wollen einfach die Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten stärken. Dieses Anliegen verfolgen wir mit unserem Gesetzentwurf.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Lieber Kollege Heinz, wenn Sie anderes behaupten, so ist dies einfach nicht zutreffend. Sie müssen gar nicht immer so explizit darauf abheben. Dasselbe gilt für den Innenminister. Auch wir sind ja durchaus Anhänger unseres repräsentativen Systems.

(Abg. Heinz CDU: Das freut mich, dass Sie das sagen! Das freut mich einfach! Ich freue mich!)

Insofern wollen wir das doch gar nicht infrage stellen.

Lassen Sie mich aber zwei oder drei Punkte ansprechen.

Es ist doch sachlogisch kein zwingendes Erfordernis der repräsentativen Demokratie, das Quorum für den Erfolg eines Bürgerentscheids nur auf 25 % und nicht auf 20 % abzusenken.

(Zuruf des Abg. Heinz CDU)

Hierbei handelt es sich einfach um eine Entscheidung des Gesetzgebers, wie viel Kompetenz er an die Bürgerinnen und Bürger in Einzelfragen zurückdelegieren will.

Es ist ja nicht so, dass in Baden-Württemberg pro Jahr Tausende von Bürgerentscheiden stattfänden. Es geht um wenige Bürgerentscheide, deren Zahl sich aufgrund der Gesetzesvorlage auch nicht explosiv vermehren wird.

(Abg. Heinz CDU: Gott sei Dank!)

Insofern werden wir im Innenausschuss noch heftig über die Frage diskutieren, wie und wann ein Bürgerentscheid zum Ziel führt.

Ein weiterer Punkt betrifft das Zustimmungsquorum. Wir haben für das Zustimmungsquorum durchgängig 7 % vorgeschlagen, maximal 15 000 Unterschriften. Jeder, der schon einmal Unterschriften für ein Bürgerbegehren gesammelt hat, weiß, dass das keine leichte Aufgabe ist. Ich weiß nicht, wie viele von Ihnen das schon einmal gemacht haben. Unsere Fraktion, ich und sicherlich auch einige Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion können dazu schon dieses oder jenes Lied singen.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Ich auch!)

– Der Kollege Theurer wohl auch. – Insofern meine ich, dass ein Quorum von 7 % ausreichend sein sollte, um zu ei-

(Oelmayer)

nem Bürgerentscheid zu kommen. Das ist eine zentrale Diskussion, die wir sicher noch im Innenausschuss führen werden.

Zum Wegfall des Positivkatalogs: einstimmige Zustimmung. Ich glaube, dass sich dagegen niemand wehrt.

Zum Negativkatalog: auch dort prinzipielle Zustimmung. Ich will aber einen Punkt herausgreifen, weil Sie den wieder zum Thema gemacht haben. Das ist das Thema Bebauungspläne.

(Abg. Heinz CDU: Das war der einzige Punkt, den Sie gefunden haben!)

– Nein, es gibt auch noch andere Überlegungen.

(Abg. Heinz CDU: Das würde mich interessieren! – Abg. Dr. Scheffold CDU: Welche?)

Aber diese will ich jetzt einmal außen vor lassen, Kollege Heinz.

Wer aus der Kommunalpolitik kommt, weiß, dass viele zentrale Entscheidungen über Bebauungspläne fallen und getroffen werden. 30 bis 40 % der kommunalpolitischen Entscheidungen betreffen Bebauungspläne. Das heißt, mit dem Negativkatalog, den Sie jetzt hier in Gesetzesform gießen wollen, würden 30 bis 40 % der kommunalpolitischen Entscheidungen von vornherein ausgeblendet. Dies halten wir für ein großes Defizit. Deswegen wollen wir die Bebauungspläne bürgerentscheidsfähig machen.

(Beifall bei den Grünen)

Wenn Sie, Herr Innenminister, an dieser Stelle argumentieren, das sei eher ein Argument dafür, dies von der Bürgerentscheidsfähigkeit auszunehmen: Richtigerweise wird nach dem Baugesetzbuch in einem langen Abwägungsprozess entschieden, was nachher Sache sein soll, ob und auf welcher Grundlage der Bebauungsplan zustande kommt. Alle Argumente werden abgewogen und ausdiskutiert – manchmal mehr, manchmal weniger; das lassen wir einmal dahingestellt. Aber Tatsache ist doch, dass wir im Ergebnis selbstverständlich über die Frage, ob genau dieser Bebauungsplan nach diesem Abwägungsprozess zustande kommen soll, abstimmen können. Insofern ist diese Argumentation meines Erachtens nicht stichhaltig. Deswegen werden wir im Innenausschuss noch einmal versuchen, Sie an dieser Stelle umzustimmen.

Ich will dem Kollegen Witzel noch die Gelegenheit geben, anschließend kurz etwas zum Anschluss- und Benutzungszwang zu sagen. Ich wundere mich, Herr Innenminister, warum Sie da gleich wieder mit verfassungsrechtlichen Bedenken kommen. Sie sind doch eigentlich der Minister des unmittelbaren Zwangs. Als Polizeiminister haben Sie da ja einschlägige Erfahrungen. Warum Sie dort verfassungsrechtliche Bedenken ins Feld führen, weiß ich nicht. Trotzdem ist es schon einmal positiv, dass Sie dieses Thema in Ihrem Gesetzentwurf aufgreifen. Der Kollege Witzel wird dazu noch etwas sagen.

Ich möchte noch einen Punkt erwähnen, weil wir da auch dafür sind: Wir halten die Zusammenlegung von Bürgermeisterwahlen mit anderen Wahlen schon deswegen für

sinnvoll – nicht aus Geldspargründen; Demokratie muss auch ein Stück weit etwas kosten; die Demokratiekosten in der Bundesrepublik und auch in unseren Gemeinden und im Land sind im Kern so minimal, dass wir es uns schon leisten könnten, die Wahlen getrennt zu lassen –,

(Abg. Theurer FDP/DVP: Kollege, Sie sind kein Schwabe, oder?)

weil wir hoffen können, dass die Wahlbeteiligungen bei Bürgermeisterwahlen und Oberbürgermeisterwahlen dann nicht bei 20 oder 25 % liegen. Wir brauchen mehr Legitimation für die Menschen, die an der Spitze der Verwaltung in unseren Gemeinden stehen. Deswegen sind wir der Auffassung, dass dieser Vorschlag richtig und gut ist. Deswegen werden wir dem auch zustimmen.

Alles in allem ist aber festzustellen: Das Thema Bürgerbeteiligung haben Sie nur in sehr geringem Umfang vorangebracht.

Man hat den Eindruck, Kollege Theurer – damit will ich meinen Beitrag beenden –, dass beim Schreiben des Gesetzentwurfs, obwohl Sie da eine deutliche Handschrift der FDP/DVP ausmachen,

(Abg. Fischer SPD: Aha! Jetzt kommt's!)

offensichtlich der große Koalitionspartner Ihre Hand geführt hat.

(Heiterkeit des Abg. Fischer SPD)

Ob Sie mit der linken oder der rechten Hand geschrieben haben, kann man an dieser Stelle offen lassen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Theurer FDP/DVP: Selbst wenn es anders wäre, würden Sie es nicht zugeben, Herr Kollege!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, unter unseren Gästen auf der Zuhörertribüne gilt mein besonderer Gruß dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Finanzminister der Slowakischen Republik, Herrn Ivan Miklos.

(Beifall im ganzen Haus)

Herr Minister Miklos besucht das Land Baden-Württemberg auf Initiative der Friedrich-August-von-Hayek-Gesellschaft und der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr gut!)

Mit Herrn Minister Stächele ist Herr Minister Miklos schon zusammen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Na dann viel Spaß!)

Er wird noch Herrn Ministerpräsidenten Oettinger und Herrn Landtagspräsidenten Straub treffen.

Heute Nachmittag wird Herr Minister Miklos in Tübingen von der Friedrich-August-von-Hayek-Gesellschaft mit der Hayek-Medaille ausgezeichnet. Morgen wird er an der Universität Tübingen eine Vorlesung halten.

(Stellv. Präsident Birzele)

Herr Minister, ich beglückwünsche Sie schon jetzt zu dieser Auszeichnung und wünsche Ihnen weiterhin einen guten, erfolgreichen Aufenthalt in unserem Land.

(Beifall im ganzen Haus)

Das Wort erteile ich nun Herrn Abg. Dr. Witzel.

**Abg. Dr. Witzel** GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich kurz auf die in dem Gesetzentwurf vorgesehene Änderung des § 11 der Gemeindeordnung eingehen.

Wir Grünen hatten im letzten Jahr einen Gesetzentwurf zur Neuregelung des Anschluss- und Benutzungszwangs vorgelegt. Wir begrüßen es eindeutig, dass jetzt die Landesregierung dem Anliegen, das wir damals vorgetragen haben, folgt und die gleiche Regelung praktisch eins zu eins in ihrem Gesetzentwurf übernimmt. Es ist ja selten, dass grüne Vorschläge von der Landesregierung aufgegriffen werden. Insofern ist das hier ein besonderes Ereignis.

(Beifall des Abg. Oelmayer GRÜNE – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wenn es gut ist, greifen wir alles auf! – Abg. Theurer FDP/DVP: Das zeigt unsere Liberalität! – Gegenruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Warum ist uns diese Änderung des Anschluss- und Benutzungszwangs so wichtig? Meine Damen und Herren, im Klimaschutz gibt es einen wichtigen Grundsatz, der lautet: Global denken, lokal handeln. Bisher mussten Gemeinden, wenn sie zum Beispiel ein Heizkraftwerk mit Nahwärmenetz errichten wollten, darum bangen, ob wirklich alle Häuser, die im Baugebiet errichtet werden, sich an diese umweltfreundliche Energieerzeugung anschließen. Es war also keine sichere Grundlage für Investitionen vorhanden. Hier wird jetzt eine wichtige Änderung vollzogen: Die Gemeinden erhalten jetzt die Möglichkeit, einen Benutzungszwang und einen Anschlusszwang auszusprechen, um etwas für den Klimaschutz zu tun. Diese Neuregelung gibt den Gemeinden Chancen, hier etwas zu tun.

Die Formulierung „Anschluss- und Benutzungszwang“ klingt zunächst so, als würde der große Hammer geschwungen. Es ist aber nur eine Möglichkeit, die den Gemeinden gegeben wird. Wenn die Gremien der Gemeinde sagen: „Wir wollen das haben“, dann besteht die rechtliche Möglichkeit dazu. Ich darf feststellen: Keine Gemeinde wird gezwungen, so etwas zu machen. Aber Gemeinden, die Vorreiter sein wollen, die solche umweltverträglichen Heizsysteme einrichten wollen, wird Investitionssicherheit gegeben, und das brauchen wir in diesem Land.

Meine Damen und Herren, wir sehen deshalb diese Änderung, die jetzt im Gesetzentwurf der Landesregierung auftaucht, als eine wichtige Stellschraube zur verstärkten Nutzung von Holz und anderen regenerativen Energieträgern. Wir sehen darin die Möglichkeit, Umwelt- und Klimaschutz voranzutreiben. Wir sehen darin einen kleinen Schritt, vom Öl wegzukommen, aus der Abhängigkeit von diesem fossilen Brennstoff wegzukommen, und damit sehen wir auch die Möglichkeit für Investitionen im kommunalen Bereich und zur Sicherung von Arbeitsplätzen. In diesem Punkt haben Sie die klare Unterstützung der Grünen-Fraktion.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Theurer FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Es wird die Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 13/4385 an den Innenausschuss vorgeschlagen. – Sie stimmen der Überweisung zu.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14:00 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:56 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:00 Uhr)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, ich bitte, Platz zu nehmen. Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

**Fragestunde – Drucksache 13/4413**

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD – Autobahnpolizeirevier Ilshofen

Herr Abg. Sakellariou, Sie erhalten das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

**Abg. Sakellariou** SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich verlese meine Anfrage. Ich frage die Landesregierung:

- Wie wirkt sich die erlassene Haushaltssperre auf den Baubeginn des Autobahnpolizeireviers Ilshofen aus?
- Wie wirkt sich die Haushaltssperre konkret auf die für einen Zeitraum vor den Sommerferien geplante Ausschreibung der Gewerke aus?

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Staatssekretär Hillebrand, Sie erhalten das Wort zur Beantwortung der Anfrage.

**Staatssekretär Hillebrand:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Sakellariou, namens der Landesregierung beantworte ich Ihre Mündliche Anfrage wie folgt:

Zu Buchstabe a: Die vorläufige allgemeine Haushaltssperre hatte zur Folge, dass keine neuen Baumaßnahmen begonnen werden durften. Diese allgemeine Sperre wurde zum 22. Juni 2005 aufgehoben und durch eine betragsmäßig bezifferte Sperre abgelöst. Davon wurden 50 % konkretisiert. Von den Einsparauflagen – also im Ergebnis – ist der Neubau des Autobahnpolizeireviers Ilshofen nicht betroffen.

Der Antrag auf Baufreigabe für das Autobahnpolizeirevier Ilshofen liegt dem Finanzministerium vor. Es ist beabsichtigt, die Maßnahme in Kürze freizugeben.

Zu Buchstabe b: Durch die allgemeine Haushaltssperre hat sich im Zeitplan des Projekts eine Verzögerung von rund

(Staatssekretär Hillebrand)

zwei Monaten ergeben. Das liegt auf der Hand. Die Vorbereitungen des Projekts sind so weit abgeschlossen, dass die Ausschreibungsverfahren mit der Erteilung der Baufreigabe beginnen können.

**Stellv. Präsident Birzele:** Keine Zusatzfragen?

(Abg. Sakellariou SPD: Keine Zusatzfragen!)

Dann rufe ich die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Walter Witzel GRÜNE – Finanzamt Müllheim

Herr Abg. Dr. Witzel, Sie erhalten das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

**Abg. Dr. Witzel GRÜNE:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich frage die Landesregierung:

- a) Aus welchen Gründen sollen die beiden landeseigenen Gebäude am Markgräfler Platz in Müllheim nicht für die Finanzamtserweiterung genutzt werden?
- b) Inwieweit trifft es zu, dass die Landesregierung die Finanzamtserweiterung in Müllheim vom Verkauf der beiden landeseigenen Gebäude am Markgräfler Platz abhängig gemacht hat?

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Staatssekretär Hillebrand, Sie erhalten das Wort zur Beantwortung der Anfrage namens der Landesregierung.

**Staatssekretär Hillebrand:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Witzel wie folgt:

Zu Buchstabe a: Im Zuge der Reform der Steuerverwaltung erhält das Finanzamt Müllheim einen Personalzugang von rund 50 Beschäftigten vom Finanzamt Freiburg-Land. Dieses zugehende Personal ist im heutigen Gebäude des Finanzamts Müllheim in der Goethestraße 11 nicht unterzubringen. Im Zuge der Verwaltungsreform wird der Kreis Breisgau-Hochschwarzwald die landeseigenen Gebäude Wilhelmstraße 14 und Wilhelmstraße 18, in denen bisher das Forstamt und das Vermessungsamt untergebracht waren, frei machen. Diese beiden Gebäude könnten nach entsprechender baulicher Herrichtung vom Finanzamt Müllheim grundsätzlich nachgenutzt werden.

Allerdings wurde vonseiten der Stadt der Wunsch geäußert, an diesem zentralen Standort künftig von einer Behördennutzung Abstand zu nehmen und Nutzungen zu ermöglichen, die auch nach Dienstschluss und an Wochenenden zu einer Belebung der Innenstadt beitragen. Das Land beabsichtigt, diesem Wunsch zu entsprechen, zumal die Gebäude Wilhelmstraße 14 und Wilhelmstraße 18 in einiger Entfernung zum Stammhaus des Finanzamts in der Goethestraße liegen, was den Dienstbetrieb logischerweise erschweren würde. Derzeit laufen Gespräche über die Anmietung eines Gebäudes, das in der Nachbarschaft zur Goethestraße 11 liegt.

Zu Frage b: Die Erweiterung des Finanzamts Müllheim ist beschlossene Sache und hängt nicht vom Verkauf der Gebäude Wilhelmstraße 14 und Wilhelmstraße 18 ab. Ein Zusammenhang besteht allerdings zwischen der beabsichtigten Anmietung für das Finanzamt und dem Verkauf der frei werdenden Landesgebäude. Nur wenn sichergestellt ist, dass die Gebäude Wilhelmstraße 14 und 18 auch verkauft werden können, kann die Anmietung getätigt werden. Ohne diese Koppelung besteht die Gefahr, dass mit der Anmietung ein Leerstand in zwei landeseigenen Gebäuden entsteht. Dies muss vermieden werden.

**Stellv. Präsident Birzele:** Keine weiteren Fragen? – Damit ist Tagesordnungspunkt 5 – Fragestunde – erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Ausführung des Staatsvertrags zum Lotteriewesen in Deutschland (Ausführungsgesetz zum Lotteriestaatsvertrag – AGLottStV) – Drucksache 13/4410**

Für die Aussprache nach der Begründung durch die Regierung hat das Präsidium eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Köberle.

**Staatssekretär Köberle:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für das federführende Ressort darf ich Ihnen heute den von der Landesregierung beschlossenen Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Lotteriestaatsvertrag in den Grundzügen vorstellen. Der Inhalt des vorliegenden Gesetzentwurfs ist dem Grunde nach im Wesentlichen durch den bereits am 1. Juli 2004 in Kraft getretenen Lotteriestaatsvertrag vorgezeichnet. Diesem hat das hohe Haus durch das Ratifizierungsgesetz vom 9. Juni 2004 zugestimmt. Insofern handelt es sich nicht um eine völlig neue Materie.

Mit dem Ausführungsgesetz zum Lotteriestaatsvertrag sollen die zur Durchführung des Staatsvertrags in Baden-Württemberg erforderlichen landesrechtlichen Regelungen getroffen werden.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Der Gesetzentwurf orientiert sich dabei weitgehend an den bisherigen und in der Praxis bewährten Regelungen des bestehenden Lotteriegesetzes. So wurde die schon bisher im Lotteriegesetz vorgesehene Möglichkeit fortgeführt, ordnungsrechtlich weniger bedeutsamen öffentlichen Lotterien und Ausspielungen, so genannten kleinen Lotterien, eine allgemeine Erlaubnis in Form einer Allgemeinverfügung zu erteilen. Durch das Gesetz können gemeinnützige Organisationen in größerem Umfang als bisher Lotterien veranstalten und Gelder für ihre Zwecke erwirtschaften. Das kommt vor allem dem ehrenamtlichen Engagement zugute.

Ferner regelt das Gesetz die Zuständigkeit für den Vollzug des Lotteriestaatsvertrags und dieses Gesetzes. Die Zuständigkeit insbesondere für ein Einschreiten gegen unerlaubtes Glücksspiel, die bisher bei den Ortspolizeibehörden liegt, wird grundsätzlich dem Regierungspräsidium Karlsruhe zugewiesen. Die bisherige dezentrale Zuständigkeit der Orts-

(Staatssekretär Köberle)

polizeibehörden hat sich vor allem bei illegalen Glücksspielen ohne örtlichen Bezug als nicht ausreichend effizient erwiesen. Mit der Begründung einer landesweiten Vor-Ort-Zuständigkeit wird sichergestellt, dass auf dem schwierigen und komplexen Gebiet des Glücksspielrechts möglichst viel Sachverstand und Erfahrung bei einer zentralen Stelle gebündelt werden und ein landesweit einheitlicher, wirkungsvoller Gesetzesvollzug auf hohem Niveau erfolgt.

Das Regierungspräsidium Karlsruhe ist schon nach bisherigem Recht für Lotterien und Ausspielungen, Rennwetten und die Spielbankenaufsicht landesweit zuständig. Mit der Übertragung der Vor-Ort-Zuständigkeit für die Durchführung des Lotteriestaatsvertrags und dieses Gesetzes kann das bereits erworbene Fach- und Erfahrungswissen dieser Behörde auch künftig genutzt und die bisherige Vor-Ort-Zuständigkeit durch die im Lotteriestaatsvertrag vorgesehenen weiteren Aufgaben und Befugnisse sinnvoll ergänzt werden. Damit wird zugleich ein wirkungsvoller Beitrag zur Entbürokratisierung und Verwaltungsvereinfachung geleistet.

Schließlich sieht der Gesetzentwurf vor, dass Verstöße gegen verschiedene Bestimmungen des Lotteriestaatsvertrags und dieses Gesetzes mit Geldbußen geahndet werden können.

Wie dem hohen Haus sicherlich bekannt ist, ist das Glücksspielrecht derzeit von erheblichen Turbulenzen gekennzeichnet. Jüngst ergangene Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts und des Europäischen Gerichtshofs lassen es unsicher erscheinen, dass das staatliche Glücksspielmonopol auch künftig in der jetzigen Form weiterbestehen kann.

Wünschenswert wäre, dass eine noch für dieses Jahr angekündigte grundlegende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts endlich die insoweit dringend notwendige umfassende Klarheit bringen wird. Aus jetziger Sicht wird jedoch die künftige Rechtsprechung das vorliegende Ausführungsgesetz zum Lotteriestaatsvertrag voraussichtlich nicht unmittelbar tangieren.

Im Interesse eines möglichst baldigen Inkrafttretens des Gesetzes hoffe ich auf eine zügige Beratung und Verabschiedung des Gesetzes durch den Landtag.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Frau Abg. Dederer.

**Abg. Heike Dederer** CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Glücksspiel macht nicht vor Ländergrenzen Halt. Aus diesem Grund haben wir im letzten Jahr den Staatsvertrag beschlossen, auf den der Herr Staatssekretär schon hingewiesen hat,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

der das Lotteriewesen in Deutschland vereinheitlicht. Darin wurde noch einmal festgehalten, dass wir nicht nur die Spielerinnen und Spieler in hohem Maße schützen, sondern

darin ist auch enthalten, dass die Erträge aus dem Glücksspiel öffentlichen und gemeinnützigen Zwecken zugeführt werden, wie wir es ja schon immer tun. Ich möchte hier stellvertretend für alle Destinatäre den Sport erwähnen, der von diesen Erträgen sehr stark profitiert.

(Abg. Schmid SPD: Aber die Landesregierung nimmt das Geld gleich wieder weg!)

Noch haben wir die Lotteriehöhe, für deren Beibehaltung der Finanzminister sich kürzlich öffentlich wieder ganz massiv eingesetzt hat. Doch es bleibt abzuwarten – Herr Staatssekretär, Sie haben bereits darauf hingewiesen; es stehen noch Urteile des Bundesverfassungsgerichts aus, die noch nicht abzusehen sind –, inwieweit der Glücksspielmarkt auch für private Anbieter geöffnet werden muss.

Das nun vorliegende Ausführungsgesetz gibt zum einen den Rahmen für so genannte kleine Lotterien vor. Für sie gilt das Lotterierecht zum Schutz der Spielteilnehmer; ich darf hier nur die Stichworte „angemessener Reinertrag“ und „gemeinnütziger Zweck“ erwähnen. Zweitens werden die Ordnungsmaßnahmen festgelegt.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass die Zuständigkeit beim Regierungspräsidium Karlsruhe gebündelt wird, da es dort ja bereits den Sachverstand gibt, der somit weiterhin genutzt wird, und dass – bei Gesetzen kommt das ja eher selten vor – dieses Ausführungsgesetz durch die Delegation der Zuständigkeit auf das Regierungspräsidium Karlsruhe und durch die künftige alleinige Zuständigkeit des Finanzministeriums für die Glücksspirale zu einem Bürokratieabbau und einer Verwaltungsvereinfachung führt. Bisher war es so, dass sich das Finanzministerium und das Innenministerium die Zuständigkeit hierfür geteilt haben. Mit dieser Verwaltungsvereinfachung sind wir sehr zufrieden.

Es ist aufgrund der zu erwartenden Gebühreneinnahmen auch zu hoffen, dass diese Regelungen nicht teurer werden.

Ich möchte noch eine abschließende Bemerkung machen: Das Gesetz bietet unserer Meinung nach eine Handhabe gegen das illegale Glücksspiel. In Zeiten des Internets,

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

denke ich, brauchen wir uns jedoch nicht vorzumachen, dass wir illegales Glücksspiel jemals endgültig verhindern könnten.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Das sollte uns aber nicht davon abhalten, es auf alle Fälle zu versuchen. Dieses Ausführungsgesetz leistet hierzu einen Beitrag.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Frau Abg. Queitsch.

**Abg. Margot Queitsch** SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf ist eine logische Schlussfolgerung aus dem Staatslotteriesgesetz, indem

(Margot Queitsch)

er dessen Ausführung festlegt. Wir begrüßen insbesondere, dass er eine Verwaltungsvereinfachung bei den kleinen Lotterien mit sich bringt, insbesondere für Kirchengemeinden, Feuerwehren und sonstige Vereine, die dadurch ihren Verwaltungsaufwand etwas zurückfahren können, was denen natürlich sehr gelegen kommt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Kirchen sind keine Vereine! Schon gar keine „sonstigen Vereine“!)

– Jetzt habe ich die Kirchengemeinden extra gesondert erwähnt und dachte, ich tue Ihnen damit einen Gefallen, wenn ich die Kirchen etwas heraushebe.

(Abg. Drexler SPD: Man kann es ihm nie recht machen! – Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Da müssten Sie mir doch zustimmen, dass das ganz schön ist. – Okay, man kann es nicht jedem recht machen. Bei der FDP/DVP ist das sowieso immer sehr schwer, weil die FDP/DVP oft auch nicht genau weiß, was sie eigentlich will. Das bloß am Rande.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Jetzt hat er sein Fett weg! – Gegenruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Walter GRÜNE zu Abg. Kleinmann FDP/DVP: Jetzt beruhige dich einmal!)

Wir begrüßen diesen Gesetzentwurf, weil er wirklich zu einer Verwaltungsvereinfachung bei den betroffenen Organisationen führt.

Zugleich möchte ich aber auch noch auf etwas eingehen, was Frau Dederer angesprochen hat und was auch in einer Pressemitteilung des Finanzministers Stratthaus aus der vergangenen Woche angesprochen worden ist. Es geht um die staatliche Lottereeinheit, die erhalten werden soll. Das befürworten wir sehr stark, denn wir sind der Auffassung, dass es einerseits zu keiner unkontrollierten Ausdehnung von illegalen Spielen kommen sollte, dass wir auf der anderen Seite aber auch mit einer Verteufelung des Spielbetriebs nicht weiterkommen. Es wird nun einmal gespielt, und ich denke, es ist ganz wichtig, dass kontrolliert und legal gespielt wird.

Daher begrüßen wir auch die Ankündigung, dass beim Finanzministerium eine Arbeitsgruppe eingesetzt werden soll. Das findet unsere Unterstützung. Allerdings bitte ich dann auch darum, dass wir im Finanzausschuss in absehbarer Zeit einen Bericht darüber bekommen, an welche Spiele gedacht wird und wie sich die Situation weiter entwickeln sollte. Denn wir sind ja so verblieben – so steht es auch im Gesetzentwurf –, dass der Finanzausschuss letztlich immer ein Mitspracherecht hat und Regelungen mit genehmigen soll.

Einem allerdings muss ich ausdrücklich widersprechen, Frau Dederer. Wenn man erwähnt, dass der Sport von dem Reinerlös immer das meiste bekommt, ist das einerseits richtig. Bloß wissen wir auf der anderen Seite alle, dass die Landesregierung seit Jahren im Grunde genommen bereits vorher schon eine ganz gewaltige Summe zum Stopfen von Haushaltslöchern abschöpft und dass der Sport infolgedes-

sen nicht das bekommt, was ihm eigentlich zustünde – Kultur, Denkmalpflege und Soziales genauso wenig –, weil mit den Erträgen aus dem Glücksspiel auch Haushaltslöcher gestopft werden. Dem Sport und anderen wäre sehr gedient, wenn wir darauf verzichten könnten.

(Abg. Heike Dederer CDU: Aber das Geld wird auch sinnvoll ausgegeben!)

– Darüber kann man diskutieren. In den Haushaltsberatungen haben wir andere Ansätze gehabt, und es wäre sicher sinnvoller, wenn man dem Gesetz, wie es damals beschlossen worden ist, Genüge täte, sodass die Mittel den verschiedenen Einrichtungen in den Bereichen Soziales, Kultur, Denkmalpflege und Sport zugute kämen.

(Abg. Heike Dederer CDU: Die Zeiten ändern sich! Davor können Sie nicht die Augen verschließen!)

– „Die Zeiten ändern sich“ – damit kann ich immer alles begründen. Ich kann aber nicht auf der einen Seite sagen: „Der Sport bekommt soundso viel Geld. Wie schön für ihn!“, wenn ich gleichzeitig Mittel, die dem Sport zur Verfügung stehen sollen, einfach abschöpfe. Das halte ich für unredlich.

(Beifall bei der SPD)

Ansonsten werden wir diesem Gesetzentwurf, wie gesagt, zustimmen, weil er im Grunde genommen eine logische Schlussfolgerung ist und auch den kleinen Lotterien Zugeständnisse macht.

Danke.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Kleinmann.

(Abg. Heike Dederer CDU: Jetzt erst mal eine Richtigstellung in Sachen Kirchen, Herr Pfarrer!)

**Abg. Kleinmann FDP/DVP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Queitsch, ich stimme Ihnen voll zu. Ihre Ausführungen kann ich teilen.

(Abg. Walter GRÜNE: Soll ich mich rübersetzen, damit jemand von der FDP zuhört? – Abg. Drexler SPD: Der „fraktionslose“ Abgeordnete spricht!)

Wir haben nur ein Problem, was die Kirchen betrifft. Sie haben das vollkommen richtig gemeint. Ich will Ihnen da gar nichts unterstellen.

(Zurufe von der SPD und des Abg. Walter GRÜNE)

– Jetzt hören Sie einmal zu, und dann reden Sie wieder. Zuerst zuhören, dann denken, dann reden – und nicht umgekehrt!

(Unruhe)

Wir hatten hier zum Beispiel einmal eine Anhörung zur außerschulischen Jugendbildung. Dazu hat man die Kirchen nicht eingeladen. Ich musste massiv intervenieren – nicht

(Kleinmann)

gegen die SPD, gegen die auch, sondern eher gegenüber dem Koalitionspartner –, damit man die Kirchen einlud. Dann kam die Begründung: Wenn man die Kirchen einlädt – und da ging es um nur einen Vertreter, einen für alle vier; wir brauchen da keine konfessionsverschiedenen Vertreter –,

(Abg. Schmid SPD: Reden Sie jetzt für die Kirche oder für die FDP?)

dann müsse man auch den Landessportbund einladen. Dann waren wir plötzlich auf Vereinsebene. Mein Freund, Kirchenrat Weber, der dort oben auf der Besuchertribüne sitzt, stimmt mir da voll und ganz zu. Wir sind da furchtbar sensibel, wenn wir als Kirchen auf Vereinsebene gehoben werden,

(Zuruf der Abg. Margot Queitsch SPD)

was Sie nicht wollten.

(Zurufe von der SPD – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der SPD – Abg. Rückert CDU: Jetzt!)

Mit dem Gesetz zu dem Staatsvertrag zum Lotteriewesen in Deutschland vom Juni 2004 wurde dieser Staatsvertrag für Baden-Württemberg ratifiziert. Er ist am 1. Juli 2004 in Kraft getreten. Mit dem zu erlassenden Ausführungsgesetz zum Lotteriestaatsvertrag sollen die zur Durchführung des Staatsvertrags in Baden-Württemberg erforderlichen landesrechtlichen Regelungen getroffen werden. Da sind wir uns alle einig.

Im Wesentlichen ging es dabei um die Bestimmung der zuständigen Behörden, Verfahrensregelungen für so genannte kleine Lotterien, die Festlegung der Zuständigkeiten für den Vollzug des Lotteriestaatsvertrags und dieses Gesetzes sowie die Schaffung von Ordnungswidrigkeitstatbeständen für Zuwiderhandlungen gegen Bestimmungen des Lotteriestaatsvertrags sowie dieses Gesetzes.

Die kommunalen Landesverbände haben keine Bedenken gegen diesen Gesetzentwurf erhoben. Die FDP/DVP wird daher dem Gesetzentwurf zustimmen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Christoph Palmer CDU: Bravo!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Walter.

(Abg. Dr. Christoph Palmer CDU: Jetzt kommt die Geheimwaffe! – Abg. Heike Dederer CDU: Aber nicht, dass du eine meiner alten Reden verlierst! – Heiterkeit)

**Abg. Walter GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann natürlich eine alte Dederer-Rede von vor einem Jahr vorlesen. Ich weiß nicht, ob du das merken würdest.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD)

Aber das Interessanteste wäre, ob der Kollege Junginger dieselben Zwischenrufe machen würde wie damals.

(Abg. Heike Dederer CDU: Probier es aus! – Abg. Göschel SPD: Der ist nicht da!)

– Der fehlt! – Noch interessanter wäre, ob der Kollege Zimmermann dieselben Zwischenrufe machen würde.

(Heiterkeit – Abg. Drexler SPD: Das ist richtig! – Abg. Fischer SPD: Der fehlt aber auch!)

Der ist leider schon abhanden gekommen.

Zum Thema ist im Grunde genommen alles gesagt, nur noch nicht von mir.

(Abg. Rückert CDU: So ist es!)

Wir haben im letzten Jahr zugestimmt. Es wäre ein Witz, wenn wir jetzt nicht zustimmen würden.

(Abg. Dr. Christoph Palmer CDU: Das ist aber überzeugend!)

– Sind Sie damit einverstanden, Herr Palmer?

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Logisch!)

Was noch im Zusammenhang mit Glücksspiel und Lotterien interessant ist, hat gestern Nachmittag Herr Staatssekretär Rau angesprochen, und ich glaube, da ist ein Gespräch des jetzigen Finanzministers mit dessen Vorgänger notwendig. Es geht darum, ob der Deutsche Fußballbund eine eigene Lotterie macht. Das wäre sicherlich sehr zum Schaden des Sports in Baden-Württemberg und in anderen Bundesländern.

(Abg. Heike Dederer CDU: So ist es!)

Deshalb empfiehlt es sich, bei der nächsten Landesvorstandssitzung der CDU einmal am Rande dieses Thema anzusprechen, weil ich glaube, dass eine solche Lotterie schlimmer wäre als all das, was als Bedrohung aus dem Internet gesehen wird. Wenn eine solche Lotterie kommt, wird bestimmt vieles, was bisher noch an Geldern in den Bundesländern verteilt werden kann, nicht mehr zur Verfügung stehen.

(Abg. Heike Dederer CDU: Sehr richtig! – Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Deshalb mein Appell an Sie: Wenn Sie das mit den Toto- und Lottomitteln und den Einnahmen, die Sie damit haben, und damit auch den Verteilmöglichkeiten weiterhin ernst nehmen, dann müssen Sie verhindern, dass eine solche Lotterie auf den Weg gebracht wird.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja! – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ansonsten ist es auch gut, meine Damen und Herren, dass die Vollzugszuständigkeit beim Regierungspräsidium Karlsruhe landet, weil es seither so war.

Im Grunde genommen ist gut geregelt, was in diesem Ausführungsgesetz drinsteht. Deshalb möchte ich mich jetzt auch kurz fassen. Noch einmal mein Appell: Reden Sie mit Herrn Mayer-Vorfelder. Die Zustimmung meiner Fraktion habe ich ohnehin schon signalisiert.

(Walter)

Die Rede von Frau Dederer war damals länger, aber die kann man jetzt nicht mehr ganz wiedergeben.

(Abg. Dr. Christoph Palmer CDU: Man kann sie im Protokoll nachlesen! – Heiterkeit bei der CDU – Beifall bei den Grünen und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Erfreulicherweise wurden auch die Redezeiten nicht ausgeschöpft, sodass wir uns jetzt wieder im Zeitrahmen befinden.

Vorgeschlagen wird die Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 13/4410 an den Innenausschuss. – Sie stimmen der Überweisung zu.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Natürlich!)

Damit ist Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg, dem Freistaat Bayern und dem Freistaat Sachsen über die Bildung eines Gemeinsamen Prüfungsamtes zur Abnahme der Eignungsprüfung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft – Drucksache 13/4386**

Das Präsidium hat beschlossen, dass über diesen Gesetzentwurf in der Ersten Beratung keine Aussprache geführt werden soll.

Vorgeschlagen ist die Überweisung an den Ständigen Ausschuss. – Sie stimmen der Überweisung zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 6 erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

**a) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE – Gesetz zur Einführung der tierschutzrechtlichen Verbandsklage in Baden-Württemberg – Drucksache 13/4418**

**b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Möglichkeit der Verbandsklage für Tierschutzorganisationen – Drucksache 13/3440**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung zu den Buchstaben a und b des Tagesordnungspunkts je fünf Minuten, für die Aussprache über den gesamten Tagesordnungspunkt fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort erhält Frau Abg. Rastätter.

**Abg. Renate Rastätter GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Durch Staatszielbestimmung ist der ethische Tierschutz in Deutschland zum Rechtsgut mit Verfassungsrang ins Grundgesetz aufgenommen worden. Sie erinnern sich, dass wir bereits in der letzten Legislaturperiode den Tierschutz in unsere Landesverfassung aufgenommen haben mit dem Satz:

*Tiere werden als Lebewesen und Mitgeschöpfe im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung geachtet und geschützt.*

Dieses neue Staatsziel im Grundgesetz und in der Landesverfassung hat aber nicht nur Appelcharakter, sondern es ist eine Verpflichtung für den Gesetzgeber, auch ein effektives gesetzliches Instrument zum Schutz der Tiere einzurichten. Vor allem aber soll durch ein effektives Instrument die Schutzbestimmung des Tierschutzgesetzes wirkungsvoll abgesichert werden.

Ein solches Instrument ist die tierschutzrechtliche Verbandsklage. Meine Damen und Herren, mit diesem Gesetzentwurf zur Einführung der tierschutzrechtlichen Verbandsklage erfinden wir Grünen nichts Neues. Die Verbandsklage ist bereits im Naturschutzrecht für die Naturschutzverbände, im Wettbewerbsrecht und im Verbraucherschutz verankert. Was beim Naturschutzrecht lange der Fall war, ist beim Tierschutz noch immer der Fall: Gegen ein Zuviel an Tierschutz kann geklagt werden, aber nicht gegen zu wenig Tierschutz. Das heißt, ein Tiernutzer kann gegen Anordnungen, gegen Genehmigungen, gegen Auflagen oder gegen ein Verbot von Genehmigungen durch alle Instanzen klagen. Er kann auch bis zur Entschädigung klagen. Aber niemand kann die rechtliche Vertretung der Tiere übernehmen, die ja naturgemäß selbst nicht klagen können.

Wozu dieses Ungleichgewicht führt, möchte ich am Beispiel der tierquälerischen Batteriekäfighaltung von Legehennen kurz aufzeigen. Unser Tierschutzgesetz in Deutschland, das ja ein sehr gutes ist, aus dem Jahr 1972 schreibt vor, dass jeder, der ein Tier hält, dieses seiner Art und seinen Bedürfnissen entsprechend angemessen ernähren, pflegen und verhaltensgerecht unterbringen muss. Dabei darf die Möglichkeit des Tieres zu artgerechter Bewegung nicht so eingeschränkt werden, dass ihm Leiden, Schäden oder Qualen zugefügt werden.

Meine Damen und Herren, von einer artgemäßen Unterbringung und von einer Nichteinschränkung der Bewegung eines Huhns kann nun wirklich nicht gesprochen werden, wenn es in einen Käfig gesperrt wird mit einer Grundfläche von weniger als einer DIN-A-4-Seite. Dass hier eine artgemäße Unterbringung nicht möglich ist und die spezifischen Bedürfnisse nicht entfaltet werden können, ist ganz klar. Aber, meine Damen und Herren, obwohl diese Haltung gegen das Tierschutzgesetz verstößt, hat es 27 Jahre gedauert, bis das Bundesverfassungsgericht entschieden hat, dass diese Käfighaltung von Legehennen verfassungswidrig ist, weil sie gegen die Bestimmungen des Tierschutzgesetzes verstößt. Meine Damen und Herren, nur weil Nordrhein-Westfalen mit einer mutigen Ministerin Höhn ein Normenkontrollverfahren in die Wege geleitet und das Bundesverfassungsgericht angerufen hat, wurde die Käfighaltung für verfassungswidrig erklärt und konnte es zu diesem Beschluss kommen.

Hätte es aber in den Jahren vorher bereits eine Verbandsklage für Tierschutzverbände gegeben, dann hätte dieser Fehlentwicklung schon frühzeitig ein Ende bereitet werden können; denn die Tierschutzverbände hätten ja diese Haltung rechtlich überprüfen lassen können.

(Renate Rastätter)

So kam es zu dieser Fehlentwicklung der Ausweitung der industriellen Batteriekäfighaltung mit einer extremen Konzentration in Deutschland auf wenige Großbetriebe mit dem Ergebnis, dass gerade die mittelständische bäuerliche Landwirtschaft geschädigt wurde, gerade in Baden-Württemberg, wo eine ganz andere Struktur als in anderen Bundesländern vorhanden ist. Mittelständische Betriebe bekommen jetzt dank Renate Künast und der neuen Verordnung eine Chance, mit Freilandhaltung und mit Biohaltung wieder in die Eierzeugung einzusteigen. Deshalb, meine Damen und Herren, finde ich es aus Tierschutzgründen, aber auch aus wirtschaftlicher Sicht absolut kontraproduktiv, dass die Landesregierung nichts unversucht lässt, um das Verbot der Käfighaltung im Bundesrat jetzt wieder rückgängig zu machen.

Meine Damen und Herren, unser Gesetzentwurf orientiert sich am Gesetz zur Verbandsklage für Naturschutzverbände. Wir verfolgen damit zwei Ziele:

Erstens wollen wir ein Mitwirkungsrecht für Tierschutzverbände. Anerkannten Vereinen muss vor dem Erlass von Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften auf dem Gebiet des Tierschutzes Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden. Wir wollen also ein Anhörungsrecht.

(Beifall des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Das bezieht sich zum Beispiel auf Verordnungen und Genehmigungen für das Züchten, für das Halten und für das Zurschaustellen von Tieren sowie den Handel mit Tieren.

Zweitens wollen wir ein Klagerecht verankern. Denn ein Mitwirkungsrecht allein genügt natürlich nicht, weil es möglich sein muss, dass Behördenentscheidungen auch gerichtlich überprüft werden können. Denkbar ist eine solche Klage zum Beispiel bei Genehmigungen von größeren Anlagen zum Halten von Tieren und bei nachweisbaren Vollzugsdefiziten wie zum Beispiel bei Intensivhaltungen, bei Tiertransporten oder bei Tierversuchen.

Meine Damen und Herren, natürlich ist klar, dass nur wenige Tierschutzverbände in Baden-Württemberg eine solche Anerkennung erhalten – zum Beispiel der Deutsche Tierschutzbund –, denn es werden natürlich hohe Anforderungen an die Leistungsfähigkeit und die überregionale Bedeutung dieser Tierschutzverbände gestellt werden. Das ist hier natürlich nicht anders als im Naturschutzrecht.

Meine Damen und Herren, die bisher geäußerte Kritik an der Verbandsklage, wie sie von der Landesregierung kommt, geht völlig ins Leere. Denn die Erfahrungen von 13 Bundesländern, die die Verbandsklage für Naturschutzverbände schon seit Jahren haben, zeigen, dass es nicht zu einer Klageflut gekommen ist. Die Verbandsklage hat dort im Gegenteil bewiesen, dass diese Möglichkeit zu mehr Rechtssicherheit geführt hat. Die Kritik, dass es durch die Verbandsklage zu Verzögerungen bei Genehmigungsverfahren käme, ist natürlich auch nicht richtig; denn die Gerichte und Behörden können jeweils einen Sofortvollzug anordnen, wenn keine Wahrscheinlichkeit gegeben ist, dass eine solche Klage Erfolg haben wird.

Schließlich: Der ehemalige Landwirtschaftsminister Stächez hat immer auf den Tierschutzbeirat in Baden-Württemberg

verwiesen. Aber erstens tritt der nur dreimal im Jahr zusammen, und zweitens ist er nur ein rein beratendes Gremium. Also auch da ist das, was wir mit dem Verbandsklagerecht erreichen können, nicht erfüllt.

Deshalb sagen wir Grünen: Wer den Tierschutz wirklich ernst nimmt, muss jetzt auch dafür sorgen, dass ein wirkungsvolles Instrument für die Tierschutzvereine ähnlich dem für die Naturschutzverbände eingerichtet wird.

(Beifall bei den Grünen)

Die Landesregierung, die immer den hohen Stellenwert des Tierschutzes betont, und Sie, meine Damen und Herren der Regierungsfractionen, können jetzt unter Beweis stellen, dass Sie Ihr in der Landesverfassung verankertes neues Staatsziel auch wirklich ernst nehmen, indem Sie unserem Gesetzentwurf zustimmen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Winkler.

(Abg. Alfred Haas CDU: Müller!)

– Nein, Herr Abg. Winkler.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Caroli SPD zur CDU: Noch nicht! Nachher!)

**Abg. Alfred Winkler SPD:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf zur Einführung der so genannten Verbandsklage begehrt für den Tierschutz einen weiteren Schritt, einen weiteren Schritt nach der Verankerung des Tierschutzes in der Landesverfassung im Jahr 2000 und einen weiteren Schritt nach der Einbeziehung des Tierschutzes in das Grundgesetz, entsprechend auch dem Vorbild der Einführung der Verbandsklagen im Umweltbereich in unserer Landesverfassung. Insofern ist die Verbandsklage im Tierschutz ebenfalls eine konsequente Folge zur Verbesserung desselben, im Übrigen zweifellos gesellschaftlich anerkannt.

Das Verbandsklagerecht im Tierschutz bedeutet ja als Instrument ein Klagerecht in Vertretung, ermöglicht also die Vertretung der Tiere als Mitgeschöpfe durch den Menschen. Das Ziel ist, die Gesetze zum Tierschutz zur Rechtswirksamkeit zu bringen und diese Rechtswirksamkeit auch durchzusetzen, wenn sie ungenügend oder gar nicht durchgesetzt werden. Dabei sollen durch die Mitwirkung der anerkannten Vereine diese Rechts- und Verwaltungsverfahren des Landes und seiner Behörden und Bediensteten mit überwacht werden: ganz bestimmte anerkannte, ausgewählte Tierschutzvereine also als Treuhänder der Interessen, der Rechte der Tiere.

Das ist auch nötig, denn schließlich sind Tiere rechtlich gesehen immer noch Sachen. Genau bezeichnet sind Tiere bewegliche Sachen, jedenfalls solange sie noch leben.

(Heiterkeit – Abg. Teßmer SPD: Wenn sie nicht beißen! – Abg. Fleischer CDU: Oder getragen werden! – Zuruf von der CDU: Und dann kommen sie in den Tierhimmel!)

(Alfred Winkler)

Sie werden als Sache zunehmend aber auch in großem Umfang „verbraucht“. Genau dieser Ausdruck wird so eingesetzt und verwandt: In der industriellen Nahrungsmittelproduktion werden Tiere verbraucht. Ebenso redet man von einer „verbrauchenden“, „tierverbrauchenden“ Forschung.

(Abg. Müller CDU: Als Schnitzel!)

Verfassungsgemäß ist es die Pflicht des Staates und seiner Stellen, den Schutz der Tiere durchzusetzen. Dieser verfassungsgemäßen Pflicht des Staates zur wirksamen Kontrolle des Schutzauftrags zu verhelfen, soll das Ziel der Verbandsklage dienen. Bisher gilt: Wenn der Grundsatz „Im Zweifel für den Angeklagten“ durchgesetzt wird, bedeutet das in diesem Fall „Im Zweifel gegen die Tiere“. Die Verbandsklage ist Mittel des Schutzauftrags: Treuhänderisch, fürsprechend durch den Menschen, für die nicht artikulierfähigen Tiere – Papageien vielleicht ausgenommen – zu wirken.

(Abg. Teßmer SPD: Beißende Hunde noch!)

Die einzigen wesentlichen Einwände, die es dagegen gibt, lauten: Es gibt einen hohen Aufwand durch zusätzliche Rechtsverfahren.

Meine Damen und Herren, der Beweis dafür konnte eigentlich nicht erbracht werden, jedenfalls nicht durch die Verbandsklageerfahrung im Umweltschutz. Keineswegs wurde hier ein besonders hoher oder erweiterter Aufwand in Rechtsverfahren festgestellt.

Die SPD-Fraktion hat im Juli letzten Jahres mit der Drucksache 13/3440 beantragt, die Landesregierung solle eine Initiative des Landes Schleswig-Holstein mit dem Ziel, über den Bundesrat das Verbandsklagerecht einzubringen, unterstützen. Sie haben das leider nicht getan.

(Abg. Teßmer SPD: Schmähhlich! Schmähhlich!)

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf der Fraktion GRÜNE und mit unserem Antrag bestehen zwei Möglichkeiten: Sie können entweder das Verbandsklagerecht im Bereich des Tierschutzes in die Landesgesetzgebung einführen – im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung –, oder die Landesregierung setzt sich auf Bundesebene dafür ein, analog zum Bundesnaturschutzgesetz die Verbandsklage im Tierschutzbereich zu verankern.

(Abg. Fleischer CDU: Das war schon verkehrt!)

Zum Schluss, meine Damen und Herren, ein Vergleich – zugegeben, er hinkt –: Mit der Einführung des Code civil hat Napoleon vor rund 200 Jahren in den süddeutschen Ländern einen gewaltigen Fortschritt erzielt. Zum ersten Mal hatten damals Bürger, Menschen, Rechte gegenüber dem Staat. Dies gab es vorher für einfache Bürger nicht. Die Bürger bekamen gegenüber der Hoheit des Staates, gegenüber der Obrigkeit willkür eigene Rechte.

(Abg. Fleischer CDU: Napoleon würde sich im Grab umdrehen, wenn er von der Verbandsklage wüsste!)

Würden wir diesen Napoleon in die heutige Zeit beamen, müsste er feststellen, dass die Einführung eines Verbands-

klagerechts nichts anderes als die logische Weiterentwicklung der Bürgerrechte für Menschen, ausgeweitet auf die Tiere, bedeuten würde.

(Abg. Fleischer CDU: Er wäre schon frühzeitig auf eine Insel geflüchtet!)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält jetzt Herr Abg. Müller.

(Abg. Fleischer CDU: Den Namen Müller muss man sich merken!)

**Abg. Müller** CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es handelt sich um eine relativ ungewöhnliche Gesetzgebungsmaterie. Ich glaube, dass man das schon so sagen darf. Deswegen ist ein Blick in die politische Landschaft, wie es denn eigentlich in Deutschland in anderen Parlamenten zu diesem Thema ausschaut, ganz interessant. Hierzu will ich drei Feststellungen treffen:

Erstens: Es gibt bisher kein einziges Bundesland, das ein solches Verbandsklagerecht tierschutzrechtlicher Art

(Abg. Teßmer SPD: Sie wollen doch immer Spitze sein!)

– warten Sie es ab; ich steigere mich noch im weiteren Verlauf –

(Abg. Teßmer SPD: Da warten wir schon lange!)

eingeführt hat, auch kein rot-grünes – davon gibt es nicht mehr so wahnsinnig viele. Andere Bundesländer hätten ja eine solche Regelung einführen können. Weder Frau Höhn in Nordrhein-Westfalen noch Schleswig-Holstein haben es eingeführt.

(Abg. Teßmer SPD: Von der Umwelt zum Meer-schweinchen!)

Zweitens: Ein Vorstoß des Bundeslandes Schleswig-Holstein im Bundesrat hat eine ganz große Ablehnung quer über die politischen Fronten erfahren,

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Aber nur von der Union!)

sodass es nicht zu einer entsprechenden Mehrheit gekommen ist.

Und drittens: Die Tierschutzverbände hatten im Jahr 2002 den Wunsch an die rot-grüne Koalition geäußert, die Einführung des Verbandsklagerechts im Tierschutz in die Koalitionsvereinbarung aufzunehmen. Das ist aber nicht in die Koalitionsvereinbarung zwischen Rot und Grün im Jahr 2002 aufgenommen worden, woraus der Schluss zu ziehen ist, dass zumindest die SPD auf Bundesebene diesem Vorhaben nicht zustimmt.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist ein Trugschluss!)

(Müller)

Jetzt will ich in der Tat den Gedanken aufgreifen, den Sie selbst genannt haben: Es könnte ja trotzdem richtig sein,

(Abg. Teßmer SPD: So ist es!)

und, weil wir ja manchmal an der Spitze stehen, könnte es trotzdem der Fall sein, dass wir uns auch in dieser Frage an die Spitze begeben müssten. Also stellt sich die Frage: Wo liegen wir in der Sache selbst?

Natürlich ist es richtig, dass es viel Sympathie für den Tierschutz gibt und dass es sich dabei auch ein bisschen um ein emotionales Thema handelt. Sie greifen das ja auf mit dem Bild, man bräuchte Waffengleichheit zwischen den Tiernutzern auf der einen Seite und den Tierschützern auf der anderen Seite; die Tiernutzer würden ihre Interessen schon vertreten, die Tiere hätten hingegen keine Stimme, und deswegen müsse man ihnen über das Verbandsklagerecht eine Stimme geben. Ein schönes Bild, aber es stimmt aus drei Gründen nicht:

Erstens: Auch die Tiernutzer haben natürlich das Tierschutzrecht zu beachten. Das deutsche Tierschutzrecht ist im europäischen Maßstab einsam an der Spitze, in materieller Hinsicht und in formeller Hinsicht.

Zweitens: Auch die Verwaltung – um die geht es ja beim Verbandsklagerecht – hat selbstverständlich das Tierschutzrecht zu beachten. Die Vorstellung, dass man auf der einen Seite den Tiernutzer hat – das sind ja im Wesentlichen die Forschung und die Landwirtschaft – und auf der anderen Seite nur eine einseitig beeinflusste Verwaltung, die sich gegenüber diesen handfesten forschungspolitischen oder ökonomischen Interessen nicht durchsetzen könne, ist falsch. Diese Vorstellung zeigt ein Misstrauen gegenüber der Verwaltung, das nicht gerechtfertigt ist. Das sage ich pauschal, ich kann es aber auch konkret sagen:

(Abg. Teßmer SPD: Das ist Ihre persönliche Sicht!)

Seit der letzten größeren Novelle des Tierschutzrechts im Jahre 1986 gab es ungefähr 50 000 Verwaltungsverfahren auf dem Gebiet tierschutzrechtlicher Genehmigungen. Ungefähr 25 % davon sind nur mit Auflagen erteilt worden – zulasten der Tiernutzer, also der Landwirtschaft und der Forschung –, und ungefähr 5 % sind abgelehnt worden. Die Einzigen, die nach Ihrer Vorstellung einseitig sein dürften, wären ausgerechnet die Verbände, denen Sie ein Verbandsklagerecht geben wollen. Die Tiernutzer und die Verwaltung haben bereits Abwägungsprozesse vorzunehmen.

Ein weiteres Argument, das Sie anführen, heißt: „Das Verbandsklagerecht haben wir auch schon im Naturschutzrecht. Warum haben wir es nicht auch im Tierschutzbereich?“ Dazu ist Folgendes zu bemerken:

Erstens: Wir sind generell skeptisch gegenüber Verbandsklagen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Eben! Das ist der Hauptgrund! – Abg. Teßmer SPD: Aha! – Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE – Weitere Zurufe von der SPD und den Grünen)

– Ganz ruhig, Herr Caroli! – Deswegen ist es für uns kein Argument, wenn gesagt wird: „Das haben wir ja woanders auch schon gemacht.“ Wenn wir die Verbandsklage auch anderswo nicht für richtig halten, dann ist der Hinweis auf sie für uns kein Argument. Ich sage das aus guten Gründen. Denn, mit Verlaub, meine Damen und Herren: Wir haben in Deutschland nicht zu wenig Hürden, sondern zu viele Hürden, was das effektive Handeln anbelangt.

(Beifall bei der CDU)

Zweiter Hinweis: Es besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen der naturschutzrechtlichen Verbandsklage, die es schon gibt, und der tierschutzrechtlichen Verbandsklage, wie Sie sie vorschlagen. Denn beim Tierschutzrecht wollen Sie das Klagerecht auf alle Einzelfallgenehmigungen erstrecken. Das gibt es im Naturschutzrecht so nicht. Insofern wäre das Klagevolumen sehr viel größer.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Es gibt ja Tierschutzverbände, die expressis verbis gegen jede Form von Massentierhaltung sind

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Quatsch!)

und die expressis verbis gegen jede Form von Tierversuchen sind.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Quatsch!)

Wenn diese Verbände das Recht bekommen würden, in jedem Einzelfall Verfahren einzuleiten, dann würden sie eine zumindest behindernde und möglicherweise verhindernde Wirkung haben.

(Abg. Teßmer SPD: Die können auch jetzt schon klagen!)

Drittens: Zu dem Argument, das Klagerecht sei in anderen Bereichen auch möglich, will ich nur einmal sagen: Es gibt viele Bereiche, in denen wir glücklicherweise kein Verbandsklagerecht haben, in denen wir aber auch die Konstellation haben, dass die Verwaltung Allgemeininteressen, also hier den Tierschutz, gegenüber den Interessen des Antragstellers abzuwägen hat.

Wie ist es beim Denkmalschutz? Wollen Sie die denkmalrechtlich Verbandsklage? Wollen Sie die immissionsschutzrechtliche Verbandsklage? Wollen Sie die wasserrechtlich Verbandsklage und, und, und? Wenn diese Rechtsfigur richtig wäre, dann müssten Sie überall Verbandsklagen einführen, und das wäre sicher falsch.

Wenn ich noch einmal eine Verbandsklage einführen würde,

(Abg. Teßmer SPD: Die Gefahr ist gering!)

dann wäre es eine kinderschutzrechtliche, aber keine auf einem anderen Gebiet.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Schlussbemerkung, meine Damen und Herren. Die beiden Hauptnutzer, Landwirtschaft und biomedizinische For-

(Müller)

schung, haben sich logischerweise und mit guten Gründen gegen eine Verbandsklage aus tierschutzrechtlicher Argumentation gewandt. Übrigens – das nur nebenbei –: 85 % aller pharmazeutischen – –

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. Müller, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

(Abg. Fischer SPD: Er meint, er ist noch Minister!  
– Abg. Teßmer SPD: Das fällt einem nicht leicht!)

**Abg. Müller** CDU: Ich bin gerade dabei, zur Landung anzusetzen.

85 % aller pharmazeutischen Tierschutzexperimente sind gesetzlich vorgeschrieben. Die Gründe, die sowohl die Landwirtschaft als auch die Forschung vortragen, heißen erstens Verzögerung von Investitionen, zweitens Abwanderung ins Ausland mit weniger Tierschutz und drittens natürlich: Es ist nicht nötig, denn sie haben selbst den Tierschutz zu berücksichtigen.

Wir brauchen weniger Bürokratie. Das ist das Gebot der Stunde. Der Tierschutz ist in Deutschland auf außerordentlich hohem Niveau. Wenn Sie meinen, dass wir noch etwas mehr tun sollten, dann reden wir über materielle Fragen, aber bitte nicht über formelle.

Übrigens: Die Legehennengeschichte wäre mit dem Verbandsklagerecht natürlich auch nicht anders ausgegangen, weil das materielle Recht damals noch nicht so weit war. Aber bitte keine zusätzlichen Verfahrenshürden in der deutschen Verwaltung!

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Frau Abg. Götting.

**Abg. Renate Götting** FDP/DVP: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! „Der Tierschutz genießt unbestritten in Deutschland einen hohen Stellenwert“, so steht es im Tierschutzbericht der Bundesregierung. Seit dem Jahr 2002 ist der Tierschutz im Grundgesetz als Staatsziel verankert. Seit 2000 haben wir die verfassungsrechtliche Verankerung des Tierschutzes in der Landesverfassung, und dies, meine Damen und Herren, auf Druck der FDP/DVP-Landtagsfraktion.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ganz allein?)

Während dieses Thema früheren Regierungen im Land offensichtlich nicht so wichtig war, hat der Tierschutz bei unseren Koalitionsverhandlungen eine angemessene Bedeutung erhalten.

Die Aufnahme des Tierschutzes in die Landesverfassung ist mit vielfältigen Maßnahmen einhergegangen. So haben wir im Bereich der Landwirtschaft, etwa bei der Betriebsförderung oder auch beim MEKA-Programm, wie kein anderes Bundesland die artgerechte Tierhaltung gefördert. Über das

HQZ wurde die Dauer der Schlachtviehtransporte drastisch reduziert.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE – Abg. Teßmer SPD: Das hat aber mit der Verbandsklage nichts zu tun!)

Baden-Württemberg kontrolliert in diesem Bereich besonders streng. Wir haben die Haltungsbedingungen der Tiere kontinuierlich verbessert, und, meine Damen und Herren, das Land pflegt einen ausgesprochen guten Kontakt zu verschiedenen Tierschutzorganisationen.

(Abg. Teßmer SPD: Was hat das mit der Verbandsklage zu tun?)

An dieser Stelle möchte ich allen im Tierschutz engagierten Personen meinen Dank für die geleistete Arbeit aussprechen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Ohne dieses bürgerliche Engagement hätte der Tierschutz in Deutschland nicht einen so hervorragenden Stellenwert.

Meine Damen und Herren, die FDP/DVP will den Tierschutz weiter voranbringen.

(Beifall des Abg. Stickelberger SPD – Lachen des Abg. Teßmer SPD)

Dies gelingt uns aber nur, wenn wir gemeinsam mit den Landesregierungen, dem Bund und der EU auf einheitliche Standards drängen.

(Abg. Teßmer SPD: Was ist mit den Vereinten Nationen?)

Wie Sie wissen – Herr Kollege Müller hat es gerade ausgeführt –, hat das Land Schleswig-Holstein im letzten Jahr unter der damaligen rot-grünen Regierung im Bundesrat den Vorschlag, ein Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände einzuführen, eingebracht und ist nicht nur an den Stimmen der unionsregierten Länder deutlich gescheitert.

Der von den Grünen jetzt eingebrachte Gesetzentwurf ist nicht geeignet, dem Tierschutz größere Bedeutung zuzumessen

(Abg. Fischer SPD: Ja, doch! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Warum nicht?)

oder ihn auch nur ansatzweise zu verbessern. Zu Recht weist das Ministerium in seiner Stellungnahme zum Gesetzentwurf auf die zahlreichen Mitwirkungsmöglichkeiten der tierschutzrelevanten Interessengruppen hin. Vertreter von Tierschutzverbänden sind im Bund und im Land bereits in einer Vielzahl von Gremien eingebunden.

Ein Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände wäre aber nicht nur von der Sache, sondern auch von der praktischen Durchführung her völlig überzogen.

(Abg. Teßmer SPD: Wieso?)

Anders als beim Verbandsklagerecht der Naturschutzverbände, das wir als FDP bundesweit unterstützt haben, sehen

(Renate Götting)

wir doch erhebliche Probleme bei der Auswahl der klageberechtigten Tierschutzverbände. Dies hat die rot-grüne Bundesregierung bei der Einführung der Verbandsklage auf Bundesebene offensichtlich genauso gesehen. Denn sie hat sich bei der Einführung des Verbandsklagerechts zu Recht auf die Naturschutzverbände beschränkt.

Die Frage ist: Welche Tierschutzverbände oder welche Vereine sollen überhaupt klageberechtigt sein, ohne dass irgendwelche Gruppen ausgegrenzt werden? Um ein nur annähernd gerechtes Ergebnis zu erzielen, müssten eine Vielzahl von Klageberechtigten definiert werden. Dies würde den Rahmen des Möglichen sprengen.

Was bedeutet dies für die Gerichte in Baden-Württemberg? Im Gegensatz zu den Grünen, die nur wenige Klagen voraussagen und keine Kosten sehen, befürchten wir doch eine Vielzahl von Klagen und damit eine deutliche Verzögerung von Genehmigungsverfahren und letztlich auch entscheidende wirtschaftliche Verwerfungen im bundesweiten Vergleich.

(Abg. Teßmer SPD: Eine unbewiesene Annahme! –  
Abg. Dr. Caroli SPD: Was verstehen Sie unter  
„wirtschaftlichen Verwerfungen“?)

Folgt man aber den Argumenten der Grünen, die nur wenige Klagen voraussehen, stellt sich mir die Frage nach dem Sinn einer Verbandsklage für Tierschutzverbände. Ziel der Klagen wären – auch das wurde ausgeführt – in der Regel Einzelfallentscheidungen. Anders als bei den Naturschutzverbänden, wo es regelmäßig um generelle Entscheidungen geht, entwickelt das Klagerecht im Tierschutz keine vorbeugende Wirkung. Wir lehnen deshalb den Gesetzentwurf der Grünen ab.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Der Antrag der SPD spricht sich dafür aus, ein Verbandsklagerecht auf Bundesebene einzuführen und dem Gesetzentwurf des Landes Schleswig-Holstein zuzustimmen. Ich denke, wir sollten abwarten, wie sich die neue Regierung von Schleswig-Holstein, in der die SPD vertreten ist, entscheiden wird. Alle Informationen deuten darauf hin, dass die SPD in Schleswig-Holstein

(Abg. Teßmer SPD: Wir sind doch aber hier in Baden-Württemberg!)

den Gesetzentwurf nicht weiterverfolgen wird. So sollten, denke ich, auch wir hier im Land verfahren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Dr. Caroli und Teßmer SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Minister Hauk.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Grundsatzrede! –  
Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Hauk:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Tierschutz in Baden-Württemberg genießt zu Recht einen

hohen Stellenwert. Ich freue mich, liebe Frau Kollegin Lösch, dass ich den heutigen Tagesordnungspunkt zum Thema Tierschutz zum Anlass nehmen kann, auch hierzu eine Grundsatzrede zu halten.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Danke! – Abg. Stichelberger SPD: Im Ernst?)

Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, keine Sorge:

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Ich spreche schon konkret zu den beiden Initiativen, dem Gesetzentwurf der Grünen auf Einführung einer tierschutzrechtlichen Verbandsklage in Baden-Württemberg und dem Antrag der SPD.

Es wurde schon mehrfach erwähnt: Wir haben in unsere baden-württembergische Landesverfassung die Staatszielbestimmung Tierschutz aufgenommen. In Artikel 3 b der Landesverfassung heißt es jetzt:

*Tiere werden als Lebewesen und Mitgeschöpfe im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung geachtet und geschützt.*

Meine Damen und Herren, klarer geht es meines Erachtens nicht.

Die Landesregierung ist an einem konstruktiven Dialog mit allen Akteuren im Tierschutz interessiert. Deshalb wurde bereits vor 14 Jahren der Landesbeirat für Tierschutz eingerichtet. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dabei geht es nicht darum, dass wir ein Gremium zur Beruhigung einrichten. Vielmehr geht es darum, mit dem Landesbeirat für alle Seiten und alle Akteure, die im Bereich des Tierschutzes miteinander in Berührung kommen, ein konstruktives Forum zu schaffen. Ich habe den Eindruck – zumindest nach den wenigen Wochen, seit ich das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum leiten darf –, dass in dem Landesbeirat für Tierschutz sehr konstruktiv gearbeitet wird.

Wir bekennen uns zur zukunftsweisenden Weiterentwicklung im Tierschutz. Aber dieses Ziel kann ich bei Ihren Bemühungen zum Thema Verbandsklage nicht erkennen.

Herr Kollege Winkler, Sie sind einfach zu spät dran. Der Bundesrat hat nämlich bereits in seiner 805. Sitzung am 5. November 2004 der Initiative von Schleswig-Holstein zur Einführung der Verbandsklage im Tierschutz auf Bundesebene eine klare Absage erteilt.

(Abg. Teßmer SPD: Das hat er doch gesagt!)

Das Gesetz war im Bundesrat

(Abg. Teßmer SPD: Das wissen wir doch!)

und ist dort abgelehnt worden. Es gibt auch keine Wieder Vorlage. Sie fordern ja, das wieder aufleben zu lassen.

Meine Damen und Herren, dem Gesetzentwurf der Grünen zur Einführung der Verbandsklage auf Landesebene kann aus verschiedenen Gründen ebenfalls nicht zugestimmt werden. Ich will sie jetzt im Einzelnen gar nicht bis in das letz-

(Minister Hauk)

te Detail beleuchten. Der Kollege Ulrich Müller hat hierzu aus grundsätzlichen Erwägungen heraus bereits einiges gesagt.

Vielleicht nur so viel: Ich halte es für unseriös, in einem Gesetz zur Einführung der tierschutzrechtlichen Verbandsklage in Baden-Württemberg nicht nur das Klagerecht von Tierschutzorganisationen – das ist der Knackpunkt – gegen sämtliche Einzelfallentscheidungen der zuständigen Behörden im Vollzug zu regeln, sondern auch detailliert die zahlreichen Einzelfälle festzulegen, zu denen anerkannten rechtsfähigen Vereinen die Möglichkeit zur Stellungnahme und zur Einsicht in die einschlägigen Sachverständigengutachten gegeben werden soll, und dann die These aufzustellen, dass hierfür keine zusätzlichen Kosten für den Landeshaushalt entstehen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Frau Rastätter, was Sie fordern, ist schlichtweg utopisch. Ohne Personal- und ohne Sachkosten ist das für die Behörden gar nicht leistbar.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich habe den Eindruck, Sie wissen eigentlich selbst nicht genau Bescheid. Vorhin haben Sie gesagt: „eigentlich zu wesentlichen Punkten“. Ihr Gesetzentwurf sieht anders aus. Ihr Gesetzentwurf sagt: „in allen Einzelfällen“, wie ich eben ausgeführt habe. Das bedeutet im Klartext Folgendes: Davon sind auch ein Hundezüchter, der drei oder mehr fortpflanzungsfähige Hündinnen oder drei oder mehr Würfe pro Jahr hat, ein Katzenzüchter, der fünf oder mehr fortpflanzungsfähige Katzen oder fünf oder mehr Würfe pro Jahr hat,

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Das ist alles nicht genehmigungspflichtig!)

ein Vogelzüchter, der regelmäßig Jungtiere verkauft und mehr als 25 Zuchtpaare hat, usw. betroffen.

(Abg. Rüeck CDU: Da können Sie nichts machen, wenn die Katzen die fressen!)

Wollen Sie wirklich, dass diese Leute immer nur dann eine Erlaubnis für das Züchten der Tiere erhalten, wenn zuvor alle anerkannten Vereine die Möglichkeit zu einer Stellungnahme bekommen?

(Abg. Teßmer SPD: Das ist doch gar nicht das Thema! – Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

In meinen Augen ist es ein klares Misstrauensvotum auch gegen die Arbeit der Ethikkommission, wenn die anerkannten Vereine zusätzlich ein Mitwirkungsrecht und eine Klagebefugnis im Zusammenhang mit der Genehmigung von Tierversuchen bekommen sollen.

Mit § 1 Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzentwurfs würde die bundesrechtliche Regelung zur Stellung der Kommissionen gemäß dem Tierschutzgesetz unterlaufen. Zudem, Frau Kollegin Rastätter: Ich bin schon jemand, der versucht, den Föderalismus für das Land sehr weit auszulegen. Aber verfassungsrechtlich fraglich ist es natürlich schon, ob der Lan-

desgesetzgeber über § 15 Abs. 1 des Tierschutzgesetzes hinausgehende Regelungen treffen kann, da der Bundesgesetzgeber leider – das muss ich so sagen – von seiner konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz abschließend Gebrauch gemacht hat. Meine Damen und Herren, Frau Kühnast war jetzt doch einige Jahre Ministerin. Sie wird das ja hoffentlich nicht mehr lange sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Jetzt! Eine bessere Ministerin gibt es nicht! – Abg. Teßmer SPD: Das hat doch mit der Verbandsklage nichts zu tun!)

Aber Sie hätten in dieser Zeit, nachdem Sie schon die konkurrierende Gesetzgebung im Tierschutz zu sich, zum Bund herangezogen haben, diese Möglichkeit zumindest auch im Bundesrecht entsprechend nutzen können.

Meine Damen und Herren, fachlich würde dieses Gesetz also nichts anderes als eine gewaltige Aufblähung von Verwaltungsverfahren im Tierschutz bedeuten.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist eine Annahme! Das ist nicht bewiesen!)

Nach § 3 Abs. 1 des Gesetzentwurfs soll anerkannten rechtsfähigen Vereinen die Möglichkeit eingeräumt werden, gegen die gesamte Arbeit der zuständigen Behörden Rechtsbehelfe einzulegen. Meine Damen und Herren von den Grünen, das zeigt ein tiefes Misstrauen gegenüber der Arbeit der zuständigen Behörden. Nichts anderes ist das. Sie sind noch immer in der 68er Generation.

(Lebhafter Widerspruch bei den Grünen – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Dafür sind wir doch zu jung! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

– Das ist so. Sie stehen in einer getreuen Nachfolge und bringen allen Behörden und Institutionen zunächst einmal Misstrauen entgegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, so ist es nicht. Der Staat ist zur Neutralität

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Dafür haben wir Vertrauen in die Bundesregierung! – Unruhe)

und zu einem klaren, rechtmäßigen Gesetzesvollzug verpflichtet. Das ist der Knackpunkt. Trauen Sie doch bitte den zuständigen Behörden auch die notwendige Neutralität im Gesetzesvollzug zu.

(Beifall bei der CDU)

Zudem, Frau Rastätter – wo sind Sie denn?; ach ja, da –:

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Dann bräuchte man ja keine Gerichte!)

Auch die Behörden in Baden-Württemberg – das wissen Sie ja selbst – zeigen im Tierschutz ein großes Engagement.

Ich sage ganz offen: Ziel des Gesetzentwurfs der Grünen ist nicht der seriöse Tierschutz, sondern ein neues Instrument, um die Betriebe der Tierhalter und Tierzüchter aus Baden-

(Minister Hauk)

Württemberg zu gängeln und unter Umständen auch zu verdrängen.

Sie, Frau Kollegin Rastätter, haben mir vorhin mit den Legehennen ein willkommenes Stichwort geliefert. Da wird auch die Doppelmoral ein Stück weit deutlich, unter der Sie agieren. Bleiben wir jetzt einmal bei den Legehennen. Jetzt haben wir eine europäische Vorschrift, nach der die Käfighaltung der Legehennen abgeschafft werden soll. Die Europäische Union sagt: Das machen wir bis Ende des Jahres 2012.

Meine Damen und Herren, es ist auch verständlich: Die Verbraucher sind der Meinung, die Hühner müssten aus den engen Käfigen befreit werden, und rufen zur Revolution auf. Deswegen kommen wir also diesem Aufruf durch eine Revolution nach und befreien die Hühner.

(Widerspruch bei der SPD und den Grünen)

Aber was Sie jetzt machen – und eben das ist die heuchlerische Doppelstrategie –, ist Folgendes: Sie haben sich im Bundesgesetz darauf verständigt – ein anderer Kompromiss war im Bundesrat auch nicht erzielbar; wir wollten eine weitere Übergangsregelung –, dass bereits ab dem Jahr 2007 die Hühner aus den engen Käfigen befreit werden. Was folgt, Frau Kollegin Rastätter? Ein Großteil derer, die neu investieren müssen, da sie ihre Hühnerhaltung ändern müssen, investieren nun nicht mehr in Deutschland, sondern gehen in andere Staaten der Europäischen Union oder gar ins weitere Ausland.

(Abg. Walter GRÜNE: Das sind doch Mythen!)

– Nein, es ist so, Herr Kollege Walter. Die ersten dahin gehenden Investitionsentscheidungen sind ja bereits getroffen.

Das Ende vom Lied ist: Der Verbraucher, der den Hühnern ja zu Recht mehr Freiheit schenken will, schaut aber, wenn er tagtäglich seinen Eierkonsum decken will, eben nicht darauf, wo diese Eier letztendlich produziert werden. Das ist das eigentliche Problem. Wir verlieren Marktanteile in Baden-Württemberg, wir verlieren Marktanteile in Deutschland, und unter dem Strich haben Sie mehr unbefreite Hühner jenseits der deutschen Grenzen, als Sie befreite Hühner in Deutschland haben.

(Glocke der Präsidentin)

Das ist die grundsätzliche Krux.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Walter?

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Hauk:** Ja, aber gerne.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Bitte sehr, Herr Abg. Walter.

(Abg. Teßmer SPD: Der befreit jetzt die Hühner!)

**Abg. Walter GRÜNE:** Herr Minister, ist Ihnen bekannt, dass in Deutschland Eier aus Freiland- und aus Bodenhaltung importiert werden müssen, weil wir selbst nicht genügend Angebote haben? Wie kommen Sie denn dazu, dass jetzt unbedingt im Ausland investiert werden muss? Es ist

im Gegenteil doch so, dass die Umstellungshilfen – auch aufgrund der Propaganda, wie Sie sie hier vertreten und wie sie auch der Bauernverband vertritt – nicht genügend in Anspruch genommen worden sind. Aber gerade in einem so hochsensiblen Bereich wie bei den Eiern – ich gehe davon aus, dass Sie mir hier zustimmen – sind doch die Verbraucherinnen und Verbraucher bereit, zumindest für ihren privaten Bedarf mehr auszugeben.

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Hauk:** Herr Kollege Walter, auf den hochsensiblen Bereich der Hühnereier will ich jetzt nicht näher eingehen. Sonst kämen wir nämlich schnell in eine Diskussion darüber, wie es eigentlich um die Hygiene bei Eiern aus Freilandhaltung etc. bestellt ist – etwa hinsichtlich der Salmonellen.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Teßmer: Das hat doch mit dem Thema nichts zu tun!)

– Nein, nein, das ist alles gar nicht so einfach. Ich habe nicht die Absicht, irgendwelche Haltungsformen

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Wollen Sie jetzt die Hühner befreien oder nicht?)

zu präferieren oder hintanzustellen. Deswegen gehen wir ganz ohne Ideologie an dieses Thema heran. Ich sage nur eines:

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sie sind also für den Käfig!)

Durch den frühen Ausstieg verlieren wir Marktanteile und verlagern das Problem irgendwohin jenseits der Grenzen. Das ist für mich, ehrlich gesagt, nichts anderes als Doppelmoral. Das ist nämlich der Knackpunkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das war doch nicht die Frage!)

Meine Damen und Herren, ähnlich gehen Sie jetzt mit dem Verbandsklagerecht um.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Man sollte manchmal auch auf den übernächsten Tag schauen und nicht nur auf den nächsten Tag!)

Beim Verbandsklagerecht gehen Sie genauso vor. Die Auflagen an die jeweiligen Betriebe oder auch an den neben- oder ehrenamtlichen Züchter oder wen auch immer würden durch die Beteiligung stark steigen. Es ist klar, dass es zu einem Exodus in die Staaten mit niedrigen Standards käme. Wollen wir das wirklich?

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Wir wollen die Verbandsklage wirklich! Ja! – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Ich behaupte, für den Tierschutz selbst wäre damit überhaupt nichts gewonnen, weil wir das Problem von Deutschland weg irgendwo anders hin verlagern, wo wir es eben nicht kontrollieren können. Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, lehnt die Landesregierung die beiden Initiativen der Grünen und der Sozialdemokraten ab.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Winkler.

(Abg. Stickelberger SPD: Bist du auch ein 68er?)

**Abg. Alfred Winkler SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte noch auf die beiden Wortmeldungen des Herrn Kollegen Müller und des Herrn Ministers eingehen. Ich wollte vorhin eigentlich darlegen – und da werden Sie mir zustimmen –, dass es auch im Tierschutz eine kontinuierliche Entwicklung gab, dass also die Entwicklung im Laufe der Jahrzehnte zu mehr Tierschutz führte.

1933 wurde das Reichstierschutzgesetz etabliert – damit gab es zum ersten Mal ein Tierschutzgesetz –, und 1972 wurde das Bundestierschutzgesetz eingeführt und seither durch viele Veränderungen erweitert. Die entsprechende Logik liegt doch in der Anpassung und Erweiterung aufgrund der damit verknüpften gesellschaftlichen Erwartungen.

Es wurde gesagt – auch der Herr Minister hat es erwähnt –, es müsse eine gewaltige Aufblähung der Zahl von Verbands- und Verwaltungsklagen befürchtet werden. Für dieses Verbandsklagerecht würde sprechen, dass eigentlich eine Entlastung von Zivilgerichten eintreten kann, indem in viel stärkerem Maße direkt geregelt und direkt eingewirkt wird, bevor es nachher durch Zivilgerichte angefochten werden kann. Auch diese Möglichkeit müsste man sich doch durch den Kopf gehen lassen und dagegen stellen.

Zum Zweiten: Wenn diese Verbandsklagemöglichkeit einen besseren Vollzug der Tierschutzgesetze erreicht, dann hat sie sich als nötig erwiesen. Wenn die nötigen Einzelklagen durch die Verbandsklagen abebben oder gar nicht kommen, dann ist es ja okay und in Ordnung und schadet schon zweimal nicht mehr.

Immerhin wäre das der Beweis für die Wichtigkeit. Wir kennen auch einige wichtige Anwendungsbereiche: Züchtung, Tierversuche, Tiertransporte, Zurschaustellung usw. Wir wissen, dass wir Bagatellfälle ausschließen können. Insofern ist die vorgebrachte Angst vor großen Verwaltungsverfahren sicher nicht nötig.

Herr Minister, Sie haben mit der „68er Generation“ eine Bemerkung in den Raum geworfen und angedeutet, hier handle es sich um eine bestimmte Clique aus einem bestimmten Jahrgang.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD – Abg. Heinz CDU:  
Die Vermutung liegt schon nahe!)

Ich weiß, Sie sind noch nicht 68. Aber diese Bemerkung beweist schon eine gewisse verbale Inkontinenz.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Oh-Rufe von  
der CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der beiden Drucksachen.

Stimmen Sie der Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 13/4418 an den Ausschuss Ländlicher Raum und Landwirtschaft zu? – Es ist so beschlossen.

Abschnitt I des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3440, ist durch die Aussprache erledigt. Abschnitt II

(Abg. Fischer SPD: Überweisung!)

soll ebenfalls an den Ausschuss Ländlicher Raum und Landwirtschaft überwiesen werden. – Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – So genannte „Brennpunkt-Hauptschulen“ – Drucksache 13/2762**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Bitte schön, Herr Abg. Käppeler.

**Abg. Käppeler SPD:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Aufgrund des Antrags meiner Fraktion zu den so genannten Brennpunkt-Hauptschulen beschäftigt sich dieses hohe Haus nach längerer Zeit wieder einmal mit der Hauptschule.

(Abg. Wacker CDU: Was heißt „nach längerer Zeit“?)

Ich erlaube mir, zur Hauptschule insgesamt zu sprechen, weil Sie zwischenzeitlich den viel positiveren Begriff „Schulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung“ gefunden haben, der die problematische Situation dieser Schulart geschönt umreißt.

Im Grunde genommen trifft diese elegante Beschreibung mehr oder weniger auf alle Hauptschulen zu. Dies kann weder Ihnen noch dem Ministerium entgangen sein, wenn Sie den Pressespiegel des Landtags regelmäßig aufmerksam durchblättern. Es geht also – ohne „so genannt“ – nur um den Brennpunkt Hauptschule.

Bevor ich mich mit der Stellungnahme des Ministeriums auseinander setze, erlauben Sie mir an dieser Stelle, allen Lehrerinnen und Lehrern, also meinen Kolleginnen und Kollegen an der pädagogischen Front, die an so genannten Brennpunkt-Hauptschulen unterrichten und betreuen, aber auch an allen anderen Hauptschulen, meinen aufrichtigen Dank und eine gehörige Portion Respekt für ihr Wirken auszusprechen.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind es, die sich unter teilweise schwierigsten Bedingungen für die ihnen anvertrauten Kinder einsetzen und die sich trotz immerwährender Frustrationen und trotz Kränkungen durch die Gesellschaft immer wieder aufrappeln, um den guten Anlagen, die in jedem Menschen schlummern, zum Erfolg zu verhelfen.

(Abg. Röhm CDU: Welche Gesellschaft kränkt sie?)

(Käppeler)

Auf das Gehalt und die Ferien angesprochen, halten sich hartnäckig Vorurteile. Auf den Vorschlag, doch einmal zu tauschen, möchte aber besonders dann niemand eingehen, wenn man erzählt, dass man an einer Hauptschule unterrichtet. Deswegen gilt es diejenigen zu würdigen, die ihre aufopferungsvolle Aufgabe nicht als Job, sondern als Berufung begreifen. Ich gehe davon aus, dass Sie mir hier nicht widersprechen, auch nicht vonseiten der Regierungskoalition. Eigentlich dürften Sie dafür allesamt ruhig einmal Beifall klatschen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Um von vornherein der einfachen Ausrede zu begegnen, wenn nur die Opposition die Hauptschule nicht schlechtreden würde, gäbe es die Ablehnung in der Gesellschaft nicht – nach einer Untersuchung schicken nur noch 6 % der Eltern ihre Kinder freiwillig und bewusst in die Hauptschule –, möchte ich Ihnen nachfolgend Fakten auflisten, die Sie nicht länger ignorieren können und die Sie dringend dazu veranlassen müssten, auch über Strukturveränderungen nachzudenken oder wenigstens offen nachdenken zu lassen, wenn Sie es selbst nicht können.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Aber jetzt!)

Obwohl es Hauptschulen unterschiedlichster Prägung gibt – ich gebe gern zu, dass städtische Hauptschulen anders sind als Hauptschulen auf dem Land –,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

gilt der drohende Besuch einer Hauptschule bei fast allen Grundschullehrern als Stigma.

(Abg. Wacker CDU: Gar nicht wahr!)

Es wird alles unternommen, um ja nicht in der Hauptschule zu landen: Nachhilfeunterricht, Gespräch mit dem Beratungslehrer, die gemeinsame Bildungsempfehlung oder noch die Aufnahmeprüfung.

(Abg. Wacker CDU: Das zum Thema „Schlechtreden der Hauptschule“!)

Wenn dann alles nicht geholfen hat und das Kind nun wohl oder übel in der fünften Klasse ist, wird es unbewusst oder bewusst von den Eltern, von Verwandten und Bekannten, von Mitschülern und Nachbarn dafür bemitleidet, dass es jetzt die „Restschule“ besucht. Dabei wird dieses Wort ja nicht direkt benutzt,

(Abg. Röhm CDU: Das benutzt kein Mensch!)

aber wenn die Grundschullehrerin die Eltern zu trösten versucht und sagt, es sei ja noch nicht alles verloren, man könne die mittlere Reife ja später noch nachmachen,

(Abg. Röhm CDU: Über 40 %!)

dann sagt das doch schon alles aus. Die Hauptschule verliert an Wert. Die „Südwest Presse“ schrieb am 15. März dieses Jahres unter der großen Überschrift „Die Krise der Hauptschule“: Kaum Zukunft für das Sorgenkind.

Meine Damen und Herren, vor vier Jahren waren Sie hier noch der Meinung, es gebe keinen Bedarf und keine Mehrheit für die Ganztagschule. So, wie Sie in dieser Frage hoffnungslos ins Hintertreffen geraten sind, so werden Sie es beim Thema Hauptschule wieder erleben. Das prophezeie ich Ihnen. Lassen Sie das starre Festklammern am dreigliedrigen Schulsystem. Ermöglichen Sie eine sechsjährige Grundschule und darauf aufbauend die vierjährige Regionalschule, in der die Schüler und Schülerinnen nach ihren Fähigkeiten

(Abg. Heinz CDU: Zustände wie in NRW wollen wir doch gar nicht!)

sowohl den Hauptschulabschluss als auch die mittlere Reife erwerben können.

(Beifall bei der SPD)

In den neuen Bundesländern können Sie dies besichtigen. Wie wir erst vor kurzem in Thüringen gesehen haben, kommen immer mehr Schulen von der additiven Lösung ab, also der Trennung von Haupt- und Realschülern, und wenden sich den integrativen Formen zu. Lassen Sie doch wenigstens einmal Versuche zu und lehnen Sie dies nicht alles ab, wie vor kurzem unseren Antrag, gemeinsamen Unterricht an Verbundschulen zu ermöglichen. Über kurz oder lang werden Sie nicht mehr daran vorbeikommen. Ihr Juniorpartner in der Regierung zeigt sich da erfreulicherweise durchaus schon flexibler.

(Abg. Capezzuto SPD: Ausnahmsweise! Das will etwas heißen! – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abg. Käppeler, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Röhm?

**Abg. Käppeler SPD:** Von Herrn Röhm immer.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Bitte sehr, Herr Abg. Röhm.

**Abg. Röhm CDU:** Es ist immer dieselbe Frage: Lieber Kollege Käppeler, können Sie anhand unseres Wahlkreises endlich einmal erläutern, welche Schulen Sie zusammenfassen wollten, um Regionalschulen zu bilden? Sagen Sie das doch einmal.

(Abg. Zeller SPD: Wir machen doch hier keine Ausschussarbeit!)

– Das hat mit dem Ausschuss nichts zu tun. Hier kann man erklären, wie eine solche Regionalschule beispielhaft aussieht, welche Größe sie haben sollte. Kein Sozialdemokrat konnte dies bisher erklären. Bitte weitere Information: Wie sehen die Regionalschulen aus?

(Abg. Göschel SPD: Wir setzen doch hier keine Schulbezirke fest! – Abg. Capezzuto SPD: Das erzählen wir nur unter uns! Wenn es so weit ist, bekommen Sie das schon gesagt! Am 26. März 2006 bekommt ihr es gesagt! – Große Unruhe – Weitere Zurufe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Abg. Käppeler!

**Abg. Käppeler SPD:** Also, das Wort hat der Abg. Käppeler. Vielen Dank.

Herr Röhm, ich komme nachher bei meinen Ausführungen genau auf das Thema noch einmal zu sprechen.

(Abg. Röhm CDU: Hoffentlich, sonst frage ich noch einmal! – Gegenruf des Abg. Zeller SPD: Er erklärt es Ihnen persönlich! – Abg. Capezzuto SPD: Komm heute Abend noch einmal! – Gegenruf des Abg. Röhm CDU: Mario, rede nur zu dem, wovon du etwas verstehst! – Abg. Fischer SPD: Lass dich nicht durcheinander bringen!)

Alle Anstrengungen der Landesregierung haben nicht zum Stopp oder zur Trendumkehr geführt, im Gegenteil. Sie haben den Hauptschulen mit dem Reformkonzept IMPULSE einen guten Weg gezeigt. Sie haben mit LIPSA den Start in der Hauptschule verbessert,

(Beifall des Abg. Röhm CDU)

um allerdings nach einigen Jahren die zusätzlich gewährten Stunden wieder zu kassieren. Mit diesen Programmen haben Sie freilich außerdem kaschiert, dass erfolgreiche Maßnahmen wie das erweiterte Bildungsangebot, wie Arbeitsgemeinschaften, wie Stütz- und Förderunterricht nur noch auf dem Papier oder in Ihren Antworten auf unsere Anfragen stehen. In Wirklichkeit gibt es diese seit längerem nicht mehr. Man ist froh, den Pflichtunterricht noch recht und schlecht abdecken zu können.

Eine Ausnahme bilden die so genannten Brennpunkt-Hauptschulen. Dort gibt es an Ganztageeinrichtungen – fast alle übrigens in Württemberg, deutlich weniger in Baden – zusätzliche Lehrerstunden, durchschnittlich 22 pro Schule. Dazu sage ich nur: Gut so! Aber was diesen Schulen recht ist, muss den anderen billig sein. Im Zusammenhang mit der Antragstellung zum IZBB-Programm fragen sich schon manche Schulen, warum sie nicht als Brennpunktschule eingestuft wurden. Denn sie haben erkannt, dass eine bessere Förderung der Schüler nur durch einerseits mehr Zuwendung und damit mehr Unterrichtsstunden und andererseits einen ganztägigen Unterricht mit Betreuung zu gewährleisten ist.

Auch wenn Sie dies statistisch nicht erfasst haben: Manches Hauptschulkollegium hat bei der Erarbeitung des pädagogischen Konzepts gerätselt, warum es an seiner Schule keine zusätzlichen Stunden gibt, wo doch auch die unterprivilegierten Schichten überwiegen, wo doch auch ein schwieriges soziales Umfeld zu verzeichnen ist, wo es doch auch eine hohe Jugendarbeitslosigkeit gibt, wo doch auch ein hoher Anteil an Ausländern oder Aussiedlern zu verzeichnen ist, wo doch auch viele allein erziehen oder wo es viele Schlüssel- und Straßenkinder gibt. Diese Kollegen würden sich gerne, wie es an Brennpunkt-Hauptschulen teilweise gelungen ist, auf den Weg machen, unterstützt auch durch Schulsozialarbeiter, die sich schwierigen Kindern annehmen können, die Abschlusschüler bei der Suche nach ei-

nem Beruf begleiten. Aber die Mittel für Schulsozialarbeit haben Sie ja leider gekürzt.

(Zuruf des Abg. Pauli CDU)

Besonders betroffen davon sind vor allem Hauptschülerinnen und Hauptschüler, die es am schwersten haben.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, vor kurzem hat der VBE mit einer Pressemitteilung ein weiteres Problem drastisch beleuchtet. Überschrift: „Hauptschule darf nicht mehr Auffangbecken für gescheiterte Realschüler und Gymnasiasten sein.“ Sie sprechen von Durchlässigkeit, die aber in Wahrheit nur von oben nach unten funktioniert.

(Abg. Röhm CDU: Das stimmt nicht! – Zuruf des Abg. Kiefl CDU)

Von zehn Schülern, die die Schulart wechseln, ist es gerade mal einer, der von der Hauptschule in die Realschule oder von der Realschule in das Gymnasium wechselt. Für neun dagegen bedeutet Durchlässigkeit Abstieg.

(Abg. Kiefl CDU: So ein Quatsch!)

Ich zitiere weiter aus der Pressemitteilung des VBE vom 13. Mai 2005:

*Ein wichtiger Grund, einen Bogen um diese Schulart zu machen, die einst wirklich einmal die „Haupt“-Schule war, sei die Tatsache, dass sie zum Sammelbecken für Gutwillige und Schulunlustige, für verhinderte Gymnasiasten und gestrauchelte Schulabbrecher geworden sei ...*

Und weiter heißt es:

*Das sukzessive Aussortieren und Abschieben ...*

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abgeordneter, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen. Ihre Redezeit ist überschritten.

**Abg. Käppeler SPD:**

*... führe zu massiven Problemen im Unterricht der Hauptschule und schaffe vielerorts ein pädagogisches ... Klima, das am Selbstbewusstsein aller Betroffenen zehre und ein leistungsorientiertes Arbeiten zunehmend unmöglich mache.*

Aus eigener Anschauung kann ich diese Aussage nur bestätigen.

Herr Röhm, ich muss Ihnen leider, weil mir die Präsidentin das Wort entzieht, die Antwort auf Ihre Frage schuldig bleiben.

(Lachen bei der CDU und der FDP/DVP)

Frau Präsidentin, wenn ich die Frage beantworten darf, mache ich das gerne.

(Abg. Röhm CDU: Ich stelle die Frage demnächst einmal wieder! – Gegenruf des Abg. Rückert CDU: Nein, er darf antworten!)

Ich darf?

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Die Frage dürfen Sie beantworten, Herr Abgeordneter.

(Abg. Fischer SPD: Hättest du lieber nicht gefragt!  
– Abg. Kleinmann FDP/DVP: Aber jetzt antworten!  
– Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wie war die Frage?)

**Abg. Käppeler SPD:** Herr Röhm, an meiner Schule gibt es im nächsten Schuljahr noch 4 Hauptschüler. Vor 25 Jahren, als ich an dieser Schule angefangen habe, hatten wir noch zwei Jahrgangsparellklassen. Jetzt sind es noch 4 Hauptschüler und 16 Realschüler. Wenn Sie in Ihrer Gemeinde nachfragen, dann merken Sie, dass es dort ähnlich aussieht. Wenn Sie in Hayingen – ebenfalls in unserer Nähe – nachfragen, erfahren Sie: Wir haben kaum mehr Hauptschüler, und wir werden ein Problem bekommen. Dieses Problem der kleinen Hauptschulen müssen Sie lösen. Ich frage mich, ob Sie es jetzt noch tun oder nach der Landtagswahl.

(Abg. Röhm CDU: Wo kommt Regionalschule dann hin? – Gegenruf des Abg. Fischer SPD: Das ist doch jetzt hier nicht die Frage!)

Wenn Sie heute den Hauptschullehrern zugestehen – die machen das gern, und die machen das gut –, dass sie die Klassen 5 und 6 gemeinsam unterrichten, dass sie die Klassen 7 und 8 gemeinsam unterrichten und in Zukunft vielleicht auch noch die Klasse 9 mit, also zwei Klassen für fünf Jahrgänge, dann schaffen die Lehrer es auch, Realschüler mit zu unterrichten. Wenn Sie die Realschüler nicht in die große Schule nach Münsingen schicken, sondern zum Beispiel bei Ihnen in Gomadingen behalten, dann haben Sie jeweils eine Klasse, und diese Klasse führen Sie sowohl zum Realschulabschluss als auch – die Schwächeren – zum Hauptschulabschluss. Ich weiß nicht, wo da das Problem liegen soll.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall der Abg. Kretschmann und Boris Palmer GRÜNE – Zurufe von der SPD: Bravo! – Zuruf des Abg. Röhm CDU – Unruhe)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Seimetz.

**Abg. Seimetz CDU:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Abg. Seimetz!

**Abg. Seimetz CDU:** Wir sind bei der allmonatlichen Debatte zum Thema Ganztagschulen, einer Debatte, die uns die SPD immer wieder beschert und die wir natürlich mit großer Gelassenheit führen. Ich bewundere Sie: Sie bringen für dieses Thema immer wieder eine neue Verpackung. Irgendwo sind Sie ganz kreativ: Diesmal sind es die so genannten Brennpunkt-Hauptschulen. Wenn Herr Käppeler fertig geworden wäre, hätte er wieder bei der Ganztagsbetreuung geendet.

(Abg. Käppeler SPD: Nein! Ich kann Ihnen das Manuskript zeigen!)

Irgendwo sind Sie ganz kreativ.

Auch ich danke den Kolleginnen und Kollegen, die trotz Ihrer dauernden Nörgelei und Ihrer dauernden Miesmacherei an der Hauptschule einen engagierten Dienst verrichten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Käppeler SPD: Herr Seimetz, aus der Presse! – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abg. Seimetz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller?

**Abg. Seimetz CDU:** Ach, das lohnt sich doch nicht. Das sind immer dieselben Dinge.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Marianne Wonnay SPD: Was ist denn das jetzt? – Beifall bei Abgeordneten der CDU – Unruhe – Abg. Zeller SPD: Herr Seimetz, Sie kneifen!)

Ich wundere mich, lieber Kollege Käppeler, dass Sie über die Werkrealschule nicht ein einziges Wort gesagt haben. Wenn Sie aber nachschauen, sehen Sie: Das ist eine einzige Erfolgsgeschichte. Wenn Sie es einmal vor Ort sehen wollen, lade ich Sie gern ein. Dann kommen Sie mit mir, dann zeige ich Ihnen, wie das aussieht.

(Abg. Schmiedel und Abg. Wintruff SPD: Die Werkrealschule, das ist unsere Schule! – Lachen bei der CDU)

– Die Werkrealschule ist nicht eure Schule. Oh Gott, oh Gott, oh Gott! Das ist mit Sicherheit nicht auf eurem Mist gewachsen.

(Fortgesetzte Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abg. Seimetz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wintruff?

**Abg. Seimetz CDU:** Der Herr Wintruff bringt auch nichts Neues.

(Abg. Wintruff SPD: Doch!)

Das, was der sagt, hören wir doch auch die ganze Zeit. – Bitte.

**Abg. Wintruff SPD:** Herr Kollege, ist Ihnen bekannt, dass nach einem 17-jährigen Versuch Ihrerseits die Werkrealschule erst in der großen Koalition mit unserer Hilfe und unserer Forderung flächendeckend eingeführt wurde?

(Beifall bei der SPD)

**Abg. Seimetz CDU:** Lieber Herr Kollege Wintruff, unter dem Kultusminister Mayer-Vorfelder ist die Werkrealschule im großflächigen Modellversuch eingeführt worden.

(Abg. Wintruff SPD: In vier Schulen!)

Auch hier ist das, was Sie mit der großen Koalition anführen, Geschichtsklitterei.

(Unruhe bei der SPD)

Ich möchte zu dem Thema kommen, das Sie dauernd ansprechen. Das ist das Thema „Ganztagschule und Ganz-

(Seimetz)

tagsbetreuung“. Ich möchte Ihnen unsere Haltung zum Ausbau von Ganztagschulen und der Ganztagsbetreuung erläutern.

Die CDU-Fraktion wird ihr Konzept für einen bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagschulen und Ganztagsangeboten wie bisher weiterverfolgen, denn es ist erfolgreich.

(Abg. Capezzuto SPD: Konservieren!)

– Oh Mario!

(Heiterkeit)

Mittlerweile werden im Rahmen der verlässlichen Grundschule über 3 400 Gruppen mit mehr als 50 000 Schülerinnen und Schülern betreut. Wir haben die Betreuungszeiten im Zuge des Konzepts „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“ um 30 Minuten ausgedehnt und fördern diese Betreuungsangebote mit 50 % der Personalkosten,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Den Rest zahlen die Eltern!)

wobei es sich hier, Frau Haußmann – aber rechnen können Sie ja nicht –,

(Heiterkeit bei der CDU)

um eine freiwillige Leistung des Landes handelt, mit der wir die Kommunen unterstützen, weil uns die Vereinbarkeit von Familie und Beruf außerordentlich wichtig ist.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abg. Seimetz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Käppeler?

**Abg. Seimetz** CDU: Natürlich! Ich darf ja hier eine halbe Stunde reden.

(Heiterkeit)

Herr Kollege Käppeler.

**Abg. Käppeler** SPD: Herr Kollege Seimetz, habe ich Sie richtig verstanden? Sie haben mir gerade vorgeworfen, dass ich nicht zur Werkrealschule gesprochen hätte. Sie sprechen im Moment über die verlässliche Grundschule. Wann sagen Sie etwas zur Hauptschule?

(Heiterkeit bei der SPD)

**Abg. Seimetz** CDU: Ich sage Ihnen nur, was wir unter Ganztagsangeboten auf den Weg bringen und wofür wir uns einsetzen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Reden Sie über die Hauptschule!)

– Ihnen geht es doch gar nicht um die Hauptschule, sondern Ihnen geht es darum, Ganztagschulen und alles Mögliche über die Fläche zu streuen,

(Abg. Röhm CDU: Einheitsschule!)

ein Glasdächlein über alles zu ziehen.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Einheitsbrei! Darum geht es doch! – Widerspruch bei der SPD)

Im Rahmen der vom Land bezuschussten flexiblen Nachmittagsbetreuung an weiterführenden Schulen gibt es mittlerweile 800 Angebote, 800 Gruppen mit über 9 700 Schülern.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das kann man sich echt nicht anhören! Das ist so was von daneben! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Nein, das sind Ganztagsangebote! Das brauchen wir, um unserer Aufgabe Genüge zu tun.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wacker CDU: Sehr gut!)

Weiterhin fördert das Land über 800 Hortgruppen, die eine freiwillige Nachmittagsbetreuung anbieten.

Insgesamt, meine Damen und Herren, gibt es heute im Land 523 genehmigte Ganztagschulen.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Über 500 Lehrerdeputate oder 25 Millionen € werden für diesen Ganztagsbetrieb eingesetzt.

(Abg. Capezzuto SPD: Vom Bund!)

Der Zuschuss zu den kommunalen Betreuungsangeboten beträgt 1,9 Millionen €. Das ist die Bilanz in diesem Bereich, meine Damen und Herren, die sich sehen lassen kann.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Diese Mittel werden in der Hauptsache für die Hauptschulen eingesetzt.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage das nur, damit Sie es wissen.

Neben diesen vom Land finanziell geförderten Betreuungsangeboten gibt es noch viele weitere Angebote, die von Schulen mithilfe verschiedener Kooperationen vor Ort organisiert werden und die wir auf keinen Fall vergessen und nicht gering schätzen dürfen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Noch einmal zu dem Begriff „so genannte Brennpunkt-Hauptschulen“: Wir stehen dazu, dass es richtig war und ist, dort einen Schwerpunkt zu setzen, wo Ganztagsbetreuung am notwendigsten ist. Die Ganztagsbetreuung ist in erster Linie an sozialen Brennpunkten geboten und erzielt dort auch die beste Wirkung.

Ich kürze das, was ich mir noch aufgeschrieben habe, ganz wesentlich ab.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das bedauern wir nicht!)

– Sie haben mich mit Ihren Zwischenrufen so lange aufgehalten, dass ich nicht fertig geworden bin.

Ich darf Ihnen nur sagen:

(Abg. Capezzuto SPD: Die Frau Präsidentin gibt dir noch etwas Redezeit!)

(Seimetz)

Wir haben mit dem, was wir getan haben, alle unsere Zusagen vom Beginn dieser Legislaturperiode eingelöst.

(Abg. Wacker CDU: Über 170 Angebote!)

Die von uns ursprünglich angestrebte Zahl von 171 Hauptschulen haben wir sogar übertroffen.

(Abg. Wacker CDU: Sehr gut!)

Dass diese Schwerpunktsetzung bei Hauptschulen richtig war und ist, sieht man im Übrigen auch daran, dass Baden-Württemberg das Bundesland mit den wenigsten Hauptschülern ist, die ohne Abschluss von der Schule gehen. Das zeigt, dass wir mit diesem Konzept absolut richtig liegen.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Weil Sie das IZBB noch angesprochen haben: Wir denken, dass wir im Rahmen einer gemeinsamen Kraftanstrengung mit den kommunalen Landesverbänden durch Umschichtungen im Kommunalen Investitionsfonds die IZBB-Anträge, die vom Bund nicht mehr bedient werden können, irgendwie aufarbeiten können – nicht mit den ursprünglich vorgesehenen Sätzen, aber immerhin.

(Beifall der Abg. Wacker CDU und Kleinmann FDP/DVP – Abg. Käppeler SPD: Das ist auch erfreulich!)

Meine Damen und Herren, mein Fazit: Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht.

(Lachen der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wir haben ein finanzierbares Konzept zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Frau Haußmann, da dürften Sie eigentlich nicht lachen. Das müsste Sie angehen. Allerdings haben Sie von der Sache keine Ahnung. Deswegen lachen Sie.

(Beifall bei der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Völlig am Thema vorbei!)

Wo es nicht notwendig ist, schreiben wir niemandem vor, eine Ganztagschule zu wählen. Wir akzeptieren vielmehr die Wahlfreiheit der Eltern, und wir setzen dort Schwerpunkte, wo es pädagogisch am sinnvollsten ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von der SPD: Setzen! Sechs! Thema verfehlt!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kleinmann.

**Abg. Kleinmann FDP/DVP:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dass Sie von der SPD beklagen, brennpunktorientiert sei stigmatisierend, möchte man vielleicht einmal dahingestellt sein lassen.

Aber es ist richtig, Herr Kollege Käppeler und meine verehrten Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wenn man wie bei uns in der Jugendenquête, in der wir ja alle mit vertreten waren, erkennt, dass Schulsozialarbeit sinnvoll ist,

diese dann doch zum Beispiel dort einzusetzen, wo ganz bestimmte Faktoren vorliegen, wie sie im Antrag ja aufgeführt sind:

(Abg. Braun SPD: Sie zahlen doch nichts mehr!)

hohe Jugendarbeitslosigkeit, defizitäre Wohn- und Infrastruktur usw.

Dass die Schulsozialarbeit natürlich zur Ganztagsbetreuung insgesamt gehört, ob das Gymnasium, Realschule oder Hauptschule betrifft, darüber sind wir uns ja einig. Aber es ist meines Erachtens in sozialer Hinsicht mehr als richtig, wenn ich relativ geringe Mittel habe, diese zunächst dort einzusetzen, wo wirklich ein hoher Bedarf besteht.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sie geben doch keinen Euro für die Schulsozialarbeit! – Abg. Kretschmann GRÜNE: Sie haben doch beim IZBB das Windhundverfahren gemacht!)

– Herr Kretschmann, lassen Sie doch das IZBB. Ich habe hier in diesem Hause doch schon 50-mal gesagt: Wir haben im Jahr 1992, als die SPD mit in die Regierung kam, 70 Ganztagschulen angetroffen. 1996, am Ende der Regierungszeit der SPD, waren es immer noch 70 Ganztagschulen. Als das IZBB aufgelegt wurde, waren es schon 143 Ganztagschulen.

(Abg. Braun SPD: Und wie viel sind es jetzt?)

Was wollen Sie dagegen sagen? Das sind doch die „bruta facta“. Diese können Sie in jeder Statistik nachlesen.

(Abg. Fischer SPD: Bitte, was war das?)

Aber Sie wollen halt nicht wahrhaben, dass es so ist. Die FDP/DVP hat tatsächlich die Ganztagsbetreuung mitbetrieben, ob Sie es wahrhaben wollen oder nicht.

(Abg. Fischer SPD: Was die FDP/DVP nicht schon alles mitbetrieben hat!)

– Ja, ja. Ist gut, Herr Fischer. Jetzt hören Sie zu!

Herr Käppeler, Sie haben eine wichtige Aussage gemacht. Sie haben gesagt, wichtig sei die Liebe zu den Kindern.

(Abg. Käppeler SPD: So ähnlich habe ich es gesagt!)

Ich stimme Ihnen da zu. Mein Großvater, Rektor in Markgröningen, hat immer gesagt: „Ein Schulmeister, der keine Liebe zu seinen Kindern hat, muss seinen Schulmeisterkittel an den Nagel hängen.“

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Das können Sie beim Pfarrer in gleicher Weise auch sagen. Das ist einfach so. Wenn ich keine Zuneigung zu den Kindern habe, kann ich sie auch nicht mehr erziehen und nicht mehr unterrichten. Da sind wir uns völlig einig. Vielen Dank, dass Sie das so deutlich gesagt haben. Ich glaube, in diesem Hause besteht hierüber Einigkeit.

Der nächste Punkt ist PISA. Ich bin der Meinung, PISA ist mit zwei Stichworten erklärt: fordern und fördern.

(Kleinmann)

(Abg. Käppeler SPD: Zu PISA habe ich gar nichts gesagt!)

Das ist wichtig. Ob ich an der Hauptschule als Struktur festhalte oder die Einführung der Regelschule, wie wir sie jetzt in Thüringen erlebt haben – sprich: Hauptschule und Realschule sind sechs Jahre beieinander –, will: An Fordern und Fördern geht nichts vorbei.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das ist ein bisschen allgemein, Herr Kollege, um nicht zu sagen, das sind ein bisschen viel Allgemeinplätze!)

Denn auch in der Regelschule in Thüringen, so wurde gesagt, werden diejenigen, die einen mittleren Abschluss machen wollen, ab Klasse 7 besonders in Mathematik, Deutsch und Fremdsprachen gefördert.

Der dritte Punkt ist die Schulsozialarbeit. Ich stimme Ihnen zu: Ich bin ein Freund der Schulsozialarbeit. Das sind wir alle im Grunde.

(Abg. Fischer SPD und Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Aber?)

– Nur: Es ist eine Frage der Finanzierung. Sie wissen ja ganz genau: Die Frage der Finanzierung ist die Frage, wer was finanziert.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Finanziert der Schulträger die Schulsozialarbeit? Ist die Schulsozialarbeit ein Bestandteil der Bildung und der Erziehung und damit eine Landesangelegenheit?

(Abg. Braun SPD: Natürlich! – Abg. Göschel SPD: Oder ist es Sachmittelverwaltung? – Abg. Kretschmann GRÜNE: Sagen Sie doch mal, was Sie meinen!)

Deshalb habe ich Herrn Gönner, den Präsidenten des Städtetags, eingeladen, um mit ihm einmal über diese Dinge zu reden. Dass wir da Klarheit brauchen, ist eindeutig.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Was sagen Sie denn?)

Wir können ja nicht von vornherein sagen, wir übernehmen die Schulsozialarbeit und lassen den Schulträger draußen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Wir wollen nicht hören, was Sie mit Herrn Gönner bereden wollen, sondern was Ihre Meinung ist!)

Die Diskussion um die Frage, ob man die Hauptschule und die Realschule zusammennimmt oder nicht – sprich die Diskussion um Strukturen –, ist für mich deshalb ein Fass ohne jeglichen Boden, weil sie nicht wissenschaftlich belegt ist.

(Abg. Braun SPD: Das ist eine bodenlose Diskussion!)

Wir haben in Finnland viel kleinere Klassen angetroffen, als wir sie bei uns haben. Der Klassenteiler ist in Finnland viel geringer. Wir haben dort den Frontalunterricht mitbe-

kommen. Die Klassenzimmer sind verschlossen. Es besteht eine ganz andere Struktur.

Die Frage ist natürlich, wie ich tatsächlich den schwächeren Schülerinnen und Schülern am besten helfe. Ich sage nach wie vor: Gegen das dreiteilige Schulsystem gibt es bisher keine wissenschaftlichen Argumente. Ich bin ein Abgeordneter des Landes aus Sulz am Neckar und möchte, dass die Mädchen und Jungen auf dem Lande, die eine bestimmte Begabung haben

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE schüttelt den Kopf.)

– Frau Kollegin, Sie sind Realschullehrerin; Sie wollen doch nicht, wenn ich für die Realschule rede, den Kopf schütteln –,

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Sie schüttelt den Kopf über Ihre Allgemeinplätze!)

die Chance behalten, einen qualifizierten mittleren Abschluss zu machen. Der mittlere Abschluss hilft ihnen in der Tat, nachher eine ebenfalls qualifizierte Berufsausbildung zu machen, sei es bei einer Bank oder als Industriekauffrau oder Industriekaufmann oder wie auch immer. Das möchte ich gerne bewahren. Nach wie vor ist der Werkrealabschluss noch kein Abschluss wie der Abschluss an einer Realschule.

Damit, meine Damen und Herren – –

(Glocke der Präsidentin)

– Ich komme zum Schluss.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Sie haben doch noch gar nichts gesagt!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abg. Kleinmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wintruff?

**Abg. Kleinmann FDP/DVP:** Aber natürlich, selbstverständlich.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Viel geredet, nichts gesagt!)

– Also, wenn die Liebe zum Kind nichts ist, dann taugen die Grünen überhaupt gar nichts. Entschuldigung! Wenn eine solche unmenschliche Aussage kommt, dann ist das ja jenseits von gut und böse.

Jetzt, Kollege Wintruff.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Sollen wir uns mit diesen allgemeinen Spruchweisheiten zufrieden geben?)

– Wenn Sie das im Hirn verarbeiten und dann politisch umsetzen, ist das keine allgemeine Weisheit. Das ist das A und das O, der Anfang und das Ende, das Alpha und das Omega, wie es schon in der Heiligen Schrift steht.

(Abg. Fischer SPD: Der Pfarrer hat gesprochen! – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abg. Kleinmann, darf jetzt bitte Herr Abg. Wintruff seine Frage an Sie richten?

**Abg. Kleinmann FDP/DVP:** Ja.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abg. Wintruff.

**Abg. Wintruff SPD:** Wenn sich alle beruhigt haben.

Lieber Herr Kollege, da es doch im Wesentlichen um die Akzeptanz der Hauptschule geht, ...

**Abg. Kleinmann FDP/DVP:** Ja, richtig.

**Abg. Wintruff SPD:** ... möchte ich Sie gern fragen, wie Sie es sich erklären können, dass von allen Landtagsabgeordneten hier im Saal kein einziger und keine einzige ihr Kind oder ihre Kinder freiwillig in die weiterführende Hauptschule geschickt haben.

(Abg. Döpfer CDU: Was?)

Warum eigentlich?

(Abg. Döpfer CDU: Woher wissen Sie das, Herr Wintruff?)

Keiner. Oder kennen Sie jemanden? Ich kenne niemanden.

(Abg. Döpfer CDU: Also, mein Sohn war auf der Hauptschule!)

– Vielleicht ein Jahr lang.

**Abg. Kleinmann FDP/DVP:** Kollege Wintruff, die Antwort ist schnell gegeben.

(Abg. Döpfer CDU zu Abg. Wintruff SPD: So ein Quatsch! – Weitere Zurufe – Unruhe)

– Darf ich jetzt reden?

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Abg. Kleinmann.

(Abg. Wintruff SPD: Dann revidiere ich mich dahin gehend, dass Herr Döpfer vielleicht die große Ausnahme bildet! Ansonsten ist das in 20 Jahren nicht anders gewesen, als ich es jetzt geschildert habe! Alles andere wäre, jetzt ganz ernsthaft, eine Verdrehung der Tatsachen, auch wenn Sie, lieber Herr Kollege, wirklich die einzige Ausnahme darstellen! Ich werde das überprüfen!)

**Abg. Kleinmann FDP/DVP:** Kollege Wintruff, ich kann Ihnen darauf nur sagen: Als Pfarrer habe ich mit vielen Menschen zu tun, auch mit Eltern, die ihre Kinder auf weiterführende Schulen, auch auf die Hauptschule, schicken. Ich kann Ihnen überhaupt nicht zustimmen.

Ich finde es wirklich diskriminierend – das muss man auch einmal sagen –, die Hauptschule ständig derart in den Dreck zu ziehen, als ob sie nichts taugen würde. Das ist doch jenseits von gut und böse.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Fischer SPD: Das stimmt doch gar nicht! – Abg. Wintruff SPD: Warum haben Sie denn Ihre Kinder nicht in die Hauptschule geschickt? – Abg. Schmiedel SPD: Immer die Hauptschule beklatschen und die eigenen Kinder nicht hinschicken! – Abg. Wintruff SPD: Die Hauptschule ist nur für die anderen da! – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abg. Wintruff, ich habe Ihnen das Wort nicht erteilt.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Rastätter.

**Abg. Renate Rastätter GRÜNE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Kultusministerin Schavan und Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, lassen keine Gelegenheit aus, zu betonen, dass die Hauptschule als eigenständige Schulart in Baden-Württemberg erhalten bleiben muss.

(Abg. Röhm CDU: Richtig!)

Die Hauptschule muss gerettet werden, koste es, was es wolle,

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

auch wenn aufgrund der demografischen Entwicklung bereits heute 700 von 1 200 Hauptschulen einzülig geworden sind und wenn von diesen 700 einzüligigen Hauptschulen bereits 200 weniger als 60 Schülerinnen und Schüler haben – 60, wohl gemerkt, für fünf Klassen.

(Abg. Seimetz CDU: Ich dachte, Sie wollen die wohnortnahe Schule haben!)

Es will immer noch nicht in Ihre Köpfe, dass wir uns künftig aufgrund der demografischen Entwicklung überhaupt kein solches zersplittertes Schulsystem mehr leisten können, wenn wir auch weiterhin ein qualitativ gutes, wohnortnahes Angebot für alle Schülerinnen und Schüler haben wollen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen und Frau Ministerin, Sie glauben immer noch, man könne durch eine bessere Sortierung von Schülerinnen und Schülern bessere Leistungen erreichen. Es will auch nicht in Ihre Köpfe, dass dies kein modernes System ist. Ein modernes Schulsystem besteht dann, wenn es gelingt, durch eine individuelle Förderung, durch einen besseren Umgang mit der Heterogenität von Kindern jedes Kind gut zu fördern

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Richtig! Das machen wir auch!)

und damit gleichzeitig sozial zu integrieren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, es ist schon angeklungen, aber ich muss es trotzdem sagen: Für diejenigen, die sich immer

(Renate Rastätter)

am stärksten für die Rettung der Hauptschule einsetzen, bricht die Welt zusammen, wenn die Gefahr droht, dass das eigene Kind eine verpflichtende Hauptschulempfehlung bekommen soll.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Warum denn?)

Dann werden sofort Nachhilfeinstitute aufgesucht, dann wird Nachhilfe eingeschaltet,

(Abg. Döpper CDU: Wem suggerieren Sie das denn?)

und dann wird jeder erdenkliche Einfluss und Druck auf die Schule ausgeübt, damit ja keine Hauptschulempfehlung erteilt wird.

(Abg. Seimetz CDU: Das ist das Ergebnis eures Geredes!)

Was ist das Ergebnis dieser Entwicklung, Herr Seimetz?

(Abg. Seimetz CDU: So habt ihr die Hauptschule kaputtgeredet!)

– Nein, nein, nein. Das ist eine Abstimmung mit den Füßen, die in Baden-Württemberg erfolgt ist.

Ich möchte Ihnen dazu noch eines sagen. Ich war neulich bei einer Podiumsdiskussion, an der Herr Oettinger, noch bevor er zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, teilgenommen hat. Er hat etwas ganz Richtiges gesagt: Früher hatten die Familien mehrere Kinder. Ein oder zwei davon haben Abitur gemacht. Aber es war auch okay, dass ein Kind einen mittleren Abschluss oder eines auch einmal einen Hauptschulabschluss gemacht hat. Heute haben wir Familien mit ein oder maximal zwei Kindern.

(Abg. Schmiedel SPD: Na, na!)

Natürlich wollen die Eltern die besten Optionen für ihre Kinder. Das ist doch eine Tatsache in diesem Land.

(Abg. Käppeler SPD: So ist es! – Zuruf des Abg. Röhm CDU)

Die beste Option in einem selektiven Schulsystem bedeutet,

(Abg. Röhm CDU: Abitur für alle!)

frühzeitig die Chance zu haben, das Abitur zu machen. Das ist die Entscheidung der Eltern. Sie geht nicht darauf zurück, dass wir die Hauptschule schlechtgeredet hätten. Die Entscheidung läuft vielmehr darauf hinaus: Die Eltern wollen, dass ihre Kinder die besten Chancen bekommen. Das kann man den Eltern doch wirklich nicht verübeln. Das, finde ich, ist auch ein ganz normales Verhalten von Eltern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Herr Seimetz, zu Ihnen als ehemaligem Hauptschulrektor möchte ich – –

(Abg. Seimetz CDU: Haben Sie schon einmal davon gehört, dass Hauptschüler später auch das Abitur gemacht haben?)

– Selbstverständlich.

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Wenn ich mehr Zeit hätte, könnte ich dazu noch etwas sagen.

(Unruhe)

Inzwischen haben wir die Situation, dass 18 % der Eltern, deren Kind eine Hauptschulempfehlung bekommt, Widerspruch einlegen, und das ist nur die Spitze des Eisbergs. Ich höre von allen Rektoren und Rektorinnen der Grundschulen, dass sich die Eltern mit Händen und Füßen gegen eine Hauptschulempfehlung für ihr Kind wehren.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Ein solches System, das darauf setzt, dass man Kinder nur noch durch Zwang einer bestimmten Schulart zuweisen kann, ist nicht modern, nicht sozial gerecht und nicht human.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Seimetz CDU: Sie verallgemeinern Einzelfälle!)

Schließlich muss ich noch eines dazu sagen: Sie betonen ja immer, was Sie alles für die Hauptschule tun würden. Einige Reformen sind durchaus eingeleitet worden. Kollege Käppeler hat schon auf LIPSA, „Guter Start in die Hauptschule“, „Erfolg in der Hauptschule“ und das „Erweiterte Bildungsangebot“ hingewiesen. Aber diese Angebote sind drastisch zurückgeschraubt worden, während – ich füge dies hinzu – gleichzeitig dem Gymnasium in den gleichen fünf Jahren zwölf Poolstunden für individuelle Förderung zur Verfügung gestellt wurden. Erstens sind diese Angebote zurückgeschraubt worden, und zweitens – das halte ich für noch viel fataler – werden diese Angebote angesichts der Ressourcenlage, wie sie sich in Baden-Württemberg darstellt, auch in der nächsten Zeit nicht mehr eingerichtet.

Sie haben die Hauptschule real eben nicht gestärkt, Sie haben die Hauptschule vernachlässigt. Ich halte es für unverantwortlich, dass Sie aus der Finanzierung der Schulsozialarbeit ausgestiegen sind.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Denn durch Schulsozialarbeit sind gerade die Hauptschüler und Hauptschülerinnen sozial gefestigt worden, stabilisiert worden, was überhaupt die Voraussetzung für bessere Leistungen ist.

Ich komme zum Schluss. Die Hauptschullehrerinnen und Hauptschullehrer sowie die Rektorinnen und Rektoren – ich besuche viele Hauptschulen – erklären mir, dass sie das Bestmögliche tun. Das stimmt. Ich möchte mich an dieser Stelle auch bei den Hauptschullehrerinnen und Hauptschullehrern in diesem Land bedanken. Sie übernehmen in der Tat die Verantwortung für ihre Kinder. Sie tun wirklich das, was an allen Schularten gemacht werden müsste. Aber diese Lehrer und Lehrerinnen sagen auch: Durch die Verdichtung von Kindern mit ganz besonderen Problemlagen, durch die fehlenden Vorbilder für diese Kinder – es gibt Klassen, in denen kein Kind – –

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Ende. Ihre Redezeit ist weit überschritten.

(Zuruf des Abg. Röhm CDU)

**Abg. Renate Rastätter** GRÜNE: Selbstverständlich. Ich komme zum Schluss.

Bei diesen Kindern steht zu Hause nicht einmal ein Buch im Schrank. Durch die fehlenden Vorbilder, durch die fehlenden Möglichkeiten, auch Anreize von anderen Kindern zu bekommen, sind die Möglichkeiten, die Begabungen dieser Kinder ausreichend zu fördern, nicht vorhanden.

Deshalb: Wir brauchen ein gerechtes, leistungsstarkes, humanes Bildungswesen. Deshalb müssen wir die Selektivität in unserem Bildungswesen überwinden. Dazu gibt es Schritte. Dazu ist die strukturelle Öffnung der Schulen als erster Schritt dringend notwendig.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Röhm CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Ministerin Dr. Schavan.

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Zeitweilig hatte ich in der Debatte den Eindruck, dass wir das Thema zu diesem Tagesordnungspunkt noch suchen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Eigentlich bin ich davon ausgegangen, dass wir hier über eine Drucksache vom 18. Dezember 2003 sprechen. So war es ausgedrückt. Das ist auch eine Drucksache, deren Ausgabe schon ein bisschen zurückliegt.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD – Abg. Wintruff SPD: Es hat sich ja nichts geändert! – Abg. Käppeler SPD: Verschlechtert hat sich alles!)

Nun bin ich schon ziemlich verwundert. Sie haben jetzt in der letzten halben Stunde wirklich fast alle Klischees ausgebreitet, die Sozialdemokraten seit 30 Jahren durch die Republik tragen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Fischer SPD und Kretschmann GRÜNE)

Ich könnte es jetzt ganz kurz machen

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Bitte! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Machen Sie es doch kurz! – Gegenruf des Abg. Röhm CDU: Nein, wir wollen es genießen!)

und sagen: Sagen Sie das alles doch einfach im nächsten halben Jahr draußen, und schreiben Sie in Ihr Wahlprogramm, dass bei Ihnen die Hauptschule abgeschafft wird,

(Abg. Röhm CDU: Jawohl! Weg!)

dass bei Ihnen Schluss ist mit einem differenzierten Bildungssystem.

(Abg. Röhm CDU: Jawohl! Einheitsschule!)

Sagen Sie doch einfach, dass das alles ganz anders wird als bisher.

(Abg. Capezzuto SPD: Das haben wir doch gar nicht gesagt!)

– Herr Capezzuto, manchmal muss man verklären. Reden Sie doch nicht immer drum herum!

(Abg. Capezzuto SPD: Wieso denn?)

Wenn das alles so wäre, wie Sie hier reden, dann würde ich das Ding abschaffen, und zwar ganz schnell. Aber es ist anders. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Göschel SPD)

Sie werden ja in wenigen Tagen – das ist nicht einmal mehr 14 Tage hin – die nationale Auswertung der neuesten PISA-Studie erleben.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ach Gott, nicht schon wieder!)

Dann haben wir wieder neuen Stoff, aus dem mancher seine Träume macht und andere die Realitäten wiedererkennen können. Ich kann uns nur raten, wenn wir Kindern und Jugendlichen gerecht werden wollen, nicht jahrzehntelang immer nur das gleiche Zeug zu reden,

(Abg. Röhm CDU: Richtig! – Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Das ist doch Blödsinn, was Sie reden!)

sondern Sorge dafür zu tragen, dass sich ein Bildungssystem und auch Schulen kontinuierlich, modern –

(Abg. Zeller SPD: Sie wissen, dass das nicht stimmt, was Sie sagen!)

– Doch, das stimmt, was ich sage.

(Abg. Zeller SPD: Nein!)

Lassen Sie mich doch zu Ende reden. Dann haben Sie den ganzen Zusammenhang.

(Abg. Zeller SPD: Sie sagen trotzdem die Unwahrheit! – Abg. Röhm CDU zur SPD: Der Einheitschule verfallen!)

Das ist doch zum Kaputtlachen. Sie reden hier so ein Zeug, und der SPD-Bundesvorstand tagt zur Bildungspolitik,

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Oh Gott!)

um die großen Aussagen für den Wahlkampf festzulegen.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Oh Schreck!)

Nachdem vier Wochen zuvor noch Frau Bulmahn die Abschaffung der Hauptschule und die Gemeinschaftsschule gefordert hat, kommen Sie aus der Klausur heraus und sagen, das mit der Gemeinschaftsschule und der Abschaffung der Hauptschule hätten Sie sich noch einmal überlegt, das

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

würde öffentlich gar nicht gut ankommen und deshalb hätten Sie es aus Ihrem Programm gestrichen.

(Abg. Röhm und Abg. Wacker CDU: Hört, hört! – Widerspruch bei der SPD – Abg. Zeller SPD: Sagt mal, was redet die denn für ein Zeug? Das ist ja ein wirres Zeug! – Unruhe)

– Genau so stand es in einer Pressemitteilung des SPD-Bundesvorstands von vor drei oder vier Wochen.

(Abg. Zeller SPD: Bewerben Sie sich jetzt als Bundesministerin? – Abg. Ursula Haußmann SPD: Thema verfehlt!)

– Nein, das brauche ich gar nicht. Da bewirbt man sich nicht, schon gar nicht in diesem Landtag. So einfach ist das.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich bin wirklich dafür, und Wahlkampfzeiten eignen sich wunderbar dazu – Vorwahlkampf und Wahlkampf –, klare Alternativen zu nennen. Das gibt keinen Mischmasch, sondern jeder sagt, wie er sich die nächsten zehn Jahre vorstellt. Wir stellen uns die nächsten zehn Jahre eben so vor

(Abg. Capezzuto SPD: Wie vor 100 Jahren! – Heiterkeit bei der SPD)

– Vorsicht! Schwäbisch Gmünd! Vorsicht! –,

(Abg. Capezzuto SPD: Moment! Sie konservieren doch alles!)

dass die Spitzenposition, die Baden-Württemberg hat, wenn es um die Jugendarbeitslosigkeit geht, wenn es um die Zukunftschancen der jungen Generation geht, wenn es um die Nahtstelle zwischen Bildung und Beschäftigung geht, wenn es um moderne Schule geht, gehalten wird.

Nennen Sie mir nun ein einziges SPD-regiertes Land in Deutschland, wo in den letzten 50 Jahren mit dessen Bildungspolitik und Ihren Vorstellungen und Ihren Klischees auch nur ein Anschluss an die Spitzengruppe in Deutschland erreicht worden ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Röhm CDU: Genau! Sehr gut!)

Wenn man so im bildungspolitischen Bankrott lebt wie Sie,

(Widerspruch bei der SPD)

sollte man sich davor hüten, anderen Nachhilfe zu erteilen. So einfach ist das.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Röhm CDU: Jawohl! – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosserschulte:** Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan:** Nein, die gestatte ich nicht. – Ein letzter Satz zum Thema Durchlässigkeit.

(Abg. Capezzuto SPD: Vielleicht könnten wir auch einmal zum Thema kommen! Das ist doch unter jeglichem Niveau!)

Es ist mehrfach, auch an dieser Stelle, gesagt worden – und ich stehe dazu –: Durchlässigkeit ist eine Frage der Gerechtigkeit. Ein modernes Bildungssystem muss gerecht und leistungsfähig sein,

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

und es darf nicht das eine gegen das andere ausspielen. Deshalb bescheinigt uns interessanterweise die PISA-Studie, dass wir die höchste Durchlässigkeit des Bildungswesens in Deutschland haben, die eben nicht nur von oben nach unten, sondern auch von unten nach oben funktioniert.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: So ist es! – Bravo! – Abg. Käppeler SPD: Sie hätten es gern, aber es ist nicht so! – Abg. Wintruff SPD: Nach der sozialen Herkunft wird sortiert!)

– Das sind einfach Zahlen, die nicht aus einer CDU-Pressestelle kommen. – Alles, was wir tun, übrigens auch im Zusammenhang mit den neuen Bildungsplänen und den gemeinsamen pädagogischen Grundlagen für alle Schularten, soll die Weichen für weitere Verstärkung und Profilierung von Durchlässigkeit stellen. Die Entscheidung nach der Klasse 4 ist nicht die Entscheidung für einen bestimmten Schulabschluss, sondern sie ist die Entscheidung für ein spezifisches Bildungskonzept,

(Abg. Käppeler SPD: Das ist die Entscheidung fürs Leben!)

und alle Zahlen zeigen, dass die Schüler dann sehr unterschiedliche Wege gehen.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Gerade weil es diese Durchlässigkeit gibt, haben wir die europaweit niedrigste Jugendarbeitslosigkeit.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Deshalb sage ich Ihnen noch einmal: Was ich hier gehört habe, finde ich zum Teil erschreckend.

(Abg. Röhm CDU: Scheußlich! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ja! – Zurufe von der SPD: Wir auch! – Abg. Zeller SPD: Am erschreckendsten war die Rede von Herrn Seimetz!)

Zweitens finde ich, dass derjenige, der die Bildungspolitik wirklich konsequent reformieren will, sich auf die Strukturen und Traditionen, die wir haben,

(Abg. Wintruff SPD: Die sind nicht sakrosankt!)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

einlassen muss. Zur erfolgreichsten Tradition unseres Landes gehört, dass wir wohnortnahe Schulen haben.

(Abg. Röhm CDU: Genau!)

Wer die Regionalschule haben will, muss ehrlich sagen, dass er dieses Prinzip und diese Strukturpolitik aufgibt. Auch das werden wir sagen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von der SPD – Abg. Schebesta CDU: Wirklich schade, dass Herr Käppeler keine Redezeit mehr hat! – Abg. Käppeler SPD: Wir können hier gerne noch weitermachen! Ich hätte noch viel dazu zu sagen!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vossuschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Bei dem Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2762, handelt es sich um einen Berichtsantrag, der durch die Aussprache erledigt ist.

Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, auf der Zuhörertribüne hat inzwischen der Schweizerische Botschafter, Herr Dr. Werner Baumann, Platz genommen. Er wird von Herrn Botschaftsrat Dr. André Schaller und Herrn Konsul Johann Müller vom Schweizerischen Generalkonsulat in Stuttgart begleitet.

Herr Botschafter Dr. Baumann, ich darf Sie im Landtag von Baden-Württemberg herzlich willkommen heißen und Ihnen weiterhin einen angenehmen Aufenthalt und erfolgreiche Gespräche wünschen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

- a) **Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Sozialministeriums – Existenzgefährdung für Waldkindergärten durch das neue Kindergartengesetz – Drucksache 13/2791 (geänderte Fassung)**
- b) **Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Sozialministeriums – Haltung der Landesregierung zu einem Rechtsgutachten über das neue Kindergartengesetz – Drucksache 13/2899**

Zu dem Antrag unter Buchstabe a liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Antrag Drucksache 13/4449, vor, den ich mit aufrufe.

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung zu a und b fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Wonnay.

**Abg. Marianne Wonnay** SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Kindergartengesetz, das zum Januar des Jahres 2004 in Kraft getreten ist, trug schon damals einen Hauch von Rechtsunsicherheit, und es wies einige beträchtliche Strickfehler auf.

Ein großer Strickfehler war die Regelung bezüglich der Kindergärten mit gemeindeübergreifendem Einzugsgebiet und besonderer pädagogischer Prägung. Diese Kindergärten, für die es in der Tat in einer ganzen Reihe von Fällen Schlechterstellungen gab, haben Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren von den Regierungsfractionen, bisher im Regen stehen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf Sie noch einmal an einige Aussagen von Rednern der Regierungsfractionen im März des Jahres 2003 erinnern. Damals hat der Kollege Noll in seiner Rede gesagt,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ich werde mich übrigens wieder melden!)

niemand müsse befürchten, dass irgendein freier Träger dabei zu kurz komme. Er hat sich ausdrücklich angeboten, quasi als Ombudsmann in solchen Fällen zu fungieren,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Hat mich auch viel Geschäft gekostet!)

in denen es tatsächlich zu einer Schlechterstellung kommt. Er hat gesagt:

*Wir wollen jetzt sehen, wie diese Regelungen, deren Sinn und Ziel für den, der wirklich lesen kann und lesen will, ganz klar sind, beachtet werden. Wer gegen den Geist dieses Gesetzes verstößt, der wird es mit uns zu tun bekommen!*

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Jawohl! – Abg. Birzele SPD: Herr Noll, jetzt sind wir gespannt!)

Dann ist ein ganzes Jahr vergangen. Nachdem das Kindergartengesetz schon einige Monate in Kraft war, gab es vonseiten der CDU, vom damaligen Fraktionsvorsitzenden Günther Oettinger und vom Kollegen Haas, eine Pressemitteilung, in der stand, es gebe einige wenige Problemfälle.

*Wir werden diese Einzelfälle im Auge behalten. Für uns ist es selbstverständlich,*

– so heißt es in dieser Presseerklärung –

*dass sich alle Beteiligten an den bundesrechtlich geregelten Grundsatz der Subsidiarität halten.*

Dies bedeute, dass kommunale Gruppen vorrangig zu schließen seien und dass man, wenn es zu einzelnen Problemfällen komme, die nicht auf interkommunaler Ebene geregelt werden könnten, zu verbindlicheren Maßnahmen greifen müsse.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Hört, hört! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Auch das stimmt heute noch! – Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Sie haben damals in Ihrer Parlamentsrede gesagt, Herr Kollege Noll, es dürfe nicht sein, dass auch nur ein einziger dieser freien Träger den Weg zu den Gerichten antreten müsse.

(Marianne Wonnay)

Sie wissen alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, was Fakt ist. In den eineinhalb Jahren, in denen das Kindergarten-gesetz jetzt in Kraft ist, haben eine ganze Reihe von freien Trägern – ich erinnere an den Hohenlohekreis – den Weg zu den Gerichten antreten müssen. Sie prozessieren noch heute, weil sie die Rechtssicherheit, die Sie im März des Jahres 2003 vorgegaukelt haben, vermissen. Sie sagten, Sie hätten dies mit der Rahmenvereinbarung erreicht, wohl wissend, dass die Empfehlung der kommunalen Landesverbände eben keine Verbindlichkeit gegenüber den einzelnen Kommunen entfaltet.

Eine ganze Reihe von Einrichtungen hat den Weg der Petition beschritten. Diese Petitionen sind alle noch im Petitionsausschuss anhängig. Sie haben genau diese Initiativen, die sich durch ein außerordentliches Maß an bürgerschaftlichem Engagement auszeichnen, durch Ihre lange Untätigkeit wirklich im Regen stehen lassen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Noll FDP/DVP:  
Wir waren sehr tätig!)

– Ja, aber das Ergebnis hat eben auf sich warten lassen, Herr Kollege Noll.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Leider, ja!)

Oder wie stufen Sie es ein, dass im Gemeinderat der Stadt Stuttgart – über alle Fraktionsgrenzen hinweg, mit Unterschriften von den Grünen über die SPD, die FDP, die Freien Wähler bis hin zur CDU – alle miteinander den Landesgesetzgeber aufgefordert haben, endlich tätig zu werden, weil man mit den anderen Kommunen eben nicht zu Potte kommt? Selbst in der Region Stuttgart, wo man glauben könnte, dort funktioniere die interkommunale Zusammenarbeit noch besser als anderswo, ist es nicht gelungen, eine solche Regelung zu finden. Daraus müssten doch auch Sie ersehen, dass es längst überfällig ist, dass der Landesgesetzgeber handelt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Glocke der  
Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Frau Abg. Wonnay, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Noll?

**Abg. Marianne Wonnay SPD:** Aber natürlich.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Bitte sehr, Herr Abg. Dr. Noll.

**Abg. Dr. Noll FDP/DVP:** Frau Kollegin Wonnay, ist Ihnen bekannt, dass dann, wenn freiwillige Lösungen angestrebt werden, derjenige, der diese herbeiführen will, sich auch mit den Partnern in Verbindung setzen muss, und ist Ihnen irgendein Fall bekannt, wonach die Stadt Stuttgart mit ihren Nachbarkommunen in irgendeiner Form Gespräche über Kostenbeteiligungen aufgenommen hat?

(Abg. Zeller SPD: Sie theoretisieren aber ganz gewaltig!)

Ich habe von den Fildern die Erfahrung, dass eben nicht nachgefragt worden ist.

(Abg. Zeller SPD: Sie haben von der Praxis keine Ahnung!)

**Abg. Marianne Wonnay SPD:** Herr Kollege Noll, das ist doch jetzt ein klassisches Ablenkungsmanöver. Sie wissen es aus Gesprächen im Bereich Stuttgart, aber auch aus Gesprächen in vielen anderen Bereichen. Sie haben doch auch die Briefe aus dem Kreis Freudenstadt und aus dem ganzen Land bekommen, wonach es eben mit der freiwilligen Lösung nicht geklappt hat.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Aber Stuttgart war sich zu fein! – Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das ist doch gar nicht wahr!)

Sie warten jetzt eineinhalb Jahre zu. Es ist eben nicht nur ein Problem der Waldorfkinderergärten und der Waldkinderergärten, sondern auch ein Problem zum Beispiel von Betriebskinderergärten. Ich erinnere die Kolleginnen und Kollegen, die mit uns in der Enquetekommission „Demografischer Wandel“ sind, an die Aussage des von der CDU benannten sachverständigen Unternehmers Dr. Schwiezer, der gesagt hat, gerade auch für betriebliche Einrichtungen, von denen wir noch viel mehr in diesem Land brauchen – Sie wissen, dass wir da nicht gerade glänzen –, sei ein solcher Ausgleich, und zwar ein gesetzlich verbindlich geregelter Ausgleich, zwischen Standortgemeinde und Wohnsitzgemeinde dringend notwendig.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Zeller SPD: So ist es!)

Genau das Gleiche hat man uns bei einem Vor-Ort-Termin an der Universität Hohenheim gesagt, weil das Gleiche natürlich auch für die Angebote der Kinderbetreuung an den Hochschulen gilt. Wenn jetzt Herr Oettinger nach eineinviertel Jahren, nachdem wirklich glasklar ist, dass es Probleme gibt, sagt:

(Abg. Zeller SPD: Sie ignorieren alles, Herr Noll!)

„Wenn sich jetzt auf freiwilliger Ebene immer noch nichts tut, müssen wir uns der Gesamtverantwortung im Landtag bewusst werden“,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Beim Wort nehmen! –  
Gegenruf des Abg. Zeller SPD: In 20 Jahren!)

dann muss ich Ihnen wirklich sagen, dass Sie die Zeichen der Zeit verpennt haben. Sie haben bisher nicht die richtige Weichenstellung für die Kinder und die überdurchschnittlich ehrenamtlich Engagierten gerade in den Waldkinderergärten und den Waldorfkinderergärten vorgenommen, und Sie haben bisher auch betriebliche Initiativen und den dringend notwendigen Ausbau der Betreuung an den Hochschulen verhindert. Wir geben Ihnen heute eine Chance, diesen längst überfälligen Schritt zu tun.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Zurufe von der SPD: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, zu dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4449, rufe ich noch den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/4458, auf.

Das Wort erteile ich nun Herrn Abg. Klenk.

(Abg. Reichardt CDU: Hervorragend!)

**Abg. Klenk** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zuerst mit dem zweiten Antrag – Haltung der Landesregierung zu einem Rechtsgutachten über das neue Kindergartengesetz – beginnen. Dabei geht es um angebliche Verstöße gegen Bundesrecht und um das Konnexitätsprinzip nach der Landesverfassung.

Hierzu, meine Damen und Herren, gibt es nach der Rechtsprechung des Staatsgerichtshofs nur dann eine Verpflichtung, wenn Aufgaben übertragen werden, für die zuvor ein anderer Verwaltungsträger zuständig war. Dies liegt nicht vor. Unabhängig davon wurde im Rahmen der Novellierung auch eine Ausgleichsregelung im Finanzausgleichsgesetz vorgenommen. Ebenso sieht das Bundesverfassungsgericht, was die Verpflichtung kreisangehöriger Gemeinden, Kindergartenplätze im erforderlichen Umfang zur Verfügung zu stellen, angeht, den Landesgesetzgeber nach dem SGB VIII als ermächtigt an, Gemeinden zur Bereitstellung der erforderlichen Kindergartenplätze zu verpflichten. Dies hat übrigens der Bundesgesetzgeber durch das Tagesbetreuungs- und Ausbaugesetz jetzt nochmals eindeutig klargestellt.

Unabhängig davon wurde die Finanzierungsregelung zwischen dem Land, den kommunalen Landesverbänden, den Kirchen, Verbänden und sonstigen Trägern der Jugendhilfe einvernehmlich vereinbart.

Lassen Sie mich nun aber zu Ihrem Antrag bezüglich der Existenzgefährdung für Waldkindergärten durch das neue Kindergartengesetz kommen. Wir, meine Damen und Herren, sehen in diesem Zusammenhang nicht nur die Waldkindergärten – Sie haben das am Schluss auch richtigerweise und vollständigkeithalber angeführt, Kollegin Wonnay –, sondern alle Kindergärten mit besonderer pädagogischer Prägung und überörtlichem Einzugsgebiet. Dazu zählen, wie gesagt, auch Betriebskindergärten und Einrichtungen an Hochschulen, wie Sie das auch in der Begründung Ihres Änderungsantrags dargestellt haben.

Hier, meine Damen und Herren, waren es insbesondere unsere Kolleginnen und Kollegen, an der Spitze unser Arbeitskreisvorsitzender Alfred Haas, die sich in zahlreichen Gesprächen und Veranstaltungen für die praxisnahe und verbindliche Umsetzung des neuen Kindergartengesetzes,

(Abg. Fleischer CDU: Genau so war es! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

übrigens schon im Vorfeld, nämlich bereits seit März 2003, eingesetzt haben. Zugegeben, es war stellenweise schon ein Kraftakt, der mit der seit wenigen Wochen vorliegenden gemeinsamen Empfehlung des Landes, des Städte- und des Gemeindetags, des Landkreistags und des Paritätischen Wohlfahrtsverbands einen hoffentlich gelungenen Abschluss gefunden hat. Nicht nur einmal ist dabei die Lösung auf Messers Schneide gestanden.

Der Erfolg, meine sehr verehrten Damen und Herren, hängt nun von der Bereitschaft der kommunalen Ebene ab, diesen Empfehlungen zu folgen. Wir werden dies in den nächsten Wochen – ich sage absichtlich „Wochen“ – in gewohnter Weise weiter beobachten. Nur wenn alle an einem Strang in die gleiche Richtung ziehen, kann Baden-Württemberg

auch den wichtigsten Faktor für Familienfreundlichkeit, die höchste Geburtenrate in Deutschland, auch in Zukunft halten und weiter ausbauen.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abg. Klenk, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Wonnay?

**Abg. Klenk** CDU: Ja, bitte.

**Abg. Marianne Wonnay** SPD: Herr Kollege Klenk, könnten Sie die Frage beantworten, was Sie in Ihrem Änderungsantrag unter einer „relevanten Anzahl“ verstehen? Denn bisher haben Sie immer gesagt, die Zahl sei an einer Hand abzulesen. Wir wissen, dass es deutlich mehr sind. Da müssten Sie schon ein bisschen präziser werden, was Sie unter einer „relevanten Anzahl“ verstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

**Abg. Klenk** CDU: Liebe Kollegin Wonnay, das sage ich Ihnen ganz präzise: Wir verstehen alle darunter, also 100 %. Das kann ich Ihnen hier so sagen.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD – Abg. Schmiedel SPD: Da steht aber nicht „100 %“!)

– In unserem Änderungsantrag steht: „eine relevante Anzahl“. Und ich sage Ihnen jetzt hier auf Ihre Frage: Wir wollen, dass alle das regeln, alle!

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Also 100 %!)

– 100 %. Genau.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Dann schreiben Sie es doch hinein! – Abg. Schmiedel SPD: Dann regelt es doch gleich!)

– Es reicht doch, wenn ich es gesagt habe. Wir sagen aber auch schon heute klar und deutlich, dass wir überhaupt keine Lust haben, uns weiter von den Eltern, den Trägern, aber auch von Ihnen ständig vorhalten zu lassen, dass das Gesetz grundsätzlich mangelhaft sei.

(Abg. Ursula Haußmann und Abg. Capezzuto SPD: Das ist es auch!)

Sie haben von Strickfehlern gesprochen.

(Abg. Schmiedel SPD: Wenn es alle sagen! – Abg. Capezzuto SPD: Wenn alle das sagen, dann muss ja was dran sein!)

– Moment! Wir alle reden hier dauernd über Überregulierung. Jetzt geben wir nach dem Subsidiaritätsprinzip eine Aufgabe nach unten und versprechen uns alle davon, dass das in unserem Sinne geregelt wird.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Aber es ist nicht geregelt worden!)

Jetzt müssen wir deswegen hier doch nicht aufeinander einschlagen, sondern wir müssen die tatsächlichen schwarzen

(Klenk)

Schafe ansprechen. Diese sprechen wir mit dem heutigen Tag hier auch an.

(Beifall bei der CDU)

Auch unsere Geduld hat irgendwann ein Ende.

(Lachen bei der SPD – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen, diese Kommunen erweisen uns, insbesondere aber auch ihren eigenen Verbänden, die mit uns gemeinsam an einer einvernehmlichen, unbürokratischen Regelung interessiert sind, einen Bärendienst.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Beschönigungsversuche, wie Sie es von der SPD in Ihrem Änderungsantrag formulieren, haben wir vonseiten der CDU-Fraktion bei diesem Thema noch nie gemacht. Wir haben noch nie Beschönigungsversuche unternommen. Wir haben nur stets an die Vernunft der kommunalen Seite appelliert, meine Damen und Herren.

(Abg. Döpfer CDU: So ist es!)

Die beiden Petitionen zu diesem Thema, die bislang eingebracht wurden, betrafen, nebenbei bemerkt, zwei SPD-Bürgermeister.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Es sind acht Petitionen, die eingingen, und keine zwei!)

– Aber zwei waren von SPD-Bürgermeistern.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Dann waren sechs nicht von der SPD!)

Ich will nur sagen: Es gibt auch andere Fälle.

Wie der Gemeindetag, meine Damen und Herren, sehen auch wir die jetzt beschlossene gemeinsame Empfehlung als Ansatz zur Klärung und Lösung der letzten offenen Fälle an.

Wir sagen Ihnen aber gleich dazu – und hier sieht sich insbesondere der Arbeitskreis Sozialpolitik unserer Fraktion in der Pflicht –: Wir werden zu diesem Thema ja auch immer wieder in Pressemitteilungen zitiert. Wenn bis zum Beginn des Kindergartenjahrs 2005/2006 auch die letzten Fälle nicht im Sinne der Beteiligten geregelt sind, werden wir noch in diesem Jahr – so, wie es in unserem Änderungsantrag steht – im Zusammenhang mit der ohnehin anstehenden Novellierung des Kindergartengesetzes einen entsprechenden verbindlichen Antrag auf den Weg bringen. Diesen Schritt haben wir schon einmal angekündigt.

(Zurufe von der SPD, u. a. des Abg. Fischer – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Abg. Klenk CDU:** Jawohl.

Diesen Schritt haben wir schon einmal angedeutet.

(Abg. Schmiedel SPD: Dann macht es doch gleich!)

Wir hatten aber – ich kann es nicht oft genug wiederholen – auf die Vernunft aller Beteiligten gesetzt, was wir heute nochmals tun. Aber dann, meine Damen und Herren – das sage auch ich – ist Schluss!

(Beifall bei der CDU – Zurufe: Jawohl! – Zurufe von der SPD: Gut! – Abg. Capezzuto SPD: Basta!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

**Abg. Dr. Noll FDP/DVP:** Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, insbesondere liebe Frau Wonnay! Ich stehe zu jedem Wort, das Sie von mir zitiert haben. Ich bin wirklich geneigt, mit Cicero zu sagen: Quo usque tandem abutere patientia nostra?

(Oh-Rufe – Vereinzelt Beifall)

Denn es ist in der Tat so: Wir haben lange zugewartet.

(Abg. Schmiedel SPD: Dann ändert doch etwas!)

Jetzt soll man nicht übersehen, dass die Mehrzahl der Kommunen, ob Städte oder Gemeinden, im Sinne des Gesetzes Subsidiarität, Wunsch- und Wahlrecht und Trägerpluralität respektiert haben, aber eben nicht alle. Es gibt zu viele, die dies nicht respektiert haben. Deswegen haben wir in der Tat nicht untätig zugesehen, sondern auf der Grundlage des Geistes der Rahmenvereinbarung, der eben nicht umgesetzt worden ist, anhand dieser Einzelfälle – und da bedanke ich mich bei allen, die mit tätig waren, vom Kollegen Haas von der CDU über uns bis hin zum Paritätischen Wohlfahrtsverband – im April dieses Jahres eine erneute gemeinsame Empfehlung aller Beteiligten verabschieden können.

Auf dieser Basis konnten wir die Hoffnung haben, dass auch die Mitglieder der drei kommunalen Landesverbände – um die es aber selbst nicht geht; denn sie haben erkannt, dass das Prinzip der Subsidiarität vor Ort nicht wirklich wahrgenommen wird – und damit alle Kommunen in diesem Land Baden-Württemberg endlich begreifen, dass sie dem Geist dieses Gesetzes zuwiderhandeln, wenn sie ihre teilweise Monopolstellung ausnutzen, um freie Träger – egal, ob betriebliche, Waldorf- oder sonstige Kindergärten – schlicht und einfach auszubremsen. Da ist jeder Einzelfall ein Fall zu viel!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Fischer SPD: Herr Kollege, das sagen wir doch schon lange!)

Deswegen stehen wir dazu. Ich sage, weil ich ja auch in den Gesprächen mit den Bürgermeistern teilweise höre: „Ja, so weit kommt es noch, dass wir eigene Einrichtungen schließen, weil da etwa Waldorf- oder Waldkindergärten vor der Tür stehen“: Nein! Verehrte Damen und Herren, das ist genau das Thema Subsidiarität. Da, wo die Kommune, der Staat diese Leistung nicht selbst erbringen muss,

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Sie haben, weil Sie nach links schauen, die falsche Blickrichtung, Herr Kollege Noll! – Zuruf von der SPD: Schauen Sie nach rechts!)

(Dr. Noll)

wo ein freier Träger diese Aufgabe entsprechend dem Wunsch der Eltern erbringt, hat sich die Kommune gefälligst zurückzuziehen!

Das ist nicht nur eine ordnungspolitische Frage. Lesen Sie in diesem Zusammenhang einmal den Brief der Initiative „Haselmäuse“, die ja ganz klar darstellt, dass die freien Träger eine qualitativ hochwertige Leistung erbringen, und das auch noch günstiger, zu einem geringeren Preis, als es die Kommune überhaupt kann. Also, wenn diese Damen und Herren nicht begriffen haben, was Subsidiarität bedeutet, dann sollten sie doch wenigstens einmal begreifen, dass sie damit auch finanziell günstiger fahren, insbesondere auch was das Personal betrifft.

Deshalb verstehe ich wirklich nicht, warum einige – ich sage es jetzt einfach einmal so – Hartleibige in diesem Land sich schlicht und einfach nicht den Empfehlungen der kommunalen Landesverbände anschließen wollen.

Wir haben, um die Vielzahl derer, die es richtig machen, nicht zu bestrafen, gesagt: Wir geben jetzt noch eine letzte Chance. Diese gemeinsame Empfehlung ist im April dieses Jahres – das ist also noch nicht so furchtbar lange her – von allen unterzeichnet worden. Jetzt haben die letzten Hartleibigen die Chance, sich nach dieser Empfehlung ihrer Spitzenverbände zu richten, sie umzusetzen und dafür zu sorgen, dass freie Träger in diesem Land und damit auch die Eltern die Chance haben, die Wahlfreiheit in Anspruch zu nehmen und ihrem Wunsch zu folgen. Wenn dies wieder nicht gelingen sollte – deswegen unser Änderungsantrag –, dann werden wir wirklich nicht mehr zuwarten, sondern es wird im Rahmen einer Novellierung des Kindergartengesetzes die gesetzliche Regelung kommen, die Sie fordern. Und das wird sehr zeitnah sein.

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

– Zu Beginn des nächsten Kindergartenjahrs. Der Kollege von der CDU hat das gesagt.

Ich darf nur noch eine Anmerkung machen. Wie die Stadt Stuttgart teilweise medienmäßig herausgegangen ist – „Wir zahlen nichts mehr für Kinder von außen“ –, nachweislich ohne zuvor Gespräche mit den Entsendekommunen geführt zu haben, fand ich nicht ganz in Ordnung.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Da muss man auch sagen: Der Ton macht die Musik.

Trotzdem – ich möchte wiederum mit Cicero enden –: *Ceterum censeo*:

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das war aber nicht Cicero! Das war Cato!)

Es ist in der Tat Zeit, dass diejenigen umdenken, die immer noch nicht begriffen haben, dass sie gegen den Geist des Kindergartengesetzes verstoßen – das ist ein gutes Gesetz –, weil sie sich nicht an Empfehlungen halten, die sie zwar gesetzlich nicht binden, die aber klare Vorgaben machen. Wenn sie dies nicht tun werden, werden wir zu diesem Mittel greifen müssen

(Abg. Capezzuto SPD: Cicero hat dazu gar nichts gesagt! Das war Cato! – Unruhe)

und diese Beteiligung an einem interkommunalen Kostenausgleich für Kindergärten gesetzlich regeln. Daran dürfen Sie uns dann messen.

(Lebhafte Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten.

**Abg. Dr. Noll FDP/DVP:** Wir werden also unserem Änderungsantrag und nicht Ihrem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Capezzuto SPD: Sie haben gerade Cato mit Cicero verwechselt! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das war Cato!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Lösch.

**Abg. Brigitte Lösch GRÜNE:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, ich spreche für uns alle: Wenn es heute das letzte Mal wäre, dass wir über dieses Thema reden müssen,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wäre es schön!)

würde ich es gut finden. Es wäre auch gut, wenn wir heute alle dem Änderungsantrag der SPD zustimmen würden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Unserem!)

Dann hätten wir dieses Problem nämlich endlich einmal vom Tisch.

Seit zwei Jahren führen wir hier die gleiche Diskussion.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Schon bei der Einbringung der Novelle zum Kindergartengesetz haben wir darauf hingewiesen, dass es eine Schlechterstellung für Einrichtungen mit besonderen pädagogischen Konzepten und gemeindeübergreifendem Einzugsgebiet geben wird: Waldorfkinderärten, Waldkindergärten und Betriebskindergärten. Am Anfang wurde uns das nicht geglaubt. Kollege Noll, Sie haben das ja angesprochen. Sie haben immer auf freiwillige Vereinbarungen gesetzt. Nach zwei Jahren zeigt sich, dass die freiwilligen Vereinbarungen nicht ge-griffen haben.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: In vielen Fällen schon, in manchen nicht!)

Zur Kostenerstattung im Kindergartengesetz, Kollege Klenk: Es ist nicht so, dass wir das ganze Kindergartengesetz schlechtreden.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sehr gut! – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das haben wir noch nie gemacht. Wir haben schon immer gesagt, dass vor allem in einem Punkt nachgebessert werden muss: Wir wollen eine gesetzliche Verankerung für die gemeindeübergreifenden Kindergärten.

(Brigitte Lösch)

Zweitens war ganz klar, dass die Rahmenvereinbarung keine Rechtssicherheit bot.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist richtig!)

Dem ist am Anfang auch immer widersprochen worden. Auf einen Abgeordnetenbrief, den ich am 21. Januar 2004 geschrieben hatte, hat der frühere Sozialminister Repnik geantwortet, dass es Probleme durch das neue Kindergartengesetz gebe, da die Rahmenvereinbarung keine Rechtsverbindlichkeit gegenüber einzelnen Kommunen besitze. Man hat nun eineinhalb Jahre gebraucht, um das zu erkennen. Und Sie sind immer noch nicht bereit, dies gesetzlich nachzubessern.

Aber Ihnen ist mulmig geworden.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wir werden ärgerlich!  
Uns wird nicht mulmig!)

Ich kann mich daran erinnern, dass Sie angesichts der realen Umsetzung des neuen Kindergartengesetzes im Finanzausschuss 2004 einen Entschließungsantrag beschlossen haben.

(Abg. Hoffmann CDU: Das kostet aber Geld! – Gegenruf des Abg. Kiefl CDU: Sehr viel sogar!)

Es war ein Entschließungsantrag, mit dem aufgezeigt werden sollte, welche gesetzlichen Änderungen der Inhalt der Rahmenvereinbarung notwendig macht. Außerdem wurde ein Bericht angefordert. Wir haben diesen Bericht bekommen. In ihm wurde klar, dass ca. 20 % aller Gruppen nicht in die Bedarfsplanung einbezogen wurden.

In einem nächsten Schritt wurden Gespräche zwischen den kommunalen Landesverbänden und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband geführt. Diese Gespräche haben zu dem Ergebnis geführt, dass eine gemeinsame Empfehlung abgegeben werden soll. Diese Empfehlung wurde am 20. April 2005 unterschrieben.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Dank an alle, die dazu beigetragen haben!)

Darin weist der Städtetag auf die Schlechterstellung von Waldorf-, Wald- und Betriebskindergärten hin und empfiehlt den Städten, ihre bisherige Haltung zu überdenken

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Richtig!)

und interkommunal einen Kostenausgleich zu vereinbaren,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Richtig! So, wie es das Gesetz vorsieht!)

insbesondere solange am Wohnort kein bedarfsgerechtes Kinderbetreuungsangebot vorhanden ist und die Eltern zur Vereinbarung von Familie und Beruf auf ein entsprechendes auswärtiges Betreuungsangebot angewiesen sind. Es geht also nicht nur um die Wald-, Waldorf- und Betriebskindergärten,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Generell!)

sondern es geht vor allem auch um die Kindergärten von größeren Städten wie zum Beispiel Stuttgart, Karlsruhe, Ludwigsburg oder Esslingen.

Was eine solche Empfehlung wert ist, was eine solche Empfehlung bewirkt, konnten wir der Zeitung entnehmen. Die Empfehlung wurde im April vom Städtetag und vom Paritätischen Wohlfahrtsverband unterschrieben.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Und von Gemeindetag und Landkreistag!)

– Zu den kommunalen Landesverbänden, Kollege Noll, zählen der Gemeindetag, der Städtetag und der Landkreistag.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Also, alle!)

Was ist diese Empfehlung, die im April unterschrieben wurde, wert, wenn ich im Mai in der Zeitung lese, dass sowohl die Stadt Stuttgart als auch die Stadt Ludwigsburg einen Beschluss fassen, keine auswärtigen Kinder mehr aufzunehmen?

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Diese Empfehlung ist doch das Papier überhaupt nicht wert, auf dem sie steht. Da müssen Sie jetzt nicht hier aufstehen und brüllen: „Jetzt reicht es uns! Die werden an den Pranger gestellt!“

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

sondern es ist endlich einmal Zeit, Nägel mit Köpfen zu machen. Die Zeit der Worte ist vorbei. Die Zeit des Handelns ist gekommen.

(Abg. Fischer SPD: Jawohl! – Abg. Schmiedel SPD: Jawohl! Wie heißt das auf Lateinisch? – Heiterkeit)

– Ich kann es Ihnen auf Englisch oder auf Französisch sagen. – Es gibt einige freie Träger, die bereits jetzt vor dem Aus stehen. Es liegen bereits jetzt acht Petitionen vor. Deshalb dürfen wir nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag warten.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Wir dürfen auch nicht warten, bis eine „relevante Anzahl“ beschriebener Fälle vorliegt. Diese liegen schon jetzt vor. Wenn der Kollege Klenk sagt, 100 % seien das Ziel, muss ich sagen: 100 % haben wir schon jetzt nicht erreicht.

Deshalb: Handeln Sie jetzt! Lassen Sie uns gemeinsam beschließen, eine gesetzliche Nachbesserung vorzunehmen, und stimmen Sie dem Änderungsantrag der SPD zu!

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Rau.

**Staatssekretär Rau:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir müssen bei dieser Debatte zwei Dinge auseinander halten: Das eine ist, dass wir vor eineinhalb Jahren ein neues Kindergartengesetz verabschiedet haben, das in seinen Auswirkungen in den meisten Bereichen der Kindergärten positive Folgen hatte, und das an-

(Staatssekretär Rau)

dere ist, dass wir mit einigen Folgewirkungen an wenigen Plätzen nicht dauerhaft auskommen können und deswegen nachsteuern müssen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Also dann muss man es nachbessern!)

– Nachbessern müssen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Handwerkliche Fehler! – Abg. Braun SPD: Murks!)

– Es sind keine handwerklichen Fehler, Herr Kollege Palmer, sondern es sind Fehler, die dort auftreten, wo es offensichtlich an der Bereitschaft zur Abstimmung, die im Gesetz vorausgesetzt wird, mangelt. Das ist etwas anderes als ein handwerklicher Fehler.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fleischer CDU: So ist es! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Von beiden Seiten nicht!)

Mit der Änderung des Kindergartengesetzes ging einher, dass wir die Vielfalt der Betreuungsangebote im Land wesentlich ausbauen konnten. Die Zahl der altersgemischten Gruppen hat sich seither verdreifacht, die Zahl der Ganztagsgruppen mehr als verdoppelt. Die Regelung, hier eine Pauschalierung vorzunehmen und jährlich 394 Millionen € ins FAG zu geben, war im Grundsatz richtig, weil wir davon überzeugt sind, dass vor Ort eine verantwortliche Bedarfsplanung für Kindergärten möglich und notwendig ist. Dass das Gesetz die Zuständigkeiten ganz eindeutig auf die kommunale Seite gegeben hat, war eine richtige Entscheidung.

Es war auch beabsichtigt, dass die Betreuungsangebote besser abgestimmt werden und sich am tatsächlichen örtlichen Bedarf orientieren. Wir sind davon ausgegangen, dass in einer solchen Betreuungslandschaft dem Prinzip der Pluralität und dem Prinzip der Subsidiarität Rechnung getragen wird

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

und dass sich die Interessen der Eltern auch in einer Vielfalt unterschiedlicher pädagogischer Ansätze widerspiegeln. Wir haben auch die Voraussetzungen dafür schaffen können, dass Betreuung und Arbeitsplatz näher zusammengebracht werden können, etwas, was sicher richtig und notwendig war.

Damit sind die Rahmenbedingungen für die Familien insgesamt verbessert worden. Das macht deutlich, dass wir keinen Grund haben, dieses Kindergartengesetz in seinen Grundstrukturen zu hinterfragen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist richtig!)

Wir stehen hundertprozentig dahinter und können deutlich machen, dass das für fast 100 % der Einrichtungen die richtige Lösung war. Gerade für Einrichtungen mit gemeindeübergreifendem Einzugsgebiet hat dieses Kindergartengesetz durchaus eine Verbesserung bringen können, nämlich dann, wenn sie in Bedarfsplanungen aufgenommen worden sind, was auch in sehr vielen Fällen geschehen ist. Dann haben sich nämlich die Betriebskostenzuschüsse von 56 auf

63 % erhöht. Es gibt eine Menge gemeindeübergreifender Einrichtungen, die jetzt einen höheren Zuschuss bekommen als vorher.

Die Gemeinden haben darüber hinaus in vielen Fällen, in denen sie eine Aufnahme in den Bedarfsplan nicht vorgenommen haben, auf freiwilliger Basis einen Zuschuss festgesetzt, der über den verpflichtenden 31 % liegt.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: 31,5!)

– 31,5. Vielen Dank für diese Korrektur, Herr Kollege Noll.

Aber wir sehen uns jetzt einer offensichtlich steigenden Zahl von Fällen gegenüber, in denen die Abstimmung vor Ort nicht funktioniert.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: So ist es!)

Wir haben deutlich gemacht, dass wir dafür eigentlich die Kommunen in der Zuständigkeit sehen und dass wir ihnen zutrauen, eine vernünftige Absprache für diese Fälle zustande zu bringen. Wir glauben ja daran, dass die Probleme am besten vor Ort gelöst werden können. Deshalb haben sich die kommunalen Landesverbände, der Paritätische Wohlfahrtsverband und damals noch das Sozialministerium zusammengesetzt und erst im April ein gemeinsames Papier beschlossen. Wenn sich die Kommunen daran halten würden, gäbe es das Problem nicht. Aber es gibt offensichtlich Kommunen, die unbelehrbar sind. Anders könnten solche Beschlüsse wie jetzt der des Stuttgarter Gemeinderats oder auch anderswo im Land nicht zustande kommen.

Deswegen halten wir es für richtig, dass die beiden Regierungsfractionen uns auffordern, im Herbst einen Bericht vorzulegen, wie viel konkrete Fälle uns bekannt sind, wo Kindergärten in existenzielle Not kommen,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Den Bericht haben wir doch schon gehört!)

weil ein Finanzausgleich zwischen den Zentralorten und zuliefernden Orten offensichtlich nicht möglich ist.

(Abg. Schmiedel SPD: Es geht doch um die Kinder! – Abg. Kretschmann GRÜNE: Was haben sie von dem Bericht?)

– Auf der Grundlage eines solchen Berichts besteht die Absicht beider Fraktionen – und wir halten das für richtig –, dann ins Gesetz zu gehen und nachzusteuern.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das zu tun, was man eh schon tun muss!)

Das ist für uns die Ultima Ratio, weil wir es im Prinzip für richtiger halten, dass eine Einigung vor Ort erfolgt.

Aber ich möchte auch klar sagen: Es kann nicht sein, dass Einrichtungen, die von Eltern gewünscht werden und für die Kinder wichtig sind, in ihrer Existenz bedroht werden, weil eine solche Einigung nicht zustande kommt.

(Abg. Fischer SPD: Aber das ist doch bekannt, Herr Staatssekretär!)

(Staatssekretär Rau)

Das war nicht die Absicht des novellierten Kindergarten-gesetzes, und deswegen stehen wir dahinter, bei entsprechendem Bedarf im Herbst eine Gesetzesnovelle durch dieses Haus zu bringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Fischer SPD: Sie wollen uns nur nicht Recht geben, weil wir das schon lang gefordert haben!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Doch!)

– Frau Abg. Wonnay, ich erteile Ihnen das Wort. Sie haben noch 1 Minute und 15 Sekunden.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: So lange?)

**Abg. Marianne Wonnay SPD:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wenn wir diese Debatte zum ersten Mal führen würden, dann hätte ich Verständnis für diese Position. Aber wir führen diese Debatten jetzt seit über zwei Jahren, und es ist doch nicht so, Herr Kollege Noll, Herr Kollege Klenk, dass die kommunalen Landesverbände und der Paritätische Wohlfahrtsverband erst jetzt einsteigen würden und das jetzt etwas Neues wäre.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Aber jetzt haben sie es unterschrieben!)

– Ach, ich bitte Sie. Von Anfang an gab es Tagungen dazu und das Bemühen, dies umzusetzen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist richtig!)

Es hat mich gefreut, dass heute niemand gesagt hat: Wir wollen diese gesetzliche Regelung nicht.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist doch ein Fortschritt!)

– Das ist in der Tat ein Fortschritt. Ich habe in diesem Haus gelernt, mich darüber zu freuen,

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

wenn es einmal zu einem Fortschritt kommt. Aber im Interesse der Kinder, im Interesse von Trägervielfalt, im Interesse von Rechtssicherheit sage ich Ihnen – ich tue es Ihnen zuliebe, Herr Kollege Noll, auf Lateinisch –:

(Abg. Wieser CDU: Ei!)

Lassen Sie uns diese Geschichte nicht länger hinhalten. Das haben Sie schon viel zu lange getan. Ich beantrage, dass wir heute über unseren Antrag abstimmen

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Hic et nunc!)

und dieses Signal setzen – „Hic Rhodus, hic salta“.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

(Abg. Wieser CDU: Frau Präsidentin, gestatten Sie eine Frage zu dem lateinischen Zitat? – Gegenruf des Abg. Fischer SPD: Nein, das geht nicht!)

Herr Abgeordneter, bitte.

**Abg. Wieser CDU:** Wenn ich es richtig weiß, heißt es: „Hier ist Rhodos, hier wird getanzt.“ Das hat mit der Abstimmung nichts zu tun.

(Heiterkeit – Zurufe, u. a. Abg. Birzele SPD: Das war jetzt geschäftsordnungsmäßig eine Kurzintervention! Aber eine verfehlte! – Unruhe)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Erledigung der Anträge.

Abschnitt I des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2791 (geänderte Fassung), ist durch die Aussprache erledigt.

Zu Abschnitt II dieses Antrags liegt ein Änderungsantrag und zu diesem wiederum ein Änderungsantrag vor. Ich stelle zunächst diesen Änderungsantrag, nämlich den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/4458, zur Abstimmung.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Der andere ist doch weiter gehend! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Der andere ist weiter gehend!)

Herr Abg. Seimetz.

**Abg. Seimetz CDU:** Ich bitte um namentliche Abstimmung.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Es wurde ein Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt. – Dieser Antrag findet die erforderliche Mehrheit.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Zur Geschäftsordnung!)

Herr Abg. Kretschmann, zur Geschäftsordnung.

(Zurufe von der CDU, u. a.: Wir sind doch in der Abstimmung! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich darf um Ruhe bitten. Hier liegt ein Antrag zur Geschäftsordnung vor.

Herr Abg. Kretschmann.

**Abg. Kretschmann GRÜNE:** Der Antrag der SPD ist unserer Ansicht nach der weiter gehende. Darüber ist sofort abzustimmen.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Der Änderungsantrag der SPD? Sie wünschen zunächst über diesen Antrag abzustimmen?

**Abg. Kretschmann GRÜNE:** Wenn dieser Antrag abgelehnt wird, was zu erwarten ist, können wir dem Antrag von CDU und FDP/DVP dennoch zustimmen. Er ist ja besser als nichts. Umgekehrt gilt das natürlich nicht. Deswegen

(Kretschmann)

wäre ich in meinem Abstimmungsverhalten gehindert, wenn Sie so abstimmen lassen, wie Sie es vorhaben, Frau Präsidentin.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abgeordneter, wenn wir einen Änderungsantrag zum Änderungsantrag haben, geht der Änderungsantrag zum Änderungsantrag vor.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Immer!)

Der Änderungsantrag zum Änderungsantrag ist der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Abg. Birzele.

**Abg. Birzele** SPD: Aber vielleicht sehen die Regierungsfractionen ein, was der Kollege Kretschmann gerade gesagt hat,

(Abg. Dr. Christoph Palmer CDU: Nein!)

dass sinnvollerweise zunächst über den weiter gehenden Antrag abgestimmt wird, damit uns die Möglichkeit eingeräumt wird, wenn Sie unseren Antrag abgelehnt haben, Ihrem Antrag zuzustimmen. Denn das wäre immer noch besser als der gegenwärtige Zustand.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU – Abg. Zeller SPD: Zustimmung!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, wir gehen so vor, wie es auch die Verwaltung vorschlägt. Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP ab.

(Zurufe der Abg. Kretschmann GRÜNE und Carla Bregenzer SPD)

Es ist namentliche Abstimmung beantragt. Wer dem Antrag Drucksache 13/4458 zustimmen möchte,

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

den bitte ich, mit Ja zu antworten. Wer ihn ablehnen möchte, den bitte ich, mit Nein zu antworten. Wer sich der Stimme enthalten möchte, der antworte mit „Enthaltung“.

Ich bitte Herrn Schriftführer Sakellariou, mit dem Namensaufruf zu beginnen. Ich darf Sie bitten, während des Namensaufrufs möglichst ruhig zu sein, damit wir schnell durchkommen.

Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben J.

(Namensaufruf)

Meine Damen und Herren, die Abstimmung ist beendet. Ich bitte die Schriftführer, das Abstimmungsergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, die Plätze wieder einzunehmen. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt nunmehr vor.

Beteiligt haben sich 102 Abgeordnete.

*Mit Ja haben 56 Abgeordnete gestimmt,  
mit Nein haben 46 Abgeordnete gestimmt.*

Dem Änderungsantrag Drucksache 13/4458 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

\*

Mit J a haben gestimmt:

Behringer, Heiderose Berroth, Dr. Birk, Blenke, Dr. Carmina Brenner, Elke Brunnemer, Heike Dederer, Döpfer, Drautz, Beate Fauser, Fleischer, Renate Götting, Friedlinda Gurr-Hirsch, Hauk, Heinz, Herrmann, Hillebrand, Hitzler, Hoffmann, Jägel, Kiefl, Kleinmann, Klenk, Dr. Klunzinger, Köberle, Dr. Lasotta, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, Mack, Mappus, Müller, Dr. Noll, Dr. Christoph Palmer, Pfister, Pfisterer, Rau, Rech, Reichardt, Röhm, Rückert, Schebesta, Dr. Scheffold, Scheuermann, Dr. Schüle, Schuhmacher, Seimetz, Stächele, Dr. Steim, Dr. Monika Stolz, Theurer, Traub, Dr. Vetter, Christa Vosschulte, Wacker, Wieser, Clemens Winckler.

Mit N e i n haben gestimmt:

Katrin Altpeter, Theresia Bauer, Bayer, Birzele, Braun, Carla Bregenzer, Capezzuto, Drexler, Fischer, Gaßmann, Göschel, Rosa Grünstein, Gustav-Adolf Haas, Haller, Rita Haller-Haid, Rudolf Hausmann, Ursula Haußmann, Junginger, Käppeler, Kaufmann, Birgit Kipfer, Knapp, Kretschmann, Brigitte Lösch, Boris Palmer, Margot Queitsch, Renate Rastätter, Christine Rudolf, Rust, Sakellariou, Schmid, Regina Schmidt-Kühner, Schmiedel, Seltenreich, Edith Sitzmann, Staiger, Stickelberger, Teßmer, Inge Utzt, Walter, Ruth Wockenmann, Weiß, Wichmann, Wintruff, Marianne Wonnay, Zeller.

\*

Abschnitt II des Antrags Drucksache 13/2791 (geänderte Fassung) und der Änderungsantrag Drucksache 13/4449 sind dadurch erledigt.

Frau Abg. Wonnay, bitte sehr.

**Abg. Marianne Wonnay** SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich möchte eine Erklärung zum Abstimmungsverhalten der SPD-Fraktion abgeben.

Wir haben Ihren Antrag abgelehnt, auch wenn er erfreulicherweise jetzt Ihre Absicht bekundet, dass Sie endlich – wenn auch viel zu spät – eine gesetzliche Regelung ergreifen wollen, um dieses wichtige Problem endlich zu lösen.

(Zurufe der Abg. Behringer und Scheuermann CDU)

Um aber zu verhindern, dass es weitere solche Pressemitteilungen gibt, wie sie im Juni leider keine Einzelfälle geblieben sind – „Aus für Waldkindergarten“, zum Beispiel in Buchenbach, in anderen Orten ähnlich –, hätte es heute eines klaren Signals bedurft, für das sich auch der Stuttgarter Gemeinderat über alle Fraktionsgrenzen hinweg ausgesprochen hat. Zugunsten einer gesetzlichen Regelung wäre heu-

(Marianne Wonnay)

te überfällig gewesen, nicht wieder weitere Verzögerungshürden einzubauen – einen Bericht zu verlangen und eine relevante Zahl festzulegen –, sondern klipp und klar zu sagen, dass man festgestellt hat, dass die bisherige Regelung nicht ausreicht

(Abg. Fleischer CDU: Das geht über eine Erklärung zur Abstimmung hinaus!)

und dass man eine gesetzliche Regelung braucht. Dazu konnten Sie sich heute nicht aufrufen.

(Abg. Fleischer CDU: Keine Sachdebatte! Das ist keine Erklärung zur Abstimmung!)

Sie haben uns keine andere Möglichkeit gelassen, als Ihren Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Frau Abg. Bauer, wollen Sie ebenfalls eine Erklärung zur Abstimmung abgeben? – Bitte sehr.

**Abg. Theresia Bauer GRÜNE:** Im Namen der Fraktion GRÜNE möchte ich mich der Erklärung von Frau Wonnay anschließen. Auch wir haben bei diesem Antrag eben mit Nein stimmen müssen, weil wir unsere Auffassung zum Ausdruck bringen wollten, dass man heute die Grundlage für eine gesetzliche Regelung hätte schaffen müssen.

Wir wollten deswegen dem Antrag der SPD zustimmen. Sie haben uns durch das Verfahren, das Sie gewählt haben, daran gehindert, so abzustimmen. Deswegen mussten wir mit Nein stimmen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Fleischer CDU: Das war jetzt korrekt!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, wir haben nun noch über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2899, zu befinden. Abschnitt I, ein Berichtsantrag, ist auch hier erledigt.

Wünschen Sie Abstimmung über Abschnitt II? – Dieser Abschnitt ist ebenfalls erledigt.

Damit ist Punkt 9 der Tagesordnung abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

**a) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Reform der Grundschule vor dem Hintergrund der Länderauswertung der Internationalen Grundschul-Leseuntersuchung (IGLU und IGLU-E) – Drucksache 13/2835 (geänderte Fassung)**

**b) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Bildungsplanreform 2004: Einführung der neuen Bildungspläne im Schuljahr 2004/05 – Drucksache 13/3073**

**c) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Bildungsstandards in Baden-Württemberg – alter Wein in neuen Schläuchen? – Drucksache 13/3133**

**d) Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Schulübergang auf neuen Wegen – Drucksache 13/3552**

**e) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Erziehungspartnerschaft statt verpflichtender „Grundschulempfehlung“ – Drucksache 13/4300**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung zu a und b fünf Minuten, für die Begründung zu c bis e je fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wacker.

**Abg. Wacker CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Anträge der CDU-Fraktion zur IGLU-Studie und zur großen Bildungsplanreform vom Januar bzw. März des letzten Jahres sind noch heute hochaktuell. Ich darf einige wesentliche Kernthesen vortragen, die die IGLU-Studie speziell für Baden-Württemberg zum Ausdruck gebracht hat.

Erste Bemerkung: Die Viertklässler in Baden-Württemberg haben bei der Lesekompetenz im bundesweiten Vergleich am besten abgeschnitten und belegen bei diesem Test international den fünften Platz. Das heißt, unsere Schülerinnen und Schüler gehören zur internationalen Spitzengruppe.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Aber nur in der Grundschule!)

Zweite Bemerkung: Auch im naturwissenschaftlichen und mathematischen Bereich belegen unsere Schülerinnen und Schüler in der Grundschule, die Viertklässler, jeweils Rang 1 und im internationalen Bereich Platz 2.

Dritte Feststellung: Die Leistungsunterschiede zwischen den starken und schwachen Schülern sind nirgendwo so gering wie in Baden-Württemberg. Hier lassen sich die Ergebnisse international hervorragend darstellen. Auch hier gehören wir zur Spitzengruppe.

Meine Damen und Herren, um das in diesem Zusammenhang deutlich zu sagen: Dies ist ein besonderes Verdienst unserer Pädagogen an den Grundschulen. Wir haben gute Pädagogen, und unsere guten Pädagogen sind gute Diagnostiker, die ein gutes Einschätzungsvermögen besitzen, vor allem wenn es darum geht, im Rahmen der Grundschulempfehlung eine entsprechende Empfehlung im Einvernehmen mit den Eltern abzugeben.

(Abg. Wieser CDU: Das sind aber meist Frauen, Herr Kollege! Sie sollten einmal den Frauen danken! – Gegenruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Hoi!)

Es ist ein besonderes Verdienst der Eltern, denn sie bringen sich gerade in unsere Grundschulen aktiv ein. Sie begleiten aufmerksam den Bildungsprozess an unseren Grundschulen. Dies ist auch ein Grund, weshalb es zwischen den Lehrkräften an unseren Grundschulen und den Eltern ein hohes Einvernehmen gibt, vor allem wenn es um die Formulierung

(Wacker)

der Grundschulempfehlung bzw. der Bildungsempfehlung geht.

Es ist auch ein Verdienst der Politik, denn wichtige Reformmaßnahmen greifen in unserem Land. Das Reformkonzept „Schulanfang auf neuen Wegen“ ist mittlerweile längst Konsens, auch hier im Haus, und wir haben auch bei unserem Besuch in Thüringen erst vor wenigen Wochen erleben dürfen, dass neben vielen anderen Bundesländern auch Thüringen das Beispiel Baden-Württembergs erfolgreich nachahmt.

Viele Maßnahmen haben zu diesem Erfolg der Grundschule beigetragen. Als Stichworte nenne ich zunächst die frühere Einschulung. Hier verfolgen wir den richtigen Trend. Die neue Stichtagsregelung, die zu einer Flexibilisierung beiträgt, befördert diesen wichtigen Prozess. Die Kooperation mit den Kindergärten ist verpflichtend – damit sind wir auch hier im Ländervergleich wegweisend –, und die flächendeckende Einführung unserer Grundschulfremdsprache ist ein weiteres wichtiges Element der Qualitätsverbesserung an unseren Grundschulen.

Meine Damen und Herren, wir müssen, wenn wir Bildungsdebatten führen, auch die Stärken in unserem System hervorheben. Wir dürfen nicht nörgeln und kritisieren, sondern müssen da Leistung anerkennen, wo diese auch zutage tritt.

(Beifall bei der CDU)

Der zweite Teil betrifft die große Bildungsplanreform. Damit komme ich kurz auf unseren zweiten Antrag zu sprechen. Die Bildungsplanreform wurde für alle Schularten mit dem Schuljahr 2004/05 flächendeckend eingeführt. Ich glaube, ich brauche die Elemente der Bildungsplanreform hier nicht noch einmal zu erläutern. Diese sind allen bekannt.

Die PISA-Studie zeigt, dass wir uns hier auf dem richtigen Weg befinden, weil wir auf bessere Unterrichtsqualität setzen, und diese Bildungsplanreform konzentriert sich auf die qualitative Weiterentwicklung des Unterrichts. Als das Kultusministerium bereits im Jahr 2000 damit begonnen hat, erste Entwürfe zu erarbeiten und Experten einzubeziehen, war das ein Prozess, der bereits vor PISA in die Wege geleitet wurde. Die Tatsache, dass 600 Erprobungsschulen verteilt auf alle Schularten, im Vorfeld die Bildungspläne erprobt und getestet haben, zeigt, dass es sich hier um keinen Schnellschuss handelte, sondern um ein ausgereiftes Bildungskonzept für die Zukunft, das jetzt für alle Schularten zum Tragen kommt.

Wir konzentrieren uns auf das Wesentliche und geben den Schulen damit mehr Freiraum. Das sind die Kernelemente unseres Bildungskonzepts und damit auch der Einführung der neuen Bildungspläne.

Wir haben über den Fahrplan diskutiert. Es stand durchaus zur Debatte, ob man die neuen Bildungspläne generell einführt, zeitgleich für alle Jahrgangsstufen, oder ob wir moderat jeweils mit Klasse 1 und 2 bzw. ab Klasse 5 beginnen. Wir haben uns für den behutsameren Weg entschieden. Dennoch haben sich fast 200 Grund- und Hauptschulen in Baden-Württemberg dafür ausgesprochen, für alle Jahr-

gangsstufen die Bildungspläne einzuführen. Das spricht auch in diesem Bereich für ein besonderes Engagement aller am Schulleben Beteiligten, insbesondere der Lehrkräfte. Auch hier ist ein besonderer Dank an die Lehrerkollegien angemessen. Ohne ihr großes Engagement wäre dieser bildungspolitische Kraftakt in Baden-Württemberg nicht denkbar gewesen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, es ließe sich noch vieles zu diesem Thema sagen. Aber es sei mir erlaubt, in aller Kürze auch auf die Anträge einzugehen, die die anderen Fraktionen hier stellen. Es wird immer wieder die Frage der Grundschulempfehlung vorgebracht. Kollegin Rastätter fordert hier eine stärkere Rolle der Eltern ein. Aber gerade der erfolgreiche Bildungsverlauf der Grundschüler belegt, dass es hier eine maximale Einbindung der Eltern bereits gibt. Dass lediglich 7 % der Eltern die Grundschulempfehlung nicht nutzen und dass es eine hohe Trefferquote gibt, die deutlich über 90 % liegt, dass es nur einen geringen Anteil von Schülern gibt, die während der weiteren schulischen Laufbahn einen Schullaufbahnwechsel vornehmen, zeigt, dass wir auf dieses Element der Dreigliedrigkeit auch in Zukunft setzen müssen unter der Maßgabe, dass Durchlässigkeit das ganz Entscheidende ist.

(Abg. Wieser CDU: Leistung ist das Entscheidende!)

Die Grundschulempfehlung ist kein Widerspruch zur Durchlässigkeit, sondern sie befördert diese, weil diese in hohem Maße in unserem Land akzeptiert wird.

So weit in der ersten Runde. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Rudolf.

**Abg. Christine Rudolf SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und meine Herren! Es ist schade, dass Frau Kultusministerin Schavan nicht mehr da ist, denn ich möchte den Schluss der vorigen Debatte über das Thema Hauptschule hier nicht unkommentiert stehen lassen. Es wird einfach nicht besser, wenn man Falschheiten an dieser Stelle wiederholt.

Ich habe gerade eben einfach noch einmal ein paar Zahlen zusammengestellt. 9 % der Kinder, deren Eltern den Hauptschulabschluss als höchsten Bildungsabschluss haben, haben in Baden-Württemberg die Chance, eine Universität zu erreichen. Kinder aus Elternhäusern, in denen das Abitur der höchste Bildungsabschluss ist, gehen zu 60 % auf Universitäten, und Eltern, die selber einen Hochschulabschluss haben, schaffen es zu 85 %, ihre Kinder auf eine Universität zu schicken und sie dort zum Studienabschluss zu bringen.

(Abg. Wieser CDU: Meinen Sie, die haben den Hochschulabschluss im Lotto gewonnen?)

(Christine Rudolf)

Das ist die soziale Selektion, die unser Schulsystem leistet, und daran ändern irgendwelche falsche Behauptungen hier nichts. Das sind die Zahlen von PISA.

(Beifall bei der SPD – Abg. Herrmann CDU: Aber Handwerker ist auch ein anständiger Beruf, und den diskreditieren Sie damit! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Das ist in keinem Land der Welt so!)

Die Grundschule ist die Schule, in der für die Bildungserfolge, die ich gerade genannt habe, die Weichen gestellt werden. Deswegen muss unser Augenmerk sehr stark und in erster Linie auf die individuelle Förderung an Grundschulen gerichtet werden, weil das „Grundschulabitur“, nämlich die Schullempfehlung, beileibe nicht eine besonders hohe Trefferquote hat. Da müssen Sie sich entscheiden, Herr Wacker, ob Sie Recht haben oder Frau Schavan. Denn wenn Sie sagen, es gebe eine hohe Trefferquote und die Schüler seien nachher auf der richtigen Schule im dreigliedrigen Schulsystem, während Frau Schavan an der gleichen Stelle hier sagt, unser Schulsystem sei sehr durchlässig und sei besonders toll, dann ist das ein Widerspruch, der sich nicht auflösen lässt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Wacker CDU: Nein, Sie müssen sich nur die Zahlen anschauen! Wie viel Prozent der Realschüler besuchen denn die beruflichen Gymnasien? Wie viel Prozent der Hauptschüler absolvieren die Werkrealschule? Das ist Durchlässigkeit! – Abg. Herrmann CDU: Der Mensch fängt nicht erst beim Hochschulabschluss an!)

– Sie geben mir das richtige Stichwort, Herr Wacker. Die größte Lüge, die Sie aufbauen, ist ja, dass zwei Drittel unserer Jugendlichen in Baden-Württemberg berufliche Schulen in irgendeiner Form besuchen. Da haben Sie eigentlich die Gesamtschule, nur am Ende des Bildungsgangs. Wenn wir uns hier dauernd über Ressourcen und deren Verteilung unterhalten, dann müssen Sie sich überlegen, ob Sie die Ressourcen am Ende eines Bildungssystems hineinstecken und dort das reparieren, was zuvor im dreigliedrigen Schulsystem nicht funktioniert hat,

(Zuruf des Abg. Dr. Scheffold CDU)

oder ob Sie dieses Geld in den Beginn der Bildung stecken, nämlich in den Kindergarten und in die Grundschule, dorthin, wo nämlich die Weichen für die Bildungserfolge der Zukunft wirklich gestellt werden.

(Beifall bei der SPD)

Was müsste dazu an der Grundschule selber besser laufen? Es ist unbestritten, dass es in Baden-Württemberg hervorragende Grundschulen gibt. Das sind die, die wir alle besuchen. Ich habe zwei oder drei davon auch in meinem Wahlkreis; ich gehe dort immer sehr gern hin.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Was?)

Die sind innovativ, engagiert, bringen Modelle auf den Weg, die dann im Land Nachahmung finden. Meine große Sorge aber ist: Ihre Reformen, meine Damen und Herren von der CDU, und auch die Reformen der Landesregierung

bleiben hier immer stecken. Es gibt keine Baden-Württemberg-weit organisierte flexible Eingangsstufe. Es gibt Schulen, in denen es das gibt, und die Kinder, die dort anfangen, haben einen enormen Vorteil. Sie haben gerade eben gesagt, dass sich 200 Schulen in Baden-Württemberg dazu entschlossen haben, keine Noten mehr zu geben, sondern Leistungsempfehlungen.

Es gibt 450 Grundschulen in Baden-Württemberg, die bewegungsorientiert sind, aber wir haben 1 700 Grund- und Hauptschulen in Baden-Württemberg. Wenn Sie die Zahlen zusammenzählen, erkennen Sie: Es gibt Schulen, die sich auf den Weg machen und Hervorragendes leisten, und es gibt in Baden-Württemberg Schulen, die das eben nicht tun. Wir sind hier für alle verantwortlich und nicht nur für einige wenige.

(Beifall bei der SPD – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist wohl wahr! Ja!)

Meine große Sorge an dieser Stelle ist wirklich – und das lässt sich anhand der Grundschule eben exemplarisch darstellen –, dass es immer häufiger Zufall ist, ob ich die Möglichkeit habe, mein Kind auf eine gute öffentliche Schule zu schicken, oder nicht. Wir haben hier das Wohnortprinzip. Ich kann es mir nicht aussuchen. Es gibt, wie ich gerade schon gesagt habe, Schulen, die innovativ, hervorragend und gut arbeiten, und es gibt eben Grundschulen, die das nicht tun. Wenn ich dann das Pech habe, mit meinen Kindern in der Nähe einer Grundschule zu wohnen, die sich nicht auf den Weg gemacht hat und zum Beispiel auch die Bildungspläne nicht umgesetzt hat – auch darüber gibt es ja Befragungen und Untersuchungen –, dann gehen diese Kinder eben schlechteren Bildungschancen entgegen.

Das ist die Wahrheit in Baden-Württemberg. Für diese Politik sind Sie hier verantwortlich, mit Ihren Modellprojekten, die auf die Länge nie richtig ausgestattet sind und die nie flächendeckend eingeführt werden.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wollt ihr die Schulbezirke abschaffen?)

– Nein, ich will nicht die Schulbezirke abschaffen, sondern ich will für ganz Baden-Württemberg die gleichen Bildungschancen, nicht nur in Modellschulen, sondern in jeder normalen Grundschule, wie wir sie hier in Baden-Württemberg haben.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Ich fasse die wichtigsten Punkte noch einmal zusammen:

Es wäre wichtig, eine verbesserte Eingangsstufe an allen baden-württembergischen Grundschulen einzuführen. Dafür müssten Mittel und Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, weil die Kindergärten und die Grundschulen an dieser Stelle zusammenarbeiten müssen.

Das Zweite ist, dass der Leistungsdruck, der durch die Grundschullempfehlung inzwischen schon in der zweiten Klasse erzeugt wird, zurückgenommen werden muss. Dafür haben wir ja die Empfehlung, auf jeden Fall einmal die sechsjährige Grundschule einzuführen. Es gibt aber auch –

(Christine Rudolf)

wenn Sie das nicht wollen – andere Möglichkeiten, nämlich Schulberichte statt Zeugnisse oder Elterngespräche statt Zeugnisse.

Nach wie vor fehlt die verlässliche Halbtagschule, weil Sie sich da mit unterschiedlichen Kombinationen durchmogeln.

Wenn man daraus ein Resümee zieht, ist festzustellen: Die Grundschule ist sicherlich die Schule in Baden-Württemberg, die insgesamt am innovativsten ist. Aber, wie gesagt, es gibt große Unterschiede zwischen Grundschulen in Baden-Württemberg. Wir sind hier für alle verantwortlich. Mit immer neuen Modellen, die für ein paar Schulen ein Stück weit infrage kommen, aber für die große Mehrheit keine Veränderung bedeuten, schaffen Sie keine neue Schullandschaft. PISA hat uns viele Hausaufgaben gegeben – Sie haben wenig davon gelöst.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kleinmann.

**Abg. Kleinmann FDP/DVP:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich mit einem Zitat beginnen. Es bezieht sich auf Baden-Württemberg und steht bei IGLU 2004 auf Seite 178:

*Die Leistungen in der Grundschule sind signifikant weniger vom sozialen Hintergrund abhängig als in späteren Schulstufen.*

(Zuruf des Abg. Göschel SPD)

Der Zusammenhang zwischen schulischer Leistung und sozialer Herkunft der Schüler ist im baden-württembergischen Schulsystem insgesamt erfreulich gering. IGLU belegt jedoch, dass soziale Disparitäten in den weiterführenden Schulen größer sind als zuvor in der Grundschule.

(Zurufe von der SPD, u. a. des Abg. Wintruff)

– Ich sage ja nicht, dass Sie etwas anderes sagen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ein Geschwalle!  
– Unruhe)

– Intellektuell kann ich das nicht nachvollziehen, Frau Haußmann. Ihr Kollege Wintruff, Vorsitzender des Schulausschusses, sagt: „Dies sagen wir auch.“ Und Sie sagen jetzt, das sei ein Geschwalle. Also, entschuldigen Sie einmal!

(Abg. Wieser CDU: Und bei Kirchenbesuchern, wie ist es da? – Unruhe)

Das muss zumindest auch etwas mit der Schnittstelle Grundschule/weiterführende Schule zu tun haben. Genau das haben wir in unserem Antrag thematisiert. Ich danke der Landesregierung zunächst für ihre ausführliche Stellungnahme dazu. Denn sie unterstreicht darin etwa das Erfordernis, die Kooperation zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen weiter zu intensivieren. Nimmt man eine engere Kooperation auch der weiterführenden Schulen untereinander hinzu, ergibt das sicher einen wichtigen Schritt, die genannte Schnittstelle besser zu gestalten.

Die Landesregierung bekundet, etwa für die Erprobung von jahrgangsübergreifendem Unterricht in den Klassenstufen 5 und 6 auch von Realschulen und Gymnasien offen zu sein. Auch das weist, Frau Rastätter, in die richtige Richtung.

In der Frage der Treffsicherheit der Grundschulempfehlung bleiben wir freilich unterschiedlicher Meinung. Ich will das hier nicht ausdiskutieren, aber zunächst sagen, was wir mit einem „Schulübergang auf neuen Wegen“ nicht meinen. Wir meinen nicht die freie Elternwahl.

(Abg. Wieser CDU und Abg. Fischer SPD: Freie Elternwahl?)

PISA zeigt: Bundesländer, die so verfahren, haben hinsichtlich sozialer Disparitäten besonders schlechte Werte. Wir meinen auch nicht die verbindlich vorgegebene sechsjährige Grundschule.

Der Landeselternbeirat, meine Damen und Herren, weist zum Beispiel einerseits darauf hin, dass sich die Probleme nach sechs Jahren nicht entscheidend anders darstellten als nach vier Jahren, dass aber andererseits eine noch längere gemeinsame Grundschulzeit – etwa neun Jahre – die Probleme der Unterforderung weiter verschärfen würde.

(Abg. Fischer SPD: Bei richtigen Lerninhalten und richtiger Einteilung nicht, Herr Kollege!)

Das sehe ich in gleicher Weise.

In unserem Antrag nehmen wir Bezug darauf, dass es der Integrierten Gesamtschule Mannheim-Herzogenried gelingt, in erheblichem Umfang Schüler mit Realschulempfehlung zum Abitur zu führen, in geringerem Umfang auch solche mit einer Hauptschulempfehlung. Dazu sagt die Landesregierung:

*Die Erfahrungen mit der Integrierten Gesamtschule Mannheim sind ... Ausdruck der Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit des gegliederten Schulwesens in Baden-Württemberg ...*

Genau! Aber warum so dann nur in Mannheim-Herzogenried?

(Abg. Wieser CDU: Mannheim vorne!)

Anderes Beispiel: abermals Grund- und Hauptschule mit Werkrealschule, Amtzell. Dort ist es gelungen, die Hauptschule durch besondere Angebote für annähernd zwei Drittel – es sind 62 oder 63 %, nicht ganz 66 % – der Schülerinnen und Schüler attraktiv zu machen, also ein ganz anderer, den lokalen Gegebenheiten entsprechender Weg. Auch dieser Weg ist, meine ich, beispielhaft – nicht zuletzt übrigens hinsichtlich des Themas „Eltern und kommunale Partnerschaft“.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Das ist eine regionale Schule!)

– Richtig!

Uns reicht es nicht, solche Modelle zuzulassen. Wir wollen, dass Schulen, Eltern, Schulträger und auch die Schüler selbst dazu ermuntert werden, neue Wege des Schulüber-

(Kleinmann)

gangs vor Ort zu finden und zu erproben. Was sich bewährt, soll beispielgebend wirken und von unten weiter wachsen.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abg. Kleinmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller?

**Abg. Kleinmann FDP/DVP:** Aber natürlich.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Bitte sehr, Herr Abg. Zeller.

(Abg. Wieser CDU: Aber bitte eine Frage und keinen Vortrag!)

**Abg. Zeller SPD:** Herr Kollege Kleinmann, nachdem Sie gerade die Hauptschule Amtzell zitiert haben: ...

(Abg. Theurer FDP/DVP: Radolfzell!)

**Abg. Kleinmann FDP/DVP:** Nicht Radolfzell, Amtzell.

**Abg. Zeller SPD:** ... Ist Ihnen bewusst, dass diese Schule im Grunde genommen als eine regionale Schule geführt wird, also ein Angebot an die Kinder und Jugendlichen macht, das andere Schulen, beispielsweise in Rheinland-Pfalz, unter dem Stichwort „Regionale Schule“ haben, und sowohl die mittlere Reife als auch den Hauptschulabschluss anbietet?

(Abg. Wieser CDU: Es gibt doch einen Vortrag und keine Frage!)

**Abg. Kleinmann FDP/DVP:** Herr Kollege Zeller, die Schule in Amtzell ist eine Schule, die besonders – was ich vorhin in meinem ersten Redebeitrag schon sagte – fördert und fordert. Die guten Schülerinnen und Schüler werden dahin gehend gefördert, dass sie einen qualifizierten Werkrealschulabschluss machen, um nachher ein berufliches Gymnasium besuchen und das Abitur machen zu können.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Ich war ja dort und habe mir das genau angesehen. Und da es ein Treppenwitz wäre, die guten Schüler zu fördern und die schlechten nicht, deshalb werden die schlechten Schüler in gleicher Weise gefördert. Damit gibt es dort auch hervorragende mittlere Abschlüsse bzw. hervorragende Hauptschulabschlüsse.

Ich sage es noch einmal: Fordern und fördern ist das Ziel, ob Sie das in einer Hauptschule – also Grund- und Hauptmit Werkrealschule – oder in einer Realschule oder einem Gymnasium machen.

(Abg. Zeller SPD: Die Schüler machen den Realschulabschluss!)

Auch am Gymnasium muss gefördert werden. Es kann nicht sein, dass man da nur sagt, hier müsse allein gefördert werden.

(Abg. Zeller SPD: Nein! Das ist die Schule, die wir wollen! Amtzell ist die Schule, die wir wollen! Die Schüler dort machen einen Realschulabschluss!)

– Ja, das können sie doch machen. Das eine tun und das andere in gleicher Weise.

(Abg. Göschel SPD: Das haben Sie doch vorhin abgelehnt!)

– Das habe ich nicht abgelehnt. Warum denn?

(Abg. Göschel SPD: Wissen Sie überhaupt noch, was Sie geredet haben? – Abg. Wintruff SPD: Aber Herr Seimetz hat es abgelehnt! – Abg. Göschel SPD: Habt ihr zwei verschiedene Redeschreiber?)

Nach den ersten PISA-Untersuchungen war für viele rasch ausgemacht: Das in der Summe unbefriedigende Abschneiden Deutschlands ist auf Defizite im Primar- und Elementarbereich zurückzuführen. Durch die weiteren Untersuchungen ist mittlerweile manches geradegerückt.

An den ersten nationalen PISA-Befunden habe ich kritisiert, dass sie unberücksichtigt ließen, dass in Baden-Württemberg ein Drittel der Schülerinnen und Schüler über einen mittleren Abschluss und den Besuch eines beruflichen Gymnasiums den Zugang zur Hochschule erreichen. Aber trotzdem erzielt Baden-Württemberg national Bestnoten hinsichtlich geringer sozialer Disparitäten – die Gretchenfrage an jedes Bildungssystem.

(Zuruf von der SPD)

– Ich rede über den Antrag meiner Fraktion. – Bei Einbeziehung des Weges über die beruflichen Vollzeitschulen zeigt sich ein gerade in dieser Hinsicht auch international sehr hohes Niveau unseres gegliederten Schulsystems. Das verpflichtet uns allerdings auch – das will ich schon dazu sagen –, Engpässe auf diesem Weg nicht zuzulassen.

Die IGLU-Untersuchungen bescheinigen unseren Grundschulen höchste Leistungsfähigkeit. Gerade bezüglich der Förderung leistungsschwacher Kinder liegen wir mit ihnen international nach den Niederlanden und Lettland an der Spitze, meine Damen und Herren. Das darf selbstverständlich kein Freibrief dafür sein, in den Anstrengungen für eine weitere intensiviertere frühe Förderung, insbesondere für eine frühe sprachliche Förderung, nachzulassen. Wir wissen, dass zunehmend auch Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshintergrund dieser frühen Förderung bedürfen. Die Stärkung des Bildungsauftrags des Kindergartens und seine noch engere Verzahnung mit der Grundschule – darauf haben Sie, Frau Rudolf, gerade hingewiesen – bleiben hierfür wichtige Bedingungen; da sind wir uns völlig einig. Die gemeinsame Zuständigkeit des Kultusministeriums für beide Bereiche schafft dafür auch administrativ verbesserte Voraussetzungen.

Um die verstärkte Förderung derjenigen, die Schwierigkeiten haben, schulische Anforderungen zu erfüllen, geht es richtigerweise auch bei der Einführung von Bildungsstandards. Baden-Württemberg hat hierbei – Sie wissen es – die Vorreiterrolle übernommen. Im Kern geht es darum – ich habe es hier im Hause bereits ausführlich dargelegt –, mit den Bildungsstandards Mindestanforderungen zu formulieren, die von allen Schülern, auch den schwächeren, erfüllt werden müssen. Schule muss sich also mehr als bisher, und zwar innerhalb der jeweiligen Schulart, um die Schülerin-

(Kleinmann)

nen und Schüler kümmern, die Schwierigkeiten haben, diesen Anforderungen gerecht zu werden. Ich glaube, da sind wir uns auch einig. Das ist die so genannte Outputsteuerung, das ist der Paradigmenwechsel, die mit der Einführung von Bildungsstandards vorgenommen werden. Das ist das Gegenteil von „Alter Wein in neuen Schläuchen“.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Wacker CDU – Abg. Wintruff SPD: Rasender Beifall bei der FDP/DVP! – Gegenruf des Abg. Göschel SPD: Aber nicht geschlossen! Theurer hat nicht geklatscht!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Frau Abg. Rastätter.

**Abg. Renate Rastätter GRÜNE:** Verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Ein Wort der Rückmeldung an Sie, Herr Kleinmann, weil Sie wieder die Schule in Amtzell erwähnt haben:

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Die Schule in Amtzell ist keine Hauptschule mehr. Sie ist genehmigt als Versuchsschule des Landes Baden-Württemberg und heißt mittlerweile „Ländliches Schulzentrum“. Das ist die erste Schule in Baden-Württemberg, die nicht mehr nach Schularten etikettiert ist. Es ist eine Schule, wie wir sie uns künftig vorstellen,

(Abg. Zeller SPD: Das weiß Herr Kleinmann halt alles nicht! – Gegenruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das weiß ich schon!)

eine Schule, die Kinder integrativ zu einem mittleren Bildungsabschluss und zu einem Hauptschulabschluss führt. Dort findet soziales Lernen verbunden mit individueller Förderung statt. Diese Schule hat eine Vorbildfunktion. Ich frage Sie: Warum soll so etwas in Baden-Württemberg nicht flächendeckend möglich sein?

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Zeller SPD: So ist es! – Abg. Wintruff SPD zu Abg. Kleinmann FDP/DVP: Was sagst du jetzt dazu?)

Ein solches Erfolgsmodell muss doch geradezu in die Fläche getragen werden.

Die Bildungsplanreform – das habe ich in der Vergangenheit schon gesagt – geht zwar grundsätzlich in die richtige Richtung, hat aber zwei ganz wesentliche Kardinalfehler. Zum einen halte ich es für einen riesigen Fehler, dass die jetzt kommenden Vergleichsarbeiten benotet werden müssen. Denn wenn wir uns erfolgreiche Bildungssysteme anschauen, stellen wir fest, dass dort Vergleichsarbeiten immer eine Rückmeldung an die Schule geben, ob sie die Qualität, die von ihr erwartet wird, und die Bildungsstandards erreicht. Wenn sie sie nicht erreicht, hat sie ein Problem und muss unverzüglich Verbesserungen einleiten. In dem Augenblick aber, in dem Vergleichsarbeiten benotet werden, passiert wieder das Gleiche, was wir in der Vergangenheit hatten: Es wird gepaukt für die Tests, „teaching for the tests“. Das führt gerade nicht zu einer besseren indi-

viduellen Förderung der Kinder und nicht zu einer Qualitätsverbesserung der Schule. Deshalb müssen wir dringend dafür sorgen, dass diese Vergleichsarbeiten wirklich als echtes Evaluationsinstrument der Schule eingesetzt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Zweiter Kardinalfehler der Bildungsplanreform: Wir haben schulformabhängige Bildungsstandards. Damit wird verhindert, was bei PISA erstmalig möglich war, dass die Leistungen von Schülern über die Schularten hinweg zu einem bestimmten Zeitpunkt verglichen werden können. Das ist mit den schulartabhängigen Bildungsstandards gar nicht möglich, und möglicherweise ist es auch gar nicht erwünscht. Denn dann würde man ja feststellen, dass es an allen Schularten Kinder mit gleicher Begabung und gleicher Leistung gibt. Diese Leistungsüberlappung hat sich gerade bei PISA gezeigt.

Deshalb werden wir Grüne uns weiterhin dafür einsetzen, dass wir schulformübergreifende Bildungsstandards bekommen und dass als erster Schritt die Niveaueinkretisierungen schulartübergreifend umgesetzt werden.

Es passt auch, meine Damen und Herren, überhaupt nicht zu einer Stärkung der Selbstständigkeit und Eigenverantwortung von Schulen, dass wir mit der dreistufigen Übergangsregelung von der Grundschule in die weiterführenden Schulen ein bürokratisches Monster als Verfahren haben. Ich sage bewusst: Das ist ein bürokratisches Monster. Denn es gibt kein Einvernehmen mit den Eltern. Eine freie Wahl nach der Grundschule haben nur die Eltern, die sowieso schon eine freie Wahl haben, nämlich alle diejenigen, deren Kinder Gymasialempfehlung bekommen. Sie können natürlich die Schulart wählen. Aber alle diejenigen Kinder, die eine Empfehlung für die Hauptschule bekommen, sind gezwungen, dort hinzugehen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wieso?)

– Sie werden in ein Verfahren getrieben, bei dem am Schluss über eine Aufnahmeprüfung, die eine Ausnahme-situation für Kinder darstellt, ein unglaublicher Stress und Druck auf die Kinder ausgeübt wird.

(Abg. Rückert CDU: Ja, liebe Zeit!)

Zusätzlich werden sie noch stigmatisiert, wenn sie bei dieser Prüfung durchfallen.

Die verpflichtende Grundschulempfehlung führt zu einer extremen Belastung des pädagogischen Klimas an der Grundschule. Das pädagogische Klima wird zunehmend vergiftet, es wird ein Druck ausgeübt auf Kinder, auf Eltern, auf Lehrkräfte, und damit ist der originäre Bildungs- und Erziehungsauftrag der Grundschule zunehmend gefährdet.

Gerade weil es so ist, Herr Kollege Wacker, weil die Grundschule als eine Schule für alle tatsächlich gut abschneidet,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

ist es nicht gerechtfertigt, dass dieser zunehmende Druck auf die Grundschule immer mehr verschärft wird. Deshalb ist es ganz wichtig, diesen Druck der verpflichtenden

(Renate Rastätter)

Grundschulempfehlung aus der Grundschule herauszunehmen.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, wir Grüne verlangen mit unserem Antrag überhaupt nichts Abwegiges. Der VBE – der Verband Bildung und Erziehung –, der Lehrerverband im Beamtenbund, die Praktiker an den Grundschulen, sie alle verlangen, dass endlich „der viel gepriesenen Pädagogisierung der Grundschule zum Erfolg verholfen werden muss durch die Weitergabe der Übergangentscheidung in den Verantwortungsbereich der Eltern nach einer umfassenden, verbindlichen und zu dokumentierenden Beratung durch Grundschullehrkräfte unter Einbeziehung der Beratungskompetenz von Beratungslehrerinnen bereits ab der dritten Klasse“.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wacker?

**Abg. Renate Rastätter GRÜNE:** Selbstverständlich, Herr Kollege Wacker.

**Abg. Wacker CDU:** Frau Kollegin Rastätter, erlauben Sie mir nur zwei kurze Fragen, weil Sie eben den VBE zitiert haben.

Der VBE hat in seiner Pressemitteilung zum wiederholten Mal ausdrücklich gesagt:

*Die Grundschulempfehlung wird sorgfältig erstellt. Kein Abschluss ohne Anschluss in Baden-Württemberg!*

Dabei wird die Grundschulempfehlung ausdrücklich gelobt. Wie bewerten Sie diese Stellungnahme des VBE?

Die zweite Frage, weil Sie gerade auf Ihren Antrag eingegangen sind: Könnten Sie mir bitte folgenden Widerspruch erklären: Sie fordern in Ihrem Antrag, im Zuge des Schülerrückgangs keine Lehrerstellen einzusparen, während Ihr Fraktionsvorsitzender auf einer Pressekonferenz am 17. Januar ausdrücklich gesagt hat, dass ab dem Jahr 2008 mit Stelleneinsparungen im Lehrerbereich zu rechnen sei. Das war eine Forderung der Grünen damals, und Sie wollen heute durch Ihren Antrag das Gegenteil zum Ausdruck bringen. Können Sie diesen Widerspruch bitte aufklären?

**Abg. Renate Rastätter GRÜNE:** Selbstverständlich, Herr Kollege Wacker. Zunächst: Der VBE sagt zu Recht, dass die Grundschullehrkräfte wirklich auch eine umfassende Diagnose erstellen und eine verantwortungsvolle Empfehlung erteilen. Trotzdem stehen genau diese Lehrer und Lehrerinnen unter einem massiven Druck. Natürlich wissen diese Lehrer und Lehrerinnen – das sagt auch der VBE –, dass sich dieser Druck negativ auf die Grundschule und auf die Pädagogik der Grundschule auswirkt. Genau deshalb fordert der VBE ja in seinem neuen Papier „Auf dem Weg zu einer neuen Grundschule“, die Übergangentscheidung in den Verantwortungsbereich der Eltern zu geben.

Ich füge noch hinzu: Was hat es für eine Konsequenz, wenn ich eine verpflichtende Empfehlung gebe? Das hat die Konsequenz, dass an den Grundschulen auch verhindert wird, dass neue, motivierende, das Selbstwertgefühl der Schüler und Schülerinnen stärkende Leistungsrückmeldungen an der Grundschule entwickelt werden.

Der VBE sagt zur derzeitigen Notengebung an der Grundschule – ich zitiere –:

*Der VBE lehnt ein Notensystem ab, das über Entmutigung, Diffamierung, Bloßstellung, Blamage, Ausgrenzung, Selektion und Auslese zur Demontage des kindlichen Persönlichkeitsempfindens führt und über ein negativ gezeichnetes Selbstbild bereits in diesem frühen Alter Lern- und Lebenschancen einengt.*

Weil wir Grünen genau wissen, welche fatalen Folgen die verpflichtende Übergangsempfehlung in der Grundschule hat, sagen wir: Wir müssen die Übergangentscheidung in die Verantwortung der Eltern geben. Wir wollen die Erziehungspartnerschaft zwischen Elternhaus und Schule stärken. Wir wollen, dass die Grundschulen eine umfassende Beratung leisten und eine Empfehlung geben. Aber letztlich müssen die Eltern in der Lage sein, die Verantwortung zu übernehmen.

(Abg. Wacker CDU: Und die zweite Frage?)

– Die zweite Frage, zu den Ressourcen: Das kann ich Ihnen ganz eindeutig sagen: Wir Grünen haben immer klar gemacht, dass wir den Großteil der Lehrerstellen zunächst in die Qualitätsentwicklung der Schulen geben werden. Das steht für uns absolut im Vordergrund. Dann werden wir in maßvollem Umfang Stellen abbauen. Allerdings werden wir keine Stellen aus der Grundschule abziehen.

(Abg. Wacker CDU: Mehrere Tausend!)

Wir verlangen, dass die Ressourcen in der Grundschule bleiben. Wir wollen eine bessere Förderung der Kinder an der Grundschule. Wir wollen keinen Klassenteiler von 31 an der Grundschule. Keine Grundschulklasse darf über 25 Schüler und Schülerinnen haben, und wir brauchen mehr Unterstützung in kleinen Gruppen an der Grundschule.

(Abg. Wacker CDU: Nicht ganz aufgeklärt!)

Meine Sprechzeit ist zu Ende. Ich bin auf Ihre Fragen intensiv eingegangen und konnte deshalb einiges andere nicht sagen. Aber die Debatte wird fortgesetzt.

Ich komme zum Schluss: Die Grundschule hat es verdient, eine bessere Förderung zu bekommen. Sie hat es verdient, dass der Druck aus dieser Schulart genommen wird. Deshalb wollen wir die Erziehungspartnerschaft zwischen Elternhaus und Schule stärken und auch die Eltern stärker in die Verantwortung nehmen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Rau.

**Staatssekretär Rau:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns liegen eine ganze Reihe von Anträgen zur Grundschule vor, die zeigen, dass diese Schulart immer wieder im Mittelpunkt politischer Debatten steht, auch im Mittelpunkt von Entwicklungen, die in unseren Augen einen sehr erfreulichen Verlauf genommen haben und weiter nehmen werden.

In den Grundschulen hat das umfangreiche Paket an Bildungsreformen, das wir in Baden-Württemberg in den vergangenen Jahren umgesetzt haben, seinen Anfang genommen. Das ist nur konsequent. Das war nicht eine Weiterentwicklung, die mit PISA oder gar erst mit IGLU begonnen hat. Vielmehr ist diese Entwicklung in den Neunzigerjahren begründet worden. Sie führt dazu, dass wir heute in den Grundschulen dieses Landes schon sehr, sehr weit in der Entwicklung fortgeschritten sind.

Die Umstellung auf die Bildungsstandards im Rahmen der Bildungspläne, die jetzt seit einem Jahr für alle Schulen verbindlich sind, hat einen langen Vorlauf. Zahlreiche Grundschulen haben auch schon in der Erprobungsphase daran gearbeitet.

Das führt konsequenterweise dazu, dass wir nicht an allen Schulen die gleichen Entwicklungsgeschwindigkeiten haben. Aber man kann nicht beides haben, Frau Rudolf: auf der einen Seite den Wunsch, mehr Verantwortung an die Schulen zu geben, und auf der anderen Seite eine völlig gleich laufende Entwicklung an den Schulen. Wir müssen damit leben, dass Schulen unterschiedlich lange Zeit brauchen, um diese Entwicklung durchlaufen zu können. Aber wir sind ganz sicher, dass der Prozess so, wie er derzeit stattfindet, dazu führt, dass alle Schulen diesen Weg beschreiten werden.

Es ist richtig, dass noch nicht alle Chancen der Schulentwicklung gleichermaßen genutzt werden. Aber die Kolleginnen der Schulen haben im Vorlauf zum Schuljahr 2004/2005 ganz erhebliches Engagement aufgebracht, um die Umstellung auf die Arbeit nach Bildungsstandards tatsächlich schaffen zu können. Dieses einmal in Gang gebrachte Prozedere führt dazu, dass in diesen Schulen auch in Zukunft an der Schulentwicklung gearbeitet wird.

Ich will gleich sagen, dass deswegen für uns zwingend dazugehört, dass auch die jetzt zur Verfügung gestellten Evaluationsinstrumente von den Schulen eingesetzt und genutzt werden. Evaluation ist die andere Seite der Medaille, mit der den Schulen Freiheit und Verantwortung übertragen wurde. Sie müssen wissen, wo sie mit ihrem Prozess stehen, ob sie ihre Ziele richtig gesetzt haben, ob die Qualitätsentwicklung im Unterricht funktioniert, wie die Schulleitung ihre Verantwortung wahrnimmt, wie die unterschiedlichen Gruppen an den Schulen beteiligt sind. Deswegen halte ich es für ganz wichtig, dass wir Evaluation jetzt nicht als den Versuch, vonseiten der Schulaufsicht mit dem dicken Daumen Druck auf die Schulen auszuüben, diskreditieren, sondern dass wir die Chancen sehen, die in der Evaluation liegen.

Sie haben das nicht getan. Das ist keine Replik auf einen Einwand von Ihnen. Ich will nur die Gelegenheit nutzen, dies hier im Zusammenhang deutlich zu machen. Wer Ver-

antwortung übernimmt, muss Rechenschaft ablegen, um sich gut entwickeln zu können.

In den neuen Bildungsplänen haben wir mit der Formulierung der Bildungsstandards einen Perspektivenwechsel vollzogen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Im Mittelpunkt der Reform stehen dabei der Unterricht, die Qualität des Unterrichts, die Kooperation in den Lehrerkollegien und die Bereitschaft, sich selbst konzeptionell weiterzuentwickeln. Professor Baumert, der PISA-Papst in Deutschland – –

(Abg. Margot Queitsch SPD unterhält sich mit Abg. Göschel SPD.)

– Das ist ein bisschen störend. Vielleicht könnten Sie Ihre Verhandlungen beenden. Das stört ein bisschen. Entschuldigung, aber das stört mich wirklich von der Seite her.

(Abg. Fleischer CDU: Helmut, schau uns an!)

– Ich höre es ja nur grummeln.

(Unruhe)

Professor Baumert, der deutsche PISA-Papst, hat uns immer wieder empfohlen, das Hauptaugenmerk in der Schulentwicklung auf die Unterrichtsqualität zu richten und dabei eben keine Strukturdebatten zu führen, die eher von der Hauptaufgabe der Schulentwicklung ablenken.

(Abg. Zeller SPD: Aber er hat auch gesagt, dass beides zusammengehört!)

Die Grundschule hat an den Gelenkstellen vom Kindergarten zur Grundschule und von der Grundschule zu den weiterführenden Schulen besondere Verantwortung zu übernehmen. Wir haben hier einen mehrjährigen Prozess hinter uns, der noch nicht abgeschlossen ist, in dem aber diese Gelenkstellen ganz besondere Aufmerksamkeit der Bildungspolitik und ganz besondere Aufmerksamkeit der Handelnden hatten. Wir wissen, dass eine weiterführende Bildungseinrichtung – nach unserem heutigen Verständnis von Kindergarten ist auch schon die Grundschule eine weiterführende Bildungseinrichtung im Aufbau auf die Erfahrungen, die Kinder im Kindergarten machen; wir wissen, dass an diesen Gelenkstellen besonders eng kooperiert werden muss – mit den Erfahrungen der vorauslaufenden Einrichtungen weiterarbeiten muss, dass man selbst Erfahrungen mit den Kindern, die einem anvertraut waren, weitergeben muss und dass abnehmende Schulen nicht einfach sagen können: „Bei uns fängt es von vorne an“, sondern dass sie in Rechnung stellen müssen, was davor geschehen ist. Nur so kommen wir zu einer entwicklungsbezogenen Förderung und Forderung von Kindern in allen Altersklassen; besonders notwendig ist das in der frühen Kindheit.

Wir haben die Richtigkeit unserer Politik in internationalen Schulleistungstests bestätigt bekommen. Ich habe es ganz am Anfang schon gesagt: Wir haben nicht als Reaktion auf diese Leistungstests die Weiterentwicklung unserer Schulen begonnen,

(Abg. Wacker CDU: So ist es!)

(Staatssekretär Rau)

sondern wir haben sie vorher begonnen, und zwar in einer Phase, in der wir mit Erfahrungen auch aus anderen europäischen Ländern umgegangen sind. Wir haben beispielsweise durch die IGLU-Studie eine sehr gute Bestätigung der in unseren Grundschulen geleisteten Arbeit erhalten. Sie sind demnach nicht nur in Deutschland Spitze – das sind sie ohnehin –, sondern sie sind, bestätigt durch die IGLU-Studie, auch in die Weltspitze aufgerückt.

Die PISA-Studien haben zwar nicht Grundschüler untersucht, aber sie haben Schlüsse gezogen, die auch auf die Grundschulen ebenso wie auf die Kindergärten zurückspiegeln, insbesondere im Bereich der Sprachförderung. Auch hier haben wir weiterführende Konzepte entwickelt.

In 14 Tagen wird die nächste PISA-Länderstudie in einer Kurzfassung veröffentlicht werden. Die zweite nationale PISA-Studie liegt schon vor. Ich möchte hier ein Faktum herausgreifen, das mir ganz besonders große Sorgen macht: Die zweite PISA-Studie hat deutschlandweit erbracht – und das wird mit graduellen Unterschieden vermutlich in allen Bundesländern so sein –, dass Migranten der ersten Generation bessere Schulergebnisse erzielen als Migranten der zweiten Generation.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wo ist der Mario?)

Es ist ein ziemlich bedrückendes Fazit der Integrationspolitik in Deutschland insgesamt, wenn diejenigen, die neu hierher kommen, ihre Chance suchen, und diejenigen, die schon länger hier sind, resigniert haben. Das ist übrigens kein Fazit, das sich ausschließlich an die Schule wendet oder nur durch die Schule korrigiert werden könnte. Hier brauchen wir umfassend abgestimmte integrationspolitische Konzepte, die den Wohnungsbau, den Arbeitsplatz, die Mitarbeit in ehrenamtlichen Strukturen genauso berücksichtigen wie die Schule.

Liebe Frau Bauer, ich will damit deutlich machen: Dass wir Entwicklungen für richtig und gut gelaufen halten, heißt nicht, dass wir uns zurücklehnen. Vielmehr nehmen wir die neuen Herausforderungen auch an.

Schullaufbahn und Schulerfolg sind auch zentrale Fragen, die bei PISA im Zusammenhang mit der sozialen Herkunft gestellt werden. Ich bin in der Tat auch der Meinung, dass die Frage der sozialen Gerechtigkeit im Bildungswesen eine der Schlüsselfragen ist. Das Wichtigste ist, dass wir bei Schullaufbahnentscheidungen keine endgültigen Entscheidungen treffen, sondern dass wir ein Bildungswesen haben, das an vielen Stellen weiterführt und weitere Qualifikationen ermöglicht.

Deswegen ist es einfach wichtig, hier zur Kenntnis zu nehmen, dass ein Drittel aller Hochschulzugangsberechtigungen bei uns nicht im allgemein bildenden Gymnasium erworben werden und dass 45 % der Hauptschüler einen mittleren Bildungsabschluss erwerben. Das heißt, unser Bildungswesen kennt keine Sackgassen, sondern die Chance zum Aufstieg durch Bildung.

(Abg. Wintruff SPD: Warum machen Sie das dann so schwer?)

Das gilt, wenn man es in dieser Weiterführung sieht, für alle sozialen Schichten.

Ich will noch einmal Professor Baumert zitieren. Er hat Baden-Württemberg in diesem Zusammenhang das modernste Bildungsland in Deutschland genannt. Ich stimme Professor Baumert in dieser Analyse und Bewertung zu und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Erledigung der Anträge.

Die Anträge der Fraktion der CDU, Drucksachen 13/2835 (geänderte Fassung) und 13/3073, und der Antrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/3552, sind als Berichtsanträge durch die Aussprache erledigt. Dasselbe trifft auf den Abschnitt I des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3133, zu.

Wie wünschen Sie mit Abschnitt II des Antrags Drucksache 13/3133 zu verfahren? Die Ziffern 1 und 2 dieses Abschnitts haben sich wohl erledigt. Gilt das auch für die Ziffern 3 und 4?

(Abg. Fischer und Abg. Christine Rudolf SPD: Erledigt!)

– Auch die Ziffern 3 und 4 haben sich erledigt. – Danke schön. Damit ist Abschnitt II des Antrags Drucksache 13/3133 insgesamt erledigt.

Wir kommen zum Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/4300. Wünschen Sie Abstimmung über diesen Antrag? – Das ist der Fall.

Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Punkt 10 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 17. Mai 2005 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf eines Staatsvertrags zwischen den Ländern Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen zur Verbesserung der Kooperationsstrukturen im Rhein-Neckar-Gebiet – Drucksachen 13/4346, 13/4387**

**Berichterstatter: Abg. Fleischer**

Hierzu liegt der Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/4450, vor.

Wem darf ich das Wort in der Aussprache erteilen? – Herr Abg. Reichardt.

**Abg. Reichardt** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 26. Juli 2005 werden die Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, von Hessen und von Rheinland-Pfalz an einem, wie ich meine, wegweisenden Tag für meine Heimatregion

(Reichardt)

(Minister Hauk: Meine auch! – Abg. Fischer SPD:  
Für Baden-Württemberg!)

den neuen Staatsvertrag unterzeichnen. Der Tag steht bei uns im Rhein-Neckar-Dreieck unter dem Motto „Region im Aufbruch“. Der neue Staatsvertrag wird die im Wesentlichen seit 1969 bestehenden Regelungen für unseren nördlichen Landesteil und die angrenzenden Bereiche in den Bundesländern Hessen und Rheinland-Pfalz ersetzen.

Ich danke den Herren Ministerpräsidenten Erwin Teufel und Günther Oettinger aufseiten unseres Bundeslandes, dass Baden-Württemberg bei der Erarbeitung der neuen staatsvertraglichen Grundlage regionaler Entwicklung Motor war. So wurden entscheidende Weichen für die Zukunft gestellt. In unserem Bundesland ist die Rhein-Neckar-Region als neu anerkannte Metropolregion in Europa eine der Exzellenzregionen. In der Wirtschafts- und Innovationskraft ist sie wohl die zweitstärkste Region nach dem mittleren Neckarraum, und wenn die Vernetzung Zug um Zug klappt – –

(Abg. Schmiedel SPD: Das heißt Region Stuttgart,  
nicht mittlerer Neckarraum!)

– Herr Kollege Schmiedel, erlauben Sie mir, das in meinen Worten zu formulieren. Sie können es in Ihren Worten dazwischenrufen. Wir liegen nicht auseinander.

(Beifall des Abg. Hillebrand CDU – Abg. Schmiedel SPD: Diese Wörter sind zu den Akten gelegt! –  
Abg. Drexler SPD: Ich sage nur: Winnetou! – Weitere Zurufe)

– Wenn Sie, wie einige Solitäre in Mannheim, Bedarf haben, Karl-May-Bücher zu lesen, dann kommen Sie in den Sommerferien zu mir. Meine Kinder werden sie Ihnen ausborgen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut! – Zurufe von der SPD –  
Abg. Fleischer CDU: Sprich jetzt über die Metropolregion!)

– Herr Kollege Drexler, wer infantil ist, soll nach vorn kommen.

(Abg. Drexler SPD: Sie sind doch schon vorn! –  
Abg. Fleischer CDU: Weiter!)

Ansonsten soll er schweigen.

(Abg. Schmiedel SPD: Laubfrosch! – Gegenruf des  
Abg. Dr. Birk CDU: Hinter jedem Drexler steckt ein Frosch!)

Aber Sie sind noch ganz, ganz hinten, während ich noch lange vorn sein werde.

In ihrer Wirtschafts- und Innovationskraft ist die Rhein-Neckar-Region wohl die zweitstärkste Region in unserem Bundesland, meine Damen und Herren, und sie wird noch stärker werden, wenn die Verzahnung klappt:

(Abg. Schmiedel SPD: Laubfrosch!)

am gesamten Oberrhein bis hinunter nach Basel – von uns aus gesehen hinunter; von Gundolf Fleischer aus gesehen hinauf nach Mannheim, nach Südhessen und nach Rheinland-Pfalz. Das ist das politische Ziel, das wir gemäß Landesentwicklungsplan 2002 verfolgen.

(Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Der grenzüberschreitende Verband Region Rhein-Neckar wird gegründet, und die Fraktionen von CDU, FDP/DVP und SPD – darum kann ich Herrn Kollegen Drexler auch nicht so ganz verstehen – haben gemeinsam einen Entschließungsantrag formuliert, dem diese drei Fraktionen, sofern Sie ihn gelesen haben, Herr Fraktionsvorsitzender, sicher auch zustimmen werden.

Der Antrag der Grünen weicht zwar nicht in der Tendenz, jedoch in einigen Formulierungen von diesem Entschließungsantrag ab. Begrüßenswert ist, dass die Grünen – wie auch wir – den Staatsvertrag unterstützen. Sie fordern, eine Öffnungsklausel in den Staatsvertrag aufzunehmen, die über die bisher festgelegten Arbeitsfelder hinausgeht.

Ich gehe davon aus, dass der Staatsvertrag, wie ich den Entwurf kenne und interpretiere – ich habe dieser Tage auch mit Herrn Voscherau, der bei uns in der Region Motor für das Thema ist, gesprochen –, offen genug ist, um auch neue Tätigkeitsfelder im Sinne einer Selbstbefassung, wie ich es einmal untechnisch nennen will, mit aufzunehmen.

Die Grünen kritisieren die hohe Zahl der geborenen Mitglieder in diesen regionalen Gremien. Sie können das begrüßen oder nicht begrüßen. Tatsache ist, dass es bisher auf der baden-württembergischen Seite – es werden Gremien aufgelöst – durchgängig Wahlämter waren, während es auf der rheinland-pfälzischen Seite Delegationsämter waren. Insofern kommt man jetzt zu einer Mischform.

Was ich bei gründlicher Lektüre Ihres Antrags, Frau Kollegin Bauer, festgestellt habe, ist, dass wir in der Tendenz, von Basel bis Mannheim, auch, wenn Sie so wollen, quer von Kaiserslautern bis Heidelberg Zug um Zug etwas Gemeinschaftliches zu schaffen, eigentlich doch ganz nahe beisammen liegen. Ich habe den Eindruck, dass der Dissens eher im Rollenspiel Regierung/Opposition liegt.

Wir haben interessante Felder – Unterhaltungsangebote, Freizeitangebote, Sportangebote – in der Rhein-Neckar-Region. Ich glaube, Herr Kollege Drexler, wenn ich das gesamte Tableau dessen zusammenfasse, was in den letzten Monaten erarbeitet wurde, kann ich sagen: Die Rhein-Neckar-Region kommt, zumal in meiner Person,

(Abg. Wintruff SPD: Da ist immer etwas los!)

immer aus dem Tümpel, aber wenn ich Ihre Wahlchancen in den nächsten Monaten betrachte, würde ich sagen: Schauen Sie, dass Sie einmal aus dem Tümpel kommen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Was für ein Tümpel? Mannheimer Sumpf!)

Ich will nicht mit „quak, quak“ abschließen, sondern mich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken.

(Reichardt)

(Abg. Göschel SPD: Wir müssen gar nicht aus dem Tümpel kommen! Nur wer im Tümpel ist, muss herauskommen!)

Alles Gute, gute Erkenntnisse!

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD: Mannheimer Sumpf! – Abg. Schmiedel SPD: So ein Sumpf!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Junginger.

**Abg. Junginger SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Das Thema ist zu wichtig, als dass es auf der Ebene, wie es der Kollege Reichardt gerade angesprochen hat, behandelt werden sollte.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zurufe von der SPD: Sehr richtig! – Minister Hauk: So, wie Sie es behandelt haben, war das eine Sauerei!)

Wir, die Kurpfälzer Abgeordneten, sind stolz darauf, dass nach der Entwicklung – –

(Abg. Fleischer CDU: Wer hat denn die Zwischenrufe gemacht? – Abg. Dr. Birk CDU: Wer war es denn?)

– Ich bitte doch darum, einmal zuzuhören. Herr Kollege Fleischer, gerade wir haben gemeinsam die Aufgabe, ...

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, darf ich um mehr Ruhe bitten.

**Abg. Junginger SPD:** ... das Land unter seinen regionalen Gesichtspunkten vorwärts zu bringen.

Jetzt haben wir einen Staatsvertrag, der einen Vertrag von 1969 ablöst. Wenn wir so tun, als wäre uns das in den Schoß gefallen, ist anzumerken, dass es 30 Jahre gebraucht hat, bis beispielsweise der Verkehrsverbund Rhein-Neckar geschaffen werden konnte, weil ja in jenem Raum die Schwierigkeit besteht, dass drei Bundesländer zusammen die Region darstellen

(Abg. Dr. Birk CDU: Das ist halt Nachhaltigkeit!)

und dass alle drei Bereiche in der Landespolitik der jeweiligen Bundesländer lange als Randlagen verstanden worden sind. Mit dem Gewinn der Biotechnologie-Ausschreibung ist es dieser Region gelungen, in die Wahrnehmung aufgenommen zu werden.

(Große Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, darf ich Sie bitten, die Unterhaltungen draußen zu führen.

**Abg. Junginger SPD:** Daneben ist es uns gelungen, für den Rhein-Neckar-Raum die Anerkennung als Europäische Metropolregion zu erreichen. Das ist auch Herrn Mehdorn zu verdanken, der uns mit seiner ICE-Bypass-Angelegenheit

die Energie gegeben hat, einmal gemeinsam zu definieren, wie es weitergehen soll.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Birk CDU: Das ist doch einer von Ihnen!)

Für meine Partei darf ich sagen, dass es seit über 20 Jahren einen Arbeitskreis „Wirtschaftsraum Rhein-Neckar“ gibt, der sich in regelmäßigen Abständen trifft, um die Gemeinsamkeiten jenes Wirtschaftsraums zu diskutieren und zu definieren. Was der Staatsvertrag jetzt bringt, ist nur ein Zwischenschritt. Was dort in der Planung geschieht, ist notwendig, setzt aber voraus, dass alle an einem Strang ziehen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Man muss dabei auch wissen, dass die drei Großstädte Heidelberg, Mannheim und Ludwigshafen nicht immer in jeder Richtung einig waren und dass über Zweckverbände versucht worden ist, Aufgaben zu lösen, während es jetzt auch aus der Finanzschwäche, die leider alle drei Großstädte prägt, heraus den Zwang gegeben hat, endlich einmal die Gemeinsamkeit zu sehen und nicht in eine gegenseitige Konkurrenz einzutreten, wer mit welchen Profilen am besten wahrgenommen wird. Die Unternehmen SAP, BASF und Heidelberger Druck spielen in jener Region eine wichtige Rolle, weil sie als Global Player wirklich Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze darstellen und sichern. Das alles hat dazu geführt, dass die drei Landesregierungen Veranlassung genommen haben, in einem schnellen und dynamischen Durchgang einen Staatsvertrag zu verabschieden, den wir mit Freude zur Kenntnis nehmen.

Das ist aber nur eine Durchgangsstation, weil selbstverständlich eine Öffnungsklausel notwendig ist, um das, was in diesem siebtgrößten deutschen Wirtschaftsraum vorhanden ist, fortzuentwickeln. Es ist niemals ein Endprozess, wenn sich eine Region europäisch entwickelt. Deshalb ist selbstverständlich auch darüber zu reden, in welche Richtung die Dinge weitergehen können.

Nur: Unverändert ist die Besonderheit, dass Planungsrecht verschiedener Art aus drei Bundesländern mit diesem Staatsvertrag auf eine gemeinsame Grundlage gebracht wird. Das ist eine ungeheuer schwierige Aufgabe, weil dazu gewohnte Strukturen aufgelöst werden müssen. Ich war einige Jahre mit dem Kollegen Göschel im Regionalverband Unterer Neckar zugange, wo all diese Dinge aus der baden-württembergischen Sicht diskutiert worden sind. Wir haben mit Rheinland-Pfalz und Hessen ständige Verbindung gehabt und sind froh, dass dieser Staatsvertrag der Region Rhein-Neckar die Bedeutung verleiht, die ihr gebührt.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Fleischer CDU)

Wenn wir in Baden-Württemberg sagen, dass das natürlich nicht das Ende der Entwicklung der Rheinschiene sein darf, und wenn das in der Entschließung zum Ausdruck kommt, dann ist dieser Staatsvertrag jetzt kein Thema, bei dem irgendwelche Dinge geändert werden können. Aber es wird weiterhin darauf ankommen, dass sich auch in den anderen Bereichen, die hier in diesem Zusammenhang angesprochen werden, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik zusammenschließen, um ihre europäische Rolle zu definieren. Wenn wir

(Junginger)

dann sehen, dass in diesem Bereich drei Räume, die es verdienen, auch europäisch wahrgenommen zu werden, vorhanden sind, die ihre Kraft noch selber definieren und darstellen müssen, dann wird unsere Fraktion das aus Überzeugung mittragen, weil alles, was den starken Regionen nutzt, auch dem Land Baden-Württemberg nutzt.

Deswegen stimmen wir auch dem gemeinsamen Entschließungsantrag zu, halten auch einige Ansätze der Grünen für unterstützenswert,

(Abg. Knapp SPD: Nachdenkenswert!)

aber etwas wie zum Beispiel die Direktwahl des Parlaments in einen Staatsvertrag hineinbringen zu wollen, der in wenigen Wochen unterschrieben werden soll, ist zwar schön, doch das nehmen wir nur zur Kenntnis. Das ist nicht das Thema, das sich in diesem Zusammenhang in der politischen Verantwortung dieses Landesparlaments stellt. Denn Sie blenden aus, dass wir mit Rheinland-Pfalz und Hessen gemeinsam eine Regelung für die Metropolregion Rhein-Neckar schaffen wollen, die diesem Raum die Bedeutung gibt, die ihm gebührt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU – Abg. Reichardt CDU: Der hat sich positiv von den Schwadronereuren abgehoben! – Abg. Fleischer CDU: Sehr positiv! Sachlich!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Herr Abg. Drautz.

**Abg. Drautz** FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP/DVP-Fraktion begrüßt die Entstehung des Verbands Region Rhein-Neckar. Durch diese Entwicklung sehen wir uns in unserem Regionalkonzept bestätigt. Ein einheitliches Schema für einheitliche Regionalkreise in Baden-Württemberg vorzugeben, wie manche immer noch fordern, wäre der falsche Weg gewesen. Damit hätten wir die Entstehung zum Beispiel des Verbands Region Rhein-Neckar vermutlich blockiert. Unsere Regionen sind zu verschieden, als dass sie alle in das gleiche Gerüst gepresst werden könnten. Auch in der regionalen Entwicklung muss Vielfalt und Wettbewerb möglich sein.

Der Verband Region Rhein-Neckar ist mit weitreichenden Befugnissen ausgestattet. Sie entsprechen weitgehend den Zuständigkeiten des Verbands Region Stuttgart. Beim Thema Verkehr gehen sie tendenziell sogar darüber hinaus.

Im Wesentlichen wird der Verband fünf Aufgaben bzw. Zuständigkeiten haben:

Erstens die Trägerschaft und Koordinierung für die regionalbedeutsame Wirtschaftsförderung und das regionalbedeutsame Standortmarketing.

Zweitens die Trägerschaft und Koordinierung für einen regionalbedeutsamen Landschaftspark und von regionalbedeutsamen Erholungseinrichtungen.

Drittens die Koordinierung der integrierten Verkehrsplanung und des Verkehrsmanagements. Gleiches gilt für die

Energieversorgung auf der Grundlage von regionalen Entwicklungskonzepten.

Viertens werden künftig regionalbedeutsame Kongresse, Messen, Kultur- und Sportveranstaltungen in der Trägerschaft des Verbands Region Rhein-Neckar stehen und von diesem koordiniert werden.

Und fünftens soll der Verband das regionale Tourismusmarketing übernehmen.

Ich möchte im Namen meiner Fraktion heute all denen meine Anerkennung aussprechen, die an der Erstellung des zukünftigen Verbands Region Rhein-Neckar mitgewirkt haben. Sie haben im Sinne der Kurpfalz eine lobenswerte Leistung vollbracht. Auch die aktive Einbindung der Wirtschaft ist hervorzuheben. Die Folge des neuen Verbands wird unter anderem darin liegen, dass eine hoffentlich spürbare Verwaltungsvereinfachung in der Region erreicht wird. Das wird sich auch in der wirtschaftlichen Entwicklung der Region auszahlen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der wesentliche Unterschied des Verbands Region Rhein-Neckar zum Verband Region Stuttgart ist seine Verfasstheit. Die Verbandsversammlung im Rhein-Neckar-Dreieck wird nicht wie in Stuttgart durch eine Direktwahl gewählt. Ob mittel- oder langfristig zu einer Direktwahl übergegangen werden soll, wird in der Region selbst zu beantworten sein. Das Land würde in einem solchen Fall sicherlich hilfreich zur Seite stehen.

(Abg. Knapp SPD: Jawohl!)

Der Verband Region Rhein-Neckar ist als Metropolregion anerkannt worden. Auch das ist zu begrüßen. In weiteren Runden wird darauf hinzuweisen sein, dass das gesamte Oberrheingebiet, wie im Landesentwicklungsplan vorgesehen, zur Metropolregion erklärt werden soll. Die Entstehung des Verbands Region Rhein-Neckar steht zu dieser Entwicklung meines Erachtens in keinem Widerspruch. Auch unterhalb des Daches einer Metropolregion Oberrhein wird es regionale Abgrenzungen geben müssen.

Eine Vielzahl von regionalen Modellen der Zusammenarbeit, auch über nationale Grenzen hinweg, lässt auf eine erfreuliche Entwicklung hoffen. Aber auch Metropolregionen dürfen sich nicht starr gegeneinander abgrenzen. Die regionale Zusammenarbeit muss von unten wachsen und darf nicht von oben verordnet werden.

(Abg. Fischer SPD: Dann funktioniert es auch!)

Voraussetzung für eine solche Entwicklung ist eine zumindest in Ansätzen vorhandene regionale Identifikation. Gleiches gilt für das Bestreben, eine gemeinsam beschlossene Infrastruktur zu schaffen. Auch Möglichkeiten einer ausreichenden Clusterbildung sind förderlich. Am Oberrhein können diese im Sinne unterschiedlicher Verbrauchsstrukturen entstehen. Verschiedene Optionen für eine regionale Weiterentwicklung des Oberrheins sind denkbar. Inwieweit eine Metropolregion in mehreren Abschnitten zu realisieren sein wird, gilt es nun zu prüfen.

(Abg. Fischer SPD: Punkt! Fertig! Sehr gut!)

(Drautz)

Der Begriff der Metropolregion ist bisher nur recht vage gefasst. Die weitere Regionalentwicklung in Europa wird die nötige Konkretisierung bringen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Marianne Wonnay SPD: Fertig? – Abg. Junginger SPD: Lesen: eins! – Zuruf: Das war eine gute Rede!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Bauer.

(Abg. Rückert CDU: Kurz und zackig!)

**Abg. Theresia Bauer GRÜNE:** Das mache ich immer.

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vonseiten der Grünen-Landtagsfraktion begrüßen auch wir die Entstehung des Regionalverbands Rhein-Neckar, wie er mit dem Staatsvertrag jetzt aus der Taufe gehoben wird. Wir freuen uns über diesen Schritt. Damit wird eine einstufige Regionalplanung ermöglicht, weniger Bürokratie und mehr Handlungsfähigkeit geschaffen und auch mehr Transparenz geschaffen. Damit ist für uns eine langjährige grüne Forderung erfüllt. Von grüner Seite haben wir genau diese Vereinfachung der Verwaltungsebenen seit vielen Jahren gefordert.

Man muss ja auch sehen: Dass das jetzt gelungen ist, ist nicht unbedingt nur der Politik zu verdanken. In der Region gab es einen Aufbruch der Wirtschaft, von Unternehmen, auch einen Aufbruch der Wissenschaft, aber auch im Bereich der Kultur, wo Akteure gesagt haben: „Wir gehören zusammen; wir sind in der Tat ein Ballungsraum.“

(Abg. Reichardt CDU: Richtig!)

Der Weg über den Rhein ist uns nicht zu weit. Wir gehen auch von Heidelberg nach Mannheim, um Kultureinrichtungen zu besuchen.

(Abg. Reichardt CDU: Voscherau statt Widder!)

Wir begreifen zunehmend unsere Universitäten als zusammenhängend in einer Region.“

Der Aufbruch, der jetzt zu diesem Schritt geführt hat, kam aus der Gesellschaft und hat die Politik in Bewegung versetzt. Das ist, finde ich, ein sehr gutes Beispiel.

Vielleicht war es ja auch nützlich, dass dieser Aufbruch von unten kam. Nach meiner Wahrnehmung ist das von den Nachbarn der Region wenig wahrgenommen worden. Es ist in gewisser Weise vielleicht auch nicht ganz ernst genommen worden, was sich in letzter Zeit in dieser Region getan hat. Es ist ja manchmal vielleicht auch von Vorteil, wenn man unterschätzt wird. Zumindest kann man sich das zum Vorteil machen. Als in der Politik tätige Frau habe ich damit meine Erfahrungen. Sie in der CDU haben ja auch eine Frau, die damit groß geworden ist.

Jetzt sind wir so weit: Der Staatsvertrag ist in Vorbereitung, und auch die Anerkennung als Europäische Metropolregion hat die Region gestärkt.

(Abg. Reichardt CDU: Im Aufbruch!)

Jetzt komme ich zu den Fragen: Warum haben wir als Grüne einen eigenen Entschließungsantrag vorgelegt? Was unterscheidet uns von dem gemeinsamen Antrag von CDU, SPD und FDP/DVP?

Erstens: Wir finden, dass man bei der Frage der politischen Verfassung der Region zu kurz gesprungen ist. Wir hätten uns mehr gewünscht. Wir wollen eine Entwicklung in Richtung eines Regionalparlaments. Wir wollen direkt gewählte Vertreter und Vertreterinnen, die im Namen ihrer Region agieren können und nicht als Vertreter von Teilinteressen, von Kommunen oder von Landkreisen. Es ist eine ganz unterschiedliche Legitimation, ob ich direkt von Bürgerinnen und Bürgern gewählt bin, um die Region voranzubringen, oder ob ich gewählt bin – wenn ich überhaupt gewählt bin, weil der Anteil der geborenen Mitglieder ja sehr hoch ist –, um meine Kommune und meinen Landkreis in einer Versammlung zu vertreten.

Wir wollen eine größere Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Region. Das geht nicht ohne Direktwahl. Der Verband Region Stuttgart hat uns vorgemacht, dass dies der Region gut tut. Deswegen stellen wir hier diesen Antrag.

(Beifall bei den Grünen)

Der zweite Punkt: Wir freuen uns darüber, dass es gelungen ist, die Europäische Metropolregion Rhein-Neckar anzuerkennen, und wir freuen uns darüber ohne Wenn und Aber.

Der Antrag, den Sie gestellt haben, führt aber die Einschränkung gleich im Nebensatz mit ein und konterkariert Ihre Zustimmung.

(Abg. Reichardt CDU: Nein, das ist nicht richtig!)

De facto konterkariert er die Idee der Europäischen Metropolregion Rhein-Neckar,

(Abg. Reichardt CDU: Nein, das stimmt nicht!)

weil das, was Sie im Auge haben, von einer Dimension, von einer Größe ist, sozusagen von Kaiserslautern über den Odenwald bis hinunter nach Lörrach –

(Abg. Reichardt CDU: Das ist die Perspektive!)

Das ist keine erkennbare Region, die von unten lebt, die einen inneren Zusammenhang hat, eine Identifikation. Das ist eine Kopfgeburt. Deswegen finde ich, dass es keine Lappalie ist, wie man sich dazu aufstellt.

Ihr Antrag ist in der vorliegenden Fassung ja sehr weich formuliert. Schaut man in den Bericht des Wirtschaftsausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung, wird sehr viel deutlicher, was Sie wirklich meinen, und wird die Ablehnung der jetzigen Europäischen Metropolregion sehr viel harscher. Darin steht zu lesen – ich muss es zitieren –:

*Der Antrag solle nach außen deutlich machen, dass sich das Land Baden-Württemberg für eine einzige Metropolregion von Mannheim bis nach Basel, Mulhouse und Lörrach einsetze.*

(Abg. Fleischer CDU: Ja!)

(Theresia Bauer)

Ich glaube, das entspricht nicht dem Regionalgedanken, das entspricht nicht der Idee, dass Regionen von unten wachsen, dass sie gelebt werden aus der Wirtschaft, aus der Kultur, von den Menschen. Das ist vielmehr von oben politisch gewollt.

(Abg. Fleischer CDU: Da ist Herr Witzel aber anderer Auffassung!)

– Mit Herrn Witzel habe ich ausführlich darüber geredet. Wir haben den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE einstimmig verabredet. Wir sind da genau gleich aufgestellt.

(Abg. Fleischer CDU: Aber es ist interessant, dass Sie das nicht so sehen!)

– Wir haben zu diesem Thema einstimmig einen Entschließungsantrag eingebracht.

Wir sagen: Die Anerkennung der Region Rhein-Neckar als Europäische Metropolregion ist zu begrüßen, und sie soll als Ermutigung verstanden werden, dass sich auch der Oberrhein auf den Weg macht.

(Abg. Reichardt CDU: So ist es!)

Selbstverständlich soll er das tun. Darüber freuen wir uns.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Fleischer CDU: Das ist aber zu wenig!)

Wenn die Voraussetzungen geschaffen sind, dann soll auch die Oberrhein-Region Anerkennung als Europäische Metropolregion finden.

Was aber nicht geht und was Etikettenschwindel ist, ist, zu sagen: „Wir wollen die Europäische Metropolregion Rhein-Neckar, aber nicht in ihrer jetzigen Verfassung, sondern wir wollen ihren Umfang gleich verdrei- und vervierfachen. Nur mit diesem Ziel im Auge sagen wir Ja.“ – So kann man an die Regionaldebatte nicht herangehen. Im Übrigen sind die Differenzen in der Region durchaus sehr deutlich auf dem Tisch.

(Abg. Fleischer CDU: Sagen Sie das einmal Frau Sitzmann, Herrn Witzel und Frau Rastätter! Was die dazu sagen!)

Die Vertreter der CDU im Regionalverband Rhein-Neckar sagen, dass sie höchste Bedenken gegen diese Auffassung der CDU im Land haben. Die SPD in der Region – –

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Frau Abgeordnete, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Abg. Theresia Bauer GRÜNE:** Ja, einen Satz noch.

Die SPD in der Region sagt das auch. Oberbürgermeisterin Weber aus Heidelberg sagt zu dem Antrag, den Sie heute hier einbringen, ein solcher Plan sei unsinnig und gefährlich. Von daher gesehen ist es keine Kleinigkeit, wie man sich hierzu aufstellt.

Wir begrüßen die Europäische Metropolregion Rhein-Neckar in der jetzt vorliegenden Form. Es ist kein nach außen abgeschottetes Gebilde, es ist offen nach außen. Das kann selbstverständlich wachsen, zum Beispiel in die Technologieregion Karlsruhe, wenn es denn die Voraussetzungen und die Kooperationen gibt. Und die wünschen wir uns.

Die Region Rhein-Neckar darf sich gerne erweitern, aber nicht deshalb, weil hier der Landtag sagt: Wir wollen eine anders verfasste, viel größere Region.

(Abg. Fleischer CDU: Jetzt wissen Sie, warum wir Ihren Antrag ablehnen!)

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Minister Pfister.

**Wirtschaftsminister Pfister:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Vorredner haben im Grunde die wesentlichen Inhalte, Mechanismen und Merkmale dieses neuen Gebildes des Staatsvertrags und der Metropolregion bereits beschrieben. Deshalb brauche ich sicherlich nicht mehr im Detail darauf einzugehen.

Ich kann Ihnen sagen – das war ja eigentlich auch der Tenor aller Redner –, dass man sich im Rhein-Neckar-Gebiet über die erreichte Anerkennung als Europäische Metropolregion ausdrücklich freut. Man hofft inständig darauf, dass der Abschluss des Staatsvertrags über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung und der Weiterentwicklung des Rhein-Neckar-Gebiets möglichst bald erfolgt. Das kann man nur unterstreichen. Wenn man nämlich die Diskussionen hier im Haus, aber auch draußen vor Ort mitverfolgt hat, stellt man fest, dass dies nicht nur ein Wunsch etwa der politischen Seite ist, sondern dass es auch breit getragen wird, auch von den dortigen Regionen, von den dortigen Verbandsversammlungen, die ja aufgelöst werden, die zusammengefasst werden. Das wird übrigens ausdrücklich auch von der Wirtschaft getragen. Gerade die Wirtschaft – Sie haben darauf hingewiesen – hat, glaube ich, einen wesentlichen Anteil, auch als Katalysator, wenn es darum geht, zu diesem Erfolg zu kommen. Die Errichtung dieser Region Rhein-Neckar wird von den Wirtschaftsverbänden unisono mitgetragen. Sie wird aber auch von den Bürgerinnen und Bürgern – das ist das Wichtigste – mitgetragen.

Im Übrigen wird die Schaffung dieser Region auch von drei Fraktionen dieses Landtags mitgetragen. Wenn ich es recht höre, haben auch Sie, meine Damen und Herren von den Grünen, gegen die Grundidee überhaupt nichts einzuwenden. Das heißt also, auch hier im Hause besteht große Übereinstimmung über das, was jetzt zur Verabschiedung ansteht.

(Abg. Fischer SPD: Ja!)

Das ist auch wirklich gut so. Darüber kann man sich freuen.

Ich möchte noch kurz auf den einen oder anderen Punkt des Entschließungsantrags der Fraktion GRÜNE eingehen. In dem Antrag sind ja Punkte enthalten, die konsensfähig sind.

(Minister Pfister)

Ich will einmal auf die Frage der Direktwahl der Vertreter in der Regionalversammlung eingehen: Ich möchte Ihnen sagen, Frau Kollegin Bauer: Es hat fünf Sitzungen der Regierungskommission gegeben. In all diesen fünf Sitzungen der Regierungskommission hat das Thema Direktwahl nicht ein einziges Mal eine Rolle gespielt.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Hätten Sie uns dazu genommen! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Umso schlimmer!)

Ich will Ihnen auch sagen, warum: Das hängt einfach damit zusammen, dass wir sowohl in Baden-Württemberg als auch in Rheinland-Pfalz ein Landesplanungsrecht haben, das diese Direktwahlen ausdrücklich nicht vorsieht. Hätten wir trotzdem in diesem singulären Fall eine Direktwahl eingeführt, würde das eine Ungleichbehandlung gegenüber anderen Regionalverbänden, die wir hier in Baden-Württemberg haben, bedeuten.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Was ist mit Stuttgart? Das gibt es doch schon! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das ist ein Grund, aber kein Hindernis!)

Das ist der Ausgangspunkt der Diskussion. Das schließt aber doch nicht aus, dass die Direktwahl in dieser Region – allerdings im Geleitzug mit anderen Regionen in Baden-Württemberg; das wäre die Voraussetzung – im Laufe der Zeit eingeführt wird.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Wie Stuttgart!)

– Sie können es mit dem Verband Region Stuttgart nicht ohne weiteres vergleichen, weil der Verband Region Stuttgart ganz andere Kompetenzen als diese Region hat. Insofern ist es nicht ohne weiteres vergleichbar. – Ich sage ausdrücklich: Es war jetzt nicht möglich und wird auch in der Zukunft – ich meine, in den nächsten 14 Tagen – nicht mehr möglich sein, die Direktwahl einzuführen. Aber insgesamt schließe ich nicht aus, dass das Thema Direktwahl wieder auf die Tagesordnung kommt.

Das Zweite, was Sie vorschlagen, ist, dass das Verhältnis der so genannten geborenen Mitglieder zu den gewählten Mitgliedern verändert werden solle. Wenn Sie allein die Mitglieder aus Baden-Württemberg nehmen, stellen Sie fest, dass weniger als 25 % dieser Mitglieder so genannte geborene Mitglieder und mehr als 75 % gewählte Mitglieder sind.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Aber in Rheinland-Pfalz ist es nicht so!)

Ich finde, das ist ein ordentliches Verhältnis, mit dem man gut leben kann.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch ein Wort zu dem Thema Metropolregion sagen: Ich finde es gut – ich habe mich darüber gefreut; alle haben sich darüber gefreut –, dass wir am 28. April dieses Jahres zum einen die Anerkennung dieser Metropolregion Rhein-Neckar erreichen konnten. Wir wollten aber noch etwas anderes – das war mir in dieser Ministerkonferenz auch persönlich ganz wichtig –: Wir wollten erreichen, dass die Rhein-Neckar-Region als Metropolregion anerkannt wird, aber nicht ein abgeschottetes Gebilde für alle Tage ist. Vielmehr muss diese Metro-

polregion offen sein. Deshalb ist ausdrücklich eine Öffnungsklausel eingefügt worden, die heißt:

*Die Ministerkonferenz für Raumordnung wird prüfen, wie weitere interessierte und qualifizierte Großstadtregionen in den Rahmen der Leitbilder und Handlungsstrategien der Raumentwicklung einbezogen werden können.*

Damit ist für uns alle die Chance gegeben, dafür zu sorgen, dass die von uns allen jetzt begrüßte Metropolregion Rhein-Neckar nicht ein abgeschottetes Gebilde, sondern entwicklungsfähig ist. Damit wird deutlich, dass erstens Baden-Württemberg das Thema Weiterentwicklung der Regionen weiterhin auf der Tagesordnung haben wird und dass zweitens die Chance auf Anerkennung als Europäische Metropolregion, die sich für das Rhein-Neckar-Gebiet jetzt konkretisiert hat, über die Öffnungsklausel auch für den grenzüberschreitenden Oberrheinraum besteht.

Voraussetzung ist, dass die Hausaufgaben gemacht werden. Voraussetzung ist, dass auch das grenzüberschreitende Element gefördert wird; das ist klar. Aber das bedeutet eben, dass alle Möglichkeiten über das hinaus, was jetzt als Metropolregion geschaffen worden ist, auch in der Zukunft bestehen. Das bedeutet im Klartext, dass den Regionen, jedenfalls von Stuttgart aus, keinesfalls ein Korsett verpasst wird, sondern dass ein Maßanzug möglich wird.

Wir werden jedenfalls alles tun, damit diese Möglichkeiten genutzt werden. Ich habe deshalb bereits im Januar dieses Jahres und später noch einmal im Mai die wichtigen Repräsentanten etwa des Oberrheinraums angeschrieben und sie gebeten, die notwendigen Dinge, die man braucht, um später als Metropolregion anerkannt zu werden, jetzt einzuleiten. Ich habe bei diesen Repräsentanten eigentlich nur Zustimmung erfahren.

Dieser Maßanzug Oberrhein wird im Einzelnen noch entworfen werden müssen. Die Kooperationsstrukturen müssen noch deutlich weiterentwickelt werden. Aber ich bin davon überzeugt, meine Damen und Herren, dass wir auf einem guten Weg sind und dass wir uns auch mit dem, was jetzt mit diesem Staatsvertrag erreicht worden ist, auf einem guten Weg befinden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung Drucksache 13/4387. Wer der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen ist der Beschlussempfehlung mehrheitlich zugestimmt.

Ich lasse nun über den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/4450, abstimmen. Wer dem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Meine Damen und Herren, damit ist Punkt 11 der Tagesordnung erledigt.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Ich rufe **Punkt 12** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 28. April 2005 – Offenburg, Verkauf des landeseigenen Anwesens Badstraße 20 a/b – Drucksachen 13/4331, 13/4392**

**Berichterstatter: Abg. Junginger**

Das Präsidium ist übereingekommen, keine Aussprache vorzusehen.

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 13** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu der Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 17. Mai 2005 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: 7. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft – Drucksachen 13/4348, 13/4388**

**Berichterstatter: Abg. Dr. Klunzinger**

Auch hier ist keine Aussprache vorgesehen.

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Ich sehe keinen Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 14** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu der Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 17. Mai 2005 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Rolle der Universitäten im Rahmen des Lissabon-Prozesses – Drucksachen 13/4349, 13/4389**

**Berichterstatter: Abg. Dr. Schüle**

Auch hier ist keine Aussprache vorgesehen.

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 15** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 13/4420, 13/4421, 13/4422, 13/4423**

Herr Abg. Döpfer hat als Vorsitzender des Petitionsausschusses darum gebeten, die laufende Nummer 5 der Drucksache 13/4423 wegen zwischenzeitlich geänderter Sach- und Rechtslage an den Petitionsausschuss zurückzuüberweisen. –

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Machen wir!)

Sie sind mit der Rücküberweisung einverstanden.

Im Übrigen stelle ich gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung die Zustimmung zu den Beschlussempfehlungen des Petitionsausschusses, Drucksachen 13/4420 bis 13/4423, entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 16** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 13/4379**

Auch hier stelle ich gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung gelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 27. Juli 2005, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

**Schluss: 18:10 Uhr**

## Vorschlag

der Fraktion der SPD

### Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Ständiger Ausschuss	ordentliches Mitglied	Maurer	
Innenausschuss	stellvertretendes Mitglied	Maurer	
Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst	stellvertretendes Mitglied	Maurer	
Petitionsausschuss	ordentliches Mitglied stellvertretendes Mitglied	Maurer Inge Utzt	Inge Utzt
Ausschuss nach Artikel 62 der Verfassung (Notparlament)	ordentliches Mitglied	Maurer	
Wahlprüfungsausschuss	stellvertretendes Mitglied	Maurer	
Untersuchungsausschuss „FlowTex“	ordentliches Mitglied	Maurer	Schmid

30. 06. 2005

Wolfgang Drexler und Fraktion